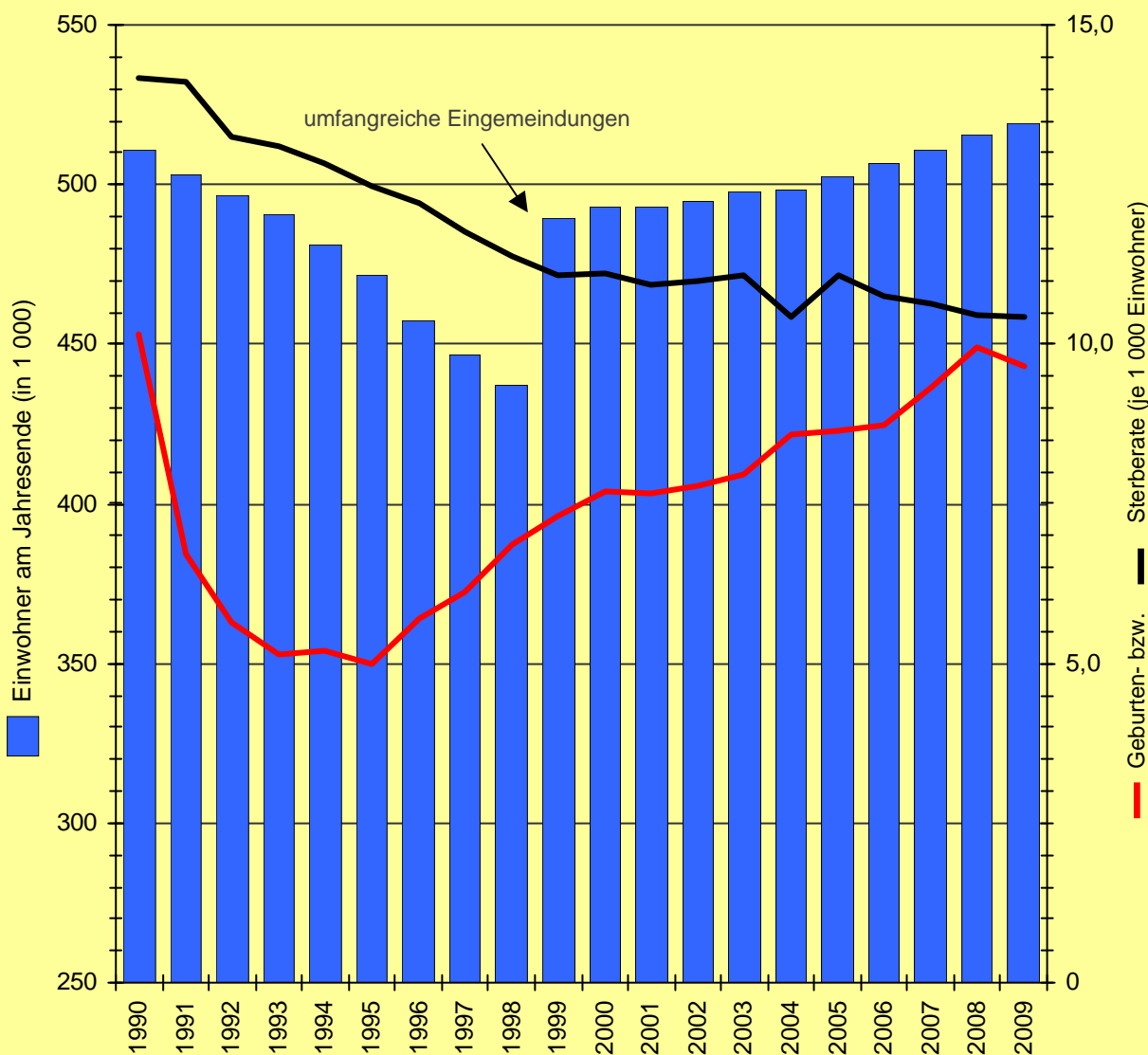




Einwohnerentwicklung sowie Geburten- und Sterbefälle je 1 000 Einwohner in der Stadt Leipzig 1990 bis 2009



Quelle: Statistisches Landesamt Sachsen

Amt für Statistik und Wahlen Leipzig

Statistischer Quartalsbericht 1/2010

LEIPZIGER STATISTIK UND STADTFORSCHUNG

Statistischer Quartalsbericht 1/2010 [04/10]

Herausgeber: Stadt Leipzig, Amt für Statistik und Wahlen
Redaktion Textteil: Dr. Josef Fischer
Redaktion Statistikteil: Peter Dütthorn
Technische Bearbeitung: Kathrin Siegert
Verlag: Stadt Leipzig, Amt für Statistik und Wahlen
Druckerei: Stadt Leipzig, Hauptamt
Redaktionsschluss: 06.05.2010

Gebühr: 7,- €

Alle Rechte vorbehalten.

Es ist nicht gestattet, ohne ausdrückliche Genehmigung des Amtes für Statistik und Wahlen diese Veröffentlichung oder Teile daraus für gewerbliche Zwecke zu vervielfältigen oder in elektronische Systeme einzuspeichern. Die Vervielfältigung dieser Veröffentlichung oder von Teilen daraus ist für nicht gewerbliche Zwecke mit Angabe der Quelle gestattet.

Veröffentlichungen des Amtes für Statistik und Wahlen können wie folgt bezogen werden:

Postbezug (zuzüglich Versandkosten):	Direktbezug:
Stadt Leipzig	Stadt Leipzig
Amt für Statistik und Wahlen	Amt für Statistik und Wahlen
04092 Leipzig	Burgplatz 1, Stadthaus, Raum 228

Statistischer Auskunftsdienst: Fon (0341) 123 2847
Fax (0341) 123 2845
E-Mail statistik-wahlen@leipzig.de
Internet www.leipzig.de/statistik
www.leipzig.de/wahlen

Zeichenerklärung:

0 = weniger als die Hälfte von 1 in der letzten besetzten Stelle,
jedoch mehr als nichts
. = Veröffentlichung ist aus Datenschutzgründen nicht möglich
- = nichts vorhanden
/ = Zahlenwert nicht sicher genug
davon = Summe der Einzelpositionen ergibt Gesamtsumme (Aufgliederung)
darunter = nur ausgewählte Einzelpositionen (Ausgliederung)

Inhaltsverzeichnis	Seite
Kurzinformationen	2
Frankfurt a. M. und Leipzig 20 Jahre Partnerstädte	4
Finanzvergleich ostdeutscher Großstädte (ausgewählte Daten).....	7
Die kleinräumige Veränderung der Wählerpotenzials zwischen zwei Wahlen	10
Statistik trifft Wahlen - Facetten eines vielschichtigen Beobachtungsfeldes	13
Wir alle werden älter – aber es gibt Unterschiede	16
Wahlbeteiligung bei der Bundestagswahl 2009 nach Geschlecht und Alter.....	19
„Die Zahl ist das Wesen aller Dinge.“	21
Ermittlung der Energiewahrheit als Grundlage zukunftsfähiger Stadterneuerung	23
Der Turmblick oder zum professionellen Umgang mit Prognosen	26
Vernachlässigte Kinder – Eine Herausforderung unseres Sozialstaats	28
Leipzig-Grünau - 30 Jahre im Spiegel stadtsoziologischer Begleitforschung.....	31
Und in der Mitte liegt ein Punkt	34
Die Wirtschaftskraft Leipzigs im Städtevergleich.....	36
Leipzig ein Mekka der „Renaissance der Städte“?.....	39
Wohnflächenreserven im Leipziger Umland.....	41
Gestattungsvereinbarungen: Zwischennutzungsform urbaner Brachen (Teil 1)	44
Regionalisierung von Wohnen und Arbeiten	47
Selbst- und Fremdbilder – Bewertungen zum Image der Stadt Leipzig	50
Luftverkehr 2009	53
Kinobesucher 2009.....	55
Tourismus 2009	56
Epilog	58
<i>Quartalszahlen</i>	61

Aus dem Inhalt

Die überdurchschnittliche Anzahl von Textbeiträgen im vorliegenden Quartalsbericht soll die vielfältigen Arbeitskontakte des Amtes für Statistik und Wahlen der Stadt Leipzig in Gremien sowie mit Institutionen und wissenschaftlichen Einrichtungen veranschaulichen.

Die Einwohnerzahl der Stadt Leipzig ist weiter angestiegen und lag nach vorläufigen Angaben des Statistischen Landesamtes Ende 2009 bei circa 519 000 Personen.

Die Gewerbesteuererinnahmen lagen im 1. Quartal 2010 etwa ein Drittel unter dem Vorjahresniveau.

Im Jahr 2009 stieg die Zahl der Insolvenzen um 235 auf 2 185 an, in den meisten Fällen handelte es sich um Privatinsolvenzen.

Trotz der allgemein schwierigen wirtschaftlichen Lage ist die Zahl der sozialversicherungspflichtig beschäftigten Personen im dritten Quartal 2009 weiter angestiegen.

Ende März 2010 waren 37 506 Personen arbeitslos gemeldet, dies waren zwar circa 3 000 Personen mehr als zum Jahresende, aber circa 3 000 weniger als zum gleichen Vorjahreszeitpunkt.

Zum Jahresende 2009 erhielten 80 553 Personen Leistungen nach SGB II, damit ist die Zahl der Leistungsempfänger im Vergleich zum Vorjahr um 230 Personen angestiegen (Basis: endgültige Werte).

Der Umsatz im Verarbeitenden Gewerbe ist im Jahr 2009 um mehr als 20 % zurückgegangen, die Zahl der Beschäftigten hat sich um fast 7 % verringert.

Im Baugewerbe lag die Beschäftigtenzahl am Jahresende 7,7 % höher als Ende 2008.

Auf dem Flughafen wurden im ersten Quartal 2010 insgesamt 4,7 % mehr Passagiere abgefertigt als im ersten Quartal 2009.

Die Messe „HAUS-GARTEN-FREIZEIT“ und die Buchmesse waren mit 174 000 bzw. 156 000 Besuchern die am meisten besuchten Messen im ersten Vierteljahr 2010.

In den Hotels und Pensionen wurden im Jahr 2009 mit 1,027 Millionen Gästen und 1,878 Millionen Übernachtungen neue Höchstwerte verzeichnet.

Kurzinformationen

Leipzig mit Spitzenposition im Ranking

Das bei der Financial Times Group erscheinende Foreign-Direct-Investment-Magazin wählte Leipzig auf den ersten Platz in der Kategorie „FDI Strategy“ von Großstädten (Städte zwischen 500 000 und einer Million Einwohner) vor Glasgow und Valencia im Rahmen der Studie „European Cities & Regions of the Future 2010/11“. Weiterer Achtungserfolg ist ein fünfter Platz in der Kategorie „Strategy“ in Westeuropa, der Leipzig nach Hamburg, Berlin, Bordeaux und Antwerpen verliehen wurde. Wirtschaftsbürgermeister Uwe Albrecht nahm am 16.03. in Cannes die Auszeichnungen für Leipzig entgegen. Für die Erhebung wurden Daten von 223 Städten und 142 Regionen in Europa ausgewertet. Bereits in der vorangegangenen Studie wurde Leipzig sehr großes Potenzial bescheinigt; die traditionsreiche Messestadt wurde nach London, Flandern und Paris zu den vier attraktivsten Städten bzw. Regionen in Europa für ausländische Direktinvestitionen gewählt.

Preiswert Taxi fahren in Leipzig

Taxifahrten sind nicht billig, in Leipzig jedoch vergleichsweise erschwinglich. Ein Gourmet-Magazin testete anhand einer 10-Kilometer-Fahrt die Preise in elf ausgewählten Großstädten. In Leipzig kommt man mit 14 € am preiswertesten ans Ziel. Ebenfalls erschwinglich ist ein Taxi in Köln und Hannover mit 17 €, gefolgt von Dresden mit 17,40 € und München mit 17,70 €. Teuer ist die Taxifahrt dagegen in Frankfurt a.M. mit 19,25 € und in Hamburg mit 19,90 €. Am meisten müssen die Fahrgäste in Stuttgart bezahlen. Hier kostet die 10-Kilometer-Fahrt sogar 20,20 €.

Sachsen wächst zu Semesterbeginn

Die demografische Entwicklung Sachsens ist in den letzten 20 Jahren durch einen nahezu kontinuierlichen Bevölkerungsrückgang gekennzeichnet. Wie nun das Statistische Landesamt kürzlich mitteilte, ist entgegen dem Trend die Einwohnerzahl im Freistaat im Oktober 2009 um 119 Personen im Vergleich zum Vormonat gewachsen. In den letzten 20 Jahren wurde letzt- und einmalig nur im Mai 1996 ein Bevölkerungswachstum verzeichnet.

Die Ursache für den Zuwachs im Berichtsmonat Oktober 2009 sind Wanderungsgewinne der Kreisfreien Städten Dresden, Leipzig und Chemnitz. 99 % dieser Wanderungsgewinne entfallen auf die Altersgruppe der 18- bis unter 25-Jährigen. Im Wesentlichen sind dies demnach Studienanfänger, die zu Semesterbeginn ihren Hauptwohnsitz aus den angrenzenden ostdeutschen Bundesländern

nach Dresden, Leipzig oder Chemnitz verlegten. Den höchsten Bevölkerungszuwachs verzeichnete Dresden mit 0,5 %, gefolgt von Leipzig und Chemnitz mit 0,2 bzw. 0,1 %. Die Zuwächse der Kreisfreien Städte übertrafen somit die Wanderungsverluste und Geburtendefizite der 10 Landkreise.

Der November 2009 fügte sich jedoch wieder in den Trend der vergangenen Jahre ein. Sachsens Bevölkerungszahl sank um 1 780 auf 4 170 490.

Finanzkrise bei Kommunen angekommen

Der Deutsche Städtetag gab im Februar 2010 bekannt, dass die Kommunen in diesem Jahr vor einem Rekorddefizit stehen und führt dies auf die Folgen der Finanz- und Wirtschaftskrise zurück. Bereits im Jahr 2009 mussten die deutschen Kommunen bei den Steuereinnahmen ein Minus von zehn Prozent hinnehmen und sind somit stärker betroffen als Bund und Länder. Vor allem die Einnahmen durch Gewerbesteuern gingen drastisch zurück. Im Jahr 2009 betrug die Steuereinnahmen in den sächsischen Kommunen 2,2 Mrd. € (netto), das waren 10,9 % weniger als 2008. Die Gewerbesteuererinnahmen (nach Abzug der Gewerbesteuerumlage) gingen in den sächsischen Kommunen um 17,2 % zurück, wobei die Gewerbesteuer insgesamt 44 % aller Steuereinnahmen ausmacht. Die kreisangehörigen Gemeinden mussten durchschnittlich die höheren Einbrüche beim Gewerbesteueraufkommen verbuchen. In den kreisfreien Städten fiel der Rückgang milder aus. In Leipzig lagen 2009 die Gewerbesteuererinnahmen (netto) je Einwohner bei 341 € (-3,3 %), in Dresden bei 334 € (-16,3 %) und in Chemnitz bei 284 € (-0,6 %).

Pro-Kopf-Verdienste in Sachsen gestiegen

Die Arbeitnehmer in Sachsen verdienten 2009 nach ersten Berechnungen des Statistischen Landesamtes Sachsen brutto, das heißt vor Abzug der Lohnsteuer und Sozialbeiträge, im Mittel 22 819 € und damit 122 € oder 0,5 % mehr als im Vorjahr. Der 2009 erstmals im Bundesdurchschnitt eingetretene Rückgang in Höhe von 0,4 % (durchschnittlicher Jahresverdienst 27 648 € je Arbeitnehmer) erreichte somit nicht den Freistaat. Zu den Ursachen für den dennoch schwächsten prozentualen Anstieg in Sachsen seit 1997 gehören die Inanspruchnahme von Kurzarbeit bzw. der Abbau von Überstunden. Dies betraf insbesondere die Arbeitnehmer im Verarbeitenden Gewerbe, die deutliche Rückgänge bei den Pro-Kopf-Verdiensten verzeichneten. Der Anstieg der Bruttolöhne und Bruttogehälter je Arbeitnehmer in den sächsischen Dienstleistungsbereichen konnte diesen Trend gesamtwirtschaftlich umkehren.

Abnahme des Landeshaushaltes erwartet

Im Jahr 2009 betragen die Landeseinnahmen in Sachsen 15,8 Mrd. €. Das Institut für Wirtschaftsforschung (ifo) Dresden hat in einer Projektionsrechnung die langfristige Einnahmeentwicklung für den Landeshaushalt Sachsen bis 2025 geschätzt. Bis 2019 gehen die Experten von einem kontinuierlichen Abfall der Einnahmen aus und führen dies auf die Folgen der Finanz- und Wirtschaftskrise, die negative Bevölkerungsentwicklung und das Auslaufen des Solidarpaktes II mit Degression bei den Bundesergänzungszuweisungen zurück. Erst ab 2020 rechnet das ifo mit einem Anstieg der Einnahmen durch Wachstumseffekte des Steueraufkommens. Dennoch dürften die Einnahmen des Freistaates 2025 im Basisszenario um 3,8 Mrd. € (24 %) unter denen von 2009 liegen. Die Entwicklung des Landeshaushalts in Sachsen ist insofern für die Stadt Leipzig von Bedeutung, da in den aktuellen Haushaltsplänen der Jahre 2009 und 2010 die Zuweisungen des Landes zum Verwaltungshaushalt mehr als 40 % ausmachen.

Leipzig hat die höchste Balkondichte

Die höchste Balkondichte findet man derzeit im Osten Deutschlands: Leipzig und Dresden bieten unter ausgewählten deutschen Großstädten das beste Angebot an Wohnungen mit Balkon. Beinahe jede dritte Wohnung, die in den beiden Städten aktuell verkauft oder vermietet wird, verfügt demnach über einen Balkon oder eine Terrasse. Leipzig kommt auf den Spitzenwert von 32 % Balkonwohnungen, Dresden auf 31,5 %. Am geringsten sind die Chancen auf einen Balkon dagegen in Berlin und Düsseldorf: In der Hauptstadt haben lediglich rund 14 % aller angebotenen Wohnungen einen Balkon, in der Rheinmetropole sogar nur 12 %. Die beiden süddeutschen Großstädte München und Stuttgart liegen mit Werten um 20 % im oberen Mittelfeld. Der Städtevergleich basiert auf einer Auswertung von über 340 000 Miet- und Kaufwohnungen in insgesamt zehn deutschen Großstädten durch den Immobilienanbieter immobilienscout24.

Guter Ausbildungsmarkt dank Demografie

Die problematische demografische Entwicklung in Ostdeutschland hat auch positive Auswirkungen. Zwar sank die Zahl abgeschlossener Ausbildungsverträge 2009 im Vergleich zum Vorjahr, rein statistisch konnten jedoch alle Bewerber versorgt werden. Im Vergleich zum Vorjahr wurden in Ostdeutschland 13 % weniger Lehrverträge unterzeichnet, in Sachsen gab es ein Minus von 12 %. Zentrale Ursache für den Rückgang ist weniger die Wirtschaftskrise, sondern die demografische Entwicklung mit Einbrüchen bei der Zahl der nicht

studienberechtigten Schulabgänger. Im Jahr 2009 wurden in Sachsen 23 816 Ausbildungsverträge abgeschlossen. 434 Ausbildungsplätze blieben unbesetzt, denen standen 179 unversorgte Bewerber gegenüber. Rein statistisch blieb 2009 in Sachsen ein Ausbildungsplatzüberangebot von 255 Stellen.

Im Vergleich zu 1999 stellt sich der Wandel auf dem Ausbildungsmarkt noch drastischer dar. Zehn Jahre zuvor wurden in Sachsen noch 14 300 bzw. um 38 % mehr Ausbildungsverträge geschlossen. Aus Sachsen wandern deshalb inzwischen deutlich weniger Ausbildungsanfänger ab.

Auf dem Hochschulmarkt ist die demografische Entwicklung bisher durch eine zunehmende Studierfreudigkeit kompensiert worden. Im Vergleich zu 1999 gab es 2009 sogar 4 631 Studienanfänger mehr.

Ost und West im Zwiespalt

Nach Ergebnissen des Allensbacher Meinungsforschungsinstitutes schätzen Ostdeutsche die Westdeutschen als arrogant, wenig bescheiden und kaum hilfsbereit ein – trotz Transferleistungen in Größenordnungen. Dazu passt, dass 20 Jahre nach der Friedlichen Revolution im Osten Geborene sich in erster Linie als Ostdeutsche, dann erst als Deutsche betrachten. Im Westen Geborene sehen sich in erster Linie als Deutsche. Bundeskanzlerin Merkel dazu: „Wenn Sie mich gefragt hätten, ich hätte gedacht, dass die Wahrnehmung untereinander etwas homogener ist, als sie in dieser Befragung herauskommt. Das zeigt, was wir noch zu tun haben.“

Knöllchen-Statistik

Die Rede ist hier nicht von den so schmackhaften mehr oder weniger runden Knollen, die sonntäglich als Essbeilage auf dem Teller landen. Vielmehr geht es um jene sehr zum Ärger anregenden „Rundlinge“, die gelegentlich unter dem Scheibenwischer haften. Im Offenbach hat man im ersten Halbjahr 2009 pro hundert gemeldeter Fahrzeuge 127 Knöllchen verteilt. Das ist eine ganze Menge, wenn man bedenkt, dass man in Hildesheim mit 14 Knöllchen sehr viel sparsamer umging. Die Stadt Leipzig bewegt sich da noch eher im unteren Mittelfeld. Mit 58 Knollen waren Leipziger Autofahrer noch gut bedient.

Übrigens

sagte Albert Einstein einst: „Nicht alles was zählt, kann gezählt werden, und nicht alles was gezählt werden kann, zählt!“

Die Autoren dieses Berichts haben eine Reihe belangreicher Themen mit Zahlen beleuchtet, wohl wissend, damit niemals alle gewichtigen Fragen beantworten zu können.

Frankfurt a. M. und Leipzig 20 Jahre Partnerstädte

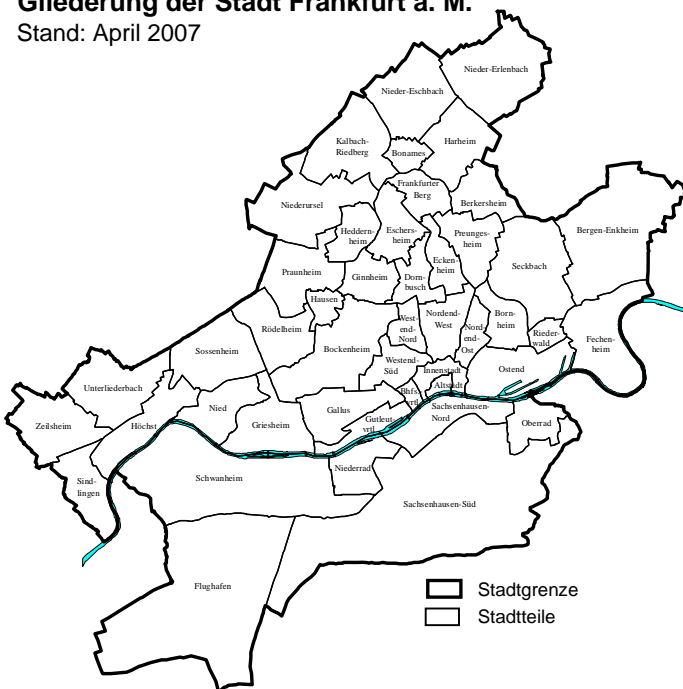
Rudolf Schulmeyer, Josef Fischer

Die Autoren sind Leiter der Statistikämter in Frankfurt a. M. und Leipzig. Rudolf Schulmeyer ist zudem Vorsitzender des Verbandes Deutscher Städtestatistiker. Die Redaktion

Der 3. Oktober 1990 ist der Tag, an dem Deutschland nach 40 Jahren Teilung wieder vereint wurde. Es ist aber auch der Tag, an dem die Städtepartnerschaft zwischen Frankfurt a. M. und Leipzig durch Unterschriftsleistung der Oberbürgermeister beider Städte besiegelt wurde.

Frankfurt a. M. ist derzeit statistisch und administrativ in 46 Stadtteile (siehe Kartendarstellung) und weiterhin in 121 Stadtbezirke untergliedert. Leipzig ist in 10 Stadtbezirke und 63 Ortsteile gegliedert.

Gliederung der Stadt Frankfurt a. M. Stand: April 2007



Gliederung der Stadt Leipzig



Grafik: Amt für Statistik und Wahlen Leipzig

Beide Städte verband von Alters her die Handelsstraße Via Regia (Königsstraße), die von Kiew bis Paris führte. An dieser Straße entwickelten sich beide Städte frühzeitig zu wichtigen Messestädten, was sie auch heute noch sind.

Bis in die 1930er Jahre nahmen beide Städte eine rasante Entwicklung und zählten zu den wichtigsten des Deutschen Reichs. Frankfurt a. M. wurde 1875 Großstadt, Leipzig hatte 1871 die 100 000-Einwohner-Grenze überschritten. Nicht zuletzt Dank der zentralen Lage im Reich hatte Leipzig ein noch stärkeres Wachstum als Frankfurt a. M. Die höchsten Einwohnerzahlen vor dem Zweiten Weltkrieg hatten beide Städte 1933, mit dem Machtantritt der Nazis gingen die Einwohnerzahlen wieder zurück. Frankfurt a. M. hatte 1933 555 857 Einwohner, Leipzig hatte zu diesem Zeitpunkt nach Berlin, Hamburg, Köln und München als fünftgrößte Stadt 713 470 Einwohner.

Nach dem Zweiten Weltkrieg waren die Entwicklungschancen für beide Städte völlig unterschiedlich. Leipzig, das zuerst durch amerikanische Soldaten besetzt wurde, verlor seine zentrale Lage. Es hatte Reparationsleistungen in die Sowjetunion zu entrichten und litt unter einer permanenten Mangelwirtschaft. Frankfurt a. M. lag in der geografischen Mitte der 1949 gebildeten Bundesrepublik, profitierte vom Marshall-Plan, dem westdeutschen Wirtschaftswunder und schon frühzeitig durch die Europäische Gemeinschaft, deren Finanzhauptstadt es heute ist. Die

Bevor beide Partnerstädte auf Basis statistischer Daten miteinander verglichen werden, soll kurz auf einige Aspekte ihrer Entwicklungsgeschichte eingegangen werden.

Beide Städte sind an Flüssen entstanden. Frankfurt, wie bereits der Name sagt, entstand an einer Furt am Main, der die Stadt in Windungen von Ost nach West durchzieht. Leipzig entstand an den Ufern der kleineren Flüsse Parthe und Pleiße, die heute mit der Weißen Elster und einigen Nebenarmen eine ausgeprägte Flusslandschaft bilden.

Frankfurt a. M. wurde 794 erstmals urkundlich erwähnt. Der Legende nach soll diese Erwähnung im Zusammenhang mit dem Krieg gegen die Sachsen stehen, woran auch noch der Frankfurter Ortsteilname Sachsenhausen Süd erinnert. Die urkundliche Ersterwähnung Leipzigs stammt von 1015. Es ist allerdings belegt, dass die Besiedelung sehr viel früher erfolgte.

unterschiedliche Entwicklung spiegelte sich auch bei den Einwohnerzahlen wider. Zur Wiedervereinigung Ende 1990 hatte Frankfurt a. M. 634 357 Einwohner, also deutlich mehr als 1933. In Leipzig waren es nur noch 511 079, viel weniger als 1933. Ein weiteres Beispiel sei für die unterschiedliche Entwicklung genannt. In Frankfurt a. M. wurde die um 1800 erbaute Paulskirche, die 1848/49 als Tagungsort der Nationalversammlung Berühmtheit erlangte, im Zweiten Weltkrieg aber zerstört wurde, selbstverständlich wieder aufgebaut. In Leipzig wurde die 1240 geweihte Paulinerkirche, die 1545 von Martin Luther neu als Universitätskirche geweiht wurde und den Weltkrieg weitgehend unbeschadet überstand, 1968 gesprengt. Der Umgang mit dem heute an gleicher Stelle entstehenden Neubau ist wiederum problembelastet.

Obwohl Frankfurt a. M. die größte Stadt Hessens ist und Leipzig die größte Sachsens, sind beide Städte keine Landeshauptstädte. Beide Städte haben eine Reihe weiterer Gemeinsam-

keiten. Beispielsweise verbindet sie der Dichterst Goethe, nach dem heute die Frankfurter Universität benannt ist. Er kam von Frankfurt a. M. als Student nach Leipzig und setzte im Alter mit Auerbachs Keller im „Faust“ noch ein Denkmal. Beide Städte besitzen auch Goethe-Denkmale.

Während die Universität Leipzig Ende 2009 bereits ihr 600-jähriges Jubiläum begehen konnte, bereitet die 1914 gegründete Johann-Wolfgang-Goethe-Universität ihre 100-Jahr-Feier noch vor. Beide Städte beherbergen einige weitere Hochschulen, an denen Zehntausende studieren. Beide Städte haben auch eine Vielzahl von Kultureinrichtungen. Dazu gehören Museen sowie Oper, Theater und Konzerthäuser mit den jeweiligen Ensembles und eine kreative freie Szene. Beide Städte unterstützen das Kulturangebot in hohem Maße. Die öffentlichen Ausgaben je Einwohner betragen beispielsweise laut Statistischem Bundesamt 2005 in Frankfurt a. M. 202,6 € und in Leipzig 182,4 €. Damit belegten beide Städte die Spitzenplätze der deutschen Großstädte.

Ausgewählte Strukturdaten der Städte Frankfurt a. M. und Leipzig *

Kenngröße	Frankfurt	Leipzig	Kenngröße	Frankfurt	Leipzig
Fläche (ha)	24 831	29 736	Zuzüge	56 673	25 640
Nutzung (Anteile in %)			Zuzüge je 1000 Einwohner	84,6	50,1
Gebäude- und Freifläche	32,3	28,2	Wegzüge	45 882	20 419
Betriebsfläche	0,3	1,5	Wegzüge je 1000 Einwohner	68,5	39,9
Erholungsfläche	6,7	8,2	Wanderungsgewinn	10 791	5 221
Verkehrsfläche	17,7	11,8	Einwohner	672 667	515 469
Landwirtschaftsfläche	24,5	38,0	Änderung 2008 zu 2003	+ 20 529	+17 938
Waldfläche	15,3	6,5	Haushalte (Basis: Meldereg.)	362 234	286 473
Wasserfläche	2,1	2,9	darunter mit (in %)		
Sonstiges	1,0	3,0	1 Person	53,0	49,8
Einwohner	672 667	515 469	2 Personen	24,9	30,8
davon (Anteile in %)			3 Personen	11,2	12,1
unter 3 Jahre	3,0	2,7	4 Personen und mehr	11,0	7,2
3 bis unter 6 Jahre	2,7	2,4	Personen je Haushalt	1,85	1,79
6 bis unter 15 Jahre	7,2	5,5	Gewerbeanmeldungen	13 007	6 560
15 bis unter 20 Jahre	4,3	3,8	Gewerbeabmeldungen	10 545	4 987
20 bis unter 30 Jahre	14,5	16,6	Verarbeitendes Gewerbe		
30 bis unter 40 Jahre	16,5	13,8	(ab 20 Beschäftigte)		
40 bis unter 50 Jahre	17,4	15,1	Gesamtumsatz (Mio. €)	15 795,2	6 557,0
50 bis unter 60 Jahre	12,5	12,8	Tätige Personen	46 553	16 790
60 bis unter 70 Jahre	10,2	12,2	(Ende September)		
70 bis unter 80 Jahre	7,0	10,0	Erwerbstätige	604 500	288 400
80 Jahre und älter	4,7	5,2	(Jahresdurchschnitt 2007)		
Migrantenanteil in %	37,9	8,4	davon		
Ausländeranteil in %	24,3	6,5	Land- und Forstwirtschaft,	1 300	900
Eheschließungen	2 578	1 335	Fischerei		
Ehescheidungen	1 566	920	Produzierendes Gewerbe	64 600	45 500
Geburten (Lebendgeborene)	7 194	5 094	darunter		
Geborene	10,7	9,9	Verarbeitendes Gewerbe	43 900	25 300
je 1000 Einwohner			Dienstleistungsbereich	538 600	242 000
Gestorbene	5 721	5 359	darunter		
Gestorbene	8,5	10,5	Handel, Gastgewerbe	170 300	64 700
je 1000 Einwohner			Öff./priv. Dienstleister	136 300	99 700
Saldo	+ 1 473	- 265			

Kenngröße	Frankfurt	Leipzig
Bruttoinlandsprodukt 2007 insgesamt (Mio. €)	50 997	13 560
je Einwohner (€)	75 815	26 695
je Erwerbstätigen (€)	84 358	47 018
Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte (30.06.) am Wohnort (F bzw. L)	229 690	161 918
am Arbeitsort (F bzw. L)	487 634	205 490
Einpendler	323 550	85 433
Auspendler	65 606	41 861
Einpendlerüberschuss	257 944	43 572
Kraftfahrzeugbestand darunter PKW	335 571	212 868
PKW je 1000 Einwohner	295 272	187 618
	546	364
Arbeitslose (Jahresende) davon	26 925	36 808
Männer	14 961	20 215
Frauen	11 964	16 593
darunter		
unter 25 Jahre	2 552	4 002
55 Jahre und älter	3 318	4 865
Langzeitarbeitslose	10 680	15 865
davon		
Arbeitslose nach SGB III	5 746	7 878
Arbeitslose nach SGB II	21 179	28 930
Arbeitslosenquoten aller zivilen Erwerbspersonen abhängigen zivilen Erwerbspersonen	8,0	14,6
	9,1	16,4
Leistungsempfänger SGB III darunter Empfänger ALG I	6 254	7 220
	6 080	6 915
Leistungsempfänger SGB II Bedarfsgemeinschaften Personen	36 030	46 998
davon	68 838	80 323
Erwerbsfähige	48 744	61 720
Nichterwerbsfähige	20 094	18 603
Verkehrsunfälle mit Personenschaden	3 034	1 949
Getötete Personen	24	9
Schwerverletzte	430	284
Leichtverletzte	3 330	1 922
Gebäude mit Wohnungen darunter	74 924	55 948
mit 1 Wohnung	27 099	23 858
mit 2 Wohnungen	9 328	4 178
Anzahl Wohnungen	357 699	314 402
Straftaten	105 228	61 201
Aufklärungsquote	59,6	48,3
Straftaten je 100 000 Einw.	15 976	11 949
Hochschulen	7	7
Studenten	44 835	35 966
darunter		
Erstsemester	8 541	5 985

Kenngröße	Frankfurt	Leipzig
Allgemeinbildende Schulen		
Grundschulen	84	74
Schüler	20 829	13 775
Mittelschulen	31	30
Schüler	7 356	7 589
Gymnasien	22	20
Schüler	18 349	10 691
Förderschulen	19	18
Schüler	2 392	2 606
Gesamtschulen	15	-
Schüler	10 279	-
Freie Waldorfschule	1	1
Schüler	959	367
Schulen 2. Bildungsweg	3	3
Schüler	1 279	776
Berufliche Schulen		
Schüler	29 323	24 910
Tourismus		
Ankünfte	3 353 240	1 003 703
Übernachtungen	5 428 704	1 852 747
Aufenthaltsdauer (Tage)	1,6	1,8
Bettenauslastung (in %)	44,6	44,2
Messen/Ausstellungen		
Hallenfläche (1 000 m ²)	1 332	102,5
Anzahl Messen	36	40
Aussteller	41 014	15 473
Besucher	1 579 869	1 308 288
Zoo-Besucher	944 500	1 673 608
Kommunalfinanzen (Mio. €)		
Steuereinnahmen (netto)	2 133,0	373,2
darunter:		
Grundsteuer	175,8	65,3
Gewerbesteuer (netto)	1 669,3	183,7
Anteil Einkommensteuer	311,8	89,3
Anteil Umsatzsteuer	125,8	30,7
Schuldenstand	1 102,7	842,6
Schulden je Einwohner (in €)	1 639	1 635
Bundestagswahl 2009		
Wahlbeteiligung (in %)	71,8	66,1
Anteil Zweitstimmen (in %)		
CDU	27,8	28,0
SPD	21,9	18,1
DIE LINKE	10,5	25,5
GRÜNE	17,2	12,0
FDP	17,5	12,3
Sonstige	5,1	4,1
Stadtratswahl F 2006, L 2009		
Wahlbeteiligung (in %)	40,4	41,4
Stimmenanteil (in %)		
CDU	36,0	23,7
SPD	24,0	20,4
DIE LINKE	6,6	23,2
GRÜNE	15,3	14,6
FDP	6,5	9,6
Sonstige	11,5	8,5

Quelle: Statistikstellen Frankfurt a. M. und Leipzig

Datenstand 2008, falls nicht anders bezeichnet

Finanzvergleich ostdeutscher Großstädte (ausgewählte Daten)

Werner Ley, Iris Gleiche

Werner Ley ist stellvertretender Vorsitzender der Regionalen Arbeitsgemeinschaft Ost des Verbandes Deutscher Städtestatistiker und Leiter des Amtes für Statistik der Landeshauptstadt Magdeburg. Iris Gleiche ist Mitarbeiterin des Magdeburger Amtes und bearbeitet dort den jährlichen Finanzvergleich. Die Redaktion

Über Geld spricht man nicht, sagen jene, die stets genug davon haben. Die deutschen Städte sprechen schon lange über Geld. Und weil das Geld, vom dem sie stets zu wenig haben, das des Steuerzahlers ist, stehen sie seit jeher in der Pflicht, über dessen Verwendung öffentlich Auskunft zu erteilen.

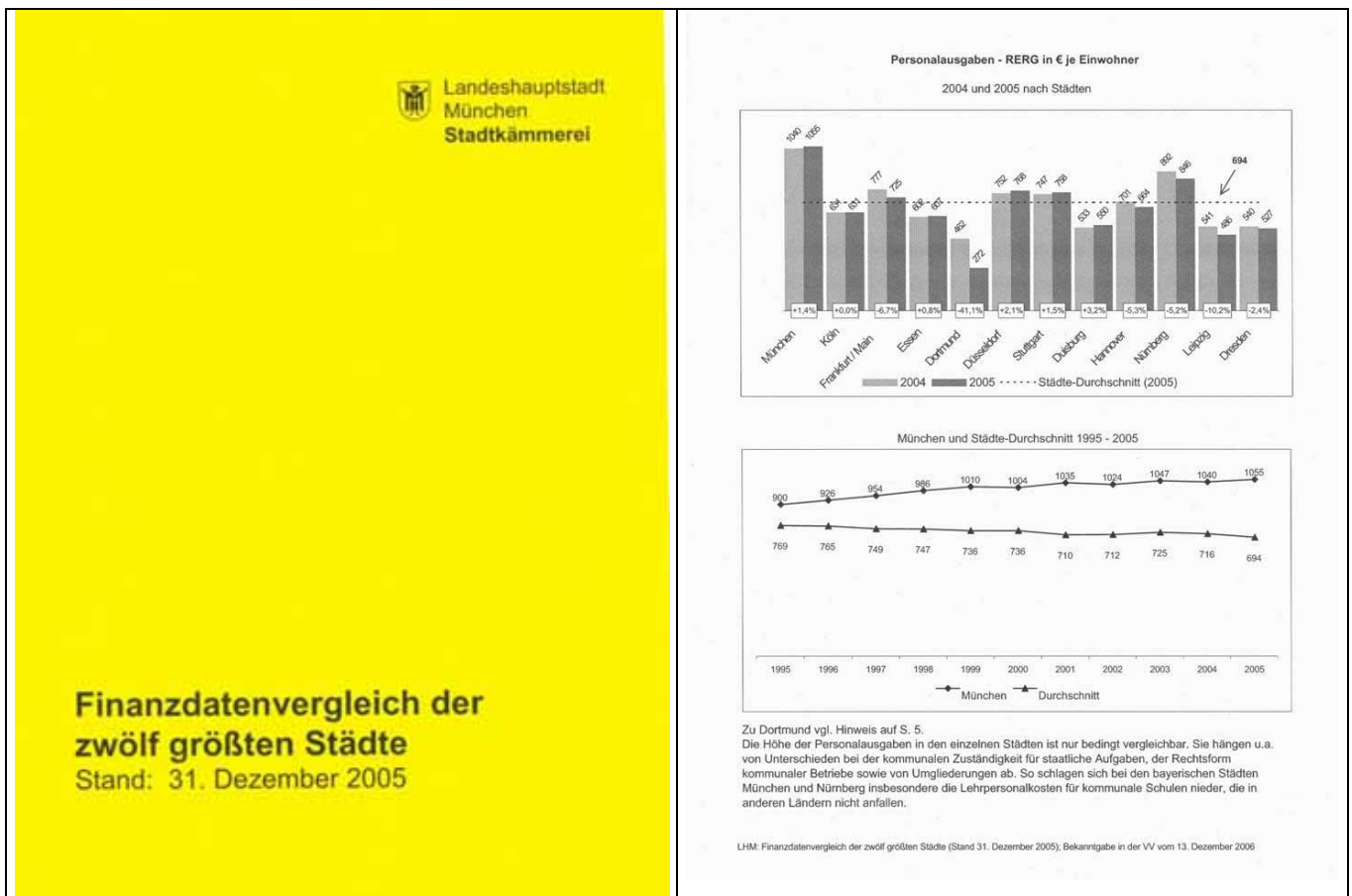
Die Zeiten, in denen der Blick des Bürgers kaum über die heimatliche Stadtmauer hinausreichte, liegen weit zurück. Also müssen sich die städtischen Kämmerer auch gefallen lassen, dass der Steuerzahler das Finanzgebaren seiner Stadt mit dem anderer Städte vergleicht.

Hier hätte sich eigentlich frühzeitig ein Betätigungsfeld für die Statistiker aufgetan, die sich seit Jahrzehnten den Vergleich, den Städtevergleich zumal, auf die Fahnen geschrieben haben.

Bereits seit vielen Jahren gab es in den alten Bundesländern jährlich eine „Vergleichende Darstellung wichtiger Finanzdaten“, herausgegeben von der Landeshauptstadt München von der dortigen Stadtkämmerei (Auszug siehe nachfolgende Abbildung). Berücksichtigt waren und sind bis heute die 12 größten Städte der Bundesrepublik

(ohne Stadtstaaten). Seit der Wiedervereinigung sind zusätzlich Leipzig und Dresden einbezogen.

Angesichts erwartbarer Zuspitzung der kommunalen Finanzsituation entstand auch in den Städten der neuen Bundesländer der Bedarf an einem Finanzdatenvergleich, der auch als Werkzeug zur Finanzpolitik der Kommunen genutzt werden kann. Initiiert durch den damaligen Vorsitzenden und Leiter des Leipziger Amtes für Statistik und Wahlen, Dr. Josef Fischer, beschlossen die in der Arbeitsgemeinschaft Ost des Verbandes Deutscher Städtestatistiker organisierten ostdeutschen Städtestatistiker die Auflage eines Finanzvergleichs der 12 größten ostdeutschen Städte - zunächst bewusst nach Münchener Vorbild. Die Zusammenstellung erfolgte durch das Amt für Statistik Magdeburg. Die Erarbeitung des Vergleichs begann 1996 mit den Jahren 1991 bis 1994. Da zunächst der direkte Kontakt zu den Kämmergeien fehlte, wurden die Statistikämter in den Berichtsweg eingeschaltet. Die Stadtkämmerei München erklärte sich freundlicherweise bereit, die Tabellenschemata und Aufbereitungsmuster zur Verfügung zu stellen.



Der Start dieses gemeinsamen Projekts der ostdeutschen Statistiker fiel genau in eine Zeit, in der sich die Diskussion um die Kommunal Finanzen immer mehr auf die Frage der Personalkosten verengte. Ausgehend von der von außen in die Verwaltungen hineingetragene Annahme, das Heil liege in der umfassenden Übernahme betriebswirtschaftlicher Werkzeuge, geriet vor allem die Kennziffer „Anteil der Personalkosten an den Ausgaben des Verwaltungshaushalts“ in den Brennpunkt der Aufmerksamkeit.

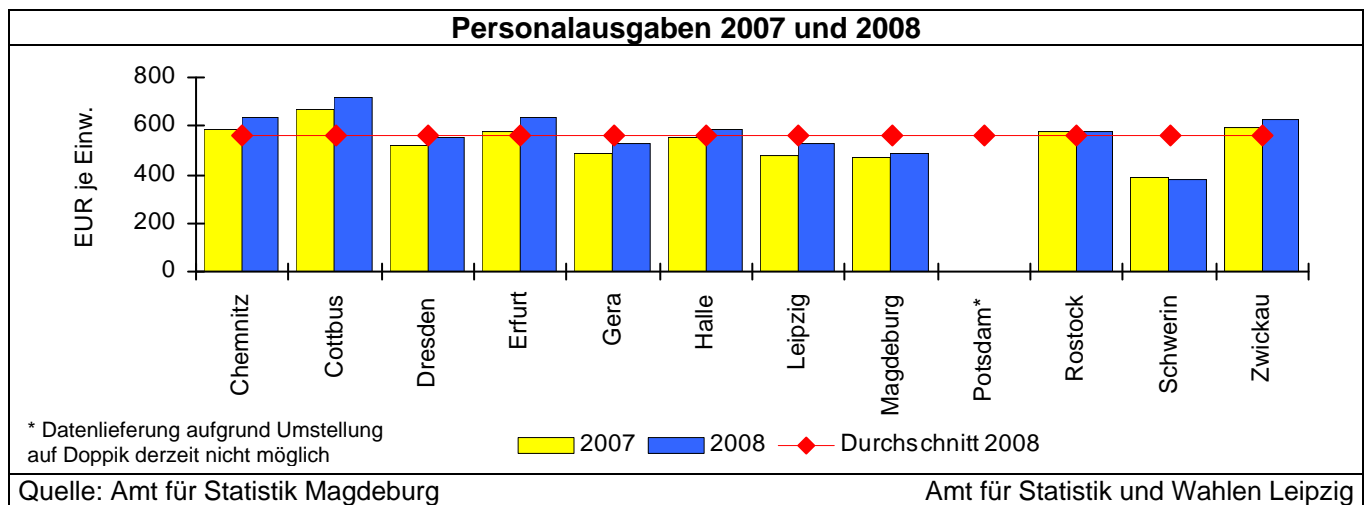
Diese Zahl lag in den frühen Neunzigern wohl nahezu überall deutlich über der 40-Prozent-Marke, ein realistisches Abbild der Dienstleistungsorientierung einer kommunalen Verwaltung. Sehr bald wurde dieses Niveau als Kennzeichen einer rückständigen, ineffizienten Verwaltung gebrandmarkt. Das hohe Ziel der Senkung des Personalkostenanteils schaffte es in die Spalten der Lokalpresse und die Wahlkampfprogramme von Rats- und Bürgermeisterkandidaten – übrigens unabhängig von der Farbe der Parteibücher.

Die ostdeutschen Städte, denen im Rahmen der Abwicklung der DDR-typischen Rundumbetreuung ihrer Bürger eine Vielzahl von administrativen, kulturellen und sozialen Einrichtungen zugeordnet worden waren, hatten naturgemäß einen besonders hohen Personalkostenanteil im Haushalt.

Gerade dieser Kostenfaktor steht bis heute bei den Kommunen im Blickpunkt der Verantwortlichen. Im Vergleich nach dem Münchener Muster wurden zum Beispiel Kosten der Kernverwaltung erhoben. Die Abgrenzung dieses Begriffs war immer strittig, schließlich wurde dieses Merkmal aufgegeben.

Es begann damals in den Städten eine Welle von Ausgliederungen durch Bildung von Eigenbetrieben, Eigengesellschaften, scheinbaren und echten Privatisierungen ehemals kommunaler Aufgaben. Sehr bald wurde deutlich, dass etwa die Auslagerung nicht verwaltungsspezifischer Dienstleistungsaufgaben (Reinigung, Gebäudeverwaltung und anderes) durch Verlagerung von Ausgaben aus dem Personal- in den Sachkostenbereich die ungeliebte Kennziffer von beiden Seiten zu verbessern imstande war – selbst wenn nicht ein Pfennig weniger ausgegeben wurde.

Diejenigen Städte, die bei dieser Welle im Nachtrab waren, gerieten beim Städtefinanzvergleich unvermeidbar ins Hintertreffen. Der Magdeburger Finanzvergleich, damals noch in gedruckter Form veröffentlicht, weit gestreut und auch der Presse zugänglich gemacht, diente gelegentlich als Argumentationsmittel in den stadtinternen Debatten. Unvermeidlich geriet die Erhebung in die Kritik, die Kostenstruktur der Städte nicht adäquat wiederzugeben.



Ganz unbegründet war diese Kritik an der Vergleichsmethodik wiederum nicht. Zu jener Zeit entsprach die ihr zugrunde liegende Fiktion von einer annähernd gleichen Struktur der städtischen Haushalte nicht mehr der Wirklichkeit. Selbst wenn der Herausgeber des Vergleichs um Erläuterung erklärbarer Disproportionen durch Fußnoten und Anmerkungen bemüht war, unterlag er der Gefährdung jeder Statistik, die unbegleitet in die Welt von Politik und Publizistik hinaustritt – der Gefahr der Verabsolutierung der Zahlen bei gleichzeitiger Vernachlässigung der Zusammenhänge, die aus der Zahl erst die Information werden lassen.

Gegen Ende der Neunziger Jahre überwogen schließlich die Stimmen, die eine Überarbeitung

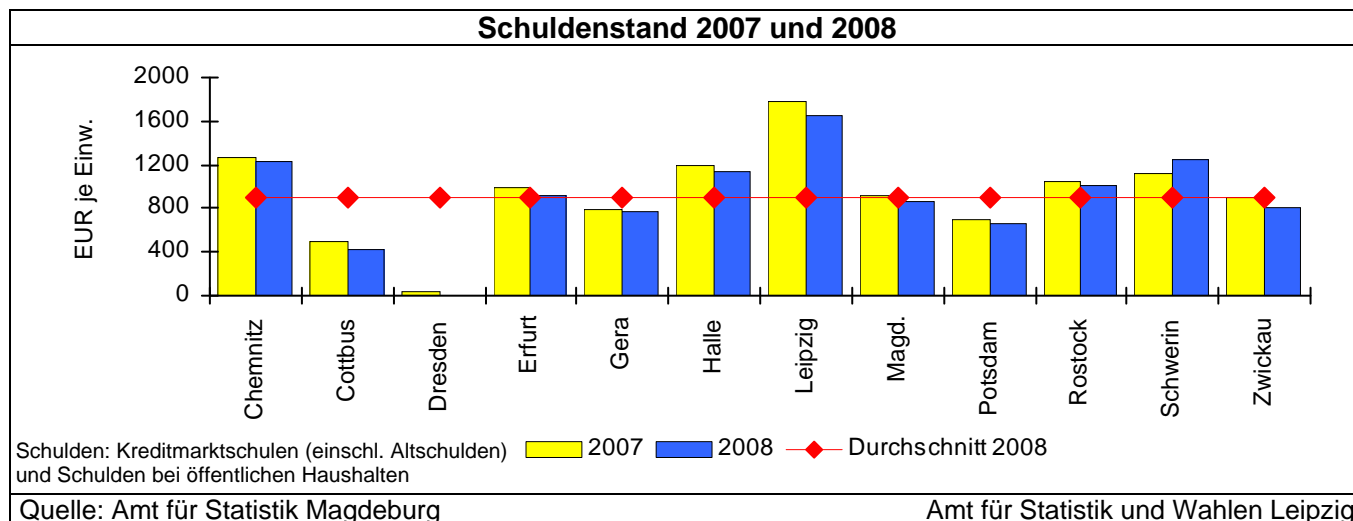
des Vergleichs und eine Abkehr vom Münchener Vorbild forderten. Das Deutsche Institut für Urbanistik (Difu) in Person von Michael Reidenbach leistete tatkräftige Unterstützung und empfahl die Orientierung am jährlichen Finanzvergleich des Deutschen Städtetages. Das erlaubte die Harmonisierung der Erhebung. Wurde zunächst noch das Gros der Vergleichsdaten vom Difu aus den Städtetagsdaten gewonnen und an das Magdeburger Statistikamt weitergeleitet, führte der Aufbau von Kooperationsbeziehungen zu den beteiligten Kammereien nicht nur zur Entlastung des Difu und der städtischen Statistikstellen, sondern auch zu einem deutlichen Zeitgewinn. So konnte der Vergleich inzwischen auch nach

Aufgabe der klassischen Datenerhebung durch den Deutschen Städtetag fortgesetzt werden.

Um auf dem Gebiet der Personalkosten eine einigermaßen einheitliche Grundlage zu schaffen, wird die Erhebung der Personalstände nach Einzelplänen durch den Deutschen Städtetag (jährlich zum 30.06.) mit ausgewertet.

Die Erneuerung der Vergleichsmethodik ab 2001 erlaubte auch eine umfangreichere Betrachtung

der Schulden der Kommunen; für unseren Vergleich werden diese etwas umfangreicher betrachtet. Dieser Teil des Vergleichs wird durch die Statistikstelle der Stadt Dresden erarbeitet. Inzwischen hat die Schuldenproblematik die Personalkosten vom Spitzenplatz der Aufmerksamkeit verdrängt. Ganz verschwunden ist die Diskussion um eine realistische Darstellung der Personalkostenanteile jedoch bis heute nicht.



Eine grundlegende Neuerung war die Form der Herausgabe. Wurde der Finanzvergleich zuvor in gedruckter Form als Heft herausgegeben, so erfolgt seitdem eine individuelle Aufbereitung für jede Stadt, die jeweils ihre Daten im Vergleich zu den anderen Städten zeigt und direkt an die Statistikstelle übermittelt wird. Die Städte entscheiden selbst über Umfang und Zeitpunkt der Veröffentlichung.

Mit Ausnahme der Umstellungen, die sich aus der Aufgabe der klassischen Sozial- und Arbeitslosenhilfe und der Einführung des ALG II ergaben, ist die „Vergleichende Darstellung der Finanzsituation ostdeutscher Großstädte“ seither nicht weiter verändert worden.

Mit der Umstellung der kommunalen Finanzverwaltungen auf die doppische Haushaltsführung steht dem Finanzvergleich allerdings eine völlige Neuausrichtung bevor.

Während der ersten Diskussionen um das künftige neue Haushalts- und Kassenwesen schien es, als ob die Statistiker zu den (wohl wenigen) wirklichen Gewinnern der Umstellung gehören würden. Die Erfassung aller Aufwendungen nach Kostenträger und Kostenart sowie die Notwendigkeit zur Bildung eines „konsolidierten Konzernergebnisses“ würden gleichartige Aufwände wieder zusammenführen und zum Beispiel die Personalaufwendungen der Eigenbetriebe wieder aus der Anonymität der Sachkosten hervorholen. Inzwischen zeichnet sich aber ab, dass es auch in Zukunft die eine oder andere kommunale Sonderregelung geben wird und Besonderheiten von Bundesland zu Bundes-

land den interkommunalen Vergleich nicht eben erleichtern werden. Als völlig ausgeschlossen hat sich nach kurzer Überlegung die Möglichkeit herausgestellt, die Haushaltsrechnungen kameralistisch rechnender Kommunen mit denen aus Städten zu vergleichen, in denen bereits eine doppische Haushaltsführung üblich ist. Aus diesem Grund ist derzeit die Landeshauptstadt Potsdam aus dem Finanzvergleich ausgeschlossen. Die Städte des Landes Brandenburg haben ihr Haushaltswesen bereits zum Haushaltsjahr 2008 umgestellt, in anderen Ländern ist dies zum 1. Januar 2010 erfolgt.

Der Finanzvergleich der ostdeutschen Großstädte besteht nun schon seit 1996. In diesem Zeitraum ist – ohne den Sinn des Finanzvergleichs wirklich ernsthaft in Frage zu stellen - immer wieder diskutiert worden, ob das Instrument noch zeitgemäß ist. Mit der jetzt stattfindenden tiefgreifenden Umstellung der Welt des kommunalen Finanzwesens kommt diese Frage erneut auf. Aber es wäre wohl kein gutes Zeichen aus der Statistik-Etage, wenn der jährliche Vergleich nun etwa wegen Problemen mit der Interpretation von Kostenarten und der Vergleichbarkeit von Kostenträgern eingestellt würde.

Die finanzielle Lage der Kommunen hat sich im Laufe dieser Jahre nicht verbessert, eher das Gegenteil ist der Fall. Die Ursachen hierfür sind in aller Munde - steigende Sozialausgaben, fehlende Steuereinnahmen, sinkende Finanzaufweisungen, steigende Zinslasten und Finanzrisiken. Es gibt also für die (ost-)deutschen Städte noch viele Gelegenheiten, über Geld zu reden.

Die kleinräumige Veränderung der Wählerpotenzials zwischen zwei Wahlen

Ernst-Otto Sommerer

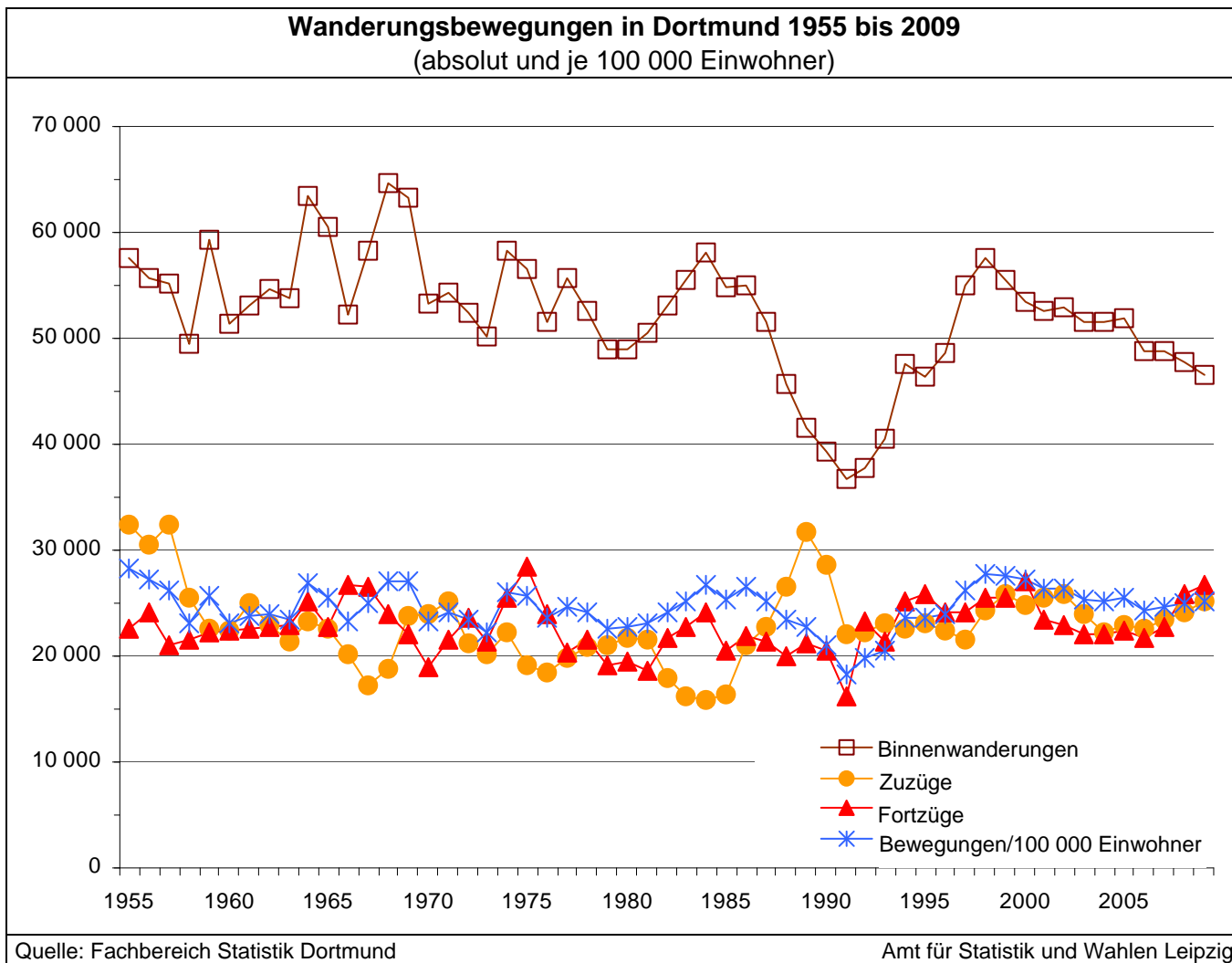
Der Autor ist Sprecher des Arbeitskreises Statistik, Stadtforschung und Wahlen des Deutschen Städtetages und Leiter des Fachbereichs Statistik der Stadt Dortmund. Die Redaktion

Dortmund steht für altindustriell geprägte Großstädte und ist mit seinen knapp 580 000 Einwohnern ein lebendiges Beispiel für Veränderung, den sogenannten Strukturwandel. Bis Ende der 80er Jahre wurde noch Steinkohle gefördert, dann wurden die letzten Hochöfen aufgegeben und schließlich sogar Europas modernste Kokerei nach nicht einmal einem Jahrzehnt Betriebszeit im Jahr 2000 stillgelegt und 2003 demontiert. Ab 2006 – wieder aufgebaut in China – produziert sie erneut Koks für den Weltmarkt.

Dieser Beitrag behandelt nun nicht die Erfolge des Strukturwandels, sondern beschäftigt sich mit der Mobilität der Menschen. Sie ist seit den 50er Jahren des letzten Jahrhunderts weitgehend gleich geblieben und bewegt sich mit Schwankungen leicht unter 25 Bevölkerungsbewegungen je 100 Einwohner. Zu weiter zurückliegenden Zeiten der Montanindustrie galt Mobilität nicht sonderlich als Tugend, sondern örtliche Beständigkeit wurde sogar gefördert. Die Unternehmen der Montanindustrie waren Arbeitgeber und Vermieter (zum

Beispiel Zechenkolonien mit großem Gartenanteil), besorgten die Sozialversicherung und letztlich versorgten sie ihre Arbeiter auch mit den Dingen des täglichen Bedarfs. Das folgte nicht einer besonderen sozialromantischen Idylle, sondern ersetzte einerseits sozialpolitische Instrumente, half aber auch andererseits, Abhängigkeiten zugunsten der Unternehmen zu schaffen, zu teilen, um besser herrschen zu können.

Das begann sich zwar in der 2. Hälfte des 20. Jahrhunderts aufzulösen, im Verständnis der Menschen, dass es nämlich den umfassenden Kümmerer für einen selbst gibt, blieb es bis in die Gegenwart bestehen. Daraus wird oft der Vorwurf einer übertriebenen Versorgungsmentalität im Ruhrgebiet abgeleitet und mangelnde individuelle Mobilität als Antwort auf die Arbeitsmarktprobleme. Andererseits behauptet die Ortspolitik vielfach, man kenne seine Wähler und diese die Politiker. Stimmt das – und wenn nicht, was bedeutet das bei zunehmender Wahlmüdigkeit und althergebrachter Wahlergebnisstrukturen?

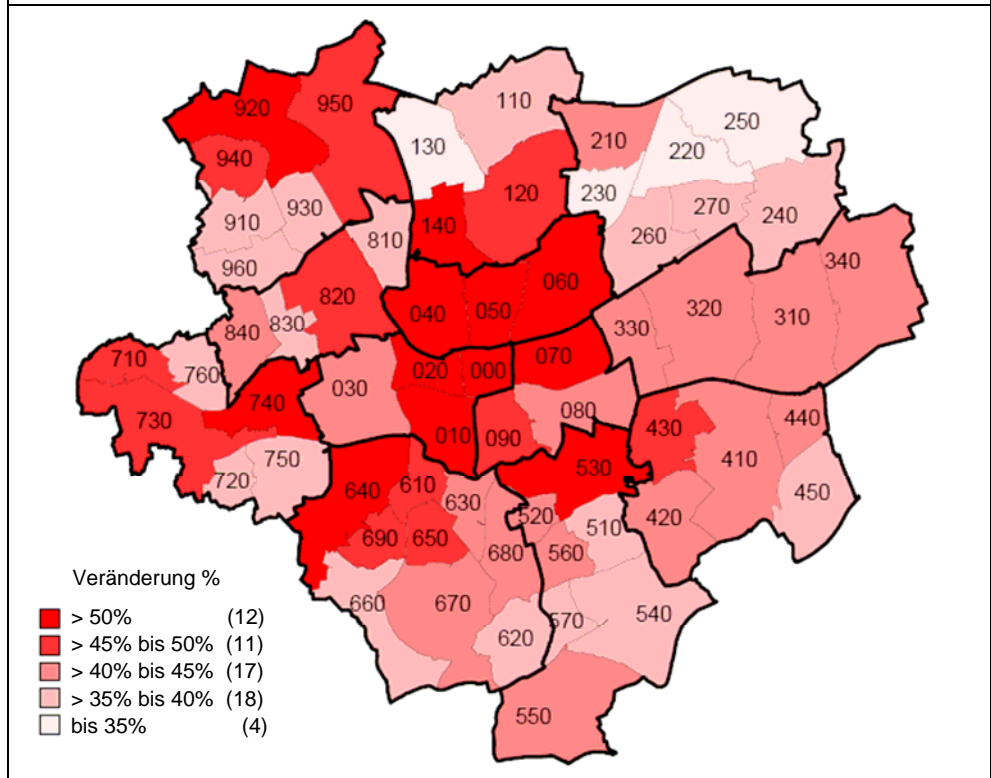


Nicht alle Fragen wird man im Rahmen dieses Beitrags beantworten können, wohl aber der Frage nach kleinteiligen Veränderungsprozessen in der Wählerschaft beziehungsweise bei den Wahlberechtigten nachgehen können. Im Übrigen ist dieser Beitrag auch dafür gedacht, die Diskussion der Dynamik von Bevölkerungsveränderungen anzuregen.

Räumliche Messgrößen sollen die 62 Statistischen Bezirke von Dortmund sein. Sie stimmen zwar in der Lage nicht mit den 41 Kommunalwahlbezirken überein, wohl aber am ehesten in der Zahl und damit auch in der Einwohnerstärke. 9 300 Einwohner haben die Statistischen Bezirke im Durchschnitt, 14 000 Einwohner die Kommunalwahlbezirke. Verglichen werden die Veränderungen bei den Wahlberechtigten zwischen den Kommunalwahlen der Jahre 2004 und 2009, wobei die Jahres(end)zahlen maßgeblich sind. Als wahlberechtigt werden alle deutschen Einwohner und die mit Staatsangehörigkeit eines EU-Mitgliedslandes im Alter von 16 Jahren oder älter angesehen.

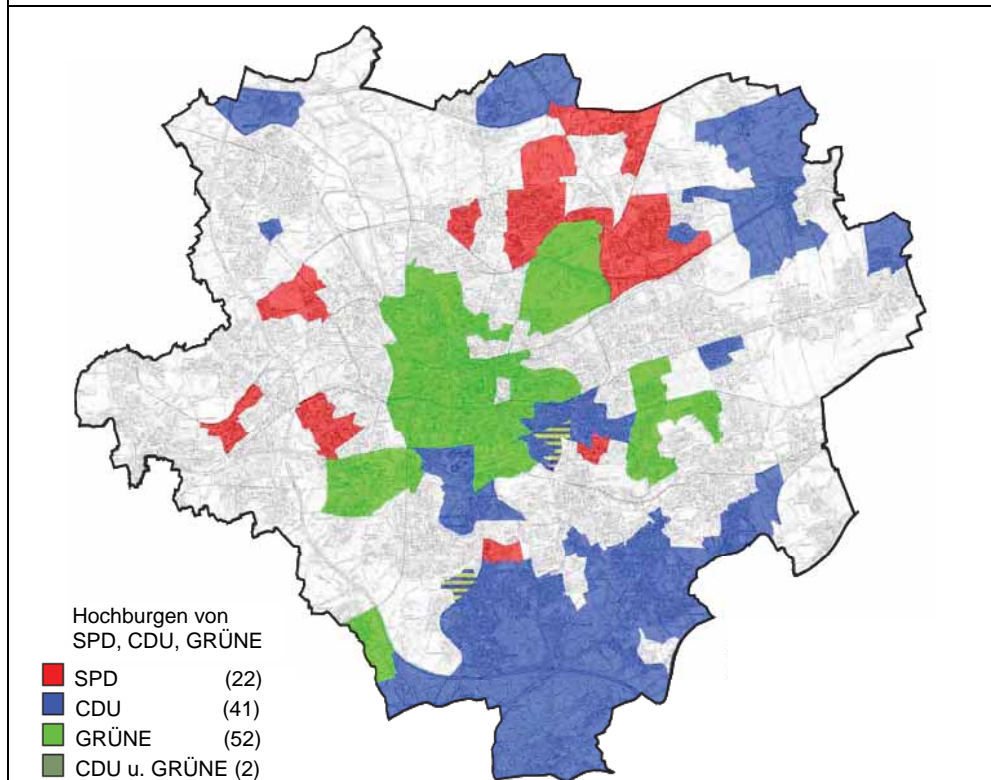
Deren Zahl hat sich insgesamt um 0,3 % von rund 453 300 auf 452 200 verringert. Jährlich kommen rund 5 000 Wahlberechtigte im Alter von 16 Jahren hinzu, während zeitgleich 6 500 versterben. Die Zahl der Zu- und Fortzüge (ohne Umzüge innerhalb des Statistischen Bezirks) liegen bei jeweils über 52 000, wobei die Fortzüge in den letzten Jahren auf 54 500 angestiegen sind. Aus diesen Eckdaten lässt sich für die gesamte Stadt Dortmund

Abb. 1: **Wahlberechtigte zu den Kommunalwahlen 2004 und 2009 in der Stadt Dortmund auf Basis der Statistischen Bezirke**



Quelle: Fachbereich Statistik Dortmund

Abb. 2: **Hochburgen von SPD, CDU und GRÜNE in der Stadt Dortmund auf Stimmbezirksbasis 2009**



Quelle: Fachbereich Statistik Dortmund

ableiten, dass sich über den Rückgang hinaus jährlich rund 13 % der Wahlberechtigten durch Wanderungsbewegungen, Alterung und Sterblichkeit austauschen. Linear auf fünf Jahre übertragen wären das annähernd zwei Drittel der

Wahlberechtigten. Da manche Wahlberechtigte mehrfach umziehen, wäre dieser Wert nach unten zu korrigieren. Zudem sind Innenstadtlagen, der Einzugsbereich der Technischen Universität und Agglomerationen von stationären Senioreneinrichtungen (um nur drei Beispiele zu nennen) eher geeignet, eine sehr viel höhere Fluktuation zu signalisieren als insbesondere Ein- und Zweifamilienhausgebiete jüngeren Baualters. Insofern werden die Veränderungswerte kleinräumig Unterschiede aufweisen. Da Mehrfachumzüge nicht aus der Bewegungsstatistik ermittelt werden können (es werden die Bewegungen eines Zeitraumes aggregiert für einen Raum festgehalten, nicht die einzelner Personen), muss eine realitätsnahe Veränderung geschätzt werden.

Der Rechengang zur kleinräumigen Erfassung der Wahlberechtigten hat drei Stufen:

1. Mobilitätsziffer:

➤ Summe von Zu- und Fortzügen (16 Jahre und älter) je 100 Wahlberechtigte

2. Abschlagfaktor:

➤ zur Berücksichtigung des Effektes von Mehrfachumzügen durch die Formel $(100 - \text{Mobilitätsziffer}) : 100$

3. Veränderungswert:

➤ Produkt der Summe aus Zuzügen und 16-jährigen aller Jahre und dem Abschlagfaktor, prozentual bezogen auf die Wahlberechtigten des Ausgangsjahres.

Die dadurch erzielten Werte geben ungefähre Größenordnungen wieder, die in der Höhe bedingt belastbar sind. Ihre besondere Aussagekraft liegt in der ermittelten Rangfolge der Statistischen Bezirke untereinander.

Abbildung 1 zeigt die örtlichen Schwerpunkte hoher und niedriger Werte, wobei sich der regionale bzw. soziale Kontext solcher Entwicklungen zunächst nur dem Ortskundigen erschließt.

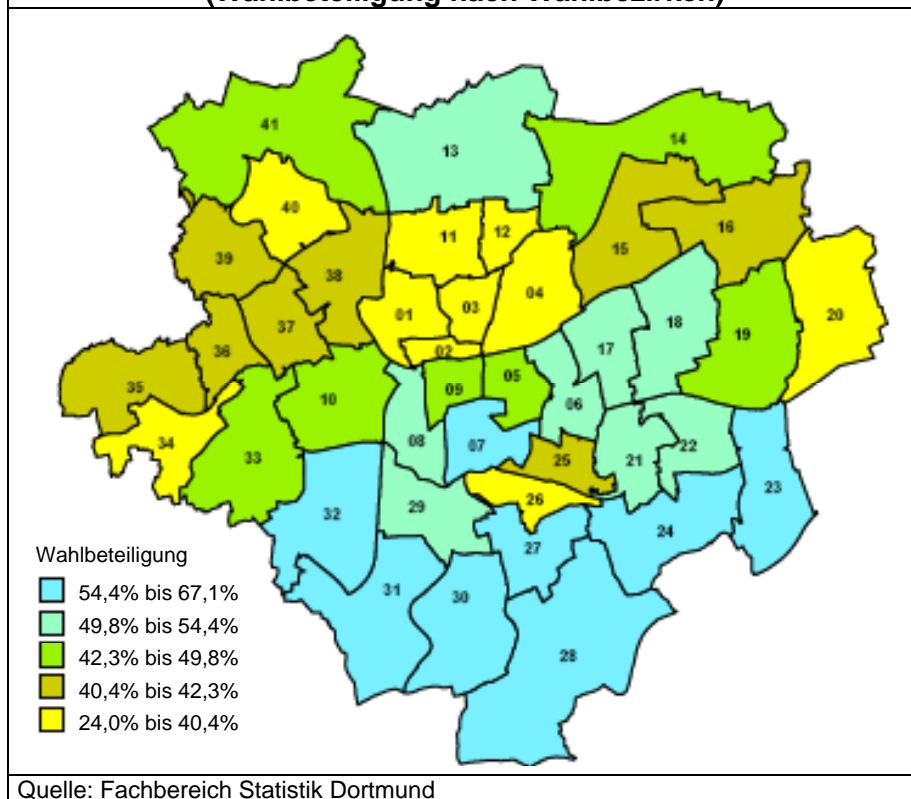
Zur Vertiefung der Informationen wird eine Karte mit Hochburgen der politischen Parteien gegenübergestellt (Abbildung 2). Als Hochburg wird ein Stimmbezirk dann bezeichnet, wenn die jeweilige Partei an zwei aufeinanderfolgenden Wahlen dort mehr als 20 % über ihrem stadt-durchschnittlichen Ergebnis lag. Dies setzt eine praktikable Mindeststimmzahl voraus, so dass für Dortmund nur für drei Parteien Hochburgen sinnvoll abgegrenzt werden konnten. Deutlich wird, dass die CDU (nachrichtlich: samt FDP) eher dort ihre Hochburgen hat, wo die Bevölkerungs-

veränderungen am geringsten sind, die GRÜNEN (nachrichtlich: samt DIE LINKE) dort, wo die größten Veränderungen auftreten. Die SPD, die als stärkste Partei einen weitgehend ausgeglichenen Zuspruch in der Fläche hat, verfügt über relativ wenig Hochburgen. Regelmäßigkeiten in Bezug auf einen Zusammenhang zur Bevölkerungsveränderung stechen nicht ins Auge.

Jedoch fallen regionale Zusammenhänge zur Wahlbeteiligung auf, unter deren Rückgang bei Kommunalwahlen insbesondere die SPD litt.

So sind gerade im Westen der Stadt, dort wo partiell relativ große Veränderungen der Bevölkerung stattgefunden hatten, auch geringere

Abb. 3: Kommunalwahlen 2009 in der Stadt Dortmund (Wahlbeteiligung nach Wahlbezirken)



Wahlbeteiligungen zu verzeichnen. Insofern können solche Ansätze und Betrachtungen der Dynamik von Bevölkerungsbewegungen durchaus geeignet sein, der Orts- und Kommunalpolitik Hilfestellung zu leisten, jene (Wohn-)Gebiete zu identifizieren, wo stärker für eine demokratische Teilhabe an der Gesellschaft geworben werden muss. Und das nicht erst nach einer Wahl, wenn die geringen Beteiligungswerte allgemein beklagt werden, sondern bereits im Vorfeld, wenn man beispielsweise die Veränderungen in der Bevölkerungsstruktur mit in die strategischen Überlegungen einer politischen Mobilisierung mit einbeziehen kann. Der hier aufgezeigte Weg vermittelt erste Ergebnisse und ist als Angebot zu verstehen, die Methode weiterzuentwickeln, etwa durch die Anbindung empirisch abgesicherter weiterer Einflussgrößen.

Statistik trifft Wahlen - Facetten eines vielschichtigen Beobachtungsfeldes

Knut Papenfuß

Der Autor ist Sprecher der Arbeitsgruppe Wahlen im Deutschen Städtetag sowie Stellenleiter im Referat Stadtentwicklung und Statistik der Stadt Braunschweig. Die Redaktion

Statistik ordnet unser tägliches Leben. Ihnen ist sicherlich der Nonsens geläufig, dass die Person, die ihren Kopf im Kühlschrank und ihre Füße im warmen Backofen hat, im Durchschnitt in idealer Raumtemperatur lebt. An der Statistik Interessierte wissen außerdem, dass Menschen in Deutschland durchschnittlich täglich 227 Minuten vor dem Fernseher verbringen.^[1] Und während wir täglich immerhin eine gute halbe Stunde lesen^[2], wendet ein junger Vater pro Tag mehr als drei Stunden für Haus- und Familienarbeit auf.^[3]

Nun weiß, wer mit Statistiken arbeitet: Statistiken bilden nicht unbedingt die Wahrheit und Wirklichkeit ab. Statistiken helfen aber, ein Bruchstück der Wirklichkeit zu analysieren und zu interpretieren. Manchmal kommen statistische Ergebnisse spröde daher, manchmal sind sie sehr speziell. Dennoch greift man auch im vielgestaltigen Wahlgesehen gern darauf zurück. Wie sonst den Dingen auf den Grund gehen? Das Flaggschiff vorneweg: Die repräsentative Wahlstatistik. Ihr ist es zu verdanken, dass wir seit Jahrzehnten sehr genau Entwicklungen nachvollziehen können, ob und mit welchen Vorlieben Mann oder Frau, Alt oder Jung an die Wahlurnen geeilt sind. „Die repräsentative Wahlstatistik ist ein wichtiger Schlüssel zum tatsächlichen Wahlverhalten der Wähler.“^[4] Und bei so mancher Wahl, bei der die Zahl der Nichtwähler die der Wähler überrundet, wird offenkundig, wer von Parteien und Politik nicht mehr erreicht werden

konnte. Aktuell stehen bereits die Auswertungen zur Bundestagswahl zu Wahlbeteiligung und Stimmabgabe der Männer und Frauen als Information des Bundeswahlleiters zur Verfügung. Eine lohnenswerte Lektüre.^[5]

Zur Bundestagswahl 2009 kam es in etlichen Städten in den ersten Tagen der Briefwahlausgabe zu einem regelrechten Run auf die Wahlämter. Eine am 13. Tag vor der Wahl durchgeführte Ad-hoc-Umfrage zur Briefwahl zeigte im Vergleich zur vorhergehenden Wahl auch tatsächlich ein stark erhöhtes Antragsaufkommen. Eine zufällige Entwicklung? Ein Indiz für eine ausnehmend gute Wahlbeteiligung zur laufenden Bundestagswahl?

Heute wissen wir, dass die Wahlbeteiligung der Bundestagswahl im vergangenen September letztlich sogar „erschreckend“ hinter den Vorjahren zurückgeblieben war. Dennoch sind die Zahlen der Schlussrechnung in der Briefwahlausgabe im gegenläufigen Trend weiter angestiegen. Eine Vereinfachung des Wahlgeschäftes für die Bürgerinnen und Bürger (hierzu zählt zum Beispiel die Briefwahl) ist also vordergründig nicht geeignet, Wählerpotenzial zu mobilisieren. Vereinfachte Verfahren entschlacken formale Anforderungen und Aufwand auf Bürger- wie auch auf Verwaltungsseite, bieten aber keinen Anreiz, überhaupt wählen zu gehen. Dazu bedarf es - so darf vermutet werden - ansprechender politischer Motive.

Briefwahlnachfrage und Wahlbeteiligung bei den Bundestagswahlen 2005 und 2009							
Stadt	Wahlberechtigte 2009	Briefwahl 13. Tag *)		Briefwahl insgesamt		Wahlbeteiligung	
		2005	2009	2005	2009	2005	2009
	Anzahl	in %					
Berlin	2 471 665	13,0	16,0	18,2	19,8	77,4	70,9
Hamburg	1 256 634	14,3	18,0	20,0	21,7	77,5	71,3
München	895 101	14,1	19,7	22,9	26,5	76,9	73,4
Leipzig	415 259	7,6	8,3	14,6	14,4	74,6	66,1
Bremen	402 884	9,9	10,6	14,6	15,3	76,2	71,4
Stuttgart	365 542	16,2	16,2	20,7	20,6	79,1	74,3
Bielefeld	238 268	12,7	13,3	19,3	18,6	79,9	72,9
Braunschweig	189 975	9,9	12,4	15,8	17,3	78,5	73,7
Rostock	169 637	6,1	8,0	10,6	12,0	71,6	65,5
Saarbrücken	132 798	12,4	14,3	19,4	20,3	75,5	69,9

Quelle: Stadt Braunschweig, Wahlamt

*) Ergebnisse einer Ad-hoc-Umfrage zum 13. Tag vor der Bundestagswahl 2009 unter ausgewählten Städten

Diejenigen, die aber noch wählen gehen, werden augenscheinlich müder, sich auf den Weg zum eigenen Wahllokal zu machen. Der Anteil und die Anzahl der Wählerinnen und Wähler, die ihre

Stimme per Brief abgeben, haben sich in den letzten 20 Jahren gemeinsamer Republik auf Bundesebene mehr als verdoppelt. Weit mehr als ein Fünftel aller Wählerinnen und Wähler ging zur

letzten Bundestagswahl nicht mehr ins angestammte Wahllokal. Im wahrsten Sinne des Wortes erfolgte damit eine Abstimmung mit den Füßen hin zum portofreien roten Wahlbrief. Eine Entwicklung, die kaum mehr aufzuhalten ist, auch wenn sie den einen oder anderen nicht zufriedenstellen mag. Die bundesdeutsche Wählerschaft hat sich bereits zu großen Teilen entschieden, wie die steigenden Werte verdeutlichen. Bei Fallzahlen nahe der 10-Millionen-Grenze wie zur Bundestagswahl 2009 stellt sich jedoch auch drängender die Frage, wie sich die Wahlorganisation auf diese Zahlen hinsichtlich Kundenbetreuung und wirtschaftliche Verwaltung einzustellen hat. Rechtliche Grundlagen und Organisationskonzepte warten darauf, an die neue Situation angepasst zu werden - notwendiges Tun, wenn sich Gesellschaften entwickeln.

Gerade deshalb ist über eine ansteigende Briefwahl hinaus, die weiterhin ihre Sättigungsgrenze sucht, das Thema Bürokratieabbau und bessere Rechtsetzung, das die Bundesregierung unter gleichem Namen bereits seit 2006 zum Programm erhoben hat, auch für die Wahldurchführung von lebhaftem Interesse. Unter dem Titel „Standardkosten-Modell (SKM) zur Messung der Bürokratielasten in Deutschland“ werden Informationspflichten und Aufwände der Wirtschaft (hierzu zählen auch Parteien), der Bürgerinnen und Bürger sowie der Verwaltung untersucht.

Ein Anfang für die Wahlen ist schon gemacht. Zu den Europa- und Bundestagswahlen 2009 flossen erste Ergebnisse aus Erhebungen über einige wenige ausgesuchte Informationspflichten der Bürgerinnen und Bürger in die Datenbanken des Statistischen Bundesamtes. Weitere endlos

erscheinende Zusammenstellungen von Einzelregelungen im Wahlrecht, die auch das Verhältnis zwischen Bürgerinnen und Bürgern und der Verwaltung beschreiben, liegen bereits vor und warten auf eine adäquate Bearbeitung. Es gibt wenige Erfahrungen, auf die zurückgegriffen werden kann. Können Hinweise, Mitteilungen, Berichte, Bekanntmachungen, Niederschriften oder Benachrichtigungen reduziert werden? Welche Reduzierungen haben einen besonders großen Effekt bei der Senkung der Bürokratielasten? Es wird sich zeigen, welcher Aufwand erforderlich ist, um namhafte Fortschritte im Bürokratiegeflecht der Wahlorganisation zu erzielen. Antworten sind hier und jetzt nicht zu erwarten. Um die Lage zu beobachten, sei jedoch das Internet (<https://www-skm.destatis.de/webskm/online>) empfohlen.

Wahlen brauchen Akzeptanz und Unterstützung der Bürgerinnen und Bürger. Und alle Städte wiederum sind auf diese Unterstützung dringend angewiesen. Ohne das besondere Engagement der vielen ehrenamtlichen Wahlhelfer wäre keine Wahl auf Grundlage bürgerschaftlicher Verantwortung durchzuführen. Den Bürgerinnen und Bürgern meiner Heimatstadt Braunschweig geben wir seit langem das Versprechen, sie nur bei freiwilliger Meldung für einen Einsatz im Wahllokal zu berücksichtigen. Das Konzept mit der Freiwilligkeit ging bisher auf. Da niemand befürchten muss, ein Leben lang als Wahlvorstand helfen zu müssen und auch eine Absage ohne Wenn und Aber akzeptiert wird, bestehen die Braunschweiger Wahlvorstände ausschließlich aus Bürgerinnen und Bürgern und nicht mehr anteilig aus städtischen Mitarbeitern.

Wahlberechtigte, Briefwähler und Wahlbeteiligung bei den Bundestagswahlen 1990 bis 2009									
Wahljahr	Wahlberechtigte				Wähler insgesamt	darunter Briefwähler		Wahlbeteiligung	
	insgesamt	ohne Wahlschein	mit Wahlschein			Anzahl	%		
	Anzahl			%	Anzahl			(an Wähler gesamt)	%
1990	60 436 560	55 675 341	4 761 219		7,9	46 995 915	4 435 770	9,4	77,8
1994	60 452 009	53 661 198	6 790 811		11,2	47 737 999	6 389 047	13,4	79,0
1998	60 762 751	52 331 234	8 431 517		13,9	49 947 087	8 016 122	16,0	82,2
2002	61 432 868	52 275 014	9 157 854		14,9	48 582 761	8 765 762	18,0	79,1
2005	61 870 711	52 464 606	9 406 105		15,2	48 044 134	8 969 355	18,7	77,7
2009	62 168 489	52 313 184	9 855 305		15,9	44 005 575	9 420 580	21,4	70,8

Quelle: Statistisches Bundesamt

In der Braunschweiger Wahlhelferstatistik steht außerdem die Aufgabenverteilung auf die Geschlechter unter spezieller Beobachtung. Frauen sind danach in den Wahlvorständen besonders in den Funktionen Vorsitz und Schriftführung unterrepräsentiert. Liegt das Verhältnis über alle Wahlvorstände betrachtet noch moderat bei einem männlichen Überhang von etwa 55 % gegenüber

45 % Frauen, störte uns ein Anteil von nur 20 % weiblichen Wahlvorstandsvorsitzenden doch erheblich. Zwar etwas besser, aber noch nicht zufriedenstellend ist ihr Anteil als Schriftführerin. Allein die Aufgabenwahrnehmung als stellvertretende Schriftführerin entspricht in etwa dem Frauenanteil unter den Wahlberechtigten. Gleiches gilt für die Beisitzerinnen im Wahlvorstand.

Besetzung der Braunschweiger Wahlvorstände nach Geschlecht und ausgewählten Wahlen									
		Wahlbe-rechtigte	Vor-sitzen-der	Stell-ver-reter	Schrift-führer	Stell-ver-reter	Funk-tionen-gesamt	Bei-sitzer	Wahl-vor-stand-gesamt
Männer	Bundestagswahl 2009	48 %	81 %	70 %	57 %	45 %	63 %	48 %	56 %
	Europawahl 2009		81 %	69 %	54 %	45 %	62 %	48 %	55 %
	Landtagswahl 2008		80 %	68 %	61 %	43 %	63 %	47 %	55 %
Frauen	Bundestagswahl 2009	52 %	19 %	30 %	43 %	55 %	37 %	52 %	44 %
	Europawahl 2009		19 %	31 %	46 %	55 %	38 %	52 %	45 %
	Landtagswahl 2008		20 %	32 %	39 %	57 %	37 %	53 %	45 %

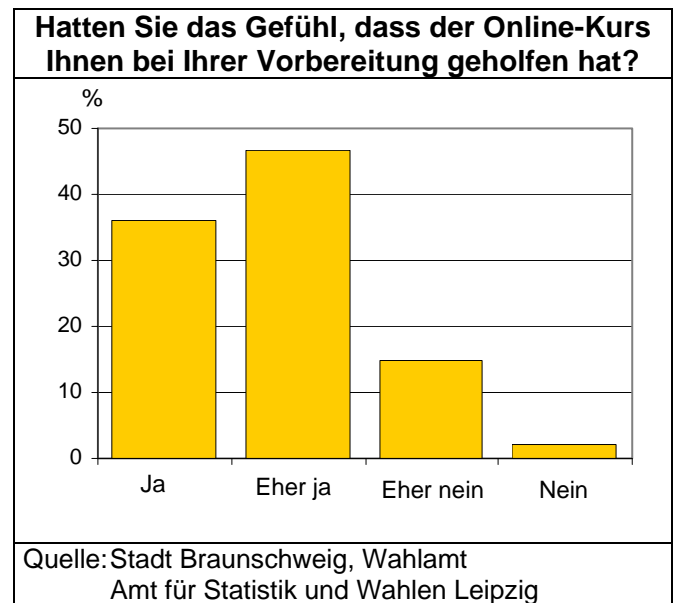
Quelle: Stadt Braunschweig, Wahlamt

Welche Konsequenzen sind aus diesen Erkenntnissen zu ziehen? Einen Teil unserer Kommunikation haben wir dieser Situation angepasst. Wurde in Schulungsmaterial - um die Lesbarkeit der Texte zu erhalten - früher ausschließlich die kurze männliche Sprachform gewählt („Wenn von ‚Wählern‘ oder vom ‚Wahlvorsteher‘ die Rede ist, sind selbstverständlich auch immer ‚Wählerinnen‘ bzw. die ‚Wahlvorsteherin‘ gemeint. Bitte haben Sie Verständnis.“), so wird in den Texten nun konsequent „weiblich“ formuliert und die Herren werden um Verständnis gebeten. So sollen zumindest sprachlich Hemmschwellen abgebaut werden. Und vielleicht hilft es, um mittel- und langfristig vorhandene Potenziale weiblicher Funktionsträger in den Wahlvorständen zu erschließen.

Wenn sich Bürgerinnen und Bürger in der Wahlhilfe engagieren, erwarten sie Unterstützung, um sich auf ihre Tätigkeiten vorzubereiten. Neben Schulungspapieren und Präsenzseminaren bieten wir in Braunschweig auch Online-Schulungen im Internet an (moodle - bei Wahlen helfen)^[6]. Der Vorteil eines Online-Angebotes ist vor allem die Möglichkeit der schnellen Rückkopplung im Lernstadium („Kann ich anwenden, was ich gelesen, gesehen oder gehört habe?“).

Auf Basis der zur Kommunalwahl 2006 angebotenen Online-Schulungen wurden in einer Umfrage unter den Teilnehmerinnen und Teilnehmern von moodle@wahlen die Kontrolle der Antworten, das effektive Wiederholungstraining und generell die Möglichkeit, das Gelernte mit Tests zu überprüfen, besonders positiv beurteilt. Die Effektivität der Online-Kurse auf moodle@wahlen bewerteten fast zwei Drittel der Teilnehmer (62 %) mit den Schulnoten „1“ oder „2“. Über 80 % der Antwortenden hatten das subjektive Gefühl, dass ihnen ihr Online-Kurs bei der Vorbereitung auf ihre Tätigkeit am Wahltag geholfen hat. Mit diesem Feedback war das Angebot bereits zu den Wahlen in den Jahren 2008 und 2009 ausgebaut worden. Das nächste Ziel ist die Vermittlung notwendigen „Bürger-

wissens“ zu den niedersächsischen Kommunalwahlen im Jahre 2011. „Stell dir vor, es ist Wahl und alle helfen mit!“



Quellennachweis

- [1] SPIEGEL ONLINE; Medienkonsum; 2. Januar 2007.
- [2] Statistisches Bundesamt (Hrsg.); Statistisches Jahrbuch 2009.
- [3] Statistisches Bundesamt (Hrsg.); Alltag in Deutschland; Forum der Bundesstatistik; Bd. 43/2004.
- [4] Schorn, Karina; Die repräsentative Wahlstatistik - immer noch eine wenig bekannte Statistik; KommunalPraxis Spezial 3/2009.
- [5] Der Bundeswahlleiter (Hrsg.); Wahl zum 17. Deutschen Bundestag am 27. September 2009; H. 4; Wahlbeteiligung und Stimmabgabe der Männer und Frauen nach Altersgruppen, Wiesbaden 2010.
- [6] Dialoge Beratungsgesellschaft (Hrsg.); Papenfuß, Knut; Moodle@wahlen: Bei Wahlen helfen - online lernen; in: moodle@work 2 - gemeinsam online lernen; DIALOGUE Verlag, Bonn 2008.

Wir alle werden älter – aber es gibt Unterschiede

Reiner Hausding

Dr. Reiner Hausding ist Vorsitzender der Arbeitsgemeinschaft Statistik und Wahlen des Sächsischen Städte- und Gemeindetages sowie Abteilungsleiter Statistik und Wahlen der Stadt Chemnitz.

Die Redaktion

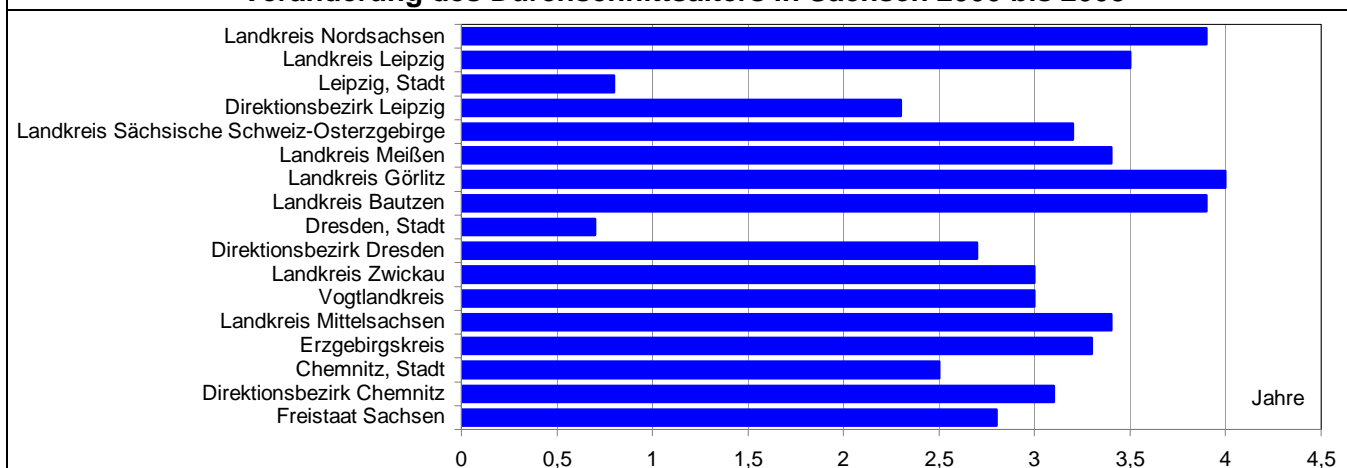
Diese Weisheit überrascht wohl zunächst niemanden und wäre es nicht wert, statistisch beleuchtet zu werden. Bei einer genaueren und differenzierteren Betrachtung allerdings ergeben sich doch signifikante Unterschiede, vor allem wenn man sie auf den Vorgang des demografischen Alterns einer Bevölkerung bezieht. Gegenstand der vorliegenden Untersuchung soll deshalb eine Analyse des demografischen Alterns der Bevölkerung in den drei sächsischen Großstädten Leipzig, Dresden und Chemnitz sein. Dabei werden Gemeinsamkeiten aber auch Unterschiede im Alterungsprozess erkennbar.

Der demografische Wandel wird das Leben in unseren Städten in den nächsten Jahren nachhaltig beeinflussen oder verändern. Immer mehr

ältere Menschen stehen immer weniger jungen Menschen gegenüber.

Einen ersten groben Eindruck vermittelt die Betrachtung der Entwicklung des Durchschnittsalters der Bevölkerung in Sachsen. Es zeigt sich, wenn auch regional unterschiedlich stark ausgeprägt, wie stark die sächsische Bevölkerung von 2000 bis 2008 dem Bundestrend des demografischen Alterns gefolgt ist. Das Durchschnittsalter der Bevölkerung in allen sächsischen Landkreisen ist im Zeitraum 2000 bis 2008 im Durchschnitt um drei Jahre gestiegen, wobei die Werte zwischen 0,6 Jahre in Dresden und 4,0 Jahre im Landkreis Görlitz streuen. Lag das Durchschnittsalter in Sachsen Ende 2000 bei 42,9 Jahren, so ist es bis Ende 2008 bereits auf 45,7 Jahre angestiegen.

Veränderung des Durchschnittsalters in Sachsen 2000 bis 2008



Quelle: Statistisches Landesamt Sachsen

Amt für Statistik und Wahlen Leipzig

Maßgebliche Einflussfaktoren für den demografischen Alterungsprozess einer Bevölkerung sind der Rückgang der Fertilität (Fruchtbarkeit) und die Reduzierung der Mortalität (Sterblichkeit). Niedrige Geburtenraten lassen den Fuß der Bevölkerungspyramide schrumpfen, während die Erhöhung der Lebenserwartung in der Bevölkerung dazu führt, dass die „Spitze“ der Pyramide breiter wird. Die Pyramide wird deformiert.

Außerdem spielen Zu- und Fortzüge eine wesentliche Rolle im Alterungsprozess der Bevölkerung. Ihr tatsächlicher Einfluss kann jedoch nicht global beurteilt werden. Vielmehr kann sich das Wanderungsverhalten sehr unterschiedlich auf die Bevölkerungsstruktur auswirken. Ist der Zuzugsaldo für eine Kommune in jungen Altersgruppen (0 bis 40 Jahre) positiv, so beeinflusst dieses Zuzugsverhalten die Altersstruktur an einem Betrachtungsstichtag positiv. Gleichzeitig wird damit

aber auch die Elterngeneration verstärkt und somit der Grundstock für perspektivisch höhere Geburtenzahlen gelegt; folglich sind Auswirkungen auf den Alterungsprozess der Bevölkerung indiziert.

Ziehen jedoch mehrheitlich ältere Bürger in die Stadt oder verlassen viele junge Familien die Stadt, so wird ein möglicherweise bereits vorhandenes altersstrukturelles Problem noch verstärkt.

Eine weitere Ursache für die demografische Alterung einer Bevölkerung ist in bereits in der Vergangenheit angelegten Disproportionalitäten der Altersstruktur einer Bevölkerung zu suchen. So wirkt sich die Bevölkerungsstruktur, die sich in einer Stadt im Verlauf der letzten 100 Jahre entwickelt hat, deutlich auf die Altersstruktur und den demografischen Alterungsprozess in zukünftigen Entwicklungen dieser Stadt aus.

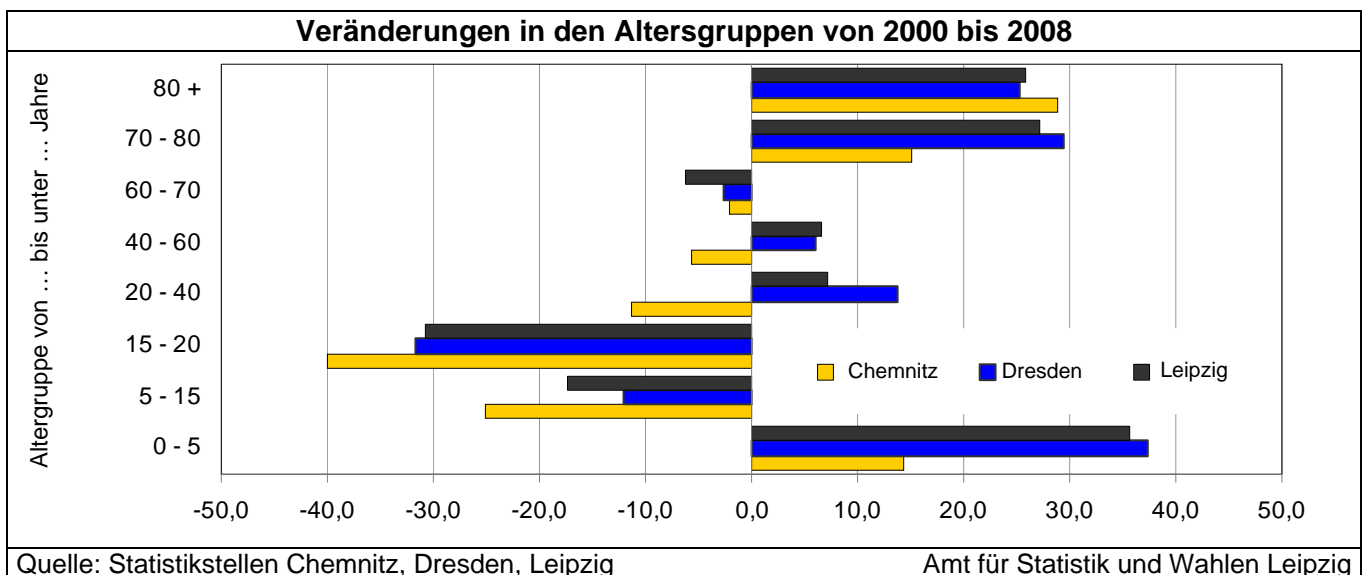
Im Gesamtergebnis sind die Altersstruktur einer Bevölkerung an einem fixierten Stichtag und der

im Zeitablauf voranschreitende demografische Alterungsprozess das Ergebnis des Zusammenspiels einer Vielzahl von Komponenten und Faktoren, die sich allerdings stark gegenseitig beeinflussen. Eine Separierung des Einflusses einer einzigen Komponente erweist sich meistens als problematisch, da stets kausale Zusammenhänge zwischen allen Komponenten bestehen.

Einen ersten detaillierteren Einblick in die Altersstruktur der drei Großstädte bieten die Betrachtungen der Alterspyramiden der Städte. Deutlich sind in allen drei Großstädten die Probleme des Geburtenknicks der Nachwendejahre und seine Auswirkungen auf die Altersstruktur in Dresden, Leipzig und Chemnitz zu erkennen. Das Fundament der Alterspyramiden (Kinder und Jugendliche) ist auf den Stichtag bezogen sehr schmal geworden. Gleichzeitig wird aber auch der nachhaltige Effekt der geringen Fertilität deutlich, wenn man die Veränderungen in den Alterspyramiden zwischen zwei Ständen

betrachtet. Gering besetzte Altersklassen altern im Betrachtungszeitraum. Das indizierte Defizit in den geringen Geburtsjahrgängen „wuchs“ im Laufe der vergangenen Jahre in höhere Altersklassen und erzeugte dort neue Probleme. Wanderungseffekte (positiver Wanderungssaldo in den betreffenden Altersjahrgängen) können den Vorgang derzeit lediglich dämpfen. Es zeigt sich aber auch, dass in den letzten Jahren besonders in Dresden und Leipzig in der Altersgruppe der 0- bis unter 5-Jährigen wieder ein deutlicher Zuwachs zu verzeichnen war. So stieg die Kinderzahl in dieser Altersgruppe im Vergleich der Jahre 2000 und 2008 in Dresden um 37 %, in Leipzig um 36 %. In Chemnitz dagegen fiel der Zuwachs mit einer Steigerung von 14 % bisher deutlich geringer aus.

In Dresden bildeten die 0- bis unter 15-Jährigen 2008 einen Anteil von 12 % an der Gesamtbevölkerung, in Leipzig waren es 11 %, in Chemnitz 10 %. Damit hat sich in allen drei Städten dieser Anteil gegenüber 2000 nicht verändert.



Betrachtet man die Entwicklung der Einwohner in den Städten geschichtet nach Altersklassen, so zeigen sich wiederum sowohl Gemeinsamkeiten als auch Unterschiede zwischen den drei Städten. Erfreulicherweise können alle drei Städte in der Altersklasse der 0- bis unter 5-Jährigen Zuwächse im Zeitraum 2000 bis 2008 verzeichnen.

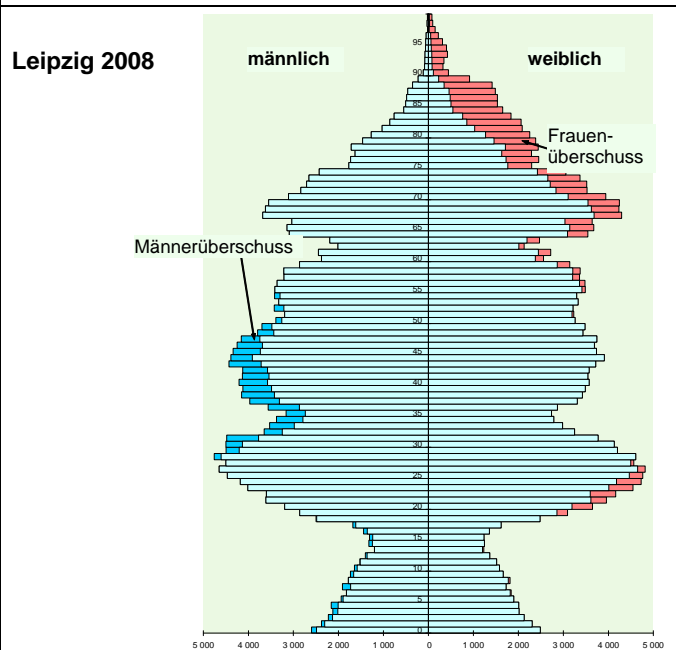
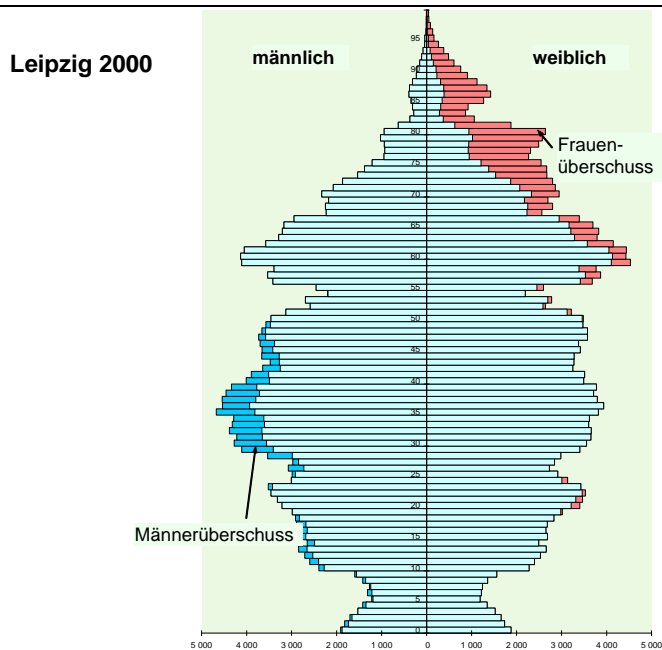
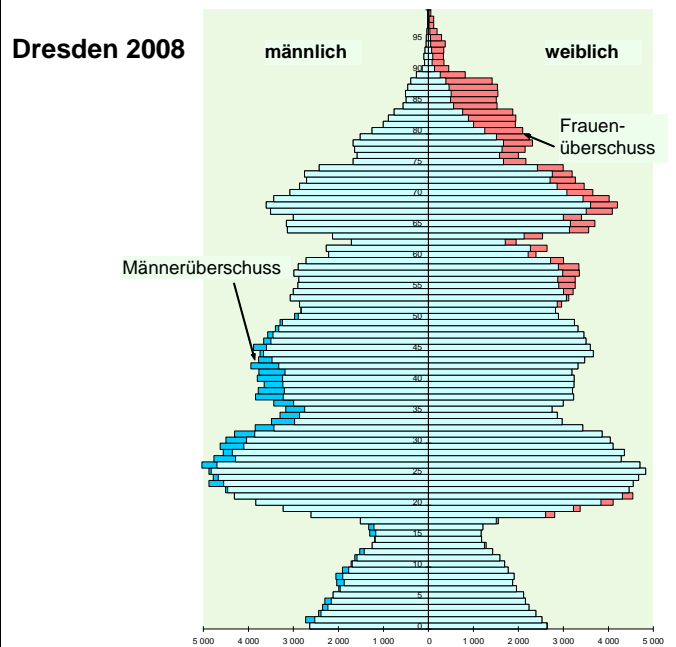
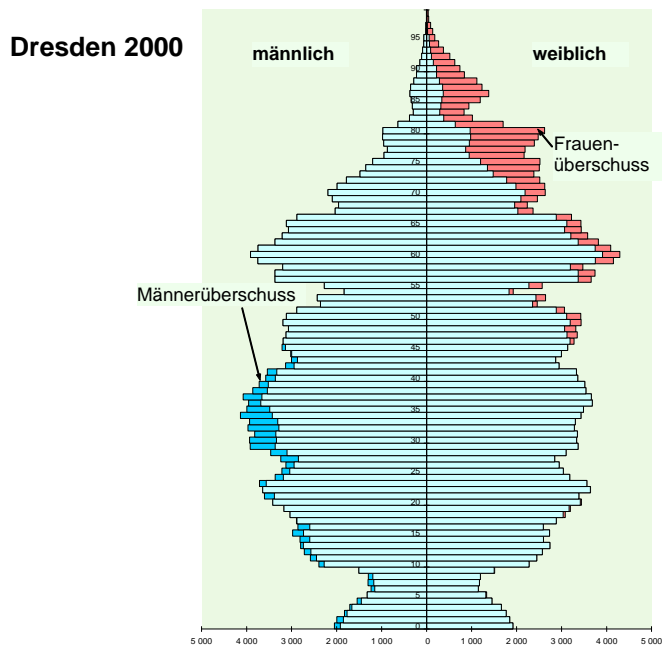
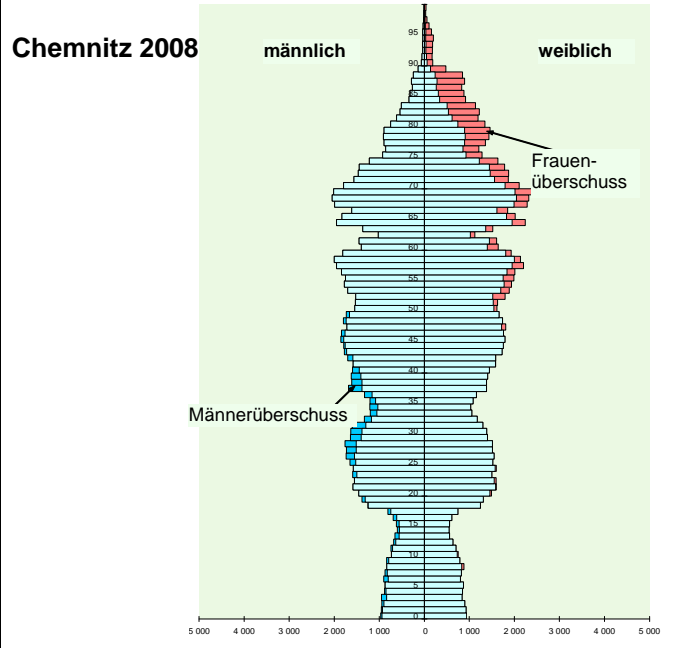
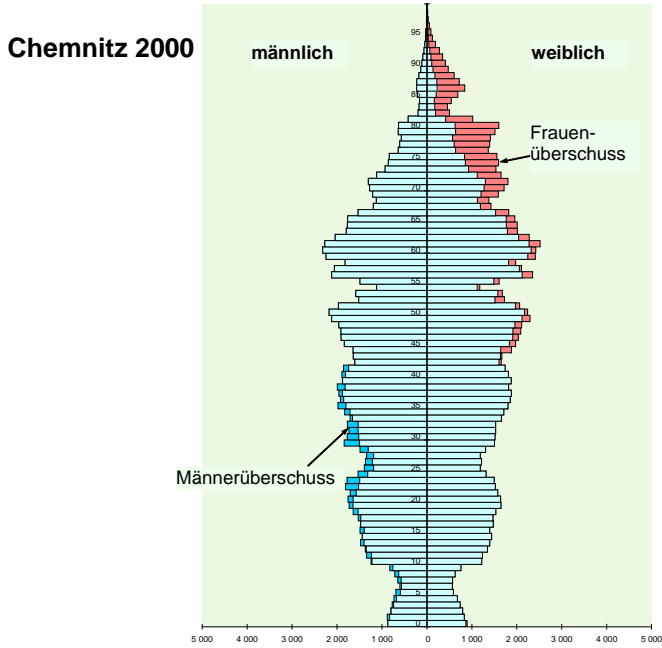
Die fünf Altersjahrgänge, die in den Städten im Jahr 2008 am stärksten vertreten waren, lagen in Dresden zwischen 23 und 27 Jahre, in Leipzig zwischen 25 und 29 Jahre und in Chemnitz streuten sie zwischen 57 und 69 Jahre. Die Unterschiede in den altersstrukturellen Entwicklungen der drei Städte zwischen 2000 und 2008 zeigen sich am deutlichsten in den Veränderungen, die die Altersjahrgänge der 20- bis 40-Jährigen und der 40- bis 60-Jährigen in diesem Zeitraum durchlaufen haben.

Demgegenüber steht für alle drei Städte ein stetiger Zuwachs an Personen im Alter von 70 und mehr Jahren. Hier nahm die Einwohnerzahl

zwischen 2000 und 2008 in Dresden absolut um 16 468 Einwohner zu, was einem Zuwachs in der Altersgruppe von 28 % gegenüber dem Jahr 2000 bedeutet. Damit hat diese Altersgruppe jetzt einen Anteil an der Gesamtbevölkerung von 15 %, was einer Steigerung gegenüber dem Jahr 2000 um 2 %-Punkte bedeutet. In Leipzig hatte 2008 die Altersgruppe einen Anteil an der Gesamtbevölkerung von 15 % (2000: 13 %) und war seit dem Jahr 2000 um 16 447 Einwohner gestiegen, was einer Steigerung in dieser Altersgruppe um 27 % bedeutet. In Chemnitz lag der Anteil der Einwohner im Alter von 70 und mehr Jahren bei 17 % im Jahr 2008 gegenüber 14 % im Jahr 2003. Mit einem absoluten Wert von 7 108 Einwohnern betrug hier der prozentuale Zuwachs 20 % gegenüber 2000.

Zusammenfassend kann festgehalten werden: Wir alle werden älter! – Aber bei der Frage nach dem „wie“ gibt es deutlich erkennbare strukturelle Unterschiede, die einer Analyse bedürfen!

Lebensbäume Chemnitz, Dresden, Leipzig 2000 und 2008 (jeweils 31.12.)



Quelle: Statistikstellen Chemnitz, Dresden, Leipzig

Amt für Statistik und Wahlen Leipzig

Wahlbeteiligung bei der Bundestagswahl 2009 nach Geschlecht und Alter

Karina Schorn, Brigitte Gisart

Die Autorin Karina Schorn ist Referatsleiterin, die Autorin Brigitte Gisart Mitarbeiterin beim Statistischen Bundesamt. Der Beitrag ist ein Auszug aus „Wirtschaft und Statistik“ (Heft 3/2010) des Statistischen Bundesamtes. Die Redaktion

Zur Bundestagswahl 2009 waren nach den Auszählungen der Wählerverzeichnisse 62,2 Mio. Menschen wahlberechtigt. Die Zahl der Wählerinnen und Wähler betrug rund 44,0 Mio. Daraus ergab sich nach dem amtlichen Endergebnis eine Wahlbeteiligung von 70,8 %; bei keiner Bundestagswahl zuvor war die Wahlbeteiligung so niedrig gewesen. Sie lag 2009 um 6,9 Prozentpunkte unter der von 2005 (77,7 %) und um 8,3 Prozentpunkte unter der von 2002 (79,1 %).

Das Ergebnis zur Wahlbeteiligung aus der Stichprobe lag mit 71,4 % um 0,6 Prozentpunkte über dem Totalergebnis. Bei der Bundestagswahl 2005 hatte das Stichprobenergebnis zur Wahlbeteiligung mit 78,3 % ebenfalls um 0,6 Prozentpunkte über dem Totalergebnis gelegen. Somit betrug auch in der Stichprobe der Rückgang der Wahlbeteiligung von der Bundestagswahl 2005 zur Bundestagswahl 2009 6,9 Prozentpunkte.

In fast allen Altersgruppen fielen die Rückgänge der Wahlbeteiligung gegenüber der Bundestagswahl 2005 deutlich aus; nur bei den 60- bis 69-Jährigen und den 70-Jährigen und Älteren waren sie unterdurchschnittlich: Der geringste Rückgang war mit 3,9 Prozentpunkten bei den ältesten Wahlberechtigten zu verzeichnen. Bei den übrigen Altersgruppen waren die Rückgänge überdurchschnittlich: Sie lagen zwischen 7,0 Prozentpunkten bei den unter 21-Jährigen und den 45- bis 49-Jährigen und 9,5 Prozentpunkten bei den 35- bis 39-Jährigen.

Die Betrachtung der durchschnittlichen Wahlbeteiligung über alle Altersgruppen hinweg zeigt (wie bei allen früheren Bundestagswahlen, zu denen eine repräsentative Wahlstatistik durchgeführt worden ist) zwischen den Geschlechtern keine signifikanten Unterschiede. Während sich 71,8 % der Männer an der Wahl beteiligten, waren es bei den Frauen 71,0 %. Bei den jüngeren Wahlberechtigten bis 24 Jahre und den Älteren ab 60 Jahren beteiligten sich mehr Männer als Frauen an der Wahl, bei den 25 bis 59 Jahre alten Wahlberechtigten machten mehr Frauen als Männer von ihrem Wahlrecht Gebrauch. Der letztendlich geringe Vorsprung der Männer resultiert aus dem großen Unterschied in der Wahlbeteiligung der 70-jährigen und älteren Männer (78,4 %) gegenüber der gleichaltrigen Frauen (69,1 %).

Der seit den 1980er Jahren zu beobachtende Trend zur Wahlenthaltung bei den Wählerinnen und Wählern unter 30 Jahre hat sich, nach einer Unterbrechung zur Bundestagswahl 2002, bei der

Bundestagswahl 2009 fortgesetzt. Zur Bundestagswahl 1980 (früheres Bundesgebiet ohne Berlin-West) hatte die Wahlbeteiligung der 18- bis unter 30-Jährigen noch knapp über 80 % gelegen. Zur Bundestagswahl 1990 hatten sich aus dieser Altersgruppe im gesamten Bundesgebiet nur noch knapp zwei Drittel (64,5 %) der Wahlberechtigten an der Wahl beteiligt. Dieser Abwärtstrend hatte sich bei der Bundestagswahl 2002 nicht fortgesetzt: Die Wahlbeteiligung der Wählerinnen und Wähler unter 30 Jahre hatte 2002 im Vergleich zu 1990 um 5,8 Prozentpunkte auf 70,3 % zugenommen, zur Bundestagswahl 2005 sank sie jedoch wieder auf 68,8 % ab und erreichte zur Bundestagswahl 2009 (60,9 %) einen neuen Tiefstand.

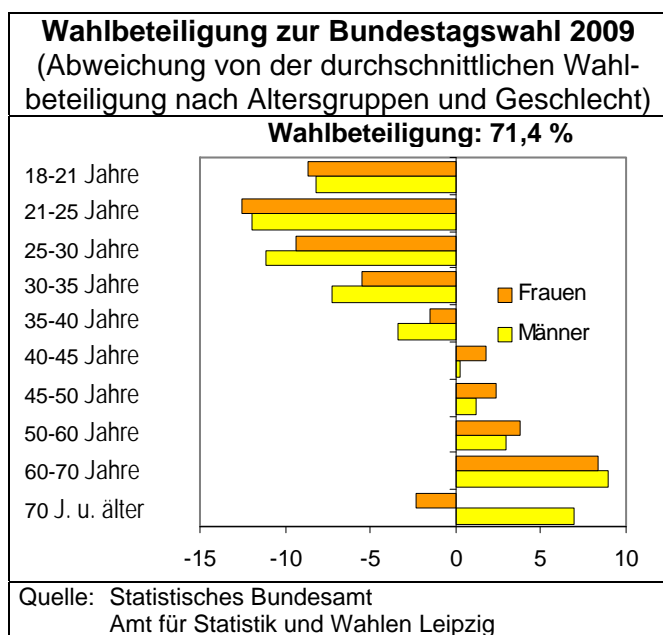
Die niedrigste Wahlbeteiligung zeigten (wie schon bei früheren Bundestagswahlen) die 21- bis 24-Jährigen. Mit 59,1 % lag sie um 12,3 Prozentpunkte unter der Wahlbeteiligung aller Altersgruppen. Diese Altersgruppe wies in fast allen Bundesländern (außer Mecklenburg-Vorpommern, Brandenburg, Sachsen-Anhalt) die niedrigste Wahlbeteiligung auf. Da die Altersgruppe der 21- bis 24-Jährigen nur 5,7 % der Wahlberechtigten umfasste, verschenkte diese Generation mit ihrer unterdurchschnittlichen Wahlbeteiligung weitgehend die Möglichkeit der politischen Einflussnahme an die zahlenmäßig stärkeren älteren Generationen.

Das geringste Interesse an der Bundestagswahl 2009 zeigten mit 52,7 % die 21- bis 24-jährigen Frauen in den neuen Ländern und Berlin-Ost. Dieses unterdurchschnittliche Ergebnis beruhte im Wesentlichen auf der niedrigen Wahlbeteiligung der zwischen 21 und 24 Jahre alten Frauen in Mecklenburg-Vorpommern (46,5 %) und Sachsen-Anhalt (47,5 %). Auch die gleichaltrigen Männer im Osten beteiligten sich mit nur 53,1 % eher zurückhaltend an der Bundestagswahl 2009.

Die Wahlbeteiligung nahm ab der Altersgruppe der 21- bis 24-Jährigen mit steigendem Alter zu, wobei sich die 60- bis 69-jährigen Wahlberechtigten mit 80,0 % und damit 8,6 Prozentpunkten über der bundesdurchschnittlichen Wahlbeteiligung am aktivsten an der Bundestagswahl beteiligten.

Da diese Altersgruppe unter allen zehn Altersgruppen der repräsentativen Wahlstatistik zur Wahlbeteiligung mit etwa 8,6 Mio. Personen die zahlenmäßig drittgrößte war, kam der hohen Wahlbeteiligung dieser Altersgruppe besondere Bedeutung zu. Bemerkenswert ist, dass die genannte Altersgruppe in jedem einzelnen Bundesland die jeweils höchste Wahlbeteiligung erzielte.

In der Gruppe der ältesten Wahlberechtigten (ab 70 Jahre und älter) ging die Wahlbeteiligung wieder auf 72,8 Prozent zurück (Frauen: 69,1 %; Männer: 78,4 %).



Die höchste Wahlbeteiligung hatten mit 82,1 % die westdeutschen Männer der Altersgruppe zwischen 60 und 69 Jahre. Dieses Ergebnis beruhte

in erster Linie auf der überdurchschnittlich hohen Wahlbeteiligung der 60- bis 69-jährigen Männer im Saarland (84,9 %), in Schleswig-Holstein (84,3 %) und in Niedersachsen (83,7 %). Bei den Frauen zeigte diese Altersgruppe im Westen mit 81,1 % ebenfalls die höchste Wahlbeteiligung.

Der Anteil der Nichtwählerinnen und Nichtwähler an den Wahlberechtigten ist gegenüber der Bundestagswahl 2005 nach den amtlichen Endergebnissen von 22,3 % auf 29,2 % gestiegen. Er näherte sich somit einem Drittel der Wahlberechtigten und lag um 10,2 Prozentpunkte über dem Anteil der gültigen Stimmen an den Wahlberechtigten, den die CDU als stärkste Partei mit 19,0 % ausschöpfen konnte.

Von den knapp 18 Mio. Wahlberechtigten, die auf ihr Wahlrecht verzichtet haben, waren 52,6 % Frauen; von ihnen haben am meisten Frauen im Alter von 70 Jahren und älter ihr Wahlrecht nicht ausgeübt, nämlich 12,3 %. Die zweitstärkste Gruppe der Nichtwählerinnen und Nichtwähler bildeten die 50- bis 59-jährigen Männer mit 7,6 %.

Bei Betrachtung der Nichtwählerinnen und Nichtwähler nur nach dem Alter waren mit 49,7 % die 30- bis 59-Jährigen am stärksten vertreten, gefolgt von 27,7 % der 60-Jährigen und Älteren sowie 22,5 % der unter 30-Jährigen.

Wahlbeteiligung bei den Bundestagswahlen nach Geschlecht und Alter								
Alter von . . . bis unter . . . Jahren	Wahlberechtigte	Wählerinnen und Wähler					1987 ²⁾³⁾	
		2009 ¹⁾		2005 ¹⁾	2002 ¹⁾	1990 ²⁾		
		1 000	%	%	%	%		
Insgesamt	unter 21	2 380,3	1 498,4	63,0	70,0	70,2	64,7	76,8
	21 – 25	3 526,6	2 084,9	59,1	66,5	68,1	61,8	73,1
	25 – 30	4 309,6	2 635,7	61,2	70,1	72,1	66,3	75,9
	30 – 35	3 939,2	2 563,4	65,1	74,5	76,7	71,3	80,3
	35 – 40	4 432,3	3 055,2	68,9	78,4	79,6	75,7	83,8
	40 – 45	6 138,0	4 441,1	72,4	79,7	80,0	79,5	86,0
	45 – 50	6 459,7	4 725,9	73,2	80,2	81,1	82,1	87,9
	50 – 60	10 599,0	7 924,4	74,8	82,5	84,0	84,6	89,4
	60 – 70	8 635,7	6 909,5	80,0	85,0	86,4	86,5	89,7
	70 und mehr	11 748,2	8 555,2	72,8	76,7	78,4	74,5	79,4
	Insgesamt	62 168,5	44 393,7	71,4	78,3	79,6	76,3	83,1
Männer	unter 21	1 217,2	769,0	63,2	70,3	70,3	66,3	78,9
	21 – 25	1 782,0	1 058,0	59,4	66,1	67,8	63,2	74,4
	25 – 30	2 179,4	1 315,1	60,3	69,0	71,5	66,3	76,6
	30 – 35	2 001,1	1 285,6	64,2	73,1	75,4	70,6	80,2
	35 – 40	2 244,4	1 525,3	68,0	77,0	78,6	75,2	83,7
	40 – 45	3 104,9	2 221,7	71,6	78,8	79,1	79,3	85,8
	45 – 50	3 254,5	2 361,9	72,6	79,1	80,4	82,2	88,0
	50 – 60	5 262,3	3 911,6	74,3	81,9	83,6	85,0	90,0
	60 – 70	4 149,3	3 335,4	80,4	85,5	86,9	88,2	91,5
	70 und mehr	4 684,6	3 674,9	78,4	82,7	84,4	81,3	85,1
	Zusammen	29 879,6	21 458,5	71,8	78,5	79,9	77,0	84,2
Frauen	unter 21	1 163,0	729,4	62,7	69,6	70,1	63,1	74,6
	21 – 25	1 744,6	1 026,9	58,9	66,9	68,5	60,4	71,7
	25 – 30	2 130,2	1 320,6	62,0	71,2	72,8	66,4	75,2
	30 – 35	1 938,1	1 277,8	65,9	75,9	78,0	72,1	80,3
	35 – 40	2 187,9	1 529,9	69,9	79,9	80,6	76,3	83,9
	40 – 45	3 033,1	2 219,4	73,2	80,6	81,0	79,8	86,3
	45 – 50	3 205,2	2 364,0	73,8	81,3	81,7	82,0	87,9
	50 – 60	5 336,7	4 012,8	75,2	83,1	84,3	84,2	88,8
	60 – 70	4 486,4	3 574,1	79,7	84,6	85,9	85,3	88,4
	70 und mehr	7 063,6	4 880,3	69,1	73,1	75,2	71,3	76,5
	Zusammen	32 288,9	22 935,2	71,0	78,1	79,4	75,7	82,1

Quelle: Statistisches Bundesamt

1) Anteil der Summe aus Wählerinnen bzw. Wählern mit Stimmvermerk und Wahlberechtigten mit Wahlscheinvermerk im Wählerverzeichnis an den Wahlberechtigten insgesamt (nur Urnenwahlbezirke). – 2) Ohne Personen mit Wahlschein. – 3) Früheres Bundesgebiet ohne Berlin-West.

„Die Zahl ist das Wesen aller Dinge.“

Irene Schneider-Böttcher, Annett Kirschke, Diana Münzberg-Roth

Prof. Dr. Irene Schneider-Böttcher ist Landeswahlleiterin des Freistaates Sachsen und Präsidentin des Statistischen Landesamtes Sachsen. Annett Kirschke ist Referentin für Sozialwirtschaftliche Analysen und Prognosen im Statistischen Landesamt Sachsen. Diana Münzberg-Roth ist Referentin für Presse und Grundsatzfragen in selbigem.

Die Redaktion

Der griechische Philosoph und Mathematiker Pythagoras von Samos (570 bis 500 v. Chr.), von dem dieses Zitat überliefert ist, behält Recht damit, betrachtet man die aktuellen Medien. Kaum ein Beitrag oder Artikel, der ohne Zahlen – oftmals basierend auf Statistiken – auskommt.

Statistik, verstanden als die Lehre von Methoden zum Umgang mit quantitativen Informationen, liefert Daten zu fast allen Lebensbereichen. Beispielsweise untersetzen die aktuellen Bevölkerungszahlen die Demografiedebatte und liefern Informationen zu den demografischen Auswirkungen zum Beispiel auf Bildungspolitik, Arbeitsmarkt, Krankenhausversorgung und Pflegesituation. Öffentliche Beachtung finden des Weiteren auch Verkehrsunfallzahlen. Sie geben Auskunft über auf öffentlichen Wegen und Plätzen geschädigte Personen und entstandene Sachschäden. Zur Beleuchtung der gesamtwirtschaftlichen Situation werden Umsatz- und Beschäftigtenzahlen von Unternehmen ausgewiesen und Entwicklungstendenzen erläutert. Selbst das Feuilleton ist mit Gäste- und Besucherzahlen von Ausstellungen, Konzerten und Veranstaltungen gefüllt.

Das Orchester im Statistischen System ist hierbei mit unterschiedlichen Musikern besetzt. Zur Erstellung der amtlichen Statistik agieren das Statistische Bundesamt Deutschland, die Statistischen Landesämter und die Statistischen Ämter der Kommunen miteinander. Aufgrund der föderalen Struktur sind in Deutschland (anders als in den meisten anderen Staaten) die Kommunen für innergebietliche Statistiken zuständig. Deshalb haben vor allem Großstädte ein eigenes Statistisches Amt für die Aufgaben der Kommunalstatistik. Daneben gibt es aber auch Hochschulen, außerwissenschaftliche Forschungs- und private Meinungsforschungsinstitutionen mit eigenen veröffentlichten Daten. Beim aufmerksamen Zuhörer entstehen im Ergebnis unterschiedliche Melodien im Gesamt-Orchester. Er hört bei dem einen dies heraus, bei der nächsten Musikergruppe etwas anderes. Kritik entsteht. Auch wenn es Winston Churchill nicht nachzuweisen war, dass er den Ausspruch „Trau' keiner Statistik, die Du nicht selbst gefälscht hast“ geprägt habe – so spiegelt es doch die allgemeine Meinung der Bevölkerung zu statistischen Daten wider.

Die Medien- und Informationsgesellschaft jedoch lebt von der Produktion, dem Transfer, der Verarbeitung und dem Schutz der Daten, was letztendlich der Information der Öffentlichkeit dient.

Identische Erhebungstechniken, identische statistische Fachbegriffe und vor allem gemeinsame Ziele bilden die Brücke zwischen einzelnen amtlichen Statistiken, insbesondere kommunaler, Bundes- und Landesstatistiken. Es gelten grundsätzlich die gleichen Anforderungen hinsichtlich Objektivität, Neutralität, Unabhängigkeit, fachlicher Qualität, Statistikgeheimnis und Datenschutz.

Ohne Mitwirkung der Kommunen wären Landes- und Bundesstatistiken undenkbar. Kommunen leisten reiche Hilfe bei der Durchführung des amtlichen statistischen Programms. Die Gemeinden sind zum Beispiel bei Volks-, Gebäude- und Wohnungszählungen in das Erhebungsgeschäft und den Berichtsweg eingebunden. Hierbei hat sich in den letzten Jahren ein enormer technischer Wandel bei der Datenerhebung ergeben. Durch entsprechende bereits eingeführte IT-Verfahren können Unternehmen und Behörden mittlerweile ihre statistischen Daten effizient an die statistischen Ämter übermitteln. Das entlastet Auskunftspflichtige. Online-Meldeverfahren könnten zukünftig gedruckte Fragebögen vollständig ablösen. Ein sukzessiver Ausbau der elektronischen Meldeverfahren sollte dazu vereinfacht und möglichst kostenlos genutzt werden können.

Ein gelungenes Beispiel stellen die Datenlieferungen zu laufenden Bevölkerungsstatistiken dar. Dabei werden monatlich 1 000 Datensätze zu Geburten, Sterbefällen und Eheschließungen sowie 4 000 Wanderungsfälle zum Beispiel aus Leipzig an das Landesamt geliefert. Die Stadt Leipzig übernahm bei den verschiedenen Modernisierungsphasen der Erhebungsformen stets eine Vorreiterrolle. So kamen schon ab 2002 die Wanderungsdaten per Dateitransfer in das Statistische Landesamt. Der Umstieg auf Online-Datenlieferungen für die Statistiken der Eheschließungen, Geburten und Sterbefällen erfolgte dann 2003.

Neben der erfolgreichen Zusammenarbeit bei der Datenerhebung ist der zunehmende fachliche Austausch bei deren Auswertung zu nennen. Dieser beschränkt sich nicht nur auf umfangreiche Datenaufbereitungen für das Statistische Jahrbuch der Stadt Leipzig oder die monatlichen Informationen über Eckdaten zur Bevölkerungsentwicklung. Der enge Kontakt bei analytischen Fragestellungen dient schließlich auch der Qualitätssicherung der jeweiligen Statistiken in beiden Häusern. Das zeigt sich bei der Ermittlung der vorläufigen Einwohnerzahl, die im Landesamt jeweils zum Halbjahr und Jahresende erfolgt.

Die vertrauensvolle Zusammenarbeit mit der Statistik der Stadt Leipzig und deren wertvolle fachliche Kompetenz waren Grundlage und Garant der hohen Qualität gemeinsamer Arbeiten. Dies ist insbesondere ein Verdienst von Herrn Dr. Fischer, dem an dieser Stelle aufrichtig gedankt sei.

Vor allem bei der Erstellung der Bevölkerungsprognosen – der stadt eigenen und der vom Statistischen Landesamt – bestehen zwischen beiden Ämtern enge fachliche Kontakte. Das Statistische Landesamt arbeitet in einer Expertengruppe zur Annahmestaltung für die Bevölkerungsvoraussetzungen der Stadt Leipzig mit und pflegt den fachlichen Austausch bei der Modellierung und dem Einsatz von Prognoseinstrumenten. Die berechnete Frage stellt sich, weshalb trotz alledem unterschiedliche Ergebnisse bei der Bevölkerungsprognose entstehen. Erklärbar ist dies, weil Vorausberechnungen auf Annahmen beruhen und meist mit mehreren Varianten gerechnet werden. Dies ist jedoch unproblematisch, solange diese nachvollziehbar und erkennbar sind. Für den Datennutzer ist es deshalb zur sachgerechten Interpretation der verfügbaren Daten wichtig, Informationen über Metadaten wie Zeitraum und Zeitpunkt der Erhebung, Merkmalskranz, Art der Erhebung einzubeziehen.

Die Prognosen im Statistischen Landesamt sind als rein demografische Prognosen konzipiert, denen ein Status-quo-Ansatz zu Grunde liegt. Das Besondere am Vorausberechnungsmodell des Statistischen Landesamtes ist die gleichzeitige, verknüpfte Berechnung für alle Gemeinden des Freistaates Sachsen. Durch diesen sogenannten Mehr-Punkt-Ansatz können zum Beispiel Veränderungen in der Bevölkerungsstruktur im näheren und weiteren Umland, die sich auf die Höhe und Struktur der Zuzüge zum Beispiel nach Leipzig auswirken, berücksichtigt werden.

Die aktuelle Entwicklung weist für Leipzig seit 2002 eine steigende Einwohnerzahl auf. Ende 2009 hatte Leipzig gemäß der im Statistischen Landesamt erstellten Bevölkerungsfortschreibung knapp 519 000 Einwohner. Das sind etwa 26 000 mehr als Ende 2001. Damals hatte Leipzig in den heutigen Grenzen etwa 493 000 Einwohner. Dieser aktuelle Bevölkerungszuwachs in Leipzig beruht hauptsächlich auf Wanderungsgewinnen. Die Zahl der Sterbefälle kann noch nicht ganz durch die steigenden Geburtenzahlen ausgeglichen werden. Leipzig gewinnt derzeit vor allem Einwohner aus den anderen neuen Bundesländern, durch Binnenwanderung aus den sächsischen Gemeinden aber auch aus dem Ausland. Gegenüber den alten Bundesländern muss Leipzig trotz steigender Zuzugszahlen immer noch Wanderungsverluste verbuchen.

In der 4. Regionalisierten Bevölkerungsprognose (RBP) – berechnet für den Zeitraum 2006 bis

2020 – wird für die Stadt Leipzig weiterhin eine steigende Tendenz der Einwohnerzahl prognostiziert. Die Entwicklung wird allerdings durch die Annahme von sinkenden Zuwanderungszahlen und einem wieder wachsenden Geburtendefizit beeinflusst. Gegenwärtig wird im Statistischen Landesamt die 5. RBP erarbeitet. Ergebnisse für den Freistaat Sachsen bis 2025 liegen voraussichtlich Ende August 2010 vor.

Deutschland benötigt insgesamt jedoch eine neue Basis zur Berechnung der Bevölkerungszahlen: den Zensus. Die aktuellen Bevölkerungszahlen und Wohnungszahlen basieren auf Fortschreibungen der letzten Volkszählungen. Diese fanden in Deutschland zuletzt im früheren Bundesgebiet im Jahre 1987 und in der ehemaligen DDR 1981 statt. Die gegenwärtig von der amtlichen Statistik durch die Fortschreibung ermittelten Bevölkerungszahlen sind vermutlich deutlich überhöht. Somit nehmen die im Laufe der Jahre entstehenden Ungenauigkeiten in der Fortschreibung und in den auf Volkszählungsdaten basierenden Stichproben zu. Mit dem Zensus 2011 wird in Deutschland ein neues Verfahren eingeführt, das sich erheblich von einer traditionellen Volkszählung unterscheidet. Beim sogenannten registergestützten Zensus werden hauptsächlich vorhandene Verwaltungsregister – vor allem Melderegister und Register der Bundesagentur für Arbeit – genutzt. Informationen über die Gebäude und Wohnungen, die nicht flächendeckend durch die Verwaltung erfasst sind, werden daneben per Post bei den Gebäude- und Wohnungseigentümern erfragt. Andere Auskünfte wie etwa zur Bildung und Ausbildung oder zur Erwerbstätigkeit werden nur bei einem kleinen Teil der Einwohnerinnen und Einwohner in Form repräsentativer Stichproben erhoben. Die Statistischen Ämter des Bundes und der Länder haben das neue Verfahren des registergestützten Zensus in den Jahren 2001 bis 2003 erfolgreich getestet.

Beim Abbau von Statistikpflichten sind jedoch neben den Bürokratiekosten und Entlastungspotenzialen auch die unter Umständen damit einhergehenden Informationsverluste systematisch zu berücksichtigen. Es geht dabei auch um eine Balance zwischen fachlicher und regionaler Tiefengliederung sowie Häufigkeit und Umfang von Erhebungen. Gezielt und aktiv muss sich amtliche Statistik bei der Umsetzung der INSPIRE-Richtlinie (Infrastructure for Spatial Information in Europe) einbringen. Ziel der INSPIRE-Richtlinie ist es, qualitativ hochwertige Geodaten aus den Behörden der Mitgliedstaaten zu erhalten. Diese sollen unter einheitlichen Bedingungen zur Unterstützung der Formulierung, Umsetzung und Bewertung europäischer und nationaler Politikfelder zugänglich gemacht werden.

Ermittlung der Energiewahrheit als Grundlage zukunftsfähiger Stadterneuerung

Johannes Ringel, Nico Meye, Christian Strauß

Der Autor Prof. Johannes Ringel ist Direktor des Instituts für Stadtentwicklung und Bauwirtschaft an der Wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät der Universität Leipzig. Die Autoren Nico Meye und Christian Strauß sind Wissenschaftliche Mitarbeiter am Institut für Stadtentwicklung und Bauwirtschaft der Universität Leipzig. Christian Strauß ist außerdem Mitarbeiter am Fraunhofer-Zentrum für Mittel- und Osteuropa.

Die Redaktion

Das Institut für Stadtentwicklung und Bauwirtschaft der Universität Leipzig (ISB) bearbeitet zusammen mit dem Amt für Wirtschaftsförderung der Stadt Leipzig, dem Fraunhofer-Zentrum für Mittel- und Osteuropa (MOEZ) und dem Institut für Angewandte Informatik e. V. an der Universität Leipzig (InfAI) das Verbundprojekt „Im Osten geht die Sonne auf! Energie-räumliches Konzept für den Leipziger Osten“. Das Projekt wird vom Bundesministerium für Bildung und Forschung gefördert. Ziel des Projektes ist die Entwicklung eines innovativen ganzheitlichen Umsetzungs-konzeptes für eine „energieeffiziente Stadt Leipzig“ unter Berücksichtigung des demografischen Wandels. Dabei werden ein energieräumliches Konzept erarbeitet, ein energieräumlicher Konsens vorbereitet, eine computergestützte Kommunikationsplattform geschaffen sowie ein Service Engineering eingeführt.

Diese vier Ergebnisse werden parallel in den Modulen „Energie-Raum“, „Akteure“, „Software“ und „Service Engineering“ erarbeitet. Alle Ergebnisse dienen dazu, den Energiebedarf im Leipziger Osten erheblich zu verringern, indem sie Potenziale zur energetischen Optimierung aufzeigen, die Akteure hierfür sensibilisieren und zu zukunftsfähigen Handlungen führen. Auf der Grundlage einer energiebezogenen Analyse werden mit dem Umsetzungskonzept Handlungsfelder und Maßnahmen zur Energieeinsparung aufgezeigt. Diese werden den relevanten Eigentümern, Trägern der Infrastrukturen und Einwohnern zugeordnet. Das Steuerungsverständnis vereint neuartig integrierte und kooperative Elemente.

Eine nachhaltige Raumentwicklung im Sinne der energetischen Optimierung des Siedlungsbestandes erfordert die Auseinandersetzung mit der Klimagerechtigkeit von Räumen. Klimagerechtigkeit bedeutet, in der Zielsetzung nachhaltiger Entwicklung auch die Belange des Klimas zu berücksichtigen. Bislang erfolgt dies nicht ausreichend, sondern räumlich und inhaltlich nur in Ausschnitten.

In der Diskussion in Wissenschaft und Praxis über die Operationalisierung einer Klimagerechtigkeit stehen sich zwei Perspektiven gegenüber. Beide nehmen für sich in Anspruch, dem Klima gerecht zu werden: zum einen die Perspektive des Klimaschutzes, die Maßnahmen zur Mitigation forciert und seit circa 35 Jahren Energieeinsparungen fordert – hieraus leiten sich

unter anderem Maßnahmen zur energetischen Stadterneuerung ab; zum anderen die Perspektive der Anpassungsstrategien, welche sich mit deutlicher werdenden Raumveränderungen durch den Klimawandel festigt und daher, zurzeit politisch intensiv gestützt, planerische Maßnahmen zur Adaption forciert.

Im Sinne einer ganzheitlich verstandenen Klimagerechtigkeit ist es erforderlich, Mitigation und Adaption zu vereinen. Diese Integration ist, auf die räumliche Diskussion angewandt, noch nicht weit gediehen. Für einen ganzheitlichen Beitrag ist darüber hinaus die gesellschaftliche Dimension relevant. Eine klimagerechte Raumentwicklung enthält demnach:

- die Forderung, dem Klima gerecht zu werden (als Umweltgerechtigkeit), sowie
- die sozialgerechte Ausgestaltung dieser Strategien hinsichtlich Lebensstandard und Überlebensfähigkeit (als Sozialgerechtigkeit).

Eine sozialgerechte Verantwortung erfordert eine räumliche Planung, welche auf den Ausgleich der Vor- und Nachteile setzt, die einzelnen Mitgliedern der Gesellschaft durch den Klimawandel entstehen.

Das Projekt wird exemplarisch im inneren Stadtteil „Leipziger Osten“ bearbeitet. Zur Abgrenzung des Untersuchungsgebietes sind differenzierte Kriterien diskutiert und auf Anwendbarkeit hinsichtlich Realisierung der Projektzielstellung erörtert worden. Als grundlegende Möglichkeiten zur Abgrenzung des Untersuchungsraumes wurden städtebauliche und administrative Kriterien gesehen aber auch bestehende Fördergebietskulissen beachtet. Um die bestehenden Strategien der Stadterneuerung und Städtebauförderung mit den neu hinzukommenden Zielvorstellungen zur energetischen Optimierung bestmöglich zu verknüpfen, wurde die Fördergebietskulisse als Gebietsabgrenzung für das Projekt gewählt.

Das Projektgebiet entspricht der Gebietsabgrenzung des Förderprogramms EFRE VwV Stadtentwicklung 2007-2013. Im Untersuchungsgebiet kumulieren gegenwärtige Handlungsnotwendigkeiten aus städtebaulich-funktionellen Herausforderungen sowie sozioökonomischen Rahmenbedingungen. Wesentliche Kennzeichen des Gebietes sind hohe Leerstandsquoten, Defizite im Wohnumfeld, in der Freiraumversorgung und Freiraumqualität sowie der infrastrukturellen Ausstattung. Hinzu kommt der

überdurchschnittliche Arbeitslosenanteil, der stadtweit höchste Anteil von ALG-II-Empfängern sowie das stadtweit niedrigste durchschnittliche Haushaltsnettoeinkommen (Integriertes Handlungskonzept für den Leipziger Osten, Antrag zur Aufnahme in das Förderprogramm EFRE VwV Stadtentwicklung 2007–2013).

Für den Leipziger Osten werden übergeordnete und individuelle Strategien entwickelt. Dabei werden eine Dezentralisierung technischer Infrastrukturen sowie die teilräumliche energetische Versorgung diskutiert. Die Umsetzung wird von den Akteuren konsensual beschlossen. Erstmals in dem Projekt werden die Strategien zum Umgang mit dem demografischen Wandel und zum Klimaschutz vereint. Die Ergebnisse des Umsetzungskonzeptes fließen in die Diskussion über den Stadtumbau im Leipziger Osten ein und dienen zugleich zur energetischen Beratung der Einzeleigentümer.

Dem Verbundprojekt liegt eine ganzheitliche Betrachtung des Systems Stadt zugrunde, die wiederum eine Betrachtung verschiedener Teilsysteme erfordert. Grundlegend sind das baulich-technische und das gesellschaftlich-lebensräumliche Teilsystem voneinander zu unterscheiden. „Energie“ ist für beide Teilsysteme maßgeblich: sie ist sowohl Maßeinheit zur Bewertung und Optimierung des technischen Teilsystems Stadt als auch Steuerungsobjekt zur Diskussion und Planung im politischen System Stadt. Energie stellt daher den entscheidenden Indikator des Projektes dar. Hierfür wurde der methodische Ansatz entwickelt, eine neue „Energiewahrheit“ zu kommunizieren und der Stadtplanung zugrunde zu legen. Sie wird definiert als „Anerkennung und Offenlegung der aktuellen Energiesituation und deren Folgen für die Zukunft in den Bereichen

Energieverfügbarkeit, Energieverbrauch und Energiekosten; des weiteren als Akzeptanz der jeweils begrenzten Möglichkeiten von Politik, Wirtschaft und Privatpersonen sowie Aufzeigen alternativer Lösungen zu bisherigen Handlungsformen mit all ihren Vor- und Nachteilen wie Kosten, Begrenztheit“ (eigene Definition).

„Energiewahrheit“ ist zunächst eine neue Wissensgrundlage im Raum, auf der Strategien und Maßnahmen zur Energieeinsparung umgesetzt werden können. Darüber hinaus soll sie ermöglichen, „Energie“ als intrinsisches Steuerungsobjekt für öffentliche und private Steuerung zu etablieren. Energiewahrheit bezieht sich auf den Energiegehalt der baulichen Strukturen und Handlungsmuster im Raum. Bei der Ermittlung dieser Wahrheit werden nicht nur energetische Kenngrößen, sondern insbesondere auch sozio-ökonomische Restriktionen und Potenziale erfasst.

Die empirische Ermittlung der Energiewahrheit des Leipziger Ostens erfordert die Identifikation von Verbrauchergruppen sowie die Erfassung der jeweiligen Energiebedarfe.

Im Rahmen der energetischen Gesamtbilanzierung werden betrachtet:

- Verbrauchergruppen (private Haushalte, kommunale Gebäude, Gewerbe, Handel, Dienstleistungen, Industrie);
- Energieträger (Erdgas, Erdöl, Kohle, Fernwärme);
- differenzierte räumliche Ebenen (Gebäude, Block, statistischer Bezirk, Ortsteil, Gesamtgebiet).

Die Erstermittlung der Energiebilanz folgt einer analytischen Unterteilung nach a) sozioökonomischen Faktoren und b) baulichen Anlagen. Die Tabelle gibt eine Übersicht zu den jeweiligen Charakteristika und deren Datenherkunft.

Kriterien zur Erstermittlung Energiebilanz		
	Charakteristik	Datenquelle
sozio-ökonomische Faktoren	Einwohnerverteilung	Amt für Statistik und Wahlen der Stadt Leipzig
	Gewerbebesatz	Industrie- und Handelskammer zu Leipzig
	Soziale Infrastruktur	Hochbauamt der Stadt Leipzig
bauliche Anlagen	Baualtersklasse	Sozialamt der Stadt Leipzig
	Nutzung	abgeleitet aus Gewerbebesatz, Einwohnerverteilung, sozialer Infrastruktur
	genutzte Gebäudewohnfläche	abgeleitet aus Einwohnerverteilung
	Gebäudetypologie	abgeleitet aus Baualtersklasse, Anzahl der Stockwerke, Wohnfläche
	Sanierungszustand	Amt für Stadterneuerung und Wohnungsbauförderung der Stadt Leipzig
	Denkmalschutz	Stadtplanungsamt der Stadt Leipzig
Quelle: Institut für Stadtentwicklung und Bauwirtschaft der Universität Leipzig		

Die gewählte „bottom-up“-Methodik zur energetischen Bilanzierung ermöglicht die gebäudescharfe Zuordnung der Energieverbräuche sowie die Aggregation zu Gesamtverbräuchen der nächsthöheren räumlichen Hierarchieebene (Block, statistischer Bezirk, Ortsteil, Stadtbezirk). Damit unterscheidet sich das Projekt in erheblicher

Weise von gängigen Methoden zur energetischen Bilanzierung, die stadtweit „top-down“ vorgehen. Unter Wahrung des Datenschutzes ist es mit der Kommunikationsplattform möglich, die Energiewahrheit auf Block- und Quartiersebene zu kommunizieren (vergleiche exemplarisch die nachfolgende Abbildung).

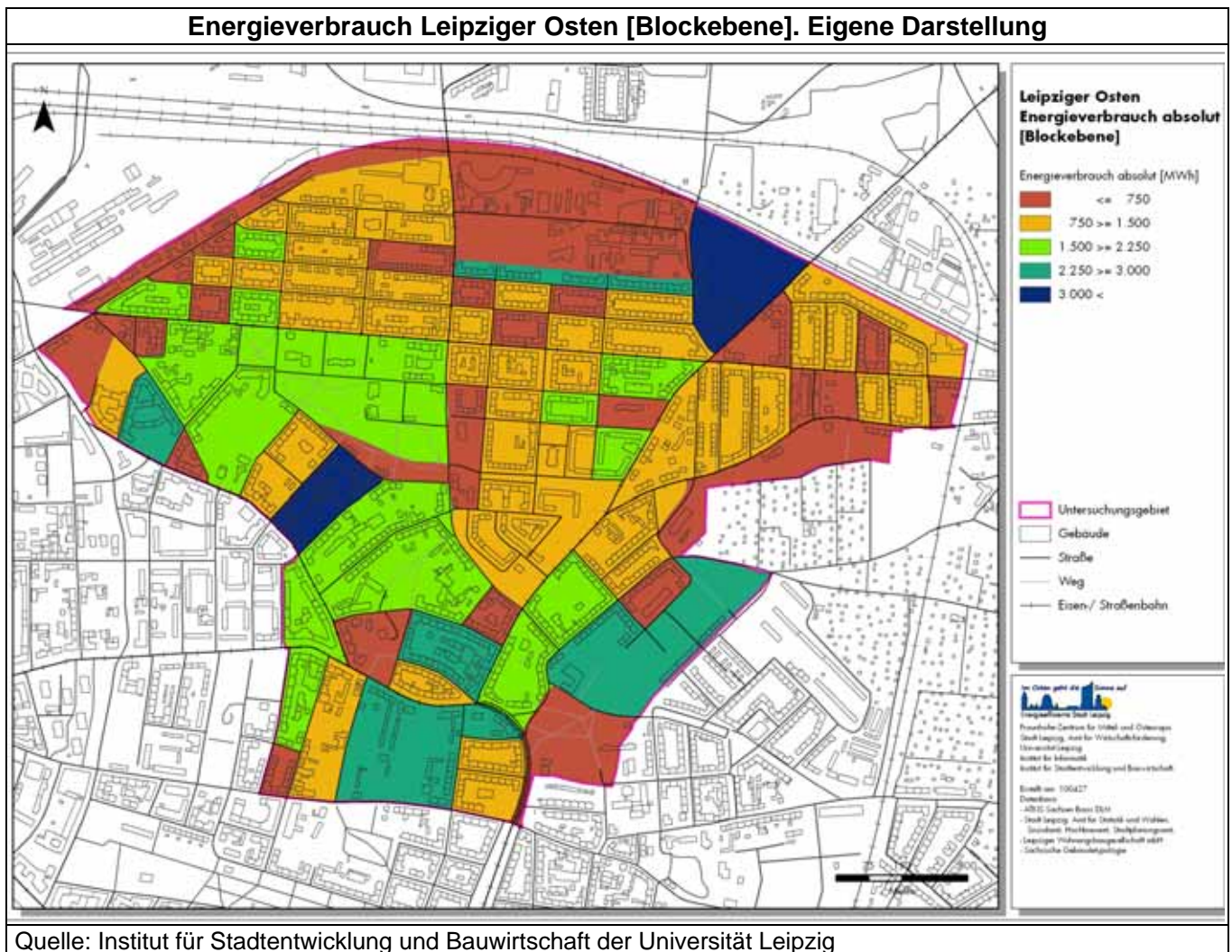
Für die Untersuchungsmethodik sind Charakteristika der Geobasis- und Sachdaten beschränkende Elemente gewesen. Wesentliche Fragen waren hierbei:

- Sind jeweilige Daten kleinräumig vorhanden (existieren überhaupt Datensätze)? Beispielsweise Zulassungszahlen für Kraftfahrzeuge liegen nur auf Ebene statistischer Bezirke vor.
- Sind jeweilige Datensätze verfügbar (frei verfügbar oder kostenpflichtig)? Zum Beispiel Geobasisdaten zu Gebäudegrundrissen bedeuten kostenintensive Investitionen.
- Sind jeweilige Daten zugänglich (inwieweit greift der Datenschutz)? Beispielsweise Verbrauchsdaten zum Energieverbrauch könnten gebäudescharf durch Schornsteinfeger bereitgestellt werden. Aufgrund des Datenschutzes dürfen diese Daten jedoch nur auf Ebene ganzer Straßenzüge herausgegeben werden.

Wie die Projektbearbeitung zeigt, ist eine zentrale Herausforderung für die Erstellung der Energiebilanz die Zusammenführung differenzierter Datenbestände. Diese werden unterschiedlich aufbereitet und teilweise in differenzierten Datenformaten und divergenten Schlüsselmerkmalen vorgehalten. Für eine zukünftige Dateninfrastruktur ist die Frage zu stellen,

inwieweit die gegenwärtige dezentrale Vorhaltung einzelner Datenbestände von einer zentralen Datenhaltung abgelöst werden kann. Hierbei geht es ausdrücklich nicht um die unwirtschaftliche zentrale Aufbereitung von Einzeldaten, sondern um die zentrale Datenspeicherung. Die Datenerfassung wäre über standardisierte, ämter-spezifische Eingabemasken im Rahmen üblicher Arbeitsabläufe zu realisieren, sodass weder ein personeller noch zeitlicher Mehraufwand entsteht.

Die Kommunikationsplattform zur Ermittlung der Energiewahrheit ist ein wichtiger Baustein eines integrierten Stadtentwicklungsprozesses, der im Bereich des Informationsmanagements die Bausteine Monitoring, Wirkungsbeobachtung und Vorausschau verknüpft. Damit ist er ein sehr gutes Hilfsmittel zur Unterstützung des Stadtentwicklungsprozesses. In relevanten energiebezogenen Handlungsfeldern sollen geeignete Maßnahmen zur Verbesserung der Energieeffizienz umgesetzt werden. Die Modellierung der Energiewahrheit mithilfe eines Stoffstrommodells ermöglicht eine Operationalisierung und quantitative Bilanzierung der analytischen und konzeptionellen Aussagen zur Energieeffizienz. Darauf aufbauend gilt es, Ziele und Maßnahmen zu identifizieren und zu befolgen.



Der Turmblick oder zum professionellen Umgang mit Prognosen

Ulrich Heilemann

Der Autor Prof. Dr. Heilemann ist Direktor des Instituts für Empirische Wirtschaftsforschung der Wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät der Universität Leipzig. Die Redaktion

Wenn sich alle zwei Jahre die Mitglieder des „Arbeitskreises Bevölkerungsvorausschätzung“ des Amtes für Statistik und Wahlen der Stadt Leipzig versammelten, offerierte Josef Fischer ihnen zur Einstimmung oder als „Honorar“ – man tagte im Turmzimmer des Neuen Rathauses – den Blick vom Rathausturm. Was immer sich der Amtsleiter davon versprach: freier Blick und Unbefangenheit sind für verlässliche Prognosen unerlässlich, und meist schadet es auch nicht, wenn der Prognostiker das Objekt seiner Bemühungen kennt. Ob die 250 Stufen zum „Turmblick“ dann über Brocken und Fichtelberg hinaus, also wirklich weit sehen lassen, bestimmt nicht nur das Wetter.

Der Nutzen einer Prognose hängt indessen nicht nur von ihrer professionellen Erstellung, sondern auch von ihrer professionellen Rezeption ab. Während bei ersterer durchaus Fortschritte zu verzeichnen sind, fällt daran gemessen letzteres zunehmend zurück. Besonders auffällig wird dies in der Presseberichterstattung über Konjunkturprognosen, also Prognosen der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung in den nächsten zwölf bis 18 Monaten. Für Deutschland werden solche Prognosen von etwa 50 Institutionen jährlich drei- bis viermal vorgelegt, wovon freilich nur jeweils ein knappes Dutzend den Weg in die Öffentlichkeit findet – im Durchschnitt immerhin fast eine Prognose pro Woche. Ihre Unterschiede zum Beispiel bezüglich des erwarteten Wirtschaftswachstums sind meist gering, selten gehen sie über zwei oder drei Zehntelprozentpunkte hinaus, bei der Inflationsrate sind sie noch geringer. Zu Recht fragt sich der Adressat, zumal der beruflich Interessierte, wo das Neue, das Besondere der Prognose liegt und was er davon halten soll.

Am Anfang professioneller Rezeption steht die Erkenntnis, dass im langjährigen Durchschnitt kein Prognostiker und keine Methode den Konkurrenten dauerhaft überlegen ist. Immerhin haben „wissenschaftliche Prognosen“, nur von ihnen ist hier die Rede, aber den Vorzug, dass bei ihnen (wie zum Beispiel in den experimentellen Naturwissenschaften) zwischen „Hypothesen“ und „Annahmen“ unterschieden werden kann. Über die Hypothesen der einzelnen Konjunkturprognostiker ist selten viel zu erfahren, die Unterschiede dürften sich jedoch meist in engen Grenzen halten. Wichtiger für die Beurteilung der Ergebnisse ist die Frage nach den Annahmen, also für Deutschland beispielsweise die Frage, von welcher Entwicklung der Weltwirtschaft, von welcher Zinsentwicklung oder von welcher Entwicklung seitens der Steuern

oder Ölpreise ausgegangen wird. Implizit trifft der Prognostiker freilich zahllose weitere Annahmen („Kein Krieg“, „Kein Erdbeben“, „Kein Zusammenbruch des Immobilienmarktes“, „Keine Zahlungsunfähigkeit von Griechenland, Portugal, Spanien usw.“). Aber das wird ihm erst bewusst, wenn sie sich als falsch herausstellen. Entsprechend sollte der Prognostiker deshalb die Bedeutung seiner einzelnen expliziten Annahmen auf das Prognoseergebnis offenlegen. Das ist leider selten der Fall, nicht zuletzt deshalb, weil etwa auf Pressekonferenzen nicht danach gefragt wird. Der Prognoseadressat muss sich dann ein eigenes Bild machen. Im Prinzip ist das heute anhand von entsprechenden Kennzahlen nicht mehr ausgeschlossen und liefert einen ersten Eindruck von der Fundierung und dem Realismus der Prognose, aber es ist mühevoll und zeitaufwendig.

Damit zusammenhängend sollte der Prognostiker erklären, was sich gegenüber seiner letzten Prognose geändert hat, welcher Datenstand zugrundeliegt, welche Annahmen getroffen wurden und wie sich dies im Prognoseergebnis niedergeschlagen hat. Wie würde zum Beispiel die aktuelle Prognose mit den alten Annahmen (Daten), wie die alte Prognose mit den neuen Annahmen aussehen. Mindestens Tendenzaussagen dazu kann jeder Prognostiker machen. Hat zum Beispiel die aktuelle Verbesserung der wirtschaftlichen Aussichten für das Jahr 2010 ihre Ursache in den Konjunkturprogrammen der Bundesregierung oder in dem unerwarteten Anstieg des Welthandels, der Niedrigzinspolitik der Europäischen Zentralbank usw. oder haben sich die Reaktionsweisen von Konsumenten und Unternehmen gegenüber der vorangegangenen Prognose geändert?

Für die meisten Adressaten (und hoffentlich auch für die Prognostiker) am wichtigsten ist die zu erwartende Treffsicherheit der Prognose. Anders als in Teilen der Naturwissenschaften oder der Technik lassen sich dazu allerdings keine exakten Angaben machen. Wohl aber lassen sich nach Maßgabe der Fehler in der Vergangenheit Bandbreiten um den Prognosewert (Fehlerspannen) berechnen, innerhalb derer der beobachtete Wert liegen sollte. Erfahrungsgemäß beträgt beispielsweise der Fehler der Prognosen der Veränderungsrate des Bruttoinlandsprodukts (BIP) im Herbst für das kommende Jahr Prognosewert ± 1 Prozentpunkt (siehe Tabelle). Üblicherweise spielt die Treffsicherheit der Annahmen dabei keine große Rolle, wohl aber bei

Deutschlands großen Krisen (1974/75, 1982, 2002, 2008ff.), die alle (auch) „Exportkrisen“ waren. Mit anderen Worten: die Prognosefehler waren vor allem eine Folge der nicht gesehenen Abschwächung des Welthandels. Die Tabelle (Verzerrung) lässt ferner eine deutliche Tendenz zur Überschätzung erkennen. Angesichts dieser Befunde grenzt die beckmesserische Betonung von Unterschieden der BIP-Prognosen von oft nur

ein oder zwei Zehntelprozentpunkten leicht ans Lächerliche. Bei den Inflationsprognosen (BIP-Deflator) sieht die Trefferbilanz besser aus, zumindest wenn man von den Ölschocks absieht. (Die Tabelle macht im Übrigen auch deutlich, dass sich ungeachtet der beträchtlichen Investitionen in „bessere“ Daten, Methoden und Theorien die Treffsicherheit der Konjunkturprognosen praktisch nicht verbessert hat.)

Zur Treffsicherheit der Wachstums- und Inflationsprognosen 1967 bis 2008 (Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %)								
	Reales BIP				BIP-Deflator			
	Gemeinschaftsdiagnose (Herbst)	Sachverständigenrat	Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (Herbst)	Jahreswirtschaftsbericht	Gemeinschaftsdiagnose (Herbst)	Sachverständigenrat	Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (Herbst)	Jahreswirtschaftsbericht
1967 bis 2008								
Mittlerer absoluter Fehler	1,4	1,2	1,2	1,1	0,7	0,7	0,6	0,7
Verzerrung	0,2	0,2	0,3	0,2	-0,0	-0,1	-0,0	-0,1
2000 bis 2008								
Mittlerer absoluter Fehler	1,0	0,9	0,8	0,8	0,6	0,5	0,5	0,7
Verzerrung	0,3	0,3	0,4	0,3	0,3	0,3	0,3	0,4
Quelle: Heilemann, U., Stekler, H. (2010), Has the accuracy of German macroeconomic forecasts improved? (George Washington University RPF Working Paper, 2010-001.) Washington, DC: GWU.								

Professionelle Rezeption geht indessen noch über die technische Dimension hinaus. Der Adressat von Prognosen soll sich – wie ihr Produzent – darüber im Klaren sein, dass er bezüglich des Prognoseergebnisses leicht voreingenommen ist. Vor allem wenn die Prognose für ihn selbst von Bedeutung ist, lässt er sich nur zu gern von Optimismus und Wunschenken oder strategischen Überlegungen leiten. Voreingenommen macht auch unsere Aktualitätshörigkeit, messen wir neuen Nachrichten doch meist ein höheres Gewicht bei als alten. Umgekehrt tun wir uns schwer mit der Korrektur unserer Vorstellungen und Erwartungen im Lichte neuer Fakten oder nehmen aktuelle Ereignisse sehr selektiv wahr (vergleiche dazu zum Beispiel Makridakis, S. (1988): Metaforecasting - ways of improving forecasting accuracy and usefulness. *International Journal of Forecasting*, vol.4, S. 467ff.).

Zurück zu Josef Fischer und zur Bevölkerungsprognose bzw. wie er vorsichtiger formuliert zur

Bevölkerungsvorausschätzung des Amtes für Statistik und Wahlen der Stadt Leipzig. Das dabei verwendete Verfahren – die Delphi-Methode, ein systematisches, mehrstufiges Befragungsverfahren – bietet durch die Beteiligung einer Vielzahl von Fachleuten mit unterschiedlicher Expertise gute Voraussetzungen, zumindest die zuletzt angesprochenen Fehler gering zu halten. Dass bei der Expertenwahl Josef Fischer eine glückliche Hand hatte, wird kein Mitglied des Arbeitskreises in Zweifel ziehen, vermutlich auch nicht sein Leiter. Freilich, ob die Experten, der „Turmblick“ und die offene, professionelle Leitung des Arbeitskreises dessen Treffsicherheit befördert haben, wird sich erst in den nächsten Jahrzehnten erweisen. Leider wird sie dann kaum noch interessieren, zumal in zehn Jahren die Stadt Leipzig von Halle bis vor die Tore Dresdens reichen und wie 1938 mehr als 750 000 Einwohner zählen wird und nicht die 2009 als obere Variante geschätzten bescheidenen 562 000 Einwohner.

Vernachlässigte Kinder – Eine Herausforderung unseres Sozialstaats

Rudolf Schweikart

Prof. Dr. Schweikart lehrt an der Leipziger Hochschule für Technik, Wirtschaft und Kultur. Die Redaktion

Zusammenfassung

Mit folgendem Beitrag soll auf eine spezifische Form der Schädigung von Kleinkindern aufmerksam gemacht werden, die ihnen von ihren eigenen Müttern zugefügt wird. Gegenüber der Misshandlung und dem sexuellen Missbrauch von Kindern handelt es sich jedoch bei Vernachlässigung von Kindern um eine Schädigung durch Unterlassung.

In den letzten Jahren werden die erheblichen und irreversiblen Schädigungen, die Kleinkindern in den ersten Lebensmonaten durch Vernachlässigung zugefügt werden, in der Fachliteratur deutlich beschrieben. Gleichwohl wird die Vernachlässigungsproblematik vermutlich nie eine vergleichbare öffentliche Aufmerksamkeit erfahren wie etwa die aktuellen Fälle des sexuellen Missbrauchs von Kindern und Jugendlichen. Das ändert jedoch nichts an Umfang und Ausmaß dieser Schädigungen sowie den damit verbundenen Folgekosten einer sozialstaatlichen Versorgung.

Über den quantitativen Umfang von Vernachlässigungsfällen innerhalb eines Geburtsjahrganges kann nur spekuliert werden. Der enge Zusammenhang mit den sozialen Lebensbedingungen der Eltern, vorrangig alleinerziehenden Müttern, erscheint jedoch offensichtlich.

Symptomatik

Der sexuelle Missbrauch von Kindern und Jugendlichen bestimmt zur Zeit die Schlagzeilen der Presse. Das Leid, das Kindern und Jugendlichen durch Missbrauch oder andere Formen der Misshandlung zugefügt wird, verdient diese Aufmerksamkeit. Im Vergleich dazu wird das stille Leid vernachlässigter Kinder nicht oder nur selten öffentlich wahrgenommen. Vernachlässigung ist weniger spektakulär, sie lässt sich nicht auf eine Tat zurückführen. Kinder sterben nur in Ausnahmefällen aufgrund von Vernachlässigung.

Bei Vernachlässigung gibt es normalerweise keine Täter und keine Straftat. Einer Mutter, die ihren Kindern keine liebevolle Fürsorge zukommen lässt, wird im schlimmsten Fall das Sorgerecht entzogen.

Für die Kinder zeigen sich Folgen von Vernachlässigung innerhalb weniger Lebensmonate. Sie sind nach außen hin sichtbar und irreversibel. Diese Kinder sind bei voller Ausprägung der Symptomatik in ihrer geistigen, körperlichen und seelischen Entwicklung beeinträchtigt. Die Schädigungen führen zu Behinderungen im Erwachsenenleben mit erheblichen Folgekosten für den Sozialstaat. Neben einer finanziellen Alimentie-

rung bedürfen diese Menschen häufig zusätzlicher kostenintensiver Betreuungsleistungen.

Auf der Ebene von Einzelfällen lassen sich solche Lebensschicksale nachzeichnen: Nach längeren Zeiten der Heimunterbringung, dem Besuch einer Förderschule, diversen therapeutischen Bemühungen in körperlicher und seelischer Hinsicht wird spätestens im Übergang zum Erwachsenenleben deutlich, dass diese Menschen aus eigener Kraft heraus kaum eine tragfähige Lebensperspektive entwickeln können. Von Seiten des Hilfesystems stehen ebenfalls keine Unterstützungsangebote bereit, da diese Menschen nicht zu den „üblichen“ Zielgruppen gehören. Sie sind nicht vorrangig geistig behindert, sondern gelten als intelligenzgemindert. Sie sind nicht körperbehindert, sondern lediglich in ihrem Bewegungsapparat und ihrer Feinmotorik eingeschränkt. Sie können seelisch behindert sein, ohne dass die psychiatrische Versorgung auf sie eingestellt wäre. Was bleibt ihnen also? Jungen Frauen, die im Kindesalter vernachlässigt wurden, bleibt häufig als einzige Chance auf Normalität die eigene Mutterrolle. Nur über eigene Kinder erhalten Sie einen einigermaßen definierten Platz in unserer Gesellschaft. Mit der Konsequenz, dass dem Problem der Vernachlässigung die Gefahr innewohnt, in einem sozialen Sinn "vererbbar" zu sein.

Der Kreis schließt sich. Die Mütter vernachlässigen ihre Kinder nicht aus bösem Willen. Ihnen fehlt die Fähigkeit zum liebevollen Umgang mit Kindern, vermutlich, weil sie selbst einen solchen Umgang nie erfahren haben. Das beginnt damit, dass sie den Körperkontakt zu ihren Kindern vermeiden.¹⁾ Die Kinder erfahren eine unzureichende oder unwirksame elterliche Aufsicht und Steuerung. Ihre körperlichen Entfaltungsmöglichkeiten werden erheblich eingeschränkt, sie werden nicht kindgerecht ernährt. Das alles passiert mit Säuglingen und Kleinkindern, die in ihrer Entwicklung auf die elterliche Fürsorge angewiesen sind.²⁾

Die Entwicklungsrückstände und Fehlentwicklungen vernachlässigter Kinder zeigen sich durch geringes Körpergewicht, schlechten Zustand, motorische Ungeschicklichkeiten sowie bereits im Alter von wenigen Monaten durch eine reduzierte Kontaktaufnahme mit Erwachsenen.³⁾

Wir sprechen dabei bewusst nur von Müttern. Das schließt nicht aus, dass Väter oder Stiefväter in den Familien vorkommen. Es soll jedoch verdeutlichen, dass dort Männer eher selten in die Betreuung der Kleinkinder eingebunden sind. Ihre Anwesenheit kann die Problematik unter Umständen sogar noch verschärfen.

Epidemiologie

Deutschland kennt keine Meldepflicht für Fälle von Kindesvernachlässigung, Kindesmisshandlung oder sexuellem Missbrauch von Kindern. Von daher wird in der Fachliteratur immer wieder auf die schlechte Datenlage hingewiesen.⁴⁾ Einige epidemiologische Einschätzungen sind aufgrund von Statistiken und zusätzlichen Forschungsergebnissen aus den USA möglich.⁵⁾ Bei Kleinkindern findet sich Vernachlässigung häufiger als jede andere Form der Misshandlung. Vernachlässigte Kinder sind zudem einem höheren Risiko zusätzlicher Misshandlungen ausgesetzt als andere Kinder. Übereinstimmend weisen alle Untersuchungen auf den direkten Zusammenhang zwischen Armut der Mütter und Vernachlässigung der Kinder hin. Daraus darf jedoch nicht geschlossen werden, dass Armut als solche eine Ursache von Kindesvernachlässigung sei. Mütter, die ihre Kinder vernachlässigen, sind aufgrund ihres weitreichenden Kompetenzmangels eben auch arm. „Es ist ein totaler Unterschied, ob ich sage, du bist arm, weil du Kinder hast, oder ob ich sage, du hast in deinem Leben Probleme und du hast zwei, drei und mehr Kinder, obwohl du nicht das Umfeld oder die persönlichen Eigenschaften hast, die Erziehung zu bewältigen.“⁶⁾

Ein besonders wichtiger Zusammenhang, auf den Sarrazin in dem obigen Zitat anspielt, wurde bisher nur durch wenige Untersuchungen bestätigt. Mütter, die ihre Kinder vernachlässigen, haben mehr Kinder als andere Mütter.⁷⁾ Sollte dies zutreffen, würde sich die Gefahr der sozialen Vererbbarkeit von Vernachlässigungssymptomen deutlich zuspitzen. Wir hätten es mit einer Bevölkerungsgruppe zu tun, die sich aufgrund natürlicher Geburtenentwicklung vergrößern würde. „The typical neglecting family includes a young, single parent with a large number of individuals living in the home, who have little social support and perceive their social support as inadequate.“⁸⁾

Statistische Zusammenhänge geben noch keinen Hinweis auf die Fallzahlen von Kindesvernachlässigung. Die Schätzungen, die gelegentlich dazu genannt werden, beruhen nicht auf verlässlichen statistischen Erhebungen. Gleichwohl zeichnen sich Möglichkeiten ab, das Ausmaß der Vernachlässigung von Kindern mit statistischen Mitteln näher zu beleuchten. Für das Land Brandenburg wurden Daten der Schuleingangsuntersuchung aus dem Jahr 2000 ausgewertet.⁹⁾ Aus erhobenen Informationen zu den Eltern wurde ein Sozialindex gebildet und mit der körperlichen, geistigen und gesundheitlichen Entwicklung der Kinder in Zusammenhang gestellt. Die Ergebnisse sind erschreckend. Sprach- und Sprechstörungen liegen bei Kindern aus Familien mit niedrigem Sozialstatus etwa viermal so hoch wie bei Familien

mit hohem Sozialstatus (18,2 % zu 4,3 %), Beeinträchtigungen der geistigen Entwicklung mehr als zehnmal höher (13,2 % zu 0,9 %), emotionale und soziale Störungen etwa sechsmal höher (3,1 % zu 0,5 %). Daraus lässt sich die Vermutung begründen, dass Folgen der Vernachlässigung überwiegend Kinder aus Familien mit niedrigem Sozialstatus betreffen.

Vergleichen wir die Brandenburger Daten aus dem Jahr 2000 mit aktuellen Leipziger Daten der Schuleingangsuntersuchung, so erscheinen die Probleme in Leipzig noch gravierender zu sein. Die Sprach- und Sprechstörungen, die zwangsläufig als Folge von Vernachlässigung auftreten, jedoch selbstverständlich nicht nur als Folge von Vernachlässigung, lagen 2000 in Brandenburg bei deutlich unter 10 % im Landesdurchschnitt. Die Vergleichszahlen für Leipzig aus dem Jahr 2008 liegen bei über 25 % der untersuchten Schulanfänger. Die Zahl der Kinder mit emotionalen und psychosozialen Auffälligkeiten lag in Brandenburg bei 3 %, in Leipzig liegt sie 2008 bei über 15 %.¹⁰⁾

Diese Leipziger Zahlen korrespondieren mit den jugendärztlichen Schulempfehlungen, die sich aus der Schuleingangsuntersuchung ergeben. 8,5 % des Jahrgangs (5 % Förderschule und 3,5 % Integration aufgrund von Behinderungen) bedürfen einer besonderen Beschulung, bei weiteren knapp 5 % des Jahrgangs soll die Einschulung zurückgestellt werden. Im gleichen Jahr verließen 11 % eines entsprechend älteren Jahrgangs die Schule ohne Hauptschulabschluss.

Weder aus den Brandenburger noch aus den Leipziger Zahlen lassen sich eindeutige Hinweise auf die Auswirkungen von Vernachlässigung in der frühen Kindheit finden. Untersuchungsergebnisse aus den USA werden jedoch auf eindrückliche Weise bestätigt. Die sozialen Verhältnisse, in denen Kinder aufwachsen, stehen in eindeutigem Zusammenhang mit ihren Bildungs- und damit auch mit ihren Lebenschancen. Gleichzeitig ist das Risiko von Kindern aus sozial randständigen Familien, aufgrund der Folgen von Vernachlässigung beeinträchtigt zu werden, um ein Vielfaches höher als in anderen Familien. Die Vermutung, dass ein Ausgangspunkt für verlorene Lebenschancen eine Vernachlässigung in der frühen Kindheit ist, liegt nahe. Ebenso nahe liegend ist die Vermutung, dass es mit vergleichsweise wenig Aufwand möglich wäre, die verschiedenen gesundheitlichen Untersuchungen, denen Kinder unterzogen werden, dazu zu nutzen, die Dimensionen der Kindesvernachlässigung und ihrer Folgen genauer statistisch darzustellen.

Sozialstaatliche Herausforderungen

Vernachlässigung findet im Unterschied zum sexuellen Missbrauch nicht im Verborgenen statt. Kinderkliniken, Kinderärzte und Kinderkrippen

bemerken Symptome der Vernachlässigung. Bei den Regeluntersuchungen U 1 bis U 9 und bei den Einschulungsuntersuchungen können Folgen von Vernachlässigung festgestellt werden. Die Mütter verstecken ihre Kinder nicht.

Die Vernachlässigung von Kindern weist gegenüber Misshandlungen und sexuellem Missbrauch eine Besonderheit auf: Mütter, die ihre Kinder vernachlässigen, sind keine Täterinnen im strafrechtlichen Sinn. Es liegt nahe, sie sich eher als Opfer vorzustellen, die ihren eigenen Kindern das nicht geben können, was ihnen selbst nie entgegengebracht wurde. Das Leid vernachlässigter Kinder ist unspektakulär und eignet sich nicht für gängige Formen medialer Aufgeregtheit. Es ist zudem davon auszugehen, dass Kinder in der Lebensphase, in der sie ihre irreversiblen Schädigungen durch Vernachlässigung erfahren, kaum auffällig werden. Das kommt erst später, wenn sich ihre seelischen Schädigungen in Verhaltensauffälligkeiten ausdrücken.

Auch wenn die negativen Folgen von Vernachlässigung heute nicht mehr in Zweifel gezogen werden, müssen individuell unterschiedliche Anfälligkeiten der Kinder berücksichtigt werden. Kinder besitzen je eigene Resilienzfaktoren, vergleichbare Rahmenbedingungen führen zu unterschiedlichen Konsequenzen in der kindlichen Entwicklung. Zudem ist Vernachlässigung ein normativer Begriff, der aus Einzelfällen seine Anschaulichkeit gewinnt. Wer zieht die Grenze zwischen noch hinnehmbarem Erziehungsverhalten und Vernachlässigung?

In Abgrenzung zu Fällen von Misshandlung oder Missbrauch, die recht eindeutig zu identifizieren sind, findet eine Vernachlässigung von Kindern in einem Graubereich statt, der nur durch diagnostische Anstrengungen in Verbindung mit Urteilen der Familiengerichte ausdifferenziert werden kann. Dazu werden zum Beispiel Erziehungs-fähigkeitsgutachten eingeholt. Harte Kriterien zur Identifikation von Kindeswohlgefährdung existieren jedoch noch nicht.

Das alles sind Faktoren, die nicht gerade für eine zielgerichtete sozialstaatliche Intervention sprechen. Hinzu kommt ein Sozialstaatsverständnis, dass vorrangig auf eine Stärkung der Eltern in ihrer Erziehungsverantwortung hinausläuft. Wenn also die Praxis der kommunalen Kinder- und Jugendhilfe von dem Grundgedanken getragen wird, Eltern in der Ausübung ihrer Erziehungsverantwortung zu unterstützen, setzt sie dieses Sozialstaatsverständnis um.

In den letzten Jahren werden eigenständige Kinderrechte gegenüber den Elternrechten deutlicher hervorgehoben.¹¹⁾ Das trägt sicher dazu bei, die Probleme genauer zu benennen. Sozialstaatliche Umgangsformen mit der Vernachlässigungs-

problematik zeichnen sich noch nicht ab. Die fachlichen Voraussetzungen, um überhaupt eine Vernachlässigung von Kleinkindern gerichtsfest zu diagnostizieren, sind unzureichend entwickelt. Kommunale Kinder- und Jugendhilfe sowie Familiengerichte sehen die Mütter, wenn eine Vernachlässigungsproblematik zu Tage tritt, vorrangig als Teil der Lösung und nicht als wesentlichen Teil des Problems an. Und selbst wenn beim dritten oder vierten Kind einer Mutter die Vernachlässigungsproblematik offensichtlich wird: Wie soll der Staat damit umgehen? Kleinkinder in Heimen unterbringen? Die Folgekosten dieser Lösung wären unabsehbar, der Nutzen eher zweifelhaft.

Vermutlich erfahren zwischen einem und zehn Prozent der Kinder eines Geburtsjahrgangs in Leipzig in ihrer frühkindlichen Entwicklung aufgrund der Vernachlässigung durch ihre Mütter bleibende Schädigungen, die ihre Lebenschancen erheblich mindern. Es wäre schon viel gewonnen, wenn wir damit begännen, diese sozialstaatliche Herausforderung anzunehmen. Wie damit umzugehen wäre oder wie gar Lösungen dafür aussehen könnten, ist noch nicht absehbar. Das ist Teil dieser Herausforderung.

Quellen:

- 1) R. Frank/M. Kopecky-Wenzel (2002): Vernachlässigung von Kindern. In: Monatsschrift Kinderheilkunde 150, S. 1341
- 2) K. Connell-Carrick (2003): A Critical Review of the Empirical Literature: Identifying Correlates of Child Neglect. In: Child and Adolescent Social Work Journal, Vol. 20, No. 5, S. 410
- 3) Vgl. R. Frank/M. Kopecky-Wenzel, a.a.O.
- 4) Vgl. Gabriele Haug-Schnabel u. A. (2008): „Vernachlässigte Kinder“ - wissenschaftliche Erkenntnisse und Handlungskonzepte für Kindertageseinrichtungen. Ein Projekt im Auftrag des KVJS Baden-Württemberg
- 5) Zusammenfassend dazu K. Connell-Carrick, a.a.O.
- 6) Der ehemalige Berliner Finanzsenator Tilo Sarrazin in einem Interview mit dem Stern vom 14.5.2009
- 7) Vgl. K. Connell-Carrick, ebd., S. 412
- 8) Vgl. K. Connell-Carrick, ebd., S. 417
- 9) G. Ellsäßer u. A. (2002): Soziale Ungleichheit und Gesundheit bei Kindern - Ergebnisse und Konsequenzen aus den Brandenburger Einschulungsuntersuchungen. In: Kinderärztliche Praxis (73)
- 10) Vgl. Sozialreport der Stadt Leipzig 2008, S. 103
- 11) Vgl. etwa: Machen wir's den Kindern Recht?! Rechtspolitische Impulse für ein kindergerechteres Deutschland. Friedrich-Ebert-Stiftung, Forum Berlin (2008), S. 41 ff.

Leipzig-Grünau - 30 Jahre im Spiegel stadtsoziologischer Begleitforschung

Sigrun Kabisch

Frau Prof. Dr. Kabisch ist Leiterin des Departments Stadt- und Umweltsoziologie am Helmholtz-Zentrum für Umweltforschung – UFZ in Leipzig. Die Redaktion

Seit 1979 wird die Entwicklung der Großwohnsiedlung Leipzig-Grünau aus stadtsoziologischer Perspektive begleitet. Im Rahmen der „Intervallstudie Grünau“ konnten bis 2009 neun Erhebungen durchgeführt werden. Diese bieten ein einzigartiges Panorama des Wachstums und Reifens eines neugebauten Stadtteils. Von besonderer Bedeutung sind dabei die Konsequenzen des gesellschaftlichen Wandels in Ostdeutschland, der mit seinen Auswirkungen die Bewohnerstruktur und den Einwohnerumfang ebenso beeinflusste wie die städtebaulichen Qualitäten.

Diese Langzeitstudie begründete die Stadtsoziologin Alice Kahl auf der Basis einer 1977 geschlossenen Vereinbarung zwischen der Karl-Marx-Universität und dem Rat der Stadt Leipzig. Die Wissenschaftlerin verantwortete die Studie bis zum Jahr 2000. Danach wurde sie am Helmholtz-Zentrum für Umweltforschung - UFZ weitergeführt. Seit 1995 erfährt die Langzeitstudie in Form einer Beauftragung durch das Amt für Stadterneuerung und Wohnungsbauförderung der Stadt Leipzig eine finanzielle Unterstützung.

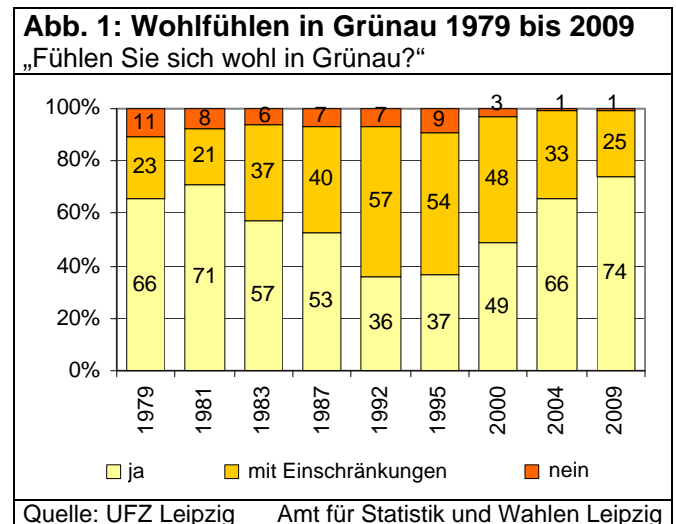
Das zentrale Anliegen der Intervallstudie Grünau besteht in der Beobachtung und Erklärung der Wohnzufriedenheit sowie deren Einflussfaktoren und Potenziale im Zeitverlauf. Über den Zeitraum von 30 Jahren sind die Bewertung der unmittelbaren Wohnbedingungen, die Wohnenerwartungen, die Bindungsfaktoren sowie Mobilitätsabsichten, das Image Grünaus, das soziale Milieu und die Zukunftsperspektiven der Großwohnsiedlung abgefragt worden. In die jeweiligen Erhebungen wurden stets zusätzliche Themenfelder aufgenommen. In den Erhebungen von 2004 und 2009 spielte der Stadtumbau eine besondere Rolle. Auf die Befragungsergebnisse soll nach der Vorstellung zentraler Resultate näher eingegangen werden.

An der Erhebung im Juni und Juli 2009 nahmen 710 Grünauerinnen und Grünauer teil. Die Rücklaufquote lag bei 80 %, womit einerseits das große Interesse an der Thematik deutlich wird und andererseits die gute Qualität des methodischen Vorgehens eine Bestätigung erfährt. Dieses wird im Wesentlichen durch eine intensive Öffentlichkeitsarbeit im Vorfeld der Erhebung, den Einsatz von geschultem Personal, die ansprechende Struktur des Fragebogens und das persönliche Verteilen und Abholen des Fragebogens an der Wohnungstür begründet.

Wohlfühlen in Grünau

Von zentraler Bedeutung ist die Frage: „Fühlen Sie sich wohl in Grünau?“ In der Erhebung von

2009 bejahten 74 % die Frage. Dieser erstaunlich hohe Wert belegt, dass Grünau von seinen Bewohnerinnen und Bewohnern angenommen und als ihr Stadtteil mit guten Wohn- und Lebensbedingungen angesehen wird. Dieser Indikator ist in allen bisherigen Erhebungen verwendet worden. Über die Jahre bildet er die Perspektive der Einwohner zum jeweiligen Zeitpunkt ab (Abbildung 1). Während sich mit dem Zuzug der ersten Bewohnergeneration 1979 bis 1981 erfüllte Wohnwünsche hinsichtlich einer eigenen Wohnung mit damals hohem Komfort in großer Zustimmung äußerten, machten sich in den Erhebungen von 1983 und 1987 zusehends kritische Urteile bemerkbar. Gründe dafür lagen unter anderem in den konkreten Wohnungsangeboten in den Wohnkomplexen 4, 7 und 8. Hier waren eine Verdichtung der Wohnblöcke, 6-geschossige Blöcke ohne Aufzug und ein hoher Anteil kleiner Wohnungen anzutreffen.



Der Tiefpunkt war nach der Wende erreicht. In der Erhebung von 1992 konnte nur noch zirka ein Drittel der Befragten Wohlfühlen in Grünau bekunden. In dieser Zeit setzten massive Abwanderungen ein. Von einem Einwohnerbestand von 85 000 im Jahr 1989 rutschte die Zahl auf 44 000 in 2008 ab. Mehr als 40 000 Bewohner verließen die Großwohnsiedlung. Dennoch verfügt Grünau heute über die Einwohnerzahl einer Mittelstadt und ist als Stadtteil Leipzigs nicht wegzudenken. Die nach 1992 einsetzenden Investitionen in den Gebäudebestand und das Wohnumfeld sowie die verbesserte Infrastrukturausstattung spiegeln sich in den Befragungsergebnissen wider. Das Wohlfühlen ist permanent angestiegen und hat 2009 einen Höchstwert erreicht. Dies bestätigt auch das Ergebnis der Frage, ob der Meinung zugestimmt

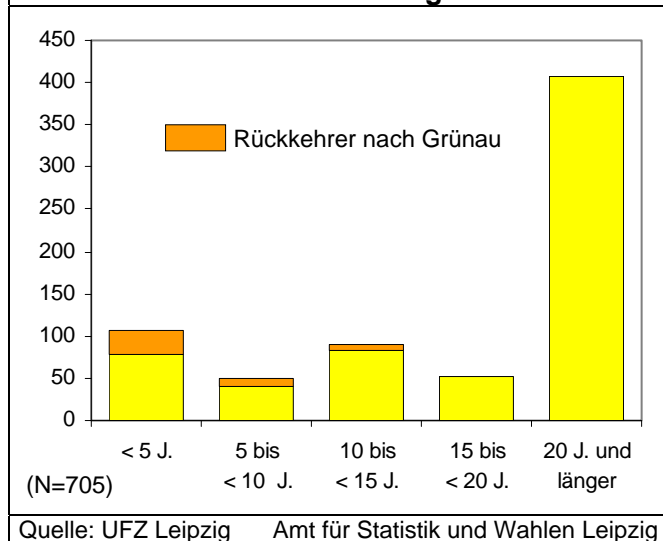
werden kann, dass sich Grünau positiv entwickelt hat. Drei Viertel der Befragten antworten mit „ja“. Bezogen auf das unmittelbare Wohngebiet (Wohnkomplex) meint die gute Hälfte der Befragten, dass es sich eher verbessert hat. Weder verbessert oder verschlechtert meint ein Viertel und nur 6 % sagen, dass es sich verschlechtert hat. 16 % der Befragten können es nicht beurteilen, mehrheitlich deshalb, weil sie erst seit kurzem dort wohnen.

Sesshaftigkeit und Wanderung

Obwohl insbesondere in den 90er Jahren Grünau von einer großen Wegzugswelle gezeichnet war, sind immer wieder auch Menschen nach Grünau gezogen. Diese Welle ebte zwischenzeitlich ab ohne völlig auszulaufen. Seit 2005 wanderten jährlich zwischen 5 300 und 7 300 Einwohner ab, es kamen aber auch zwischen 4 900 und 6 300 Einwohner hinzu. Deren Zahl konnte zwar den Wegzug und den natürlichen Bevölkerungsverlust insgesamt nicht kompensieren, trug aber zu einer Verjüngung bei, denn gerade junge Familien wanderten zu.

Die dominante Bevölkerungsgruppe in Grünau sind die Alteingesessenen mit einer Wohndauer von mehr als 20 Jahren (Abbildung 2). Die betrifft 58 % der Befragten. Werden die Einwohner mit einer Wohndauer von mehr als 15 Jahren addiert, dann macht diese Gruppe sogar zwei Drittel der Befragten aus. Eine hohe Sesshaftigkeit der bekennenden Grünauer ist nicht zu übersehen.

Abb. 2: Wohndauer der Befragten 2009



Unter unseren Befragten befinden sich auch Bewohner, die erst vor kurzem zugezogen sind. Dies betrifft 106 Personen (15 %), die sich in den letzten fünf Jahren für Grünau entschieden haben.

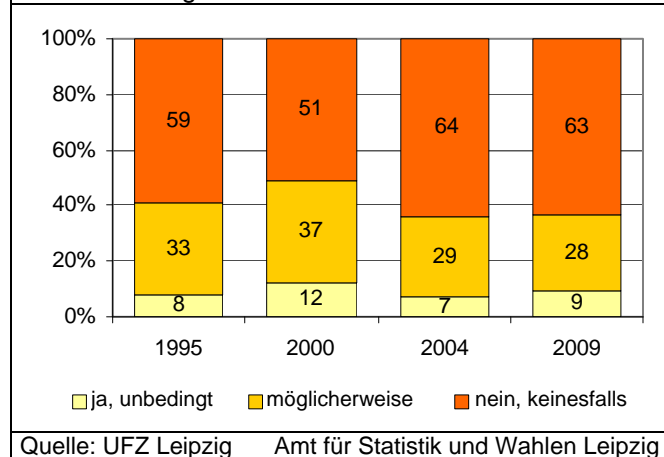
Bemerkenswert ist der Sachverhalt, dass in zunehmendem Maße über die letzten Jahre Rückkehrer festzustellen sind. Dies sind Einwohner, die bereits schon einmal in Grünau gewohnt haben. Sie sind vor Jahren weggezogen und kehren nun nach Grünau zurück. 46 unserer

Befragten (7 %) sind wieder nach Grünau zurückgezogen. Der wesentliche Grund für den Zuzug und die Rückkehr ist mit Abstand die preiswerte Miete.

Um einen etwas genaueren Einblick in die potenzielle Mobilität der Grünauer zu erhalten wurde nachgefragt, ob ein Auszug in den nächsten zwei Jahren geplant ist. Die Absicht, aus der jetzigen Wohnung auszuziehen, bekräftigen 9 % der Befragten. Mit „möglicherweise“ antworten 28 %. Dieser Indikator im Zeitverlauf seit 1995 (Abbildung 3) zeigt, dass der Anteil der entschlossenen Auszugswilligen mit einem Wert um 9 % relativ konstant geblieben ist. Der Anteil der bewusst Sesshaften ist dagegen gestiegen und seit 2004 gleich hoch geblieben. Es ist demnach nicht mit einem Anstieg der Zahl der Auszugswilligen in Zukunft zu rechnen.

Abb. 3: Auszugsabsichten 1995 bis 2009

„Haben Sie vor, in den nächsten zwei Jahren aus Ihrer Wohnung auszuziehen?“



Ein Auszug aus der Wohnung ist jedoch nicht gleichbedeutend mit einem Wegzug aus Grünau. Unter unseren Befragten sind bereits 44 % schon mindestens einmal in Grünau umgezogen. Das bedeutet, dass hier vor Ort unterschiedliche und veränderten Bedürfnissen angepasste Wohnangebote zu finden sind. Die gute Hälfte hat sogar im selben Wohnkomplex eine andere Wohnung gefunden. Die Mehrheit ist beim gleichen Vermieter geblieben, allerdings werden Wechsel auch nicht ausgeschlossen. Immerhin 43 % haben sich für einen anderen Vermieter entschieden.

Die Gründe für einen möglichen Umzug lassen sich in drei Gruppen unterteilen. Zur ersten Gruppe gehören wohnungstechnische Gründe (zu groß, zu klein, schlechter Bauzustand) und eine zu hohe Miete. Die zweite Gruppe bezieht sich auf das soziale Umfeld und Probleme mit der Nachbarschaft. Und schließlich steht die dritte Gruppe in engem Zusammenhang mit dem gestiegenen Durchschnittsalter der Bevölkerung. Es wird der fehlende Aufzug bemängelt und gesundheitliche Gründe werden vorgebracht.

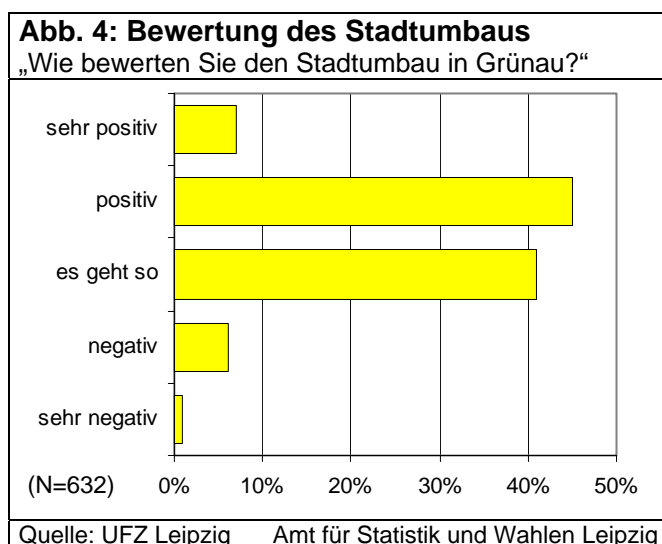
Alle Gründe sind nachvollziehbar und wenig dramatisch. Der enge Kontakt der Wohnungsunternehmen zu ihren Mietern, um rechtzeitig Änderungswünschen entsprechen zu können, ist ein zentraler Faktor, um die Bewohner in Grünau halten zu können. Darüber hinaus verlangt die Entwicklung des sozialen Umfeldes eine dauernde Beachtung, um extrem negativen Erscheinungen seitens der entsprechenden Institutionen entgegenwirken zu können.

Wahrnehmung des Stadtumbaus

Der Stadtumbau mit seinen diversen Auswirkungen ist ein zentrales Thema im Stadtteil Leipzig-Grünau. Gespeist durch Meldungen zum anhaltenden Einwohnerrückgang (zum Beispiel im Monitoringbericht 2009, Teilplan Großsiedlungen) und aufgrund der städtebaulichen Reaktion in Form der Unterteilung des Gebietes in einen Kernbereich und einen Stadtumbaugürtel im Integrierten Stadtentwicklungskonzept SEKo Leipzig 2020 bleibt der Stadtumbau weiterhin auf der Tagesordnung.

War in den vergangenen Jahren der Umgang mit Wohnungsabriss bestimmend, so rücken nun die zwischenzeitlich entstandenen Nachnutzungen der frei geräumten Flächen sowie die umgebauten Blockstrukturen und Wohnungsangebote ins Blickfeld. Stadtumbau kann nunmehr in seiner ursprünglichen Definition hinsichtlich der Verbindung von Abriss und Aufwertung begriffen werden.

Die Hälfte der Befragten bewertet den Stadtumbau in Grünau positiv, 42 % wählen die mittlere Kategorie „es geht so“ und nur 7 % sind mit dem Stadtumbau nicht einverstanden (Abbildung 4).



Die überwiegend positive Einstellung wird auch durch die Zustimmung zu folgenden Aussagen untermauert (Werte 1 und 2 auf einer 5er-Skala): 60 % der Befragten antworten „Der Stadtumbau macht Grünau schöner“ (N=612) und 59 % der Befragten meinen „Nach dem Abriss sind schöne Freiflächen entstanden“ (N=626).

Dass weitere Wohnungen abgerissen werden müssen, glauben 46 % der Befragten. Ihre Begründung umfasst die Beseitigung des Leerstands, der Vandalismus und Kosten verursachen würde. Des Weiteren wird auf den Bevölkerungsverlust und die veränderten Bedürfnisse von Senioren verwiesen. Schließlich sollten unsanierte Wohnungen beseitigt und vorhandene durch Grundrissänderung zeitgemäß gestaltet werden.

54 % der Befragten sprechen sich gegen weiteren Abriss aus. Sie begründen es mit dem wachsenden Bedarf kostengünstiger Wohnungen und der Gefahr eines entsprechenden Wohnungsmangels. Darüber hinaus meinen viele, dass Grünau nunmehr ein attraktiver Wohnstandort sei und Zufriedenheit herrsche.

Über weitere Stadtumbaupläne für Grünau fühlt sich die Mehrheit der Befragten nicht gut informiert (57 %). Insbesondere bei den Bewohnern in den Wohnkomplexen 7 und 8, die dem Stadtumbaugürtel zugeordnet worden sind, liegt der Anteil derer, die sich nicht ausreichend informiert fühlen, erheblich darüber (63 % bzw. 69 %).

Drei Themen ragen heraus, falls in Zukunft weiterer Abriss erfolgen sollte: 1. eine nachvollziehbare Begründung, 2. keine Verschlechterung der Versorgungsmöglichkeiten und 3. eine ansprechende Freiflächengestaltung. Der von der Stadtplanung Leipzig präferierte Rückbau vom Rand in Richtung Zentrum ist für die Grünauer kein Thema. Vielmehr wird der Rückbau „von oben nach unten“ unterstützt.

Insgesamt kann festgestellt werden, dass die Akzeptanz des Stadtumbaus unter den Grünauern weitgehend vorhanden ist. Eine verlässliche und fortlaufende Informationsgebung ist die Grundlage für die weitere Anerkennung von Umgestaltungsmaßnahmen. Die positive Entwicklung Grünaus in den vergangenen Jahren wird mit dem sichtbaren Qualitätsgewinn durch den Stadtumbau in enge Verbindung gebracht.

Resümee

Die vorliegenden Untersuchungsergebnisse der neunten Erhebung im Rahmen der „Intervallstudie Grünau“ belegen, dass

- der Stadtteil von seinen Bewohnern angenommen worden ist, eine hohe Zufriedenheit und Verbundenheit herrscht und nicht mit einem weiteren massiven Einwohnerverlust gerechnet werden muss;
- die Sesshaftigkeit der Grünauer durch entsprechende Wohnangebote, die die neuen Bedürfnisse insbesondere im Zuge der Alterung respektieren, weiter gefestigt werden kann;
- der Stadtumbau seine Dramatik der vergangenen Jahre verloren hat und die Ergebnisse als Aufwertung des Stadtteils von den Grünauern anerkannt werden.

Und in der Mitte liegt ein Punkt

Christian Hanewinkel

Der Autor ist Mitarbeiter am Leibniz-Institut für Länderkunde (IfL) in Leipzig.

Die Redaktion

Mit gewisser Regelmäßigkeit werden in den Medien Berichte über geografische Mittelpunkte präsentiert. Anlässlich der letzten EU-Erweiterung (Bulgarien, Rumänien) stürzten sich die Medien beispielsweise auf die Information, dass laut dem Pariser „Institut Geographique National“ der neue EU-Mittelpunkt im hessischen Meerholz liegt. In der Fachzeitschrift „Kartographische Nachrichten“ erschien im Februar 2009 ein Bericht zu Mittelpunkten und Randlagen in Deutschland. Im Januar 2010 wurde in der Fernsehsendung „Kopfball“ die Frage „Wo ist die Mitte Deutschlands?“ gestellt. Anlass genug, diese Frage auch einmal für den Leipziger Raum zu beantworten.

Punktermittlung ein Balanceakt

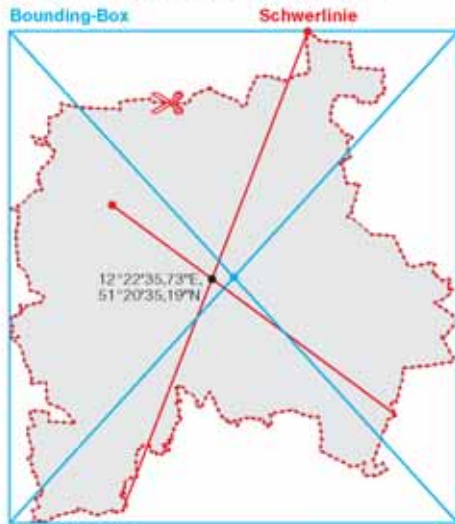
Im geografischen Sinn geht es bei der Ermittlung eines Mittelpunktes meistens um den Flächenschwerpunkt mit der Besonderheit, dass dieser im Extremfall sogar außerhalb der Fläche liegen kann. Die Ermittlung des Mittelpunktes kann rechnerisch, grafisch und händisch erfolgen. Je nach angewandter Methode kommen dabei mehr oder weniger exakte Ergebnisse heraus. Eher ungenau sind die beiden grafischen Verfahren „Bounding-Box“ (Schnittpunkt der Diagonalen des umgebenden Rechtecks) und „4-Punkt“ (Schnittpunkt der Verbindungen der extremsten Punkte in Nord-Süd- und Ost-West-Ausrichtung). Ungemein genauer aber sehr aufwändig geht es händisch mit Schere, Nadel und Faden zu. Dazu muss die Fläche exakt ausgeschnitten werden, um sie auf der Nadelspitze auszubalancieren oder mittels Faden das Lot zu fällen und so Schwerlinien zu erzeugen, deren Schnittpunkt dem Schwerpunkt entspricht. Vermeintlich noch genauer wird es, wenn der Schwerpunkt über die Formel für ein geschlossenes Polygon mit N Ecken berechnet wird. Zwar liefert dieses Verfahren einen genauen Wert, der aber in Abhängigkeit von der kartografischen Generalisierung (Anzahl der Eckpunkte) steht. Allen Methoden gemeinsam ist das Problem der genauen Definition der Fläche, für die der Mittelpunkt ermittelt werden soll. Während die Stadtfläche von Leipzig klar definiert ist, ist die Frage nach dem Mittelpunkt von Deutschland nicht ganz so eindeutig. Welche Fläche von Deutschland soll die Grundlage für die Ermittlung bilden? Das Festland (mit oder ohne Inseln), die Staatsgrenze, die sich im Meer an der 12-sm-Grenze orientiert, oder sollte sogar die Ausschließliche Wirtschaftszone in der Nordsee, der sogenannte Entenschnabel, mit eingerechnet werden? Unterschiedliche Methoden, verschiedene Flächen, so

reklamieren mindestens fünf Gemeinden den Mittelpunkt von Deutschland auf ihrem Territorium. Ein weiterer ergibt sich mit der Bearbeitung des Datensatzes „Verwaltungsgrenzen 250“ des Bundesamtes für Kartographie und Geodäsie. Als Fläche wurde das Staatsgebiet entsprechend der Staatsgrenze, der 12-sm-Grenze, der Exklaven in Belgien und der Schweiz sowie der Tiefwasserreele in der Nordsee gewählt, womit sich ein Punkt in der Gemeinde Anrode nördlich des Ortsteils Bickenrode im Unstrut-Hainich-Kreis berechnen lässt ($51^{\circ}15'28,83''N$, $10^{\circ}21'14,09''O$). Derselbe Datensatz liefert auch die Basis für die Berechnung des Mittelpunktes von Mitteldeutschland (Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen, $51^{\circ}13'16,30''N$, $12^{\circ}15'56,02''O$), der sich am Südwestufer des Wallendorfer Sees, östlich von Löpitz, in der Gemeinde Schkopau (Saalekreis) befindet. Für Leipzig liegt der unter Verwendung der Geometrie des Amtes für Geoinformation und Bodenordnung berechnete Flächenschwerpunkt in der Katharinenstraße, wenige Meter nördlich der Einmündung Böttchergäßchen ($51^{\circ}20'31,19''N$, $12^{\circ}22'35,73''O$). (Achtung: Bei Betrachtung der Koordinaten mit Google Earth kann die Einpassung des Luftbildes bis zu 200 m abweichen.)

Bevölkerungsschwerpunkt

Wenn auf jeder Flächeneinheit dieselbe Personenzahl lebte, wäre der Bevölkerungsschwerpunkt mit dem Flächenschwerpunkt identisch. Da die Bevölkerungszahl aber durch Umzüge, Geburt und Tod stetigem Wandel unterliegt, ist auch der Bevölkerungsschwerpunkt ein „wandernder Gesell“. Berechnet wird er als Mittelwert der Schwerpunkte möglichst kleiner Raumeinheiten, die über ihre jeweilige Bevölkerungszahl gewichtet werden. Für Mitteldeutschland ergibt sich so auf Gemeindebasis mit Bevölkerungsstand 31.12.2008 ein Punkt im Ortsteil Zitzschen der Gemeinde Zwenkau im Landkreis Leipzig. In Leipzig liegt der Bevölkerungsschwerpunkt auf Ortsteilbasis zum Stand 31.12.2009 auf dem Martin-Luther-Ring, Höhe Otto-Schill-Straße, 500 m südwestlich des Flächenschwerpunktes. In den letzten zehn Jahren hat er sich gut 100 m nach Osten verschoben, was hauptsächlich auf den hohen Bevölkerungsverlust in Grünau zurückzuführen ist. Der Einfluss der Ortsteile auf die Veränderung hängt von mehreren Größen ab: Anteil am Wanderungsvolumen, Anteil am jeweiligen Bestand, Entfernung vom Flächenschwerpunkt und Lage aller Veränderungen, denn wenn auf der anderen Seite das gleiche passiert ändert sich nichts. Wie bei einer Waage.

Methoden zur Ermittlung des Schwerpunkts am Beispiel der Fläche der Stadt Leipzig



- Flächenschwerpunkt (berechnet)
- Anfassungspunkt

© 2010 Kartograph: C. Hanewinkel
Kartografie: P. Muht

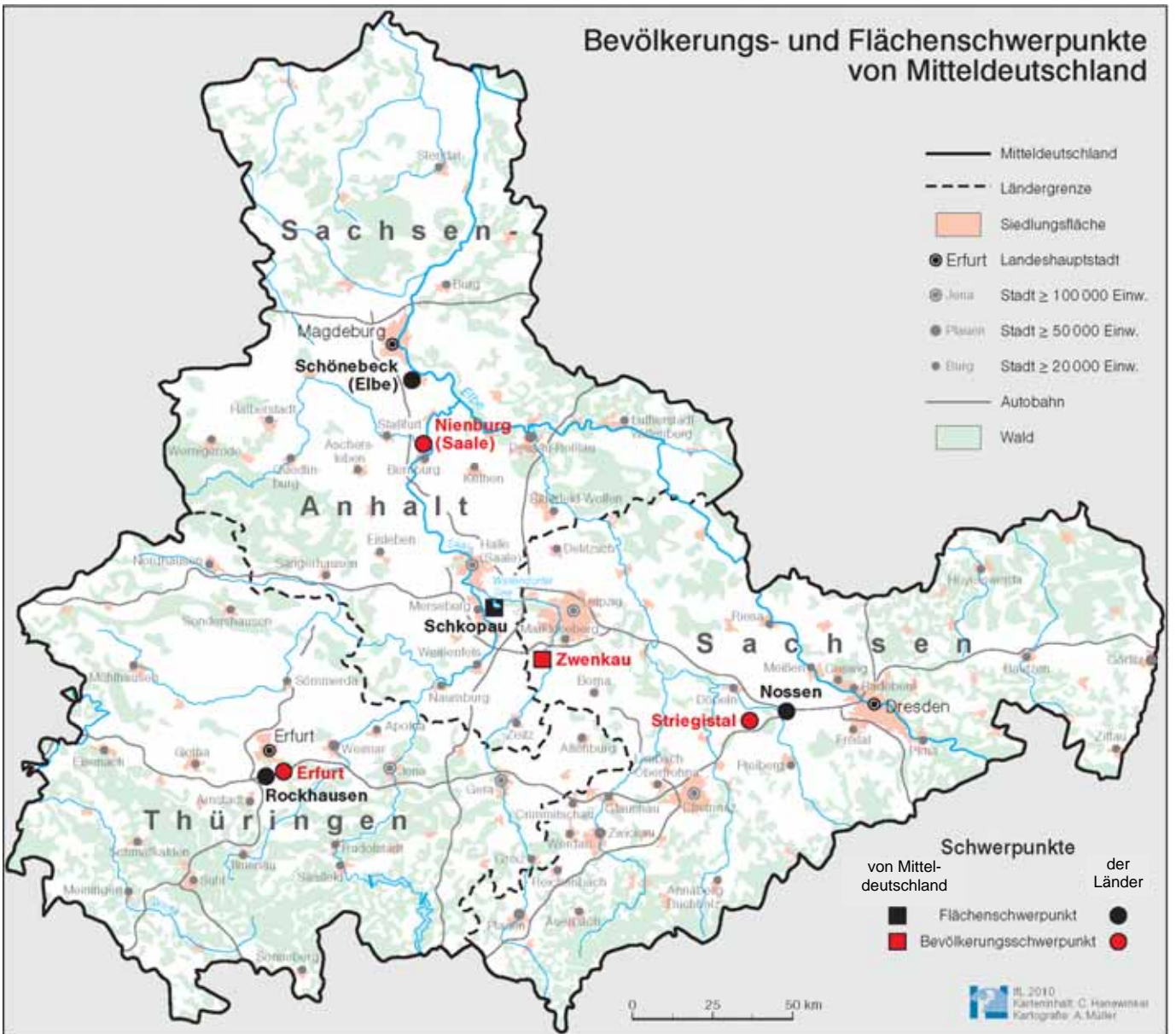
Bevölkerungs- und Flächenschwerpunkt von Leipzig



- Bevölkerungsschwerpunkt
- Flächenschwerpunkt

© 2010 Kartograph: C. Hanewinkel
Kartografie: A. Müller

Bevölkerungs- und Flächenschwerpunkte von Mitteldeutschland



- Mitteldeutschland
- - - Ländergrenze
- Siedlungsfläche
- Erfurt Landeshauptstadt
- Jena Stadt ≥ 100 000 Einw.
- Plauen Stadt ≥ 50 000 Einw.
- Burg Stadt ≥ 20 000 Einw.
- Autobahn
- Wald

- Schwerpunkte
- | | |
|---------------------------|---------------------------|
| ■ von Mitteldeutschland | ● der Länder |
| ■ Flächenschwerpunkt | ● Flächenschwerpunkt |
| ■ Bevölkerungsschwerpunkt | ● Bevölkerungsschwerpunkt |

© 2010 Kartograph: C. Hanewinkel
Kartografie: A. Müller

Die Wirtschaftskraft Leipzigs im Städtevergleich

Joachim Ragnitz

Der Autor Dr. Joachim Ragnitz ist stellvertretender Geschäftsführer des ifo Institut für Wirtschaftsforschung e. V., Niederlassung Dresden. Die Redaktion.

Die Stadt Leipzig gehört mit Berlin und Dresden von der Einwohnerzahl her zu den bedeutendsten Städten Ostdeutschlands. Immerhin leben hier über 500 000 Einwohner; die nächstgrößeren ostdeutschen Städte Chemnitz, Halle und Magdeburg sind jeweils nur rund halb so groß. Da große Städte typischerweise auch Zentren wirtschaftlicher Aktivität darstellen, stellt sich die Frage, wie die Stadt Leipzig mit Blick auf Indikatoren der wirtschaftlichen Leistungskraft im Vergleich zu anderen Standorten in Ost- aber auch in Westdeutschland einzuordnen ist.

Zunächst wird untersucht, wie sich Leipzig im Vergleich zu anderen Städten in Ostdeutschland bislang hat positionieren können. Einbezogen werden dabei alle kreisfreien Städte unabhängig von ihrer Größe. Dies bedeutet zwar eine gewisse Verzerrung, da Städte wie Suhl oder Eisenach mit weniger als 50 000 Einwohnern sicherlich kaum vergleichbar sind mit der Stadt Leipzig mit über 500 000 Einwohnern; für die Zwecke dieser Untersuchung kann diese Unschärfe aber hingenommen werden. Kreisangehörige Städte können hingegen aufgrund mangelnder Datenverfügbarkeit nicht einbezogen werden. Auch Berlin bleibt wegen seines besonderen Status (unklare Zuordnung zu West- oder Ostdeutschland) unberücksichtigt.

Gemessen am Bruttoinlandsprodukt (BIP) je Einwohner oder je Erwerbstätigen (zwei gängigen Indikatoren wirtschaftlicher Leistungskraft) befindet sich Leipzig knapp unterhalb des Durchschnitts aller einbezogenen ostdeutschen Städte (siehe Tabelle 1). Angesichts der Größe Leipzigs – typischerweise wird angenommen, dass es einen engen Zusammenhang zwischen Einwohnerzahl und wirtschaftlicher Leistungsfähigkeit gibt – ist dies ein unerwartetes Ergebnis. Vielmehr liegen bei diesen Indikatoren vor allem solche Städte an der Spitze, die sich als Standorte von leistungsfähigen (Groß)Unternehmen haben profilieren können, wie Jena (optoelektronische Industrie), Wismar oder Rostock (Schiffbau). Aber auch die ostdeutschen Landeshauptstädte, die von den hohen Einkommen der öffentlichen Bediensteten profitieren können, weisen eine höhere Wirtschaftskraft auf als Leipzig.

Noch ungünstiger steht Leipzig bezüglich der Arbeitsmarktsituation da: Nicht nur die Zahl der verfügbaren Arbeitsplätze (gemessen an der Zahl der Einwohner im erwerbsfähigen Alter) liegt unterhalb des Durchschnittsniveaus der Vergleichsstädte, auch die Arbeitslosenquote liegt deutlich darüber. Dennoch weist Leipzig eine

vergleichsweise hohe Attraktivität für Zuwanderer auf (siehe Tabelle 2). Der (positive) Wanderungssaldo ist relativ zur Bevölkerung etwa viermal so hoch wie im Schnitt aller einbezogenen Städte – insbesondere auch in der Gruppe der erwerbsfähigen Bevölkerung sind hohe positive Wanderungssalden zu verzeichnen. Ganz offenkundig finden in Leipzig eher Arbeitskräfte von anderswo eine Beschäftigung als die angestammte Bevölkerung selbst.

Im Großen und Ganzen ist die geringe Wirtschaftskraft Leipzigs auch im Vergleich der übrigen ostdeutschen Städte doch eher enttäuschend – vor allem auch deshalb, weil Städten auch die Funktion eines „Wachstumspols“ für das nähere und weitere Umland zukommt. Nach diesen theoretisch fundierten Überlegungen sollte sich die Kernstadt auf anspruchsvollere (unternehmens- und haushaltsnahe) Dienstleistungen einerseits und wertschöpfungsintensive industrielle Produktionen andererseits konzentrieren und auf diese Weise nicht nur Arbeitsplätze, sondern auch Vorleistungen für die Peripherie bereitstellen; diese wiederum sollte neben der Bereitstellung von Standorten für flächenintensive, oftmals auch standardisierte Produktionen vor allem Wohn- und Erholungsfunktionen für das Zentrum erfüllen. Gerade dieses Muster ist aber in Ostdeutschland transformationsbedingt kaum gegeben, denn neu ansiedelnde Unternehmen haben aus Gründen der Flächenverfügbarkeit und der Infrastruktur-anbindung häufig Standorte im Umland der Städte gewählt. Dies spiegelt sich beispielsweise darin wider, dass beispielsweise der Landkreis Leipzig (also das südliche und östliche Umland) ein höheres Produktivitätsniveau erreicht als die Kernstadt selbst. Ein ähnliches Muster findet sich auch im Umfeld anderer ostdeutscher Großstädte.

Von Interesse ist darüber hinaus aber auch, wie die wirtschaftliche Situation in Leipzig im Vergleich zu westdeutschen Städten ähnlicher Größe einzuschätzen ist. Für den Vergleich werden dabei zehn kreisfreie Städte mit einer Einwohnerzahl zwischen 350 000 und 650 000 Personen herangezogen (Frankfurt a.M., Stuttgart, Dortmund, Essen, Düsseldorf, Bremen, Bochum, Wuppertal, Nürnberg, Duisburg). Hannover als eine weitere Stadt mit ähnlicher Einwohnerzahl muss unberücksichtigt bleiben, weil die verwendete INKAR-Datenbank nur Angaben für Landkreise und kreisfreie Städte enthält, sodass nur Daten für den Landkreis Hannover insgesamt zur Verfügung stehen.

Aus anderen Untersuchungen ist bekannt, dass die ostdeutschen Agglomerationszentren hinsichtlich der genannten Konvergenzindikatoren (Bruttoinlandsprodukt je Einwohner und Bruttoinlandsprodukt je Erwerbstätigen) weniger günstig dastehen als nur leicht verstädterte Räume oder auch der ländliche Raum; im Jahr 2006 betrug der Abstand gegenüber vergleichbaren Regionen in Westdeutschland für die ostdeutschen Agglomerationszentren rund 32 % (BIP je Einwohner) bzw. 25 % (BIP je Erwerbstätigen), während es bei verstädterten Räumen nur 25 % bzw. 18 % und im ländlichen Raum 30 % bzw. 19 % waren. Im direkten Vergleich Leipzigs mit den zehn einbezogenen Großstädten Westdeutschlands fällt der Abstand jedoch noch größer aus – das Bruttoinlandsprodukt je Einwohner liegt in Leipzig nur bei 57 % des Vergleichswertes, beim Bruttoinlandsprodukt je Erwerbstätigen wird auch nur ein Wert von 65 % erreicht (Angaben für 2007). Offenkundig ist es also Leipzig bislang nicht gelungen, in der Wirtschaftskraft auch nur annähernd an westdeutsche Vergleichswerte aufzuschließen.

Zuzugestehen ist, dass der Durchschnitt der einbezogenen westdeutschen Städte stark beeinflusst ist durch leistungsfähige Agglomerationszentren wie Frankfurt, Stuttgart oder Düsseldorf. Aber auch gemessen an nordrhein-westfälischen Städten wie Dortmund, Duisburg oder Wuppertal ist der Abstand des BIP je Erwerbstätigen mit rund einem Viertel nach wie vor sehr hoch. Da Leipzig von seinem Anspruch her wohl eher nicht mit den Ruhrgebietsstädten verglichen werden will, stellt sich somit die Frage, weshalb eine bessere Positionierung im interregionalen Städtevergleich bislang nicht erreicht werden konnte.

Eine erste Antwort ergibt sich bei Betrachtung des Arbeitsmarktes in Leipzig: Die Zahl der Erwerbstätigen je 100 Einwohner im erwerbsfähigen Alter liegt hier beinahe um ein Fünftel niedriger als in den Vergleichsstädten. Bei ungefähr gleichem Anteil der erwerbsfähigen Bevölkerung bedeutet dies, dass es bislang nicht in ausreichendem Maße gelungen ist, Unternehmen in Leipzig anzusiedeln. Dementsprechend gering fällt dann aber auch das BIP je Einwohner aus.

Allerdings erklärt dies nicht das geringe Produktivitätsniveau. Hier gelten zunächst die üblichen Argumente – ein hoher Anteil an kleinen Unternehmen mit nur geringen Möglichkeiten, größenbedingte Kostenvorteile zu verwirklichen; das weitgehende Fehlen von Unternehmenszentralen mit entsprechend gut dotierten Arbeitsplätzen; ein geringer Anteil von Forschung und Entwicklung in den ansässigen Unternehmen. Hinzu kommt aber auch die Wirtschaftsstruktur in der Stadt. Insbesondere die Industrie – die typischerweise ein überdurchschnittlich hohes

Produktivitätsniveau aufweist - ist weniger stark vertreten als in den westdeutschen Großstädten. Hinzu kommt, dass im Dienstleistungssektor die wertschöpfungsintensiven unternehmensnahen Dienste eher schwach vertreten sind. Und da all dies dazu führt, dass auch die Einkommen gering bleiben, bleiben auch die Produktivitätswerte bei den haushaltsorientierten Wirtschaftszweigen (insbesondere im Handel und im Gastgewerbe) hinter westdeutschen Werten zurück.

Dies alles lässt sich so interpretieren, dass es Leipzig bislang nicht geschafft hat, sich im Standortwettbewerb mit anderen Städten ähnlicher Größe hinreichend zu positionieren. Ein wesentlicher Grund hierfür liegt in den Nachwirkungen des Transformationsprozesses: Vorhandene Industrieunternehmen sind im Zuge der Treuhandprivatisierungen geschlossen worden oder zumindest stark geschrumpft, die Strategie, sich als Medien- oder Messestandort zu etablieren, scheiterte an der Vormachtstellung etablierter Standorte in Westdeutschland. Das mittlerweile verfolgte Ziel, sich als Logistikstandort zu behaupten, scheint zwar eher erfolgversprechend, erlaubt aber kaum ein hohes Produktivitätsniveau, weil hier vielfach doch eher wenig wertschöpfungsintensive Arbeitsplätze entstanden sind. Und schließlich sind auch die Versuche, sich als Standort „neuer“ Branchen beispielsweise im Bereich der Umwelttechnologien oder der Biotechnologie zu etablieren, bislang nur ansatzweise von Erfolg gekrönt. Insoweit bedarf es auch künftig großer Anstrengungen insbesondere der Wirtschaftsförderung und des Stadtmarketings, die Vorteile Leipzigs noch besser im internationalen Ansiedlungswettbewerb zur Geltung zu bringen.

Die Standortgegebenheiten sprechen dabei durchaus für Leipzig: Eine im regionalen Kontext überdurchschnittlich gute Verkehrsanbindung (Flughafen, Autobahnen, Schienenverkehr); die Lage zwischen den bestehenden Wirtschaftszentren Westeuropas und den aufstrebenden Märkten der osteuropäischen Staaten; ein im Städtevergleich hohes Qualifikationsniveau der verfügbaren Arbeitskräfte; das Vorhandensein einer leistungsfähigen Forschungsinfrastruktur. Gegenüber vielen der in diesen Städtevergleich einbezogenen Regionen sind das nicht zu unterschätzende Vorteile, die es zumindest möglich, wenn nicht gar wahrscheinlich erscheinen lassen, dass Leipzig auf mittlere Sicht Städte wie Duisburg oder Wuppertal ein- und überholen kann. Bis allerdings Städte wie Frankfurt oder Stuttgart erreicht werden können, die sich mit spezifischen Spezialisierungen an die Weltspitze in ihren jeweiligen Bereichen herangearbeitet haben, wird sicherlich noch viel Zeit vergehen.

Tab. 1: Indikatoren wirtschaftlicher Leistungsfähigkeit für Leipzig und westdeutsche Großstädte im Vergleich (Stand: 2007, monatliches Haushaltseinkommen für 2006)

	Einwohner in 1 000	BIP je Einwohner in Euro	BIP je Er- werbstätigen in Euro	Haushalts- einkommen in Euro	Arbeits- losenquote in %	Erwerbs- tätigenquote in %
Leipzig	508,0	26 695	47 018	1 211	19,0	82,2
Frankfurt am Main	655,3	77 818	84 358	1 527	10,9	129,7
Stuttgart	595,8	60 046	76 574	1 817	7,3	113,5
Dortmund	587,2	30 314	60 742	1 407	15,8	75,1
Essen	582,8	35 983	67 757	1 539	14,9	79,5
Düsseldorf	579,1	68 300	83 374	1 842	11,9	119,0
Bremen	547,6	42 125	70 904	1 784	12,7	87,9
Bochum	382,3	30 967	63 981	1 466	12,6	71,8
Wuppertal	357,4	28 464	61 150	1 653	13,7	70,4
Nürnberg	501,4	45 184	61 498	1 534	11,1	107,9
Duisburg	497,8	28 789	64 650	1 312	15,5	67,4
westdeutsche Städte ^e	528,7	46 751	72 365	1 593	12,0	100,4
ostdeutsche Städte ^e	132,0	27 863	47 338	1 233	16,1	84,5
Neue Bundesländer gesamt ^e	x	21 294	48 924	1 231	16,8	63,5

Quelle: INKAR-Datenbank; VGR der Länder; eigene Berechnungen.

Tab. 2: Strukturdaten für Leipzig und westdeutsche Großstädte im Vergleich (Stand: 2006/2007)

Anteil an den sozialversicherungspflichtigen Beschäftigten insgesamt				
Stadt	jüngere Beschäftigte	ältere Beschäftigte	gering qualifizierte Beschäftigte	hoch qualifizierte Beschäftigte
Leipzig	23,6	12,6	26,7	16,7
Frankfurt am Main	21,1	11,0	34,6	17,3
Stuttgart	22,0	12,4	26,2	20,7
Dortmund	21,4	11,5	32,9	10,7
Essen	21,3	12,5	32,8	12,3
Düsseldorf	20,5	11,8	33,3	15,3
Bremen	19,6	13,7	32,3	11,9
Bochum	21,1	11,8	33,1	9,1
Wuppertal	19,6	13,3	34,2	8,8
Nürnberg	23,6	11,8	30,4	12,1
Duisburg	20,3	12,6	34,1	8,2
westdeutsche Städte ^e	21,2	12,1	32,2	13,9
ostdeutsche Städte ^e	23,5	13,5	24,5	14,9
Neue Bundesländer gesamt ^e	21,7	13,2	26,3	11,2

Ausgewählte Quoten

Stadt	Industrie- quote ^a	Dienst- leistungs- quote ^a	FuE- Beschäftigte ^b	Wanderungs- saldo ^c	Pendler- saldo ^d
Leipzig	9,9	47,8	2,6	9,0	224,8
Frankfurt am Main	12,2	90,4	11,7	5,3	530,3
Stuttgart	22,1	60,4	51,7	4,6	427,0
Dortmund	9,8	38,9	5,1	1,9	113,1
Essen	11,8	43,2	6,0	2,3	198,0
Düsseldorf	15,5	71,4	8,9	7,1	441,1
Bremen	17,3	46,9	9,7	1,8	300,1
Bochum	13,3	34,9	10,5	-1,9	94,8
Wuppertal	16,4	31,4	22,5	-2,2	31,8
Nürnberg	19,4	57,9	14,3	6,0	369,9
Duisburg	15,7	31,7	7,2	-1,8	52,9
westdeutsche Städte ^e	15,5	57,6	16,0	2,7	319,8
ostdeutsche Städte ^e	11,3	51,5	7,3	1,9	214,7
Neue Bundesländer gesamt ^e	12,0	32,7	5,7	-2,6	-67,1

Quelle: INKAR-Datenbank

^a Anteil an der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter. ^b je 1 000 SV-pflichtig Beschäftigte. ^c je 1 000 Einwohner. ^d Anteil an den sozialversicherungspflichtigen Beschäftigten insgesamt. ^e Durchschnitt der kreisfreien Städte, gewichtet mit der Einwohner- bzw. Erwerbstätigenzahl

Leipzig ein Mekka der „Renaissance der Städte“?

Klaus J. Beckmann

Der Autor Prof. Dr. Klaus J. Beckmann ist Wissenschaftlicher Direktor und Geschäftsführer der Deutsches Institut für Urbanistik GmbH (Difu). Die Redaktion

Das Deutsche Institut für Urbanistik (Difu) beschäftigt sich als größtes deutsches Stadtforschungsinstitut seit nahezu vier Jahrzehnten mit den Entwicklungschancen der Städte, dort insbesondere der Innenstädte und der Stadtteilzentren aber auch der Bedeutung und Rolle von integrierten Stadtentwicklungskonzepten. Dabei haben in den letzten 20 Jahren Probleme und Aufgaben der ostdeutschen Städte mit Stadterneuerung und Stadtbau eine besondere Beachtung gefunden.

Positive Wanderungssalden – Indiz für die Renaissance?

In der lange Jahre ausschließlich dominierenden Befundlage des Abwanderns eines Teils der Bevölkerung – insbesondere der finanzstärkeren Bevölkerung in der Haushalts- beziehungsweise Familienbildungsphase – in das engere und weitere Umland hat das Deutsche Institut für Urbanistik die Frage nach der „Renaissance der Städte“ gestellt (Brühl u. a., 2005). Um erste schwache Spuren einer möglichen Trendwende von der Suburbanisierung zu einem verstärkten Verbleiben in der Stadt (Re-Urbanisierung) – nicht einmal zu einem Rückkehren in die Stadt – aufspüren zu können, wurden erste orientierende Untersuchungen für Leipzig und München durchgeführt. Leipzig und München wurden als Städte vermutet, in denen aufgrund der Stadtqualitäten am ehesten sowohl unter den Bedingungen ostdeutscher schrumpfender Städte als auch für den Typus westdeutscher prosperierender und wachsender Städte derartige „Befundspuren“ identifiziert werden könnten. Dazu wurden in Leipzig Bürger aus dem Stadtteil Schleußig zu Wohnungs- und Wohnstandortwünschen befragt. Die Bleibewünsche der Befragten dominierten eindeutig, wenn auch unter den relativierenden Bedingungen eines Angebots erwünschter Wohnformen wie zum Beispiel Einfamilienhausformen mit privaten Freiräumen und einer Bezahlbarkeit für die Familien und Haushalte. Leipzig als Vorzeigestadt einer gebremsten Suburbanisierung?

Diese sicherlich zuerst einmal schwache Befundlage konnte in einer weiteren vom Difu durchgeführten Nachfolgeuntersuchung „Stadtpolitik und das neue Wohnen in der Innenstadt“ für sieben weitere Städte (unter anderem Köln, Braunschweig, Dresden, Schwäbisch-Hall, Wetzlar; Brühl, 2009) ebenso bestätigt werden wie durch die Untersuchung „Akteure, Beweggründe, Triebkräfte der Suburbanisierung. Motive des

Wegzugs - Einfluss der Verkehrsinfrastruktur auf Ansiedlungs- und Mobilitätsverhalten“ (Beckmann u. a. 2007)

Was ist nun daraus geworden?

Zum einen hat es für diese vermuteten Tendenzen eine verstärkte fachpolitische und fachplanerische Stützung gegeben – sei es durch die Leipzig-Charta 2007 der europäischen Städtebauminister mit einer Fokussierung auf eine integrierte Stadtentwicklung (auch durch Einsatz integrierter Stadtentwicklungskonzepte) und auf besonders benachteiligte Quartiere, sei es durch das Bund-Länder-Programm „Stadtbau Ost“ mit Strategien zum Rückbau von leer stehenden Wohnungsbeständen und zur Aufwertung von zentralen Bereichen der Plattenbausiedlungen und vor allem der Innenstädte und wertvollen Altbauquartiere. Bei den dem Programm zugrunde liegenden Empfehlungen der Lehmann-Grube-Kommission (Kommission 2000) haben sicherlich auch gerade Leipziger Gegebenheiten und Erfahrungen Pate gestanden. Zum anderen zeigen bundesweite Untersuchungen diese Befunde (noch?) nicht bestätigt.

Leipzig hat jedoch seit einigen Jahren einen positiven Wanderungssaldo – ist also durch Zuwanderung eine wieder wachsende Stadt. Dabei dominieren bei den Zuwanderern erwartungsgemäß die 18- bis 25-/30-Jährigen, die zur Berufsausbildung oder zum Studium wie auch zur Aufnahme erster qualifizierter Arbeitsplätze in die Städte (insbesondere in die Großstädte) ziehen. Das, was sich zu verändern scheint, ist eine Abschwächung der Fortzüge der 30- bis 45-Jährigen in das suburbane Umland. Ein größerer Teil der Haushalte versucht infolge der Wertschätzung der städtischen Wohnstandorte mit ihren Infrastrukturangeboten Stadtbürger zu bleiben, wenn sie erst einmal Stadtbürger geworden sind.

Die Stadtqualitäten mit Arbeitsplätzen, mit differenzierten Versorgungs-, Dienstleistungs- und Freizeitangeboten, mit Infrastruktureinrichtungen für Kinder- und Jugendliche scheinen verstärkt eine „bindende Wirkung“ zu haben. Hinzu kommt gerade in ostdeutschen Städten die Situation entspannter Wohnungsmärkte, bei denen im Stadtgebiet erweiterte – auch finanzierbare – Wahloptionen bei der Realisierung der Wohnungsnachfrage gegeben sind. Dies betrifft nur teilweise die im Umland nachgefragten freistehenden Einfamilien-, Reihen- oder Doppelhäuser. Es betrifft vor allem Nutzungsangebote, die im Zusammenhang mit der Programmumsetzung „Stadtbau

Ost“, „Stadterneuerung“ neue attraktive Marktsegmente darstellen können.

Strategische Handlungsansätze

Im Rahmen der Erfahrungsauswertung des Programms „Soziale Stadt“, dessen Transferstelle beim Difu angesiedelt ist, wie auch im Rahmen des Evaluationsvorhabens „Stadtumbau Ost“, das vom Difu und dem Institut für Stadtforschung und Strukturpolitik (IfS) bearbeitet wurde, zeigt sich, dass mit den Aufwertungsmaßnahmen speziell in gründerzeitlichen Bestandsquartieren auch neue Angebote im Wohnungsbau entstehen können: Stadthausbebauung in Baulücken, verdichteter Einfamilienhausbau auf größeren gewerblichen Brachflächen beziehungsweise auf Abrissflächen des mehrgeschossigen industriellen Wohnungsbaus, der „Platte“, oder auch neue Wohnungsangebote wie beispielsweise Lofts in leer stehenden Gewerbebauten.

Besondere bundesweite Beachtung – wie auch Nachahmung – hat dabei auch die in Leipzig entstandene Grundidee der „Wächterhäuser“ gefunden, die dem „kooperativen“ Erhalt und der „kooperativen“ Modernisierung erhaltenswerter Einzelgebäude, Baublockkanten und Straßenecken insbesondere der Gründerzeit dient. Dieses Element der durch die Stadt Leipzig abgesicherten Kooperation zwischen Hauseigentümern, die ihre Gebäude derzeit nicht modernisieren können oder wollen, und Mietern, die eine Erhaltung und (Teil-)Modernisierung der Häuser übernehmen, dafür aber für einen vereinbarten Zeitraum „mietfrei“ wohnen können, ist ein innovatives Element der Stadtsanierung beziehungsweise des Stadtumbaus, das über die Stadt Leipzig hinaus beispielgebende Wirkungen entfaltet hat.

Zum Teil korrespondieren die neuen Angebote mit neuen Organisations-, Eigentums- und Finanzierungsmodellen von Wohnprojekten wie den sogenannten Baugruppen. Dazu hat das Difu seine aus bundesweiten Ansätzen, vor allem aber auch aus einem Vorbereitungsprojekt eines Anstoß- und Förderprogramms der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung Berlin resultierenden Erfahrungen eingebracht und in Veranstaltungen in Leipzig zur Diskussion gestellt.

Es ist nicht unbegründet zu vermuten, dass Leipzig einen verlässlichen Rahmen für derartige Aktivitäten aber auch für damit im Zusammenhang stehende Wohnstandortentscheidungen von Bürgern durch die umfassenden und kontinuierlich aktualisierten beziehungsweise fortgeschriebenen Bausteine zur strategischen Stadtentwicklung – im erweiterten Sinn durch umfassende „integrierte Stadtentwicklungskonzepte“ - schafft. Dies ist Voraussetzung für grundsätzliche Standort- und Investitionsentscheidungen von Einzelpersonen, Haushalten, Familien, Wohngruppen aber auch von großen und kleinen Unternehmen. Unter den

Bedingungen instabiler wirtschaftlicher Rahmenbedingungen sowie veränderter demografischer Gegebenheiten werden damit im möglichen Maß Verlässlichkeit und Kalkulierbarkeit gesichert.

Fazit

Leipzig ist in begrenztem Umfang ein Beispiel für die „Renaissance der Städte“ als Wohnstandorte. Da der Einwohnerzuwachs überwiegend von der Altersgruppe der 15- bis 30-Jährigen getragen ist, besteht die Gefahr des „Umkippens“ des positiven Gesamtwanderungssaldos, da die Besetzung dieser Altersgruppe mittelfristig abnimmt. Umso mehr wird es darauf ankommen, durch geeignete Wohnungsangebote und qualitätsreiche Wohnumfeldgestaltung, vor allem aber auch durch quantitativ und qualitativ attraktive Arbeitsplatzangebote, die Menschen, die dieser Altersgruppe „entwachsen“, an die Stadt zu binden. Das „Image“ der Stadt Leipzig als weltoffen und als eine der Boom-Regionen Ostdeutschlands kann dabei flankierend wirken.

Dies setzt vor allem aber auch weiterhin „kreative“ Lösungen im Bereich von Stadtentwicklung, Stadterneuerung und Stadtumbau und deren strategische Einordnung in zukunftsbezogene Stadtentwicklungskonzepte voraus.

Literatur:

- Beckmann, Klaus J.; Blotevogel, Hans Heinrich; Driessen, Kathrin; Münter, Angelika; Witte, Andreas: „Akteure, Beweggründe, Triebkräfte der Suburbanisierung. Motive des Wegzugs – Einfluss der Verkehrsinfrastruktur auf Ansiedlungs- und Mobilitätsverhalten“, Projekt des Forschungsprogramms „Stadtverkehr“ des Bundesministeriums für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung (BMVBS) betreut durch das Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung (BBR), BBR-Online-Publikation Nr. 21/2007.
- Brühl, Hasso; Echter, Claus-Peter; Frölich von Bodelschwingh, Franciska; Jekel, Gregor: „Wohnen in der Innenstadt - eine Renaissance?“ Difu-Beiträge zur Stadtforschung Bd. 41, Berlin 2005.
- Heinemann, Johannes: „Wer zieht aus Leipzig weg und warum?“ In: Stadt Leipzig, Amt für Statistik und Wahlen, Statistischer Quartalsbericht 4/2009.
- Brühl, Hasso; Echter, Claus-Peter; Frölich von Bodelschwingh, Franciska; Jekel, Gregor: „Stadtpolitik und das neue Wohnen in der Innenstadt“, edition Difu Bd. 8, Berlin 2009.
- Jekel, Gregor, „Stadtumbau, Innenstadtwohnen und die jüngsten Entwicklungen im Wohnungsbau“ unveröffentlichter Vortrag, Leipzig 2009.
- Kommission; Bundesministerium für Verkehr, Bau und Wohnungswesen (Hrsg., 2000); „Wohnungswirtschaftlicher Strukturwandel in den neuen Bundesländern“, Bericht der Kommission, Berlin
- Sturm, Gabriele; Meyer, Katrin: „Wohnen in der Innenstadt“ In: Stadt Leipzig, Amt für Statistik und Wahlen, Statistischer Quartalsbericht 4/2008.

Wohnflächenreserven im Leipziger Umland

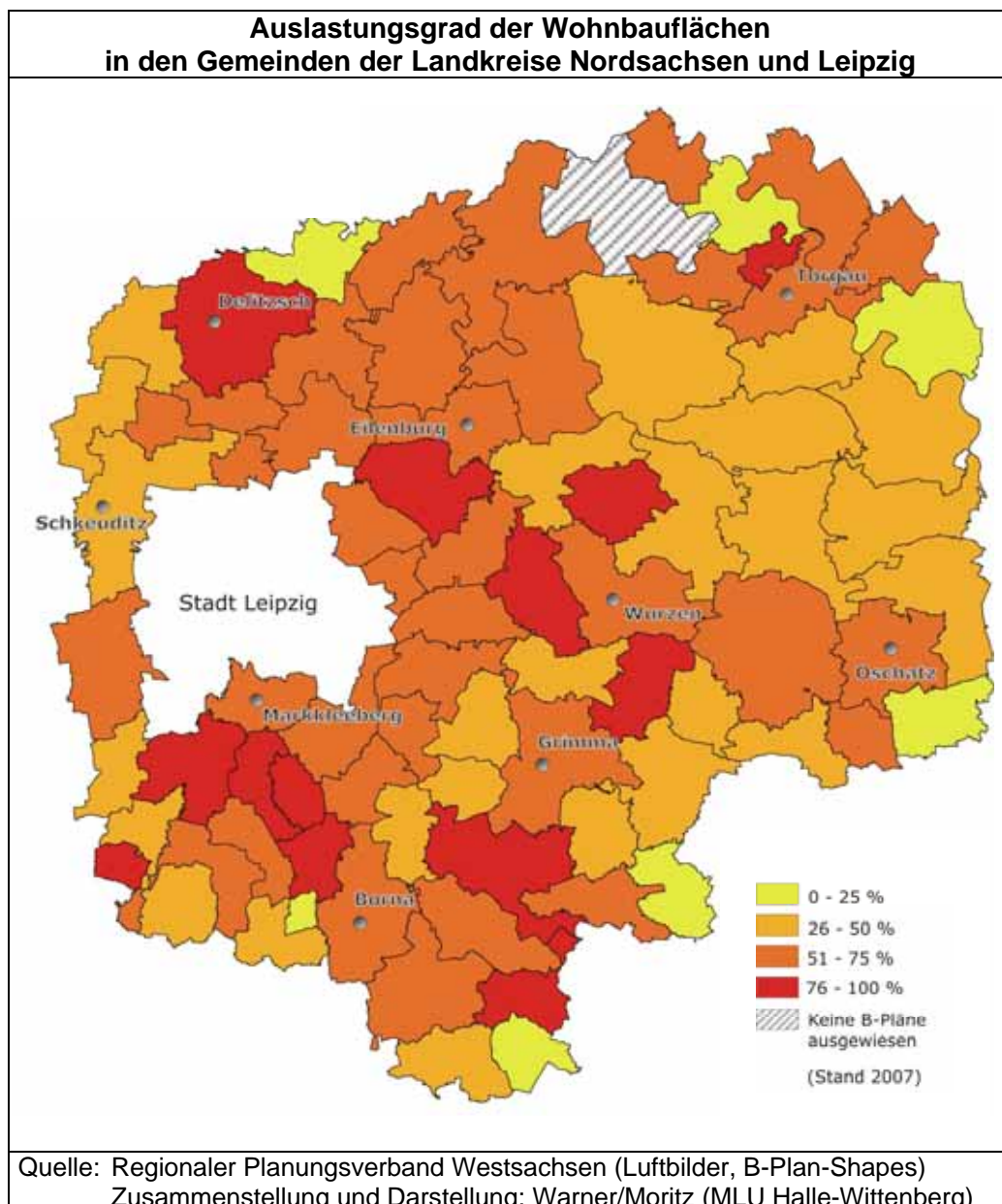
Klaus Friedrich

Prof. Dr. Klaus Friedrich ist Inhaber der Professur für Sozialgeographie an der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg. Der Beitrag basiert auf Ergebnissen, die im Rahmen des vom Bundesministerium für Bildung und Forschung geförderten Projektes REFINA-KoReMi entstanden sind. Die Redaktion

Problemstellung

In der mitteldeutschen Kernregion mit den Oberzentren Leipzig und Halle konzentrieren sich hohe Anteile von Bevölkerung und Wirtschaftsleistung der neuen Bundesländer. In diesem bipolaren Verdichtungsraum bestehen einerseits enge funktionale Verflechtungen, andererseits haben die beiden Zentren eigene Pendlereinzugsbereiche ausgebildet. Innerhalb zweier Dekaden seit der Wiedervereinigung hat sich die Zahl der hier lebenden Menschen um circa 10 % verringert. Allerdings verläuft die demografische Entwicklung intraregional keineswegs einheitlich und widerspricht damit der verbreiteten Wahrnehmung genereller demografischer Regression. Während die Einwohnerrückgänge Leipzigs deutlich unter dem Regionswert liegen, sind die Verluste in Halle mehr als doppelt so hoch. Gewinner sind vor allem die im Gefolge der ungezügelter Gewerbe- und Wohnsuburbanisierung zwischen 1993 und 1998 rapide gewachsenen Umlandgemeinden beider Oberzentren sowie diejenigen Gemeinden auf der Entwicklungsachse Halle-Leipzig.

Im Jahr 2009 hatten Kübler & Warner an dieser Stelle ausführlich über das interdisziplinäre Verbundprojekt KoReMi der Universitäten Halle und Leipzig zur nachhaltigen Flächenentwicklung in der Kernregion Mitteldeutschland vor dem



Hintergrund demografischer Schrumpfung berichtet. Der Fokus ihres Beitrags lag auf der Analyse der raumstrukturellen und demografischen Rahmenbedingungen, dem Ausmaß aktuellen Flächenausweisungen sowie den Handlungsoptionen der betroffenen Kommunen.

In diesem Beitrag wird am Beispiel der Gemeinden im engeren und weiteren Umland von Leipzig der Frage nachgegangen, ob und wo Flächenreserven im Wohnbausektor vorhanden sind und welche Konsequenzen sich daraus für die künftigen kommunalen Entwicklungspfade im Untersuchungsgebiet ergeben.

Bilanzierung kommunaler Wohnbauflächenreserven im Untersuchungsgebiet

Nach der Wiedervereinigung waren um das Oberzentrum Leipzig - wie in vielen Teilen Ostdeutschlands - zahlreiche Industrie- und Gewerbegebiete funktionslos geworden sowie Gebäude und Flächenareale brach gefallen. Zusätzlich wurden im Zuge der in den frühen 1990er Jahren einsetzenden Gewerbe- und Wohnsuburbanisierung massiv Gewerbe-, Einzelhandels- und Wohngebiete neu ausgewiesen. Entsprachen diese anfangs noch durchaus dem bestehenden Nachfragedruck, prägen inzwischen angesichts insgesamt sinkender Bevölkerungszahlen, hoher Wohnungsleerstände und ökonomischer Stagnation vielerorts unausgelastete Wohngebiete das Landschaftsbild. Nachfolgend wird am Beispiel des Untersuchungsgebietes der Frage nachgegangen, inwieweit Flächenreserven im Wohnbausektor tatsächlich vorhanden sind, wie sich diese intraregional verteilen und welche Gemeindetypen davon besonders betroffen sind. Diese Bilanzierung ist von besonderer Wichtigkeit, weil bislang Daten zur Auslastung nicht gemeindscharf vorliegen, diese Informationen jedoch angesichts der bestehenden kommunalen Planungsautonomie wichtige Ansatzpunkte für ein kooperatives Flächenmanagement sind.

Zur Bilanzierung der kommunalen Flächenreserven im Untersuchungsraum wurde im Sommer 2007 und 2008 die tatsächliche Überbauung aller als B-Plan ausgewiesenen Wohnbauflächen im Rahmen zweier studentischer Praktika erfasst. Als empirische Grundlage diente die Auswertung von B-Plan-Shapes und Luftbildern der Planungsregion Westsachsen. Anschließend wurde in den Gemeinden, deren Wohngebiete nicht zu 100 % ausgelastet waren, der Auslastungsgrad vor Ort nachkartiert. Außerdem wurde festgehalten, inwieweit sich die Wohngebiete innerhalb beziehungsweise im Anschluss an den bereits bebauten Ortsbereich (integriert) bzw. außerhalb dieses Bereiches befinden (nicht integriert). Denn je nach Lage im Siedlungsgefüge wurden im Projekt KoReMi unterschiedliche ortsteilbezogene Handlungsempfehlungen erarbeitet (Geyler et al. 2010).

Die gemeindscharfe Analyse der Auslastung der nach Bebauungsplänen ausgewiesenen Wohnbauflächen bestätigt - bei lokaler Unterschiedlichkeit - ein generelles Überangebot an Wohnbauflächen (siehe Abbildung). Deutlich erkennbar ist die Tendenz einer zunehmenden Unterauslastung mit steigender Entfernung zum Oberzentrum (beispielsweise im peripheren ländlichen Raum des ehemaligen Kreises Torgau-Oschatz im Osten des Untersuchungsgebietes).

Die weitere Unterscheidung der Wohnflächenauslastung nach integrierter und nicht integrierter

Lage verdeutlicht, dass grundsätzlich die außerhalb der Ortskerne beziehungsweise ohne Anbindung an die bebauten Ortslagen liegenden Areale geringer ausgelastet sind als die integrierten. Demnach liegen hier weitaus größere Rückbau- oder Umnutzungspotenziale vor als innerorts. Dieses Muster bestätigt sich auch in der generalisierten Betrachtung nach Gebietskörperschaften (siehe Tabelle) hinsichtlich eines generellen Kern-Rand-Gradienten der Auslastung der zentrennahen Wohnareale mit Bevorzugung der Suburbanisierungsgebiete um Leipzig (Altkreise Leipziger Land und Delitzsch).

Auslastung ausgewiesener B-Plan-Wohnflächen in den Altkreisen des Untersuchungsgebietes		
Gebietszuschnitt *	Auslastung integriert	Auslastung nicht integriert
Kreis Delitzsch	70 %	42 %
Kreis Leipziger Land	78 %	37 %
Muldentalkreis	66 %	36 %
Kreis Torgau-Oschatz	65 %	24 %
Quelle: Lehrstuhl für Sozialgeographie (eigene Erhebungen, Datengrundlage: Regionale Planungsgemeinschaft Westsachsen 2007).		

* die Kreise Leipziger Land und Muldentalkreis wurden am 01.08.2008 zum Kreis Leipzig, die Kreise Delitzsch und Torgau-Oschatz zum Kreis Nordsachsen zusammengelegt.

Kommunale und regionale Handlungsperspektiven

Greifen wir die Eingangsfrage auf, ob die reichlichen Wohnflächenreserven in den Gemeinden für die künftige Entwicklung des Leipziger Umlandes eher als Potenziale oder als Bürde zu sehen sind. Je nach politischer Zuständigkeit und Interessenlage fallen die Antworten hierauf zunächst unterschiedlich aus. So wird die bundesweit nach wie vor immense Neuausweisung von Flächen von täglich circa 120 ha aus Sicht der Nachhaltigkeitsstrategie der Bundesregierung (2008) mit Unbehagen registriert. Trotz zwischenzeitlich leichter Abschwächung ist keine Trendwende in Richtung des Ziels erkennbar, bis 2020 die Neuausweisung auf 30 ha pro Tag zu verringern. Wurde der Flächenverbrauch bislang weitgehend mit Erfordernissen des Wachstums begründet, ist diese Argumentation angesichts kumulativer Schrumpfungsprozesse kaum mehr schlüssig.

Aus Sicht der unmittelbar betroffenen Gemeinden zeichnet sich nach den Befunden einer schriftlichen Befragung zu den Handlungsperspektiven für ein nachhaltiges Flächenmanagement sowie aus Ortsbegehungen und persönlichen Gesprächen mit kommunalen Akteuren ein eher ambivalentes Interpretationsmuster ab. Einerseits werden nicht ausgelastete Wohngebiete als Folge rückgängiger Flächennachfrage aufgrund des demografischen Wandels und ökonomischer

Schwierigkeiten zunehmend als Kostenverursacher registriert. Andererseits zeigt sich, dass auffällig viele Gemeinden, die explizit von Nachfragerückgang im Wohnsektor ausgehen, dennoch Bauflächen entwickeln wollen. Offensichtlich wird damit die Sinnhaftigkeit und Notwendigkeit eines nachhaltigen Flächenmanagements keineswegs von allen Planungsverantwortlichen vor Ort gesehen. Flächensparen zum Beispiel durch kooperative Entwicklung von Wohnbauflächen ist offensichtlich „sperrig“ zu vermitteln und nach unseren Erfahrungen - anders als bei Gewerbeflächen - schon aufgrund von unzureichend entwickelten Ausgleichskonzepten schwierig umzusetzen. Auch die Möglichkeit, ausgewiesene Wohnbaugebiete aus dem Baurecht zurückzunehmen, wird aufgrund vermeintlicher juristischer Unwägbarkeiten bislang nur selten in Erwägung gezogen (Gawron 2010).

Angesichts der erkennbaren Diskrepanz zwischen bundesweiten Erwartungen und nur zögerlicher Realisierung eines nachhaltigen Flächenmanagements ist aus Sicht der Beteiligten am KoReMi-Verbundprojekt die regionale Steuerung räumlicher Entwicklungen unverzichtbar. Unter dem Vorzeichen kumulativer Schrumpfungstendenzen gehen die kommunalen Einnahmen drastisch zurück. Gleichzeitig steigt die Unterauslastung infrastruktureller Einrichtungen. Entsprechende Versuche gemeinsamer Lösungen und ein Verzicht auf eigene flächenzehrende Investitionen erfordern allerdings neue Formen eines interkommunalen Lastenausgleichs. Angesichts knapper werdender Transferleistungen in ostdeutsche Regionen und im Diskurs über einen zielgerechteren Mitteleinsatz regionaler Wirtschaftspolitik zugunsten sich herausbildender Wachstumskerne ist es unumgänglich, dass sich die betroffenen Gebietskörperschaften und Kommunen bei Flächenausweisungen nicht mehr einen ruinösen Wettbewerb liefern, sondern durch Kooperationen die Ressourcen bündeln. Unser Plädoyer, regionale und interkommunale Kooperation in der Kernregion Mitteldeutschland stärker als Chance wahrzunehmen, wächst aus der Überzeugung, dass dies den einzelnen Kommunen in finanzieller und ökologischer Perspektive nutzt und die dabei gewonnenen Erfahrungen bundesweit als Vorbild und „Exportmodell“ für ein nachhaltiges Flächenmanagement in den künftig von demographischer Schrumpfung ebenfalls betroffenen Gebieten Westdeutschlands dienen können.

Literatur

- Bundesregierung (Hrsg.): Fortschrittsbericht 2008 zur nationalen Nachhaltigkeitsstrategie. Für ein nachhaltiges Deutschland. Berlin.

- Dosch, F. & G. Beckmann (2002): Trends der Siedlungsflächen- und Baulandentwicklung im suburbanen Raum – Einordnung des Mittelzentrums Schkeuditz und der Region Leipzig. In: Moser, P. und K. Thiele (Hrsg.): Entwicklung kleinerer und mittlerer Zentren im suburbanen Raum. UFZ-Bericht 5.
- Friedrich, K. (2005): Siedlungsstruktureller und sozioökonomischer Wandel in der mitteldeutschen Kernregion Halle-Leipzig. In: Geographische Rundschau 57; H. 7-8.
- Friedrich, K. & A. Schultz (2007): Abwanderungsregion Mitteldeutschland. Demographischer Wandel im Fokus von Migration, Humankapitalverlust und Rückwanderung. In: Geographische Rundschau 59, H. 7.
- Friedrich, K. (2009): Auslastungsgrade ausgewiesener Wohnbauflächen in der Kernregion Mitteldeutschland – konzeptioneller Ansatz für ein nachhaltiges Flächenmanagement in schrumpfenden Regionen? In: Köppen, B.; U. Molter & I. Scherm (Hrsg.): Geographie kennt keine Grenzen. Universitätsverlag Chemnitz.
- Gawron, T. (2010): Strategiewechsel bei Baurechten – Rücknahme, Befristung, Zwischennutzung (Arbeitstitel). Schriftenreihe des Forschungsverbundes KoReMi Bd. 10. Leipzig.
- Geyler, S. et al (2010): Handlungsempfehlungen für eine Reduzierung der kommunalen Flächen(neu)inanspruchnahme in der Praxis. Schriftenreihe des Forschungsverbundes KoReMi Bd. 09. Leipzig.
- Herfert, G. (2002): Disurbanisierung und Reurbanisierung – Polariserte Raumentwicklung in der ostdeutschen Schrumpflandschaft. In: Raumforschung und Raumordnung, H. 5/6.
- Kranepuhl, S. (2009): Möglichkeiten und Grenzen länderübergreifender Kooperationen im Raum Halle-Leipzig. In: Ringel, J., K. Friedrich, R. Holländer, W. Kühn & Th. Lenk (Hrsg.) = Schriftenreihe des Forschungsverbundes KoReMi Bd. 3; Leipzig.
- Kübler, A. & B. Warner (2009): Nachhaltige Flächenentwicklung in der Kernregion Mitteldeutschland vor dem Hintergrund demographischer Schrumpfung. In: Stadt Leipzig, Amt für Statistik und Wahlen (Hrsg.): Statistischer Quartalsbericht 3/2009.
- Warner, B. (2007): Räumliche Merkmale der Bevölkerungsentwicklung. In: Ringel, J., K. Friedrich, R. Holländer, W. Kühn & Th. Lenk (Hrsg.): Die Kernregion Mitteldeutschland - ein erster Überblick. Bevölkerung, Finanzen, Infrastrukturen, Raumstruktur und Wirtschaft. = Schriftenreihe des Forschungsverbundes KoReMi Bd. 1; 21-38. Leipzig.

Gestattungsvereinbarungen: Zwischennutzungsform urbaner Brachen

Dagmar Haase, Emily D. Lorance

Prof. Dr. Dagmar Haase und Emily D. Lorance arbeiten an der Humboldt-Universität Berlin und am Leipziger Helmholtz-Zentrum für Umweltforschung – UFZ. Die Redaktion

Vor allem in alt-industrialisierten Gebieten Europas und den USA verlieren Städte an Bevölkerung. Sie schrumpfen. Besonders dramatisch schrumpften die Städte Ostdeutschlands nach der Wende 1990 als Folge von Deindustrialisierung und arbeitsmarktbedingtem Wegzug. Leerstände und Abriss waren die Folge (Lüdtke-Daldrup prägte 2001 den Leitbegriff der „perforierten Stadt“).

Um dem Schrumpfen der Stadt etwas entgegenzusetzen, startete die Stadt Leipzig im Jahr 1999 eine Reihe von Revitalisierungsprojekten. Eines davon war das der „Gestattungsvereinbarungen“, eine Form der Zwischennutzung von Brachen bei bestehendem Baurecht. Im Zuge dieser Zwischennutzungen entstanden viele neue Grünflächen in vormalig eng bebauten Gründerzeitvierteln im Leipziger Osten und Westen.

10 Jahre nach der Einführung der Gestattungsvereinbarungen darf man fragen: Wie erfolgreich war diese Interventionsstrategie bisher? Es gibt Bestandsaufnahmen. Eine umfangreichere Nachhaltigkeitsbewertung erfolgte bisher noch nicht.

Das war das Ziel der hier vorgestellten Studie. Im Kontext der Leipziger Nachhaltigkeitsstrategie wurden eine Indikatorenbasierte Kartierung sowie eine Nutzerbefragung vor Ort realisiert, um ausgewählte Standorte der Gestattungsvereinbarung in Bezug auf ihre soziale und ökologische Qualität und die Strategie auf ihre Nachhaltigkeit zu prüfen.

Die umfangreichen Ergebnisse bieten einen Überblick über die vielen Qualitäten und auch die Schwächen der Zwischennutzungen. Ausgewählte Teilergebnisse werden im Folgenden vorgestellt.

Warum Zwischennutzungen?

Die sichtbaren Folgen urbaner Schrumpfung sind mittlerweile gut bekannt: ungenutzte leere Wohngebäude, leere Geschäfte, brachgefallene Industrie- und Gewerbestandorte, Abriss. Hinzu kommen eine Nichtauslastung sozialer und Verkehrsinfrastruktur und teilweise vernachlässigte Grünflächen. Schrumpfende Städte zeichnen sich vor allem auch durch innerstädtische Brachen aus.

Leipzig wurde vor einigen Jahren als „die Hauptstadt der Leerstände“ bezeichnet. Vor allem die dramatische Situation von über 50 000 leeren Wohnungen und über 2 000 Baulücken Ende der 1990er Jahre trug dazu bei, dass sich die Stadtplanung den Phänomenen Schrumpfung und Perforation verstärkt zuwendete. Leipzig sollte grüner, weniger dicht und individueller werden – ungeahnte Potenziale der bis dato ausschließlich negativ diskutierten Schrumpfung.

In diesem Zusammenhang wurde die Gestattungsvereinbarung als eine Form der urbanen

Zwischennutzung ins Leben gerufen. Sicher wird Leipzig nicht all seine 2 000 Brachen zwischennutzen können, aber sie können ein Gegengewicht zu den teilweise flächigen Abrissen im Rahmen des „Stadtumbau Ost“ darstellen.

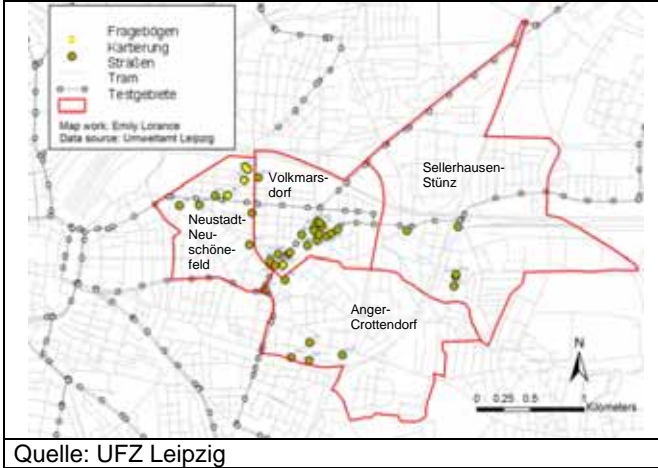
Leerstände und Brachen gehören zu weniger beliebten Orten in der Stadt; viele Bewohner stehen den räumlichen Konsequenzen der Schrumpfung negativ gegenüber. Da sich über 80 % der leeren Häuser in Privateigentum befinden und über 90 % der Besitzer keine Leipziger sind (und daher weniger Interesse für die lokale Entwicklung haben), wird sich die Stadt noch lange mit erheblichem Leerstand und einer großen Zahl von Brachflächen befassen müssen. Die Möglichkeiten der Intervention sind daher begrenzt.

Die Gestattungsvereinbarung

Als eine innovative Form der Nutzung von innerstädtischen Abriss- und Brachflächen bei gleichzeitig unangetasteten Eigentumsverhältnissen wurde 1999 die Gestattungsvereinbarung ins Leben gerufen. Sie gestattet als eine Art informelles Planungs- und Steuerungsinstrument die vorübergehende Nutzung privater Flächen durch die Öffentlichkeit bei bestehendem Baurecht. So können zeitlich begrenzte Grünflächen geschaffen, die Umgebung aufgewertet und die Kohäsion der von Schrumpfung, Leerstand und Abriss betroffenen Ortsteile erhalten werden. Sie hat auch für die Eigentümer der Flächen Vorteile: Beräumung und Entwicklung der Flächen werden kommunal gefördert, Grundsteuer wird während der Gestattungsvereinbarung erlassen, Pflegekosten des Standortes zur Vertragszeit (Müllbeseitigung, Grünflächenpflege) übernimmt teilweise die Kommune.

Derzeit hat Leipzig 134 Gestattungsvereinbarungen für 235 Flächen mit einer Gesamtfläche von 165 905 m². Verglichen mit der Gesamtfläche urbaner Brachen in Leipzig von 7 Mio. m² (1 942 Flächen, Stadt Leipzig, 2006) erscheint diese Fläche gering, aber dadurch, dass sie sich auf die Standorte der Zwischennutzung in besonders von Leerstand und Abriss betroffenen innerstädtischen Gebieten – den Inneren Osten (Abbildung 1) und Westen – konzentriert, wird die Intervention durchaus sichtbar. Die durchschnittliche Dauer der Gestattungsvereinbarung liegt bei 8 Jahren. Allerdings wurde inzwischen eine Mindestnutzungsdauer von 10 Jahren durch den Freistaat Sachsen angewiesen, um die Zwischennutzung nachhaltiger zu machen. Das Interesse an der Maßnahme ist weiterhin ungebrochen, zumal bestehende Gestattungsvereinbarungen aufgrund fehlender Baunachfrage oft verlängert werden.

Abb. 1: Lage der Untersuchungsgebiete



Ziele der Studie

In diesem Sinne wurden die Zwischennutzungsflächen zu einem längerfristigen Element städtischer Flächennutzung und Grünstruktur. Es lohnt sich die Fragen zu stellen: Welche soziale und ökologische Qualität besitzen die Flächen der Gestattungsvereinbarung? Kann man diese messen? Wie nachhaltig ist die mit ihnen verbundene Strategie? Was sind Stärken und Schwächen der Gestattungsvereinbarung als Planungsinstrument? Damit befasst sich die Studie am Beispiel des Leipziger Ostens (Abbildung 1).

Integrative Nachhaltigkeitsbewertung

Zur Beantwortung dieser Fragen wurde ein innovatives, mehrteiliges Untersuchungsdesign angewandt: eine eher quantitative Methode der Indikatorenkartierung bzw. -messung wurde ergänzt um eine semiquantitative Nutzerbefragung auf den Flächen der Gestattungsvereinbarung sowie um qualitative Experteninterviews. So wurde die „messbare“ soziale und Umweltqualität der Flächen mit der Wahrnehmung durch die eigentlichen Nutzer verbunden. Die Interviews bildeten die Basis für Indikatorenauswahl und Fragebogenerstellung.

Indikatoren

Zur Bestimmung der Nachhaltigkeit von Flächennutzungen und deren „Umweltqualitäten“ werden seit vielen Jahren Indikatoren erfolgreich eingesetzt. Angelehnt an ein Auswahlverfahren nach Coombes und Wong, die Nachhaltigkeitsstrategie Leipzigs und die Ziele der Gestattungsvereinbarung zu sichern, wurde das in Abbildung 2 dargestellte Indikatorenbündel entwickelt, welches den drei Säulen der Nachhaltigkeit ebenso Rechnung trägt wie die quantitativen und qualitativen Aspekte der urbanen Flächennutzung.

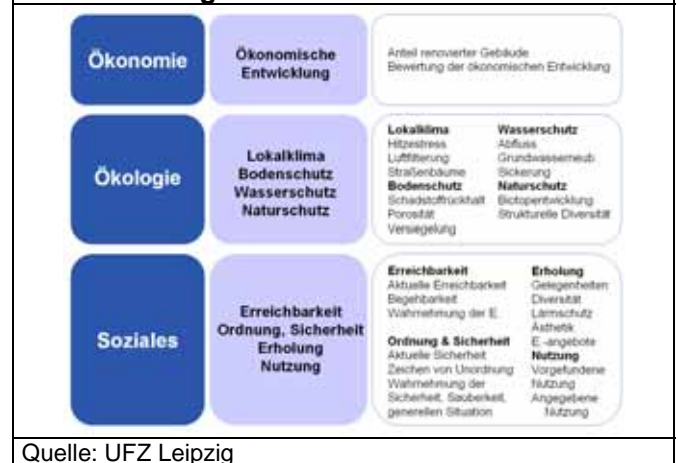
Die Auswahl der Indikatoren stützt sich dabei auf Erfahrungen von Brachflächenbewertungen aus anderen Städten in Europa und macht die Studie national und international vergleichbar.

Interviews

Zur Information über Ziele, Aufgaben und gegenwärtigen Stand der Maßnahme wurden

Experteninterviews mit dem Amt für Stadterneuerung und Wohnungsbauförderung sowie dem Amt für Umweltschutz durchgeführt.

Abb. 2: Indikatorenauswahl für die drei Säulen der Nachhaltigkeit



Quelle: UFZ Leipzig

Kartierung

Die Kartierung und Bewertung der ökologischen und sozialen Qualität der Zwischennutzungen erfolgte unter Nutzung oben genannter Indikatoren, welche mittels eines entsprechenden Kataloges und der den Indikatoren zugeordneten Zustandsstufen realisiert wurden. Dabei spielten vor allem der Zustand der Flächen (Versiegelung, Grünanteil, Pflanzenvielfalt, Müll, Bänke etc.) und deren Erreichbarkeit (ÖPNV-Anschluss, Zugänglichkeit, Fußwege) eine große Rolle. Auch Sicherheit und Vandalismus wurden aufgenommen. Zu Vergleichszwecken wurden nahe Brachen ohne Zwischennutzung, bewaldete Flächen sowie rezente Abrissflächen ebenso kartiert und bewertet. Zudem wurde eine Beobachtung der Nutzeraktivitäten auf den Flächen durchgeführt. Insgesamt wurden 40 Standorte untersucht.

Nutzerbefragung

Die Nutzerbefragung mittels Fragebogen wurde an insgesamt 6 der 40 Standorte durchgeführt. Dabei wurde darauf geachtet, dass ein möglichst repräsentatives Spektrum im Hinblick auf Alter, Geschlecht und Nationalität einbezogen wurde. Gefragt wurde nach der Einschätzung des Zustandes der Flächen und der eigenen Nutzung.

SWOT-Analyse

Um die vielen Daten der Erhebung am Ende zusammenzufassen und eine für die Stadtplanung wertvolle Gesamtbewertung abgeben zu können, wurde die SWOT-Analyse (Strengths, Weaknesses, Opportunities, Threats – Stärken, Schwächen, Chancen, Gefahren) angewandt.

Die Messung

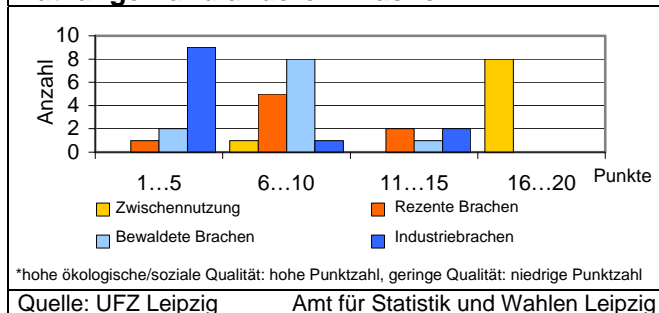
Die Ergebnisse der Kartierung des ökologischen Zustandes der Zwischennutzungsflächen im Vergleich mit rezenten Brachen, Industriebrachen und bewaldeten Brachen sind überblicksartig in Abbildung 3 dargestellt. Die Flächen der Gestattungsvereinbarung erreichen hohe

Punktzahlen, also eine gute Bewertung. Alle 6 Standorte, welche 18 und mehr von 21 Punkten erzielten, sind Zwischennutzungen.

Die Flächen mit der höchsten Bewertung sind grün, baumbestanden, mit klar erkennbaren Eingängen und Wegen. Sie eignen sich zum Verweilen (Bänke, Müllentsorgung, Sauberkeit) sowie zur Erholung (Grün). Weniger gut schneiden sie betreffs ihrer ökologischen Diversität und Klimaregulation (Schattenspende, Schadstofffilterung) ab. Im Kontrast dazu zeichnen sich die Standorte mit der geringsten Punktzahl (2 bis 4 von 21 Punkten) durch hohe Versiegelungsraten aus – es sind vor allem die Industriebrachen, die zu Vergleichszwecken kartiert wurden. Rezente Abrissflächen zeigen mittlere Bewertungen. Die kartierten bewaldeten Brachen besitzen große ökologische Potenziale hinsichtlich Biodiversität und Klimaregulation, wurden aber in punkto Sicherheit, Zugänglichkeit und Vermüllung schlecht bewertet.

Betrachtet man die sozialen Indikatoren, so werden die Flächen der Gestattungsvereinbarung deutlich besser bewertet als alle anderen Brachen: Nur zwei Indikatoren wurden für die anderen Flächen höher bewertet: strukturelle Diversität und Lärmschutz. Im Beobachtungszeitraum wurden insgesamt über 1 000 Personen auf den Flächen angetroffen, von denen ca. 40 % zwischen 40 und 60, ein Viertel zwischen 19 und 39 Jahre und weitere 15 % über 60 Jahre waren. 10 % der beobachteten Nutzer waren Teenager. Letztere nutzen die Flächen vor allem als Abkürzung oder als Schulweg. Von den Nutzern waren weit über die Hälfte (64 %) männlich, 36 % weiblich. Erstaunlich war, dass trotz des hohen Ausländeranteils im Leipziger Osten die Nutzer der Zwischennutzungsflächen zu über 90 % deutscher Nationalität sind.

Abb. 3: Indikatorenbewertung von Zwischennutzungen und anderen Brachen*



Literatur

Arlt, G., Lehmann, I. (2005). Ökologische Flächenleistungen - methodische Grundlagen: Analyse und Bewertung teilstädtischer Gebiete in Dresden. Dresden: Leibniz-Institut für ökologische Raumentwicklung e.V. (IÖR).

Blumner, N. (2006). Planning for the Unplanned: Tools and Techniques for Interim Use in Germany and the United States. German Institute of Urban Affairs Occasional Papers series. German Institute of Urban Affairs, Berlin.

Chiesura, A. (2004). The role of urban parks for the sustainable city. Landscape and Urban Planning.

Coles, R., Caserio, M. (2001). Social Criteria for the Evaluation and Development of Urban Green Spaces. URGE-Development

of Urban Green Spaces to Improve the Quality of Life in Cities and urban Regions. Project Deliverable 7.

Coley, R. L., Sullivan, W. C., Kuo, F. E. (1997). Where Does Community Grow?: The Social Context Created by Nature in Urban Public Housing. Environment and Behavior.

Coombes, M., & Wong, C. (1994). Methodological steps in the development of multi-variate indexes for urban and regional policy analysis. Environment and Planning.

Fahy, F., Ó Cinnéide, M. (2008). Developing and testing an operational framework for assessing quality of life. Environmental Impact Assessment Review.

Fjoertoft, I., Sageie, J. (2000). The natural environment as a playground for children: Landscape description and analyses of a natural playscape. Landscape and Urban Planning.

Freeman, C. (1999). Development of a simple method for site survey and assessment in urban areas. Landscape and Urban Planning.

Gebhard, U. (1994). Kind und Natur: Die Bedeutung der Natur für die psychische Entwicklung. VS Verlag.

Gstach, D. (2007). Temporary open spaces as incubator for social integration. Presented at the 45th International Making Cities Livable Conference, Portland, OR, June 10-14, 2007, Portland, OR.

Haase, D. (2008). Urban ecology of shrinking cities: an unrecognised opportunity? Nature and Culture.

Hart, R. (1979). Children's Experience of Place. New York: Irvington Publishers.

Heck, A., Will, H. (2007). Interim Use: Opportunity for New Open-Space Quality in the Inner City – The Example of Leipzig. German Journal of Urban Studies.

Heck, A. (2007). Leipziger Osten - Gestattungsvereinbarungen: Qualitätssicherung bei Zwischennutzungen. Stadt Leipzig, Amt für Stadterneuerung und Wohnungsbauförderung.

Herbst, H., Herbst, V. (2006). The development of an evaluation method using a geographic information system to determine the importance of wasteland sites as urban wildlife areas. Landscape and Urban Planning.

Jessen, J. (2006). Urban Renewal - A Look Back to the Future. The Importance of Models in Renewing Urban Planning. German Journal of Urban Studies.

Lorance, E.D., Haase, D. 2010. Creative Intervention in a Dynamic City: a Sustainability Assessment of an Interim Use Strategy for Brownfields in Leipzig, Germany. Landscape and Urban Planning.

Lütke-Daldrup, E. (2001). Die perforierte Stadt. Eine Versuchsanordnung. Stadtbauwelt.

Millward, A., & Mostyn, B. (1988). People and Nature in Cities: The Social Aspects of Planning and Managing Natural Parks in Urban Areas. Urban Wildlife. Peterborough: Nature Conservancy Council.

Oswalt, P., Rieniets, T. (2005). Atlas of Shrinking Cities. Hatje Cantz: Ostfildern.

Ravetz, J. (2000). City Region 2020. Integrated Planning for a Sustainable Environment. Earthscan, London.

Rink, D. (2005). Surrogate Nature or Wilderness? Social Perceptions and Notions of Nature in an Urban Context. In I. Kowarik & S. Körner (Eds.), Wild Urban Woodlands: New Perspectives for Urban Forestry.

Schetke, S., Haase, D. (2008). Multi-criteria assessment of socio-environmental aspects in shrinking cities. Experiences from eastern Germany. Environmental Impact Assessment Review.

Seeland, K., Dübendorfer, S., & Hansmann, R. (2009). Making friends in Zurich's urban forests and parks: The role of public green space for social inclusion of youths from different cultures. Forest Policy and Economics.

Stadt Leipzig. (2002). Lücken in der Stadt: Interimslösungen durch Zwischennutzung von Baulücken in Stadterneuerungsgebieten. Stadt Leipzig, Amt für Stadterneuerung und Wohnungsbauförderung.

Van Herzele, A., & Wiedemann, T. (2003). A monitoring tool for the provision of accessible and attractive urban green spaces. Landscape and Urban Planning.

Ward-Thompson, C. (2002). Urban open space in the 21st century. Landscape and Urban Planning.

Wiest, K., Zischner, R. (2006). Upgrading Old Housing Areas in East German Inner Cities – Processes and Development Paths in Leipzig. German Journal of Urban Studies

Regionalisierung von Wohnen und Arbeiten

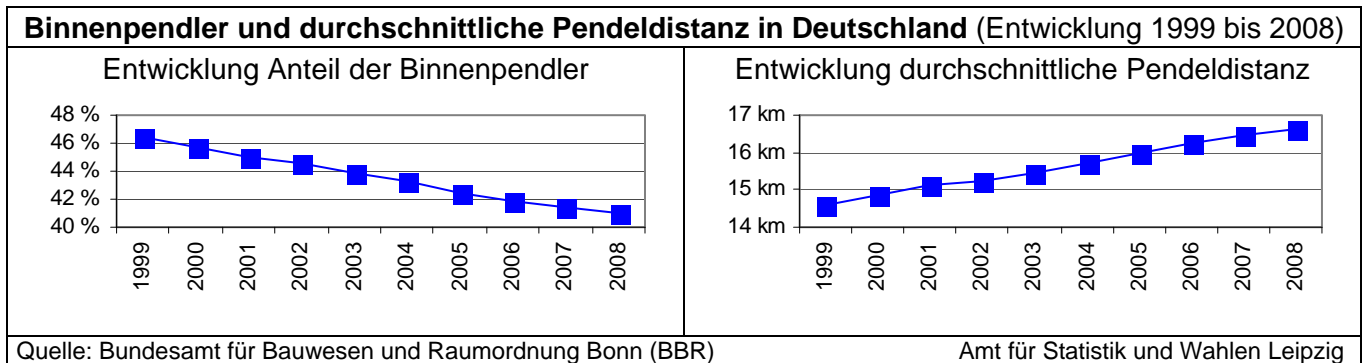
Thomas Pütz

Der Autor ist Mitarbeiter des Bundesamtes für Bauwesen und Raumordnung Bonn (BBR). Die Redaktion

Dieser Beitrag beschäftigt sich erneut mit den Pendlerverflechtungen in Deutschland und insbesondere im Raum Leipzig. Grundlage dafür ist die Meldestatistik der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten, die vom Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung in der Bundesagentur für Arbeit bereitgestellt wird.

Die Entwicklung der Pendlerverflechtungen ist weiterhin geprägt durch eine zunehmende Mobilität der Arbeitnehmer, um einen Arbeitsplatz zu erreichen. Dies ist jedoch nicht allein auf eine Arbeitsplatzkonzentration in den ökonomisch prosperierenden Zentren zurückzuführen. Oberzentren sind trotz Abwanderung von Betrieben und Suburbanisierung von Handel und Gewerbe zwar weiterhin die wichtigsten Arbeitsplatzzentren, weshalb die größten Pendlerströme nach wie vor auf

sie ausgerichtet sind. Spezifisch jedoch für die aktuellen Entwicklungen auf dem Arbeitsmarkt und speziell für die Pendelverflechtungen ist einerseits eine weiterhin starke Tendenz der Abnahme der Binnenpendler, das heißt Wohnen und Arbeiten finden immer seltener innerhalb einer Gemeinde statt. Und dieser Trend ist auch oder gerade in den größeren Zentren festzustellen. Andererseits ist die Entwicklung auch geprägt durch immer weiter steigende Pendeldistanzen. Beides lässt sich an der Entwicklung bundesweiter Eckdaten verdeutlichen: Der Anteil der Binnenpendler an allen sozialversicherungspflichtig Beschäftigten nahm bundesweit von 46,4 % im Jahre 1999 kontinuierlich auf nun nur noch 41,0 % im Jahre 2008 ab. Im selben Zeitraum stieg die durchschnittliche Pendeldistanz stetig von 14,6 km auf 16,6 km an.



Diese Entwicklungstendenzen sind zwar bundesweit festzustellen, unterscheiden sich aber in ihrer Dynamik regional sehr stark. So befindet sich die durchschnittliche Pendeldistanz in den hochverdichteten Räumen der alten Bundesländer nach wie vor auf einem niedrigen Niveau und ist zudem verbunden mit einer geringen Zunahme. Lediglich in den äußeren suburbanen Gürteln großer Agglomerationszentren wie München, Frankfurt und Hamburg sind überdurchschnittliche Pendeldistanzen zu verzeichnen. In den neuen Bundesländern ist ein deutliches Nordost-Südwest-Gefälle zu beobachten. Es sind vor allem die dünnbesiedelten Räume in großen Teilen Mecklenburg-Vorpommerns, Brandenburgs und der Altmark, die überdurchschnittliche Pendeldistanzen aufweisen und in denen auch die Zunahme der Pendeldistanzen am stärksten ausgeprägt ist. Hier trifft die Annahme, dass sich die Auspendlerströme aus schwachen Arbeitsmärkten hin zu den großen Arbeitsmarktzentren weiter intensivieren, am ehesten zu. Das westliche Mecklenburg-Vorpommern stellt dabei eine besondere räumliche Kombination dar, da hier der äußere suburbane Gürtel großer westdeutscher Agglomerationszentren in einen dünn be-

siedelten Raum der neuen Bundesländer hineinreicht. Dies führt in diesem Raum zu durchschnittlichen Pendeldistanzen von zum Teil über 30 km.

Solche großräumigen Strukturen und Unterschiede sind in Bezug auf die Binnenpendler nur schwer erkennbar, da hier Arbeitsmarktzentren mit hohen Binnenpendler- und auch Einpendleranteilen einerseits und „Auspendler“-Gemeinden mit geringen Binnenpendleranteilen andererseits häufig eng beieinander zu finden sind. Neben den Oberzentren als Arbeitsmarktzentren sind es vor allem ländliche Regionen abseits der Ballungsräume, in denen eine dezentrale, mittelständisch geprägte Arbeitsmarktstruktur dominiert, die durch hohe Binnenpendleranteile auch im größeren regionalen Kontext auffallen. Bei der Entwicklung der Binnenpendleranteile ist die rasante Abnahme der Binnenpendler in großen Teilen Mecklenburg-Vorpommerns und Brandenburgs auffällig, Räume, in denen sich die Arbeitslosigkeit auf einem so hohen Niveau befindet, dass Arbeitnehmer in immer stärkerem Maße zum Pendeln und somit zur räumlichen Mobilität gezwungen sind. Diese Räume sind auch größtenteils identisch mit denjenigen der größten Pendeldistanzen.

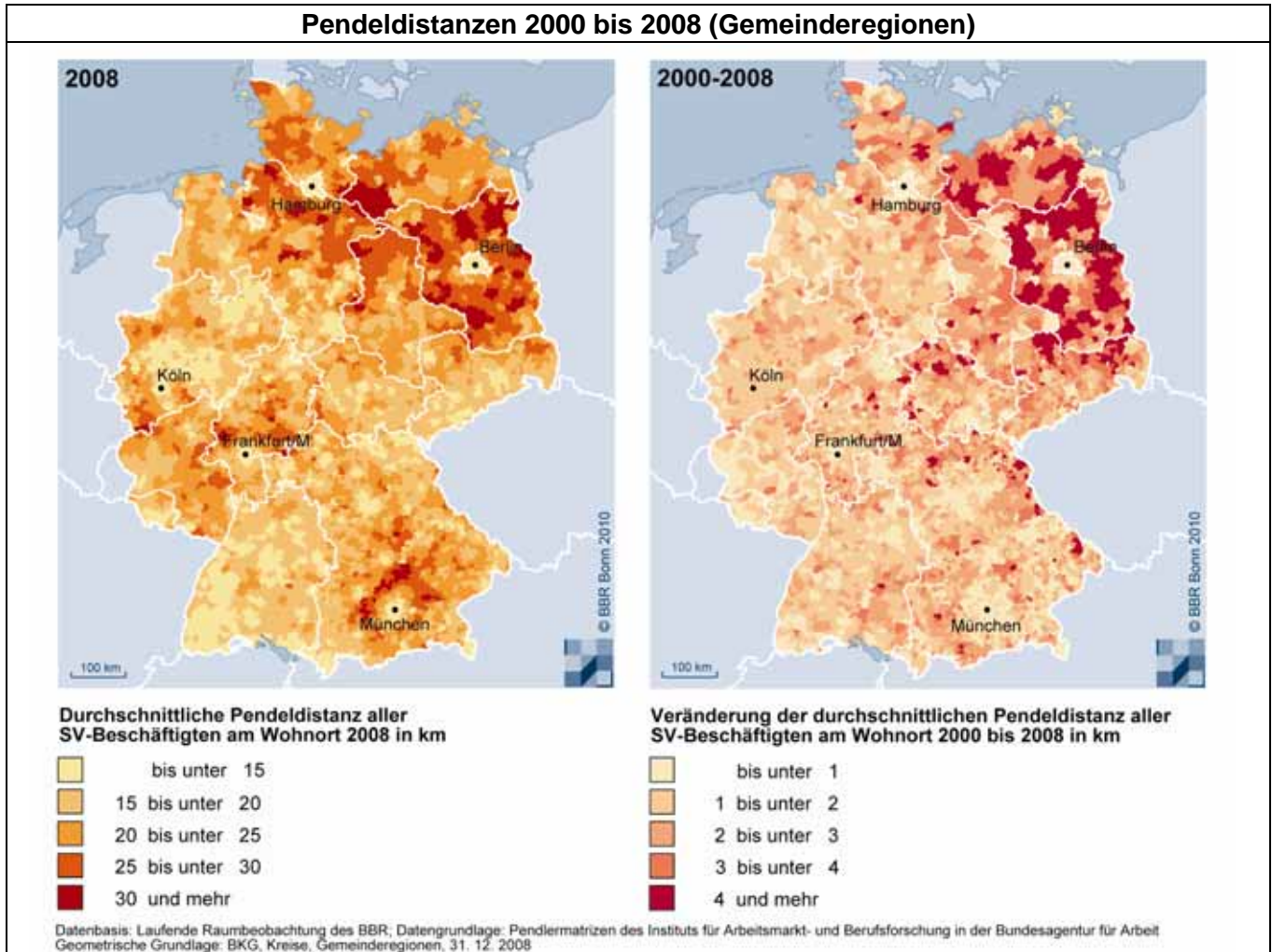
Eine differenziertere Betrachtung der Pendelstrukturen ermöglicht die Untersuchung oben genannter Entwicklungstendenzen für Leipzig.

Die Binnenpendler-Zahl in Leipzig ist seit 2005, als die sozialversicherungspflichtige Beschäftigung bundesweit auf einem Tiefpunkt mit rund 26 Mio. angelangt war, zwar wieder von 112 000 auf 120 000 im Jahre 2008 angestiegen. Sie erreichte aber bei Weitem noch nicht wieder das Niveau der

Jahre 1999 bis 2001 mit bis zu 133 000 Binnenpendlern, obwohl die Zahl der Beschäftigten am Arbeitsort Leipzig 2008 mit rund 205 000 in etwa wieder so hoch ist wie zu Beginn des Jahrzehnts.

Offenbar wohnen immer weniger der in Leipzig arbeitenden Beschäftigten in Leipzig, so dass auch hier immer häufiger Wohnen und Arbeiten in unterschiedlichen Gemeinden stattfindet.

Pendeldistanzen 2000 bis 2008 (Gemeinderegionen)



Zeitgleich hat sowohl die Zahl der Einpendler nach Leipzig als auch die Zahl der Auspendler aus Leipzig im Zeitraum 2000 bis 2008 spürbar zugenommen. Der positive Pendlersaldo für Leipzig, der über 40 000 mehr Einpendler als Auspendler ausweist, ist zudem noch leicht steigend. Die Pendelverflechtungen im Raum Leipzig intensivieren sich also auch weiterhin.

Es stellt sich daher die Frage, mit welchen Räumen sich dieser Austausch vollzieht bzw. auch verändert hat: bei den Auspendlern stagnieren die Pendelströme in den engeren suburbanen Raum bis 30 km um Leipzig herum oder haben sogar an Attraktivität bzw. Arbeitsplätzen verloren. Hier sind es vor allem die weiter entfernten, dafür aber offensichtlich sehr attraktiven (Ober-)Zentren, die an Anziehungskraft gewonnen haben und auf die sich die stärkeren Pendlerströme konzentrieren. Bei den Einpendlern nach Leipzig sind

ähnliche Entwicklungstendenzen wie in vielen (westdeutschen) Großstadtreionen festzustellen: Die Intensität der Pendelverflechtungen mit dem engeren suburbanen Umland stagniert absolut bzw. verliert relativ immer mehr an Bedeutung.

Alle Distanzbereiche über 30 km Entfernung verzeichnen jedoch erhebliche Zunahmen und gewinnen an Bedeutung. Besonders trifft dies auch für die Räume jenseits der 50-km-Schwelle zu.

Eine differenziertere Analyse der Pendelverflechtungen, die die Beschäftigten und ihre Wohnort-Arbeitsort-Beziehungen auch hinsichtlich ihrer beruflichen Qualifikation betrachtet (siehe IAB-Kurzbericht 6/2008: Pendeln – ein zunehmender Trend vor allem bei Hochqualifizierten), kam zu der Erkenntnis, dass ein zunehmender Trend vor allem bei den Beschäftigten mit hoher Qualifikation zu weiten Pendelwegen zu verzeichnen ist. Vor diesem Hintergrund sind es natürlich vor

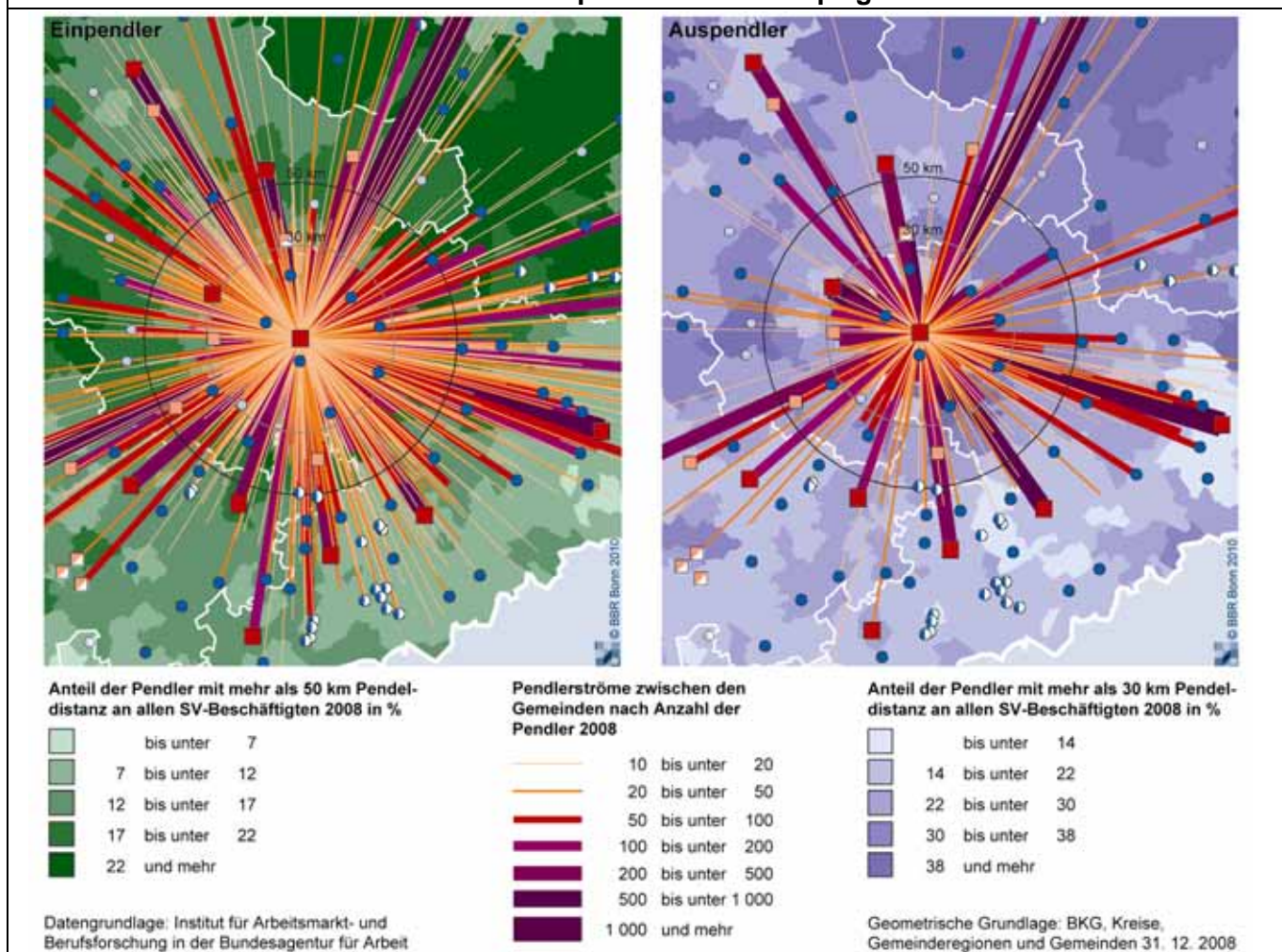
allein die Oberzentren, die als herausragende Standorte hochqualifizierter Arbeitsplätze einer steigenden Zahl von Pendlern auch aus anderen Oberzentren ein Angebot bieten können. Gute Verkehrsverbindungen zwischen den Oberzentren ermöglichen es zudem, bei der Wahl des

Wohnstandortes bzw. Wohnumfeldes auch den jeweiligen persönlichen Prioritäten zu folgen. Eine hohe Zahl von Auspendlern in andere Oberzentren kann also sowohl Ausdruck einer ungünstigen Arbeitsmarktsituation vor Ort sein als auch Hinweis auf ein attraktives Wohnumfeld.

Entwicklung der Einpendler und Auspendler Leipzigs 2000 bis 2008 nach Distanzklassen									
	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008
SV-Beschäftigte in Deutschland insgesamt (in 1 000)	27 657,6	27 650,3	27 433,8	26 822,5	26 405,3	26 060,7	26 331,1	26 738,9	27 342,7
SV-Beschäftigte mit Arbeitsort Leipzig (in 1 000)	207,0	204,0	196,2	194,1	191,1	188,8	195,6	200,0	205,4
SV-Beschäftigte mit Wohnort Leipzig (in 1 000)	166,1	162,3	155,7	151,4	149,3	146,3	151,4	155,1	161,9
SV-Beschäftigte mit Arbeits- und Wohnort Leipzig "Binnenpendler" (in 1 000)	131,1	127,3	121,2	118,0	115,2	112,2	115,3	116,4	120,1
Anteil der Binnenpendler in %	78,9	78,4	77,8	77,9	77,1	76,7	76,2	75,0	74,2
Einpendler nach Leipzig nach Distanzklassen									
bis < 30 km	31 897	32 522	31 822	32 147	31 754	31 555	32 353	33 063	33 411
30 bis < 50 km	16 193	16 591	16 409	16 643	16 605	17 022	18 119	19 146	19 763
50 bis < 100 km	12 165	12 412	12 244	12 395	12 477	12 790	13 524	14 544	14 809
> 100 km	15 626	15 175	14 506	15 003	15 109	15 232	16 278	16 861	17 372
Summe	75 881	76 700	74 981	76 188	75 945	76 599	80 274	83 614	85 355
Auspender aus Leipzig nach Distanzklassen									
bis < 30 km	15 829	14 602	14 211	13 598	13 562	13 094	13 299	13 950	15 018
30 bis < 50 km	4 399	4 619	4 698	4 763	5 068	5 411	5 877	6 472	7 153
50 bis < 100 km	2 678	2 694	2 672	2 767	2 947	2 952	3 168	3 499	3 754
> 100 km	12 119	13 163	12 923	12 280	12 586	12 610	13 755	14 811	15 936
Summe	35 025	35 078	34 504	33 408	34 163	34 067	36 099	38 732	41 861

Quelle: Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung Bonn (BBR)

Ein- und Auspendlerströme Leipzigs



Selbst- und Fremdbilder – Bewertungen zum Image der Stadt Leipzig

Andreas Müller

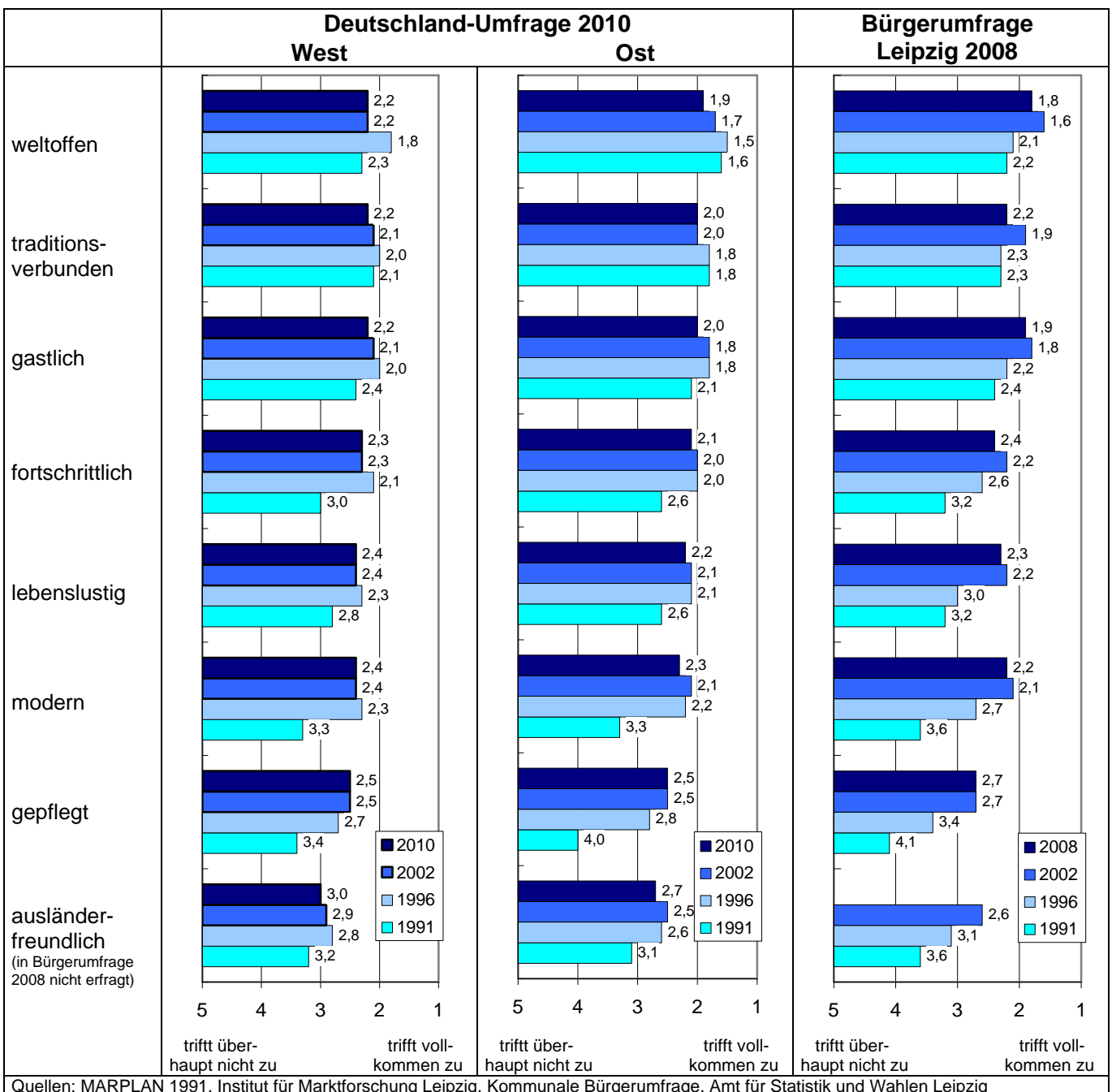
Der Autor ist Erster Bürgermeister und Beigeordneter der Stadt Leipzig.

Die Redaktion

In der wissenschaftlichen Literatur finden sich Imageanalysen häufig im Zusammenhang mit der Stadt- und Regionalentwicklung sowie des Stadt- und Regionalmarketings. Für eine Stadt stellt sich insoweit nicht die Frage, ob sie sich ein Image geben möchte oder nicht. In jedem Fall werden über sie Meinungen und Urteile verbreitet, die in der Regel in ein Selbstbild und ein Fremdbild gegliedert sind. Eine Stadt hat also gewissermaßen mit dem Bild zu leben, das von den eigenen Bewohnern deklariert und von Fremden vermutet wird. Entscheidend ist allerdings, inwieweit eine Stadt über gezielte Marketing-Maßnahmen dazu beitragen kann, ihr Bild (und damit ihr Image) in der Öffentlichkeit deutlich zu

verbessern. Dazu gehört, jene ganz besonderen und ureigenen Merkmale einer Stadt zu identifizieren und sie als Alleinstellungsmerkmale in der breiten Öffentlichkeit zu kommunizieren. Je wirksamer dies geschieht, umso stärker ist der zu erzielende Image-Gewinn.

Oberbürgermeister und Stadtrat verfolgen bereits seit etlichen Jahren diese Strategie und setzen zu diesem Zweck seit 1991 das Instrument der Umfrageforschung ein, um im Trendverlauf aussagekräftige Ergebnisse über das Bild der Stadt Leipzig zu erhalten. Dabei werden sowohl die Meinungen der eigenen Bürgerschaft als auch die der Bevölkerung der Bundesrepublik (per repräsentativer Erhebung) eingeholt.



Quellen: MARPLAN 1991, Institut für Marktforschung Leipzig, Kommunale Bürgerumfrage, Amt für Statistik und Wahlen Leipzig

Die Trendverläufe im Hinblick auf die Eigenschaften, die mit Leipzig verbunden werden, zeigen im Regelfall an: Zu Beginn der Zeitreihe im Jahr 1991 besaß die Stadt ein vergleichsweise noch wenig tragfähiges Image, das sich in den Folgejahren jedoch günstiger entwickelte, um bis zum Jahr 2010 (Eigenschaftsbegriffe der Bürgerumfrage stammen aus dem Erhebungsjahr 2008) wieder etwas abzufallen. Bemerkenswert ist hierbei, dass die Bewertungen der Befragten aus dem Westen Deutschlands über die Zeit etwas stabiler bleiben als diejenigen Urteile, die aus dem Osten Deutschlands bzw. aus der kommunalen Bürgerumfrage von 2008 resultieren. Ostdeutsche wie auch Leipziger nahmen nach der Jahrtausendwende ganz offensichtlich die zunehmend schwierigere wirtschaftliche Entwicklung im Osten der Republik deutlicher wahr und verbanden damit in der Tendenz vermutlich auch eine Abnahme der bis dahin positiven Image-Entwicklung Leipzigs. Die Grafik auf der ersten Seite dieses Beitrags stellt denn auch insbesondere aus Sicht der Ostdeutschen und der Leipziger Befragten dar, dass im Vergleich von 2002 zu 2010 leichte, wenngleich auch nur geringfügige Rückschritte hinsichtlich der Eigenschaften Leipzigs erkennbar sind. Dennoch bleibt unbenommen, dass Leipzig sich weiterhin als weltoffene, gastliche und traditionsverbundene Metropole präsentiert. Diese Bewertungen werden im Wesentlichen auch durch die in Westdeutschland Befragten mitgetragen.

Bereits seit 1996 wurden außer den in der vorangegangenen Grafik angeführten Eigenschaftsbegriffen zusätzlich Besonderheiten der Stadt Leipzig in die Image-Erhebungen aufgenommen, die für ganz bestimmte Merkmale der Stadt stehen sollen. Die Ausprägung dieser Merkmale ist in der nachfolgenden Grafik zu verfolgen.

Nach wie vor mit einer sehr hohen Bewertung versehen ist sowohl aus der Sicht der westdeutschen wie auch der ostdeutschen Befragten die internationale Bedeutung der Messestadt. Die hohe Wertschätzung Leipzigs als Standort zahlreicher Messen spiegelt sich nach wie vor in den Urteilen der Befragten wider, auch wenn zuletzt ein geringer Bedeutungsverlust sichtbar wird. Weiterhin mit guten Noten versehen ist die Leipziger Universitäts- und Hochschullandschaft, im Jahr 2009 insbesondere durch das 600-jährige Jubiläum der Universität Leipzig geprägt. Leipzig wird darüber hinaus ob seiner ausgesprochen verkehrsgünstigen Lage mit guten Noten versehen, bietet eine Vielzahl attraktiver Freizeitangebote und ist gleichzeitig ein ebenso attraktives Reiseziel für Touristen aus aller Welt. Gerade im Hinblick auf den Tourismus-Faktor hat Leipzig zuletzt weiter aufgeholt und bietet seinen Besuchern ein hoch interessantes Betätigungsfeld.

Schließlich wird darüber hinaus von Besuchern aus aller Welt insbesondere die Freundlichkeit und Aufgeschlossenheit der Leipziger Bürgerschaft reichlich gewürdigt. Sächsische und vornehmlich Leipziger Gastfreundschaft war und ist an eine lange Tradition geknüpft.

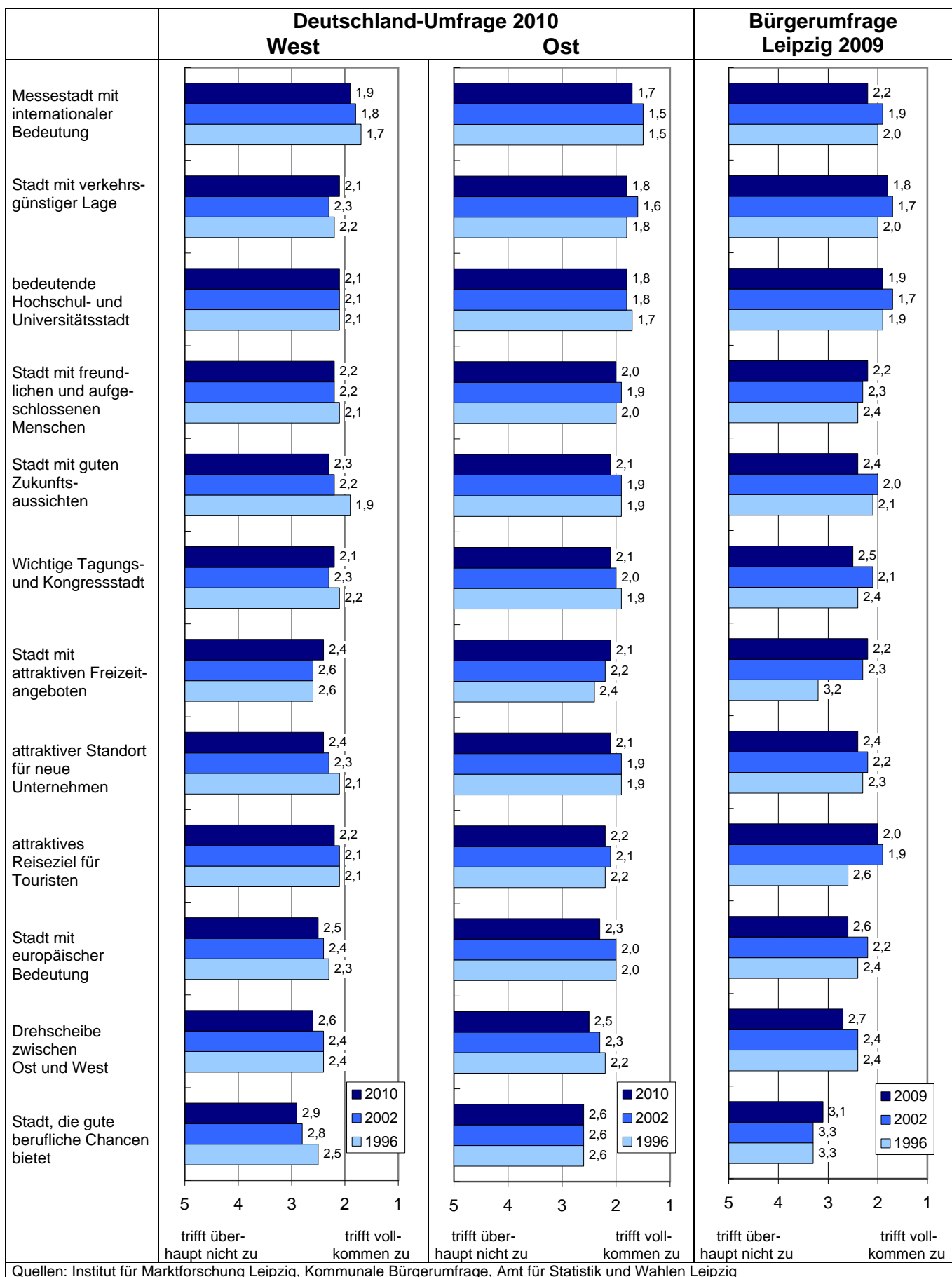
Nach den Erhebungen des Jahres 1996 wurden weitere Merkmale in die Imagebefragungen aufgenommen. Auch sie verweisen auf die hohe Wertschätzung der Messestadt. So wird Leipzig gerade von Kultur- und Kunstfreunden ob seiner zahlreichen Galerien und der damit verbundenen Kleinkunstszene ebenso geschätzt wie von den zahlreichen Musikfreunden, die die Thomaner, das Leipziger Gewandhaus und die Oper, darüber hinaus das jährliche Bachfest bereits fest in ihren Terminkalendern verbucht haben. Und wer außerdem in Leipzig an Shopping denkt, der findet hier eine überaus großzügige Einkaufsmeile.

Leipzig ist darüber hinaus jedoch auch untrennbar mit einem geschichtlichen Ereignis verbunden, das für Einmaligkeit steht: Im Oktober 1989 gingen 70 000 Leipziger für Demokratie und Freiheit auf die Straßen und sorgten für das Ende des SED-Regimes. Gerade dieses Datum ist heute noch in allen Köpfen: in der Deutschland-Umfrage 2010 bewerteten West- wie Ostdeutsche dieses Ereignis, das am 9. Oktober 1989 in Leipzig begann, in besonderer Weise mit einer Note von 1,7. Das ist für die Stadt der Friedlichen Revolution ein deutlicher Bonuspunkt und dokumentiert auf ganz eigene Weise einen bedeutenden geschichtlichen Wendepunkt.

Leipzig hat erhebliche Potenziale, das wird durch die hier angezeigten Bewertungen nachhaltig untermauert. Bei allen Einschätzungen der Stadt und ihrer Menschen bleibt freilich auch ein Stück Nachdenklichkeit übrig, denn nicht überall konnte in den vergangenen 20 Jahren seit jenem Oktober 1989 das Bild der Stadt durchgängig mit Lob bedacht werden. Die Akteure in Verwaltung und Stadtrat sind sich dessen bewusst. So werden gerade im Hinblick auf den Arbeitsmarkt und die beruflichen Chancen in der Stadt große Anstrengungen unternommen, um Arbeitslosigkeit weiter zurückzudrängen und neue Perspektiven für junge Menschen in der Stadt zu schaffen. Gerade aus der Sicht der Leipziger selbst schmerzt da ein Blick auf das zuletzt angeführte Merkmal in der nachfolgenden Grafik. Besonders hinsichtlich des weiteren Ausbaus beruflicher Möglichkeiten und der Bindung neuer Existenzgründer an die Stadt sehen sich Stadt und Stadtrat in besonderer Verpflichtung. Ebenso gelten besondere Bemühungen der weiteren Aufwertung Leipzigs als kinder- und familienfreundliche Stadt. Und noch ein weiterer Schwerpunkt ist mit zu bedenken, die stärkere Integration ausländischer Personen in die Bürgerschaft der Stadt.

Selbst- und Fremdbilder sind mittlerweile hinreichend wahrgenommen, die besonderen und ureigenen Merkmale der Stadt und ihrer Bewohner sind verifiziert. Man weiß, worauf man stolz sein kann. Übrig bleibt angesichts der Bewertungen

aus West und Ost, mit einem wirksamen Konzept insbesondere den Aufgaben zu Leibe zu rücken, die noch Lösungsbedarf erwarten. Immerhin: Leipzig kennt seine Maßstäbe und weiß auch, woran man gemessen wird.



Luftverkehr 2009

Gabriele Rößner

Nach Angaben des Flughafenverbandes ADV (Arbeitsgemeinschaft Deutscher Verkehrsflughäfen) war 2009 für die deutschen Flughäfen und die gesamte Luftverkehrsbranche das schwerste Jahr seit Ende des Zweiten Weltkrieges. Das Passagieraufkommen an den 23 internationalen Verkehrsflughäfen sank um 4,6 % auf 182,2 Mio. Die Zahl der Starts und Landungen ging mit 2,3 Mio. um 7,1 % zurück. Ebenso rückläufig gegenüber dem Vorjahr zeigte sich die Luftfracht (einschließlich Luftpost), es wurden mit 3,6 Mio. t insgesamt 6,2 % weniger befördert. Nach den zum Teil dramatischen Verkehrseinbrüchen zeichnete sich zum Jahresende 2009 allerdings ein Aufwärtstrend ab. Die meisten Flughäfen konnten im Dezember auf Zuwächse zum Vorjahr zurückschauen, so dass die Experten der ADV „verhalten optimistisch“ in das Jahr 2010 blicken. Vor allem im Bereich der Luftfracht, der als Frühindikator der wirtschaftlichen Entwicklung gilt, gab es im Dezember recht positive Ansatzpunkte.

Bezüglich der einzelnen Airports verlief die Entwicklung sehr differenziert, wobei der negative Trend überwog. Die Palette der Passagier-

zuwächse bzw. -verluste reichte von +57,6 % in Weeze bis -26,3 % auf dem Dortmunder Flughafen. Wie bereits im Vorjahr erreichte der Flughafen Leipzig/Halle gemessen am Passagieraufkommen die 13. Stelle der deutschen Airports. Nach der Anzahl der Flugzeugbewegungen rangiert er weiterhin auf Platz 11.

Seit der vollständigen Inbetriebnahme des DHL-Drehkreuzes baute der Flughafen Leipzig/Halle 2009 mit 0,5 Mio. t Frachturnschlag seine Stellung als drittgrößter Logistikflughafen Deutschlands weiter aus, konnte sogar gegenüber 2008 um 18,5 % zulegen. Nur Frankfurt a. M. und Köln/Bonn wiesen einen höheren Frachturnschlag aus, wobei beide Flughäfen gegenüber dem Vorjahr Verluste hinnehmen mussten.

Die beste Vergleichbarkeit der einzelnen Flughäfen gewährleisteten die Verkehrseinheiten (VE), wobei eine VE einem Fluggast oder 100 kg Luftfracht oder 100 kg Luftpost entspricht. Für die deutschen Airports lag dabei 2009 insgesamt ein Minus gegenüber dem Vorjahr von 5,1 % vor. Leipzig/Halle erzielte ein Wachstum von 10,0 % und schaffte es mit 6,9 Mio. VE auf Rang 8.

Verkehrsergebnisse deutscher Verkehrsflughäfen 2009 (nur gewerblicher Verkehr)								
Flughafen	Fluggäste insgesamt	Änderung zu 2008	Flugzeugbewegungen	Änderung zu 2008	Luftfracht und Luftpost	Änderung zu 2008	Verkehrseinheiten	Änderung zu 2008
	1 000 Pers.	%	Anzahl	%	Tonnen	%	1 000 VE	%
Berlin gesamt	20 977,4	-2,0	231 800	-13,3	25 985	-18,8	21 185,4	-2,3
- Tegel	14 180,2	-2,1	156 262	-3,1	18 842	-17,4	14 337,0	-2,4
- Schönefeld	6 797,2	2,4	75 538	9,8	7 143	-18,4	6 848,4	2,0
Bremen	2 448,9	-1,5	43 650	-6,9	731	1,1	2 447,4	-1,7
Dortmund	1 716,5	-26,3	31 926	-16,2	21	-40,0	1 711,4	-26,5
Dresden	1 718,9	-7,4	34 798	-5,9	508	47,7	1 691,5	-7,4
Düsseldorf	17 793,5	-2,0	214 031	-6,3	65 594	-6,9	18 409,3	-2,2
Erfurt	270,3	-12,3	11 208	-15,7	2 794	-19,4	274,8	-14,9
Frankfurt a.M.	50 932,8	-4,7	463 111	-4,7	1 917 227	-10,1	69 492,7	-6,5
Friedrichshafen	578,5	-11,0	44 607	-0,2	1	-90,9	570,5	-11,6
Hahn	3 793,7	-3,7	38 970	-4,0	174 665	-2,6	4 822,8	-6,3
Hamburg	12 229,3	-4,7	157 487	-8,5	31 595	-15,2	12 522,0	-4,9
Hannover	4 969,8	-11,8	77 735	-10,4	11 492	-38,2	5 039,8	-12,6
Karlsruhe/Baden-Baden	1 087,9	-4,7	43 485	-8,4	837	-70,3	1 085,8	-6,5
Köln/Bonn	9 739,6	-5,8	132 171	-6,7	562 036	-5,1	15 223,6	-5,3
Leipzig/Halle	2 410,8	-1,9	60 150	0,4	524 084	18,5	6 937,2	10,0
Lübeck	688,3	28,8	18 202	5,3	0	-	688,1	28,8
München	32 681,1	-5,4	396 805	-8,2	242 149	-11,8	34 919,7	-5,8
Münster/Osnabrück	1 382,1	-12,0	38 747	-5,3	269	34,5	1 367,4	-12,5
Nürnberg	3 965,7	-7,1	71 219	-7,2	10 611	-18,3	4 023,3	-7,4
Paderborn/Lippstadt	983,7	-13,5	39 356	2,2	30	-57,7	960,2	-15,2
Saarbrücken	469,9	-9,3	15 699	-9,0	83	-14,4	406,7	-11,8
Stuttgart	8 934,5	-10,0	141 572	-11,7	25 011	-21,7	9 139,3	-10,4
Weeze	2 402,1	57,6	24 012	48,9	0	-	2 395,5	57,3
Insgesamt	182 175,3	-4,6	2 330 741	-7,1	3 595 723	-6,2	215 324,5	-5,1

Quelle: Arbeitsgemeinschaft Deutscher Verkehrsflughäfen

Amt für Statistik und Wahlen Leipzig

Der Flughafen Leipzig/Halle, ein Unternehmen der Mitteldeutschen Airport Holding, hat in den letzten Jahren einen enormen Aufschwung erfahren. Mit der Inbetriebnahme des multifunktionalen Zentralterminals 2003 erweiterte sich die jährliche Kapazität auf 4,5 Mio. Passagiere.

Entwicklung auf dem Flughafen Leipzig/Halle 2000 bis 2009			
Jahr	Fluggäste	Flugzeugbewegungen	Luftfracht in t
2000	2 288 931	47 030	9 455
2001	2 185 130	42 408	7 845
2002	1 988 854	41 209	7 827
2003	1 955 070	40 303	9 340
2004	2 041 046	39 316	5 699
2005	2 127 895	37 905	12 054
2006	2 348 011	42 417	29 330
2007	2 723 748	50 972	101 283
2008	2 462 256	59 924	442 406
2009	2 421 382	60 150	524 083

Quelle: Flughafen Leipzig/Halle GmbH
Amt für Statistik und Wahlen Leipzig

Trotz der angespannten Wirtschaftssituation konnte im Jahr 2009 das Passagieraufgebot auf dem Leipzig/Halle Airport mit 2,4 Mio. Flugreisenden relativ konstant gehalten werden. Gegenüber 2008 verringerte sich die Zahl der Passagiere um rund 41 Tsd. bzw. um 1,7 %. Zum Jahresende hin war eine positive Entwicklung erkennbar, in den Monaten November und Dezember war sogar ein deutlicher Passagierzuwachs gegenüber den entsprechenden Vorjahresmonaten zu verzeichnen.

Ziele der Einsteiger außerhalb Deutschlands 2009			
Zielland	Einsteiger		Anteil Einsteiger in Leipzig/Halle an insgesamt in %
	Deutsche Flughäfen insgesamt	Flughafen Leipzig/Halle	
Kirgisistan	393	390	99,2
Bulgarien	561 932	36 836	6,6
Tunesien	577 169	29 156	5,1
Ägypten	1 309 121	59 785	4,6
Zypern	159 785	6 994	4,4
Malta	209 467	8 201	3,9
Türkei	4 966 017	127 057	2,6
Griechenland	2 262 815	54 303	2,4
Spanien	10 098 673	184 862	1,8
Dominik. Republik	228 569	4 129	1,8
Kroatien	576 147	7 532	1,3
Kuwait	65 238	778	1,2
Marokko	255 156	2 800	1,1
Frankreich	3 183 555	21 249	0,7
Portugal	1 175 328	8 011	0,7

Quelle: Statistisches Bundesamt
Amt für Statistik und Wahlen Leipzig

Der bereits in den Vorjahren erkennbare Anstieg des Transitaufkommens an den Fluggästen insgesamt setzte sich auch 2009 fort (Anteil: 22,5 %; 2008: 18,3 %). Mehr als 20 % des gesamten Passagieraufkommens wurde in diesem Jahr vom Low-Carrier-Markt abgedeckt.

Während des Winterflugplanes vom 25. Oktober 2009 bis 26. März 2010 flogen im Passagierverkehr 14 Fluggesellschaften vom Flughafen Leipzig/Halle aus Ziele in 13 Ländern an. Der Flugplan umfasste wöchentlich bis zu 335 Verbindungen zu 51 Zielen in Europa, Afrika und der Karibik.

Im Juni 2009 hat die Fluggesellschaft Blue Wings eine neue Verbindung zweimal wöchentlich von Leipzig/Halle nonstop nach Moskau aufgenommen.

Insgesamt 583 249 Personen buchten 2009 eine Flugreise ins Ausland vom Leipzig/Halle Airport. Beliebtestes Zielland war dabei Spanien, fast ein Drittel aller Fluggäste (Umsteiger über ein deutsches Drehkreuz nicht mitgezählt) hatte Tickets für ein spanisches Ziel gelöst. 21,8 % der Reisenden bevorzugten die Türkei, 10,3 % Ägypten und 9,3 % Griechenland. Weitere Ziele waren unter anderem Bulgarien (6,3 %), Tunesien (5,0 %), Frankreich (3,6 %), Österreich (2,9 %).

Der Anstieg der Zahl der Starts und Landungen hat sich im Jahr 2009 im Vergleich zum Vorjahr mit mehr als 60 000 (einem Plus von 0,4 %) weiter, wenn auch abgeschwächt, fortgesetzt.

Seit der Flughafen Leipzig/Halle als europäisches Drehkreuz der DHL fungiert, hat sich das Frachtaufkommen kontinuierlich entwickelt und auch im vergangenen Krisenjahr mit einem Frachtvolumen von 524 083 t entgegen dem Branchentrend eine Traumzuwachsrate von 18,5 % zum Vorjahr erzielt. Rund 50 DHL-Frachtflugzeuge nutzen den Flughafen Leipzig/Halle werktäglich. Im Jahr 2009 avancierte er zum Heimatflughafen für die neue Frachtfluggesellschaft AeroLogic, eine gemeinsame Frachtfluggesellschaft von DHL-Express und Lufthansa Cargo. Insgesamt vier werksneue Boeing 777 wurden bereits in Betrieb genommen, bis Ende 2010 soll die AeroLogic-Flotte auf acht solche Frachtflugzeuge anwachsen. Im April 2009 ist Lufthansa Cargo offiziell in das World Cargo Center eingezogen, was ein wichtiger Schritt zur Weiterentwicklung des Luftfrachtstandorts Leipzig/Halle ist.

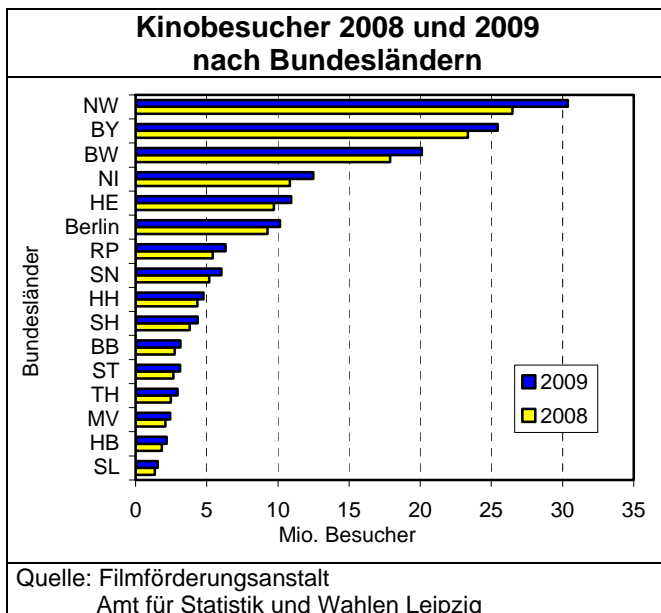
Die Rollbrücke Ost sowie die neuen Feuerwachen West und Ost sollen im Jahr 2010 ihren Bestimmungen übergeben werden.

Ende 2009 verzeichneten die 143 Unternehmen am Leipzig/Halle Airport mit 4 462 Arbeitskräften einen Beschäftigungsrekord. Die Deutsche Post World Net wird voraussichtlich bis 2012 rund 3 500 Arbeitsplätze schaffen. Weitere Ansiedlung von Unternehmen sind zu erwarten.

Kinobesucher 2009

Heidrun Schellbach

„Für die deutsche Kinowirtschaft und den deutschen Film war 2009 eines der erfolgreichsten Jahre ihrer Geschichte.“ So meldete es die Filmförderungsanstalt, auf deren Angaben auch die Daten dieses Beitrages basieren. 2009 gab es in Deutschland 1 744 Kinos mit insgesamt 4 734 Sälen und darin befindlichen 819 320 Plätzen. Im Rekordjahr 2009 war ein Anstieg von 129,4 auf 146,3 Mio. Besucher zu verzeichnen. Das entsprach einer Entwicklung zu 2008 um 13 %. Beim Vergleich der Bundesländer entfiel mit 30,4 Mio. Besuchern über ein Fünftel aller Kinobesucher auf Nordrhein-Westfalen. Es folgten mit 25,4 Mio. bzw. 20,1 Mio. die Besucherzahlen von Bayern und Baden-Württemberg. In Sachsen wurden über sechs Millionen Kinokarten verkauft. Somit lag der Freistaat an siebenter Stelle. Alle Bundesländer hatten steigende Besucherzahlen gegenüber dem Vorjahr zu verzeichnen.



Den meisten Zulauf hatten die Kinos in den Großstädten. Diese verfügten über Kinocenter und

Multiplexkinos, die sowohl für die Großstädter als auch für Einwohner der Umlandgemeinden einen Kinobesuch zum Erlebnis machten und durch spezielle Marketingkonzepte und Aktionen relativ bezahlbar blieben. Über ein Viertel aller Kinobesucher in Deutschland war in den 14 deutschen Großstädte mit über 500 000 Einwohnern zu finden. In 13 dieser Städte überschritt die Zahl der Kinobesucher die Millionengrenze. Berlin nahm mit mehr als 10 Mio. die Spitzenposition ein. Die Hauptstadt hatte schon durch ihre Kapazität die besten Voraussetzungen für Besucherrekorde. So war die Zahl der Kinoplätze in Berlin dreimal so hoch wie in Hamburg, der Stadt mit der zweithöchsten Platzanzahl. Obwohl in fünf der untersuchten Städte Filmtheater geschlossen wurden, erhöhte sich die Besucherzahl in allen 14 Großstädten ganz erheblich. Bremen (einschließlich Bremerhaven) hatte hierbei den höchsten Zuwachs von fast 19 %. Sieben weitere Städte hatten Zuwachsraten von über 10 %.

In Leipzig erhöhte sich die Zahl der Besucher um 160 300 Personen bzw. um fast 14 % auf 1 320 464 Personen. Leipzig lag somit im Großstadtvergleich auf Rang 12. Auf einen Kinoplatz kamen 180 verkaufte Kinokarten. Hier nahm die Stadt zusammen mit Dresden den 11. Rang ein. In Leipzig konnte noch zu relativ moderaten Eintrittspreisen ein Kino besucht werden. Während man in Nürnberg durchschnittlich 7,66 Euro bezahlen musste, konnte in Leipzig schon für 6,55 Euro ein Film angesehen werden. Leipzig hatte in diesem Vergleich hinter Dresden (6,53) die preiswertesten Leistungen zu bieten. Neue Qualitäten wie die 3-D-Filme und längere Spieldauer ließen jedoch in allen Großstädten die durchschnittlichen Eintrittspreise steigen. Hauptsächlich durch die starke Besucherzunahme konnte die Branche hohe Umsätze realisieren (in der Stadt Leipzig Entwicklung um 24,2 %).

Stadt (Bundesland)	Anzahl Kinos	Kinosäle	Plätze		Besucher in 1 000	Veränderung zum Vorjahr +/- um %		Besucher je Sitzplatz	Kinobesuche je Einw.	Durchschnittspreis (€)
			Anzahl	Veränd. z. Vorjahr +/-		in 1 000	um %			
Berlin	97	284	54 421	-242	10 148	+888	+9,6	186	3,0	6,86
München (BY)	41	84	16 087	-	4 838	+176	+3,8	301	3,6	7,05
Hamburg (HH)	27	78	18 087	-999	4 758	+407	+9,4	263	2,7	7,54
Köln (NW)	18	56	11 015	-7	2 701	+225	+9,1	245	2,7	6,55
Stuttgart (BW)	14	47	11 214	-	2 363	+255	+12,1	211	3,9	6,80
Bremen, Land (HB)	12	50	12 200	+579	2 179	+346	+18,8	179	3,3	7,35
Nürnberg (BY)	8	38	7 244	-257	2 086	+243	+13,2	288	4,1	7,66
Frankfurt a.M. (HE)	17	52	10 545	-140	1 986	+190	+10,6	188	3,0	7,13
Dresden (SN)	17	54	10 704	-1 331	1 932	+254	+15,1	180	3,8	6,53
Düsseldorf (NW)	12	41	9 341	-160	1 691	+159	+10,4	181	2,9	7,58
Hannover (NI)	11	29	7 228	+45	1 584	+91	+6,1	219	3,0	7,08
Leipzig (SN)	14	40	7 329	-55	1 320	+160	+13,8	180	2,6	6,55
Essen (NW)	10	27	9 044	+220	1 078	+74	+7,4	119	1,9	7,64
Dortmund (NW)	9	23	4 879	+130	979	+99	+11,2	201	1,7	7,37

Quelle: Filmförderungsanstalt
Amt für Statistik und Wahlen Leipzig

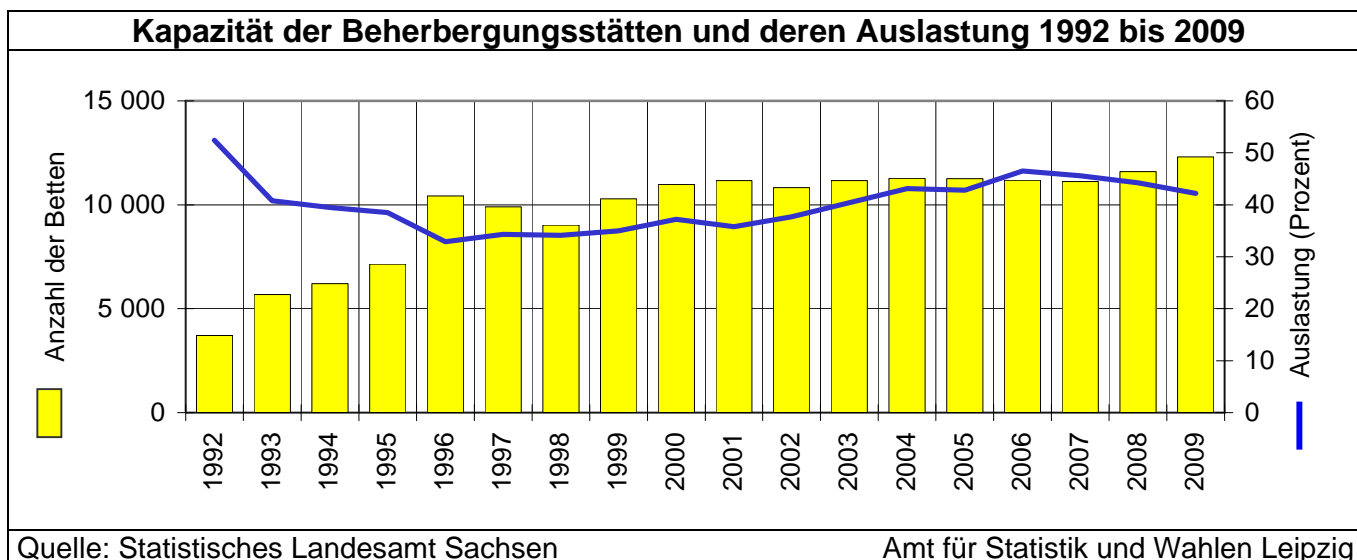
Tourismus 2009

Gabriele Rößner

Entsprechend der bundesweiten amtlichen Beherbergungsstatistik, bei der alle Beherbergungsstätten mit mindestens 9 Betten befragt werden, kann der Leipziger Tourismus 2009 als ein weiteres Rekordjahr verbuchen. Trotz Wirtschaftskrise haben noch nie so viele Gäste in der Messestadt Übernachtungen gebucht wie in diesem Jahr. Gegenüber 2008 waren mit 1 026 858

Personen 2,3 % mehr Gäste registriert, die 1 876 806 Mal in Leipzig in einer entsprechenden Beherbergungsstätte übernachteten (+ 1,3 %). Die Besucher blieben durchschnittlich 1,8 Tage.

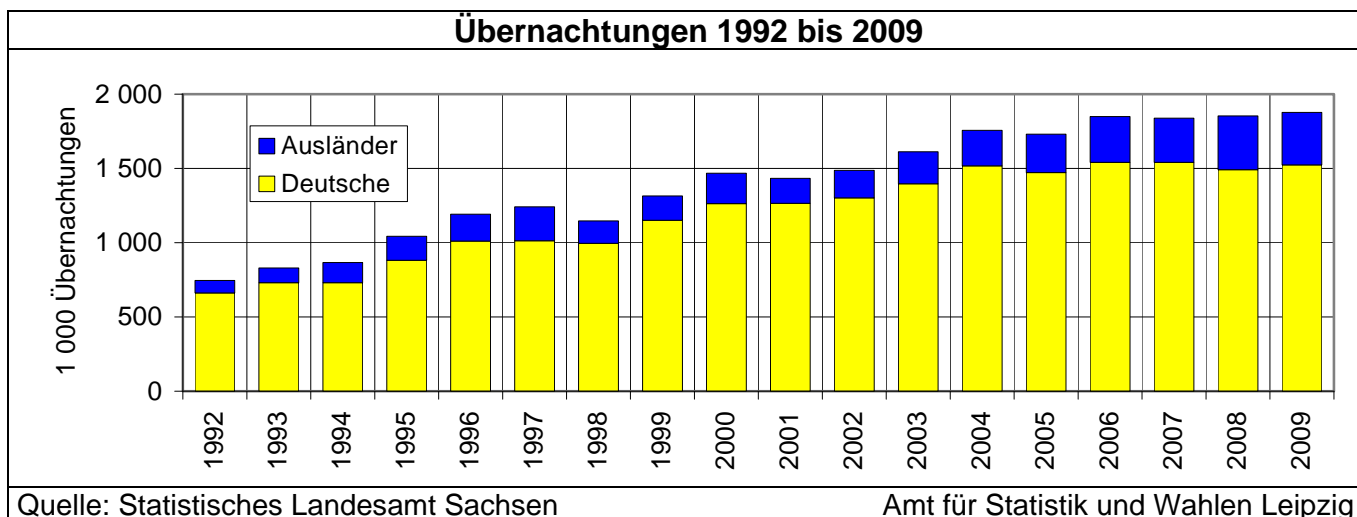
Seit 1992 hat sich die vorhandene Bettenkapazität in den Leipziger Unterkünften mehr als verdreifacht und ist auch weiterhin im Wachsen begriffen.

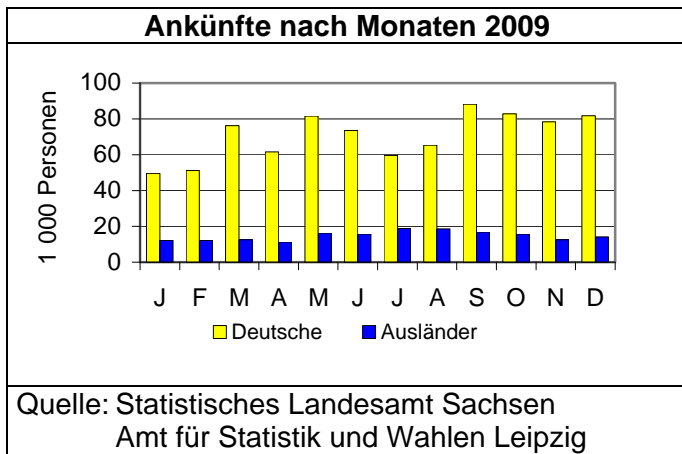


Obwohl die Anzahl der Übernachtungsmöglichkeiten angestiegen ist, bleibt der Auslastungsgrad der Betten mit 42,2 % relativ konstant, was auf ein Anwachsen des Bedarfs im gleichen Maße schließen lässt. In der Stadt Leipzig zählen mehr als 90 % der angebotenen Betten zur Hotellerie. Insgesamt 40 Hotels mit 7 914 Betten, 28 Hotels garnis mit 2 937 Betten, 21 Pensionen mit 449 Betten und 4 Gasthöfe mit 68 Betten waren am 31. Juli 2009 in die Berichterstattung einbezogen. Die beste durchschnittliche Jahresauslastung verbuchten die Hotels mit 44,5 %. Außerhalb der Hotellerie wurden noch 3 Beherbergungsbetriebe befragt, die der Kategorie Jugendherbergen und Hütten zuzuordnen sind, in diesen waren 307 zu

45,9 % ausgelastete Betten vorhanden. Angaben über die Leipziger Campingplätze liegen nicht vor.

Dass Leipzig immer mehr an Internationalität gewinnt, zeigt sich an dem ständig steigenden Interesse der Tourismusbranche im Ausland. Entgegen des Trends in den meisten Großstädten bleibt in Leipzig der Anteil der ausländischen Gäste an den ankommenden Personen insgesamt weiterhin stabil und liegt seit 2008 über 17 %. Fast ein Fünftel der Übernachtungen in Leipzig wurde von ausländischen Bürgern gebucht, 6,5 % sogar aus Übersee. Der höhere Anteil bei den Übernachtungen resultiert aus der längeren durchschnittlichen Verweildauer (2,0 Tage) der ausländischen Besucher.

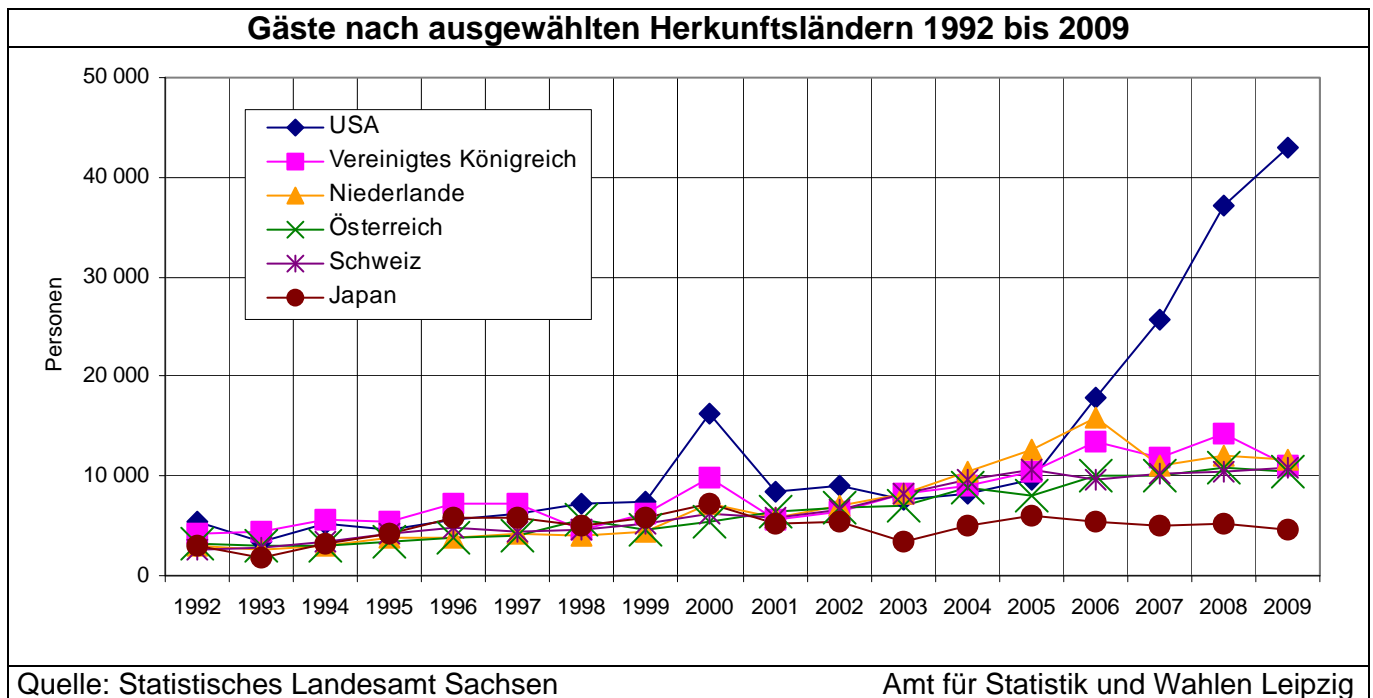




Im Jahresverlauf ergeben sich betreffs der Unterkunftsnachfrage saisonale Schwankungen. Am stärksten frequentiert sind die Monate Mai und September, in beiden Monaten liegt der Auslastungsgrad der Beherbergungsstätten über der 50-Prozent-Marke. Unterschiede gibt es allerdings zwischen deutschen und ausländischen Besuchern. Während die deutschen Gäste für einen Aufenthalt in Leipzig den Monat Mai sowie die Monate September bis Dezember bevorzugen, sind für die ausländischen Gäste die Hauptreisezeiten die Sommermonate. Abweichend zu

den Vorjahren zeigt sich die Besucherzahl im Oktober extrem hoch, da in Leipzig ein „Lichtfest“ mit 150 000 Teilnehmern anlässlich des Jubiläums „20 Jahre Friedliche Revolution“ gefeiert wurde. Noch nie hatte es bisher ein so hohes Touristenaufkommen im Dezember gegeben wie im vergangenen Jahr, in diesem Monat übernachtete hier ein Viertel mehr Gäste als im Dezember 2008. Der Leipziger Weihnachtsmarkt hat sich in den letzten Jahren zu einem Touristenmagnet entwickelt, der von fast allen Reiseveranstaltern angeboten wird.

Die Länge des Aufenthaltes in der Messestadt hat sich in den letzten Jahren trendgemäß verkürzt, sie betrug 2009 insgesamt 1,8 Tage. Auch hier gibt es Abweichungen innerhalb der einzelnen Monate. Am längsten bleiben die Touristen und Geschäftsreisenden im Monat Mai (2,0 Tage) und am kürzesten im November (1,7 Tage). Größeren Schwankungen unterliegt die Aufenthaltsdauer der ausländischen Gäste, hier reicht die Palette von 2,3 Tagen im Mai bis zu 1,8 Tagen im August. Unterschiede gibt es auch innerhalb der einzelnen Betriebsarten der Beherbergungsstätten. Der Aufenthalt in Hotels gestaltete sich deutlich kürzer (2009: 1,8 Tage) als der in Pensionen (2,4 Tage).



Im Jahr 2009 besuchten insgesamt 176 753 Ausländer die Stadt Leipzig (+1,0 % zum Vorjahr) und buchten 353 239 Übernachtungen (-2,1 %). Fast zwei Drittel aller ausländischen Gäste waren Europäer, von denen mehr als drei Viertel der EU angehörten. 26,3 % der Besucher kamen vom amerikanischen Kontinent. Besonders beliebt war das Reiseziel Leipzig bei den US-Amerikanern, im vergangenen Jahr wurden 43 065 Gäste aus den USA in der Leipziger Hotellerie registriert, das waren 15,8 % mehr als 2008. Jeder fünfzehnte Ausländer kam aus Asien, wobei die 4 643

Japaner die größte Gruppe bildeten. Aus Australien, Neuseeland und Ozeanien kamen rund 1,0 % und aus Afrika 0,5 % der Gäste.

Für 2010 wird wiederum eine hohe Gästezahl erwartet. Es stehen hochkarätige Jubiläen und zahlreiche bedeutende Kongresse an. Außerdem empfehlen immer mehr nationale und internationale Medien Leipzig als attraktives Reiseziel. Leipzig hat sich andererseits auch einen Namen als kreative Stadt geschaffen und ist damit ein lohnendes Reiseziel für Kunstliebhaber und Individualisten.

Epilog

Josef Fischer

Der 3. Oktober 1990 ist der Tag der Deutschen Einheit. Er war auch der erste offizielle Arbeitstag des neuen Leiters des Amtes für Statistik und Wahlen und damit der Neubeginn der Leipziger Kommunalstatistik.

Im Frühjahr 2010 scheidet dieser Amtsleiter aus, durch eine Erkrankung anders als geplant. Doch: Der Mensch denkt, Gott lenkt. Oder auch: Der Mensch dachte, Gott lachte.

Der Beginn 1990 war schwierig, aber mit viel Elan tat sich einiges. Aufgrund fehlender Haushaltsmittel wurde auf privatem Wege ein Computer organisiert, um zeitgemäß Statistik aber auch Textverarbeitung realisieren zu können. Nach der Bundestagswahl am 2. Dezember 1990 entstand mithilfe eines unmittelbar zuvor von der Stadt Leipzig bereitgestellten Personalcomputers samt Drucker ein erster knapper Wahlbericht in Kleinstauflage. Ab 1991 erschienen Statistische Quartalsberichte. Der vorliegende Bericht ist bereits der 76. Schon Ende 1991 wurde ein erstes Statistisches Jahrbuch publiziert. Ohne Unterbrechung wurde dieses bis heute jährlich aufgelegt, in Wahljahren manchmal etwas später. Da die staatliche Statistik im Osten Deutschlands noch im Aufbau war, wurde frühzeitig auf eigene Erhebungen gesetzt, um den Datenanfragen so gut es ging gerecht zu werden. So wurden ebenfalls 1991 die Ergebnisse einer ersten kommunalen Bürgerumfrage vom Leipziger Statistikamt veröffentlicht. Weitere Publikationen unterschiedlichster Art folgten. Sie sind in vier Gruppen zusammengefasst. Die blaue Gruppe beinhaltet Statistik-Veröffentlichungen im engeren Sinne wie das Statistische Jahrbuch. Zur gelben Reihe gehören stadtforscherische Arbeiten wie die Berichte zu Bürgerumfragen. Die rote Reihe umfasst Publikationen mit kleinräumigem Raumbezug wie den Ortsteilkatalog. Die weiße Reihe bilden die Wahlberichte des Wahlleiters und des Wahlamtes.

Die neue kommunale Gliederung in Stadtbezirke und Ortsteile, die nicht nur für die Statistik so wichtig sind, wurde vom Statistikamt federführend bearbeitet und Anfang 1992 vom Stadtrat bestätigt. Mit Gohlis, Paunsdorf, Connewitz, Lindenau und anderen Ortsteilen wurde der Stadt ein Stück Identität wieder-

gegeben. Sie sind seitdem feste Größen nicht nur für die Stadtverwaltung.

Die Eingemeindungen insbesondere im Jahr 1999 waren auch für die Statistiker eine Herausforderung. Dass es in Leipzig im Gegensatz zu anderen Großstädten keine doppelten Straßennamen mehr gibt, ist nicht nur für die Statistiker überaus hilfreich.

Viele unterschiedliche Untersuchungen, Analysen und Vorausschätzungen samt Berichterstattung erfolgten. Da zunehmend das Internet auch für die statistische und Wahlberichterstattung an Bedeutung gewann, musste dieses auch vom Amt für Statistik und Wahlen genutzt werden. Hier findet man zum Beispiel Faltblätter mit wichtigen Daten zur Stadt Leipzig in mehreren Sprachen.

Neben der Wirtschaftsentwicklung war und ist auch die demografische Entwicklung Schwerpunkt der Leipziger Kommunalstatistiker. Die Ergebnisse der Bevölkerungsvorausberechnungen sind unter anderem in Form animierter Lebensbäume im Internetauftritt des Amtes verfügbar. Anhand dieser Animation kann man den Aufbau der Leipziger Bevölkerung vergangener Jahre und den voraussichtlichen kommender Jahre nachvollziehen.

Bei den Bevölkerungsvorausschätzungen wurde stark mit externen Wissenschaftlern kooperiert. Soweit es die Kapazitäten des Amtes zuließen, wurde über die Statistikstellen in Bund, Ländern und Städten hinaus auch mit Wissenschaftseinrichtungen insbesondere der Region auf vielfältige Art zusammengearbeitet.

Nachdem das Leipziger Umweltforschungszentrum ein spezielles Informationssystem entwickelt hatte, sollte dieses ab 2006 unter Federführung des Amtes für Statistik und Wahlen zum Leipzig-Informationssystem LIS weiterentwickelt werden. Ende 2009 konnte eine erste Ausbaustufe des Systems im Intranet der Stadt Leipzig für die verwaltungsinterne Nutzung freigeschaltet werden. Die Internetfreischaltung ist geplant.

Bereits im Oktober 1990 tagte im überfüllten Turmzimmer des Leipziger Neuen Rathauses der Ausschuss Statistik und Stadtforschung des Verbandes Deutscher Städtestatistiker. Das war in gewisser Weise eine

Wiedervereinigungsveranstaltung der Kommunalstatistiker aus West- und Ostdeutschland. Kurze Zeit später wurde unter wesentlicher Mitwirkung der Leipziger Statistiker die Regionale Arbeitsgemeinschaft Ost des Verbandes Deutscher Städtestatistiker gegründet, einige Zeit später die Arbeitsgemeinschaft Statistik und Wahlen des Sächsischen Städte- und Gemeindetages. Auch erfolgte die Einbindung in Gremien des Deutschen Städtetages.

Insbesondere der Hamburger Statistikchef hatte bereits 1991 auf die große Vergangenheit der Leipziger Kommunalstatistik aufmerksam gemacht. Als vierte deutsche Stadt hatte Leipzig seit 1867 ein Statistisches Büro. Die ersten Leiter Dr. Georg Friedrich Knapp und Dr. Ernst Hasse wurden offenbar nicht nur in Statistikerkreisen geschätzt. Auch die Leipziger Stadträte würdigten sie später, indem zum Beispiel eine Straße nach Dr. Hasse benannt wurde. Zum Jubiläum „125 Jahre Leipziger Kommunalstatistik“ tagte 1992 in Leipzig erstmals der Statistische Ausschuss des Deutschen Städtetages. In diesem Ausschuss wurden auch Probleme des Wahlrechts und der Wahlorganisation beraten. Drei Jahre später organisierten die Leipziger Statistiker die Statistische Woche, den Statistikkongress mehrerer Statistikverbände. Es war der erste in den neuen Bundesländern. Dank straffer Organisation war es auch der erste und bisher einzige Kongress, bei dem der Tagungsband noch im Tagungsjahr erschien. Fast alles deutet daraufhin, dass die Statistische Woche 2011 erneut in Leipzig stattfindet.

Statistik und Staat haben im italienischen Wort *statis* den gleichen Wortursprung. Ohne solide statistische Informationen war und ist wohl auch heute kein ordentlicher Staat zu machen. Und ohne ordentliche Wahlen gibt es keine Demokratie. Deswegen hatte in Wahlzeiten in der Arbeit des Amtes die Wahlorganisation Priorität vor der Statistik. Das Statistikamt wurde quasi zum Büro des Wahlleiters, der eine eigenständige Behörde ist.

Da Wahlorganisation stark vom Wahlrecht abhängt, wurde seit Anfang der 1990er Jahre über entsprechende Landes- bzw. Bundesgremien versucht, Einfluss auf die Wahlgesetzgebung zu nehmen. Das geschah mit gemischtem Erfolg. Immerhin soll in Sachsen demnächst das Kommunalwahlrecht novelliert werden. Ob bzw. wann die Landtagswahl-

kreise die notwendige grundlegende Neugliederung erfahren, bleibt dahingestellt.

Die Wahlorganisation ist eine der großen logistischen Herausforderungen einer Stadtverwaltung. In Leipzig sind alle Wahlen seit 1994 mit sehr knapp bemessenem Personal und sehr knapp bemessenen Mitteln ohne größere Beanstandungen durchgeführt worden. Besonders in den Superwahljahren 1994 und 2009 mit Europawahl, Kommunalwahlen, Landtagswahl und Bundestagswahl war das alles andere als selbstverständlich. Auch von 2004 bis 2006 gab es einige, teilweise ungeplante Wahlen, die manchmal binnen weniger Wochen realisiert werden mussten. Ob die nächsten Wahlen in Leipzig erst 2013 stattfinden, ist wie alles in der Zukunft ungewiss. Hoffentlich steht dann anders als 2009 ausreichend eingearbeitetes Personal zur Verfügung. Bei immer mehr Wahlberechtigten und immer mehr Briefwählern kann man nicht nach der Devise „weniger ist mehr“ verfahren. An anderer Stelle galt diese *Maxime* im Amt aber dennoch, nämlich wenn es darum ging, lesbare und verständliche Berichte zu realisieren.

Eine offene Bundes-Baustelle der Statistik, von der aber auch alle Kommunen betroffen sind, ist die Volkszählung. Über die wird seit Jahrzehnten in Deutschland gesprochen, und zwar sehr kontrovers. Im Jahr 2000 kam deshalb in Deutschland kein Zensus zustande. Der für 2010 geplante Zensus findet nun wohl 2011 statt und wird möglicherweise die Datenanforderungen der Europäischen Union, des Bundes und der Länder befriedigen, die der Städte sicher nicht. Das kann nicht befriedigen, zumal ein Großteil der Arbeit von den Kommunen zu realisieren ist.

Der Begründer der Leipziger Kommunalstatistik von 1867 ging 1874 nach 7-jährigem Wirken für Leipzig als Professor nach Straßburg und wurde später Schwiegervater des ersten Bundespräsidenten Heinemann. Beides ist keine Perspektive für den Neubegründer der Leipziger Kommunalstatistik von 1990 und Leipziger Wahlleiter nach seinem über 19-jährigen Wirken für die Stadt Leipzig. Ansonsten lohnt es sich angesichts der eilenden Zeit, an den Spruch der Uhr des Neuen Rathauses zu erinnern: „*Mors certa, hora incerta.*“ Die Übersetzung „Todsicher geht die Uhr falsch.“ ist bekanntlich nicht richtig.

Quartalszahlen für das 1. Quartal 2010

Alle Angaben sind vorläufig.

Tendenzen der wirtschaftlichen Entwicklung - Stadt Leipzig

(Gleitender Dreimonatsdurchschnitt der jeweils letzten drei Monate - Veränderung zum Vorjahreszeitraum)
Stand: März 2010

Merkmal	2009										2010		
	Mär	Apr	Mai	Jun	Jul	Aug	Sep	Okt	Nov	Dez	Jan	Feb	Mär
Umsatz													
Verarbeitendes Gewerbe	↘↘↘	↘↘↘	↘↘↘	↘↘↘	↘↘↘	↘↘↘	↘	↘	↘	↗↗	↗↗↗	↗↗↗	...
Bauhauptgewerbe	↘↘↘	↘↘↘	↘	↘	↘	↘	↘	↘	↘↘↘	↘↘↘	↘	↘	...
Auslandsumsatz													
Verarbeitendes Gewerbe	↘↘↘	↘↘↘	↘↘↘	↘↘↘	↘↘↘	↘	↗	↗↗	↗↗	↗↗↗	↗↗↗	↗↗↗	...
Auftragseingang													
Verarbeitendes Gewerbe	↘↘↘	↘↘↘	↘↘↘	↘↘↘	↘↘↘	↘↘↘	↘	↘	↘	↗	↗↗↗	↗↗↗	...
Bauhauptgewerbe	↘	↗↗↗	↗↗↗	↗↗↗	↗	↗↗↗	↗↗↗	↗↗↗	↗↗↗	↗↗↗	↘	↘	...
Übernachtungen	↗	↘	↘	↘	→	↘	↘	→	↗	↗↗	↗	↗	...
Flughafen													
Verkehrseinheiten ¹⁾	↗↗↗	↗↗	↗	↘	↘	→	↗	↗	↗	↗↗	↗↗	↗↗↗	↗↗↗
Arbeitslosenzahl	↘	→	→	→	→	→	↘	↘	↘	↘	↘	↘	↘
Verbraucherpreisindex ²⁾	→	→	→	→	→	→	→	→	→	→	→	→	↗
Insgesamt													
GESAMTTENDENZ	↘	↘	↘	↘	↘	↘	→	→	→	↗	↗	↗	...

¹⁾ Eine Verkehrseinheit entspricht einem gewerblichem Passagier oder 100 kg Luftfracht/Luftpost, ohne Transit

²⁾ Angaben für Sachsen

Veränderungsraten (ohne Preisindex):

20 % ≤	Veränderungsrate		↗↗↗
10 % ≤	Veränderungsrate	< 20 %	↗↗
1 % ≤	Veränderungsrate	< 10 %	↗
- 1 % <	Veränderungsrate	< 1 %	→
- 10 % <	Veränderungsrate	≤ - 1 %	↘
- 20 % <	Veränderungsrate	≤ - 10 %	↘↘
	Veränderungsrate	≤ - 20 %	↘↘↘

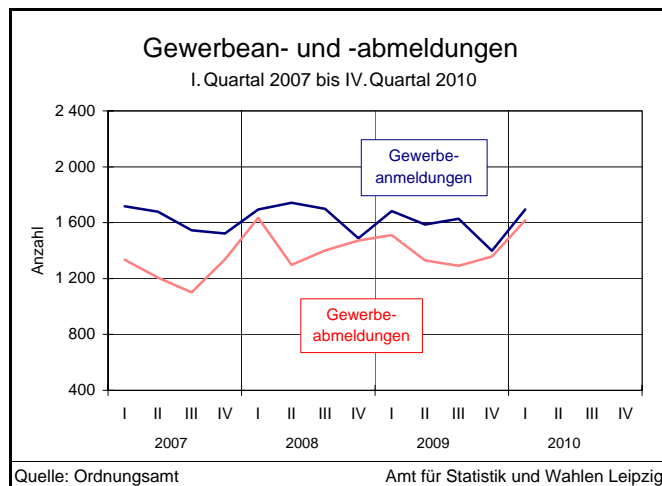
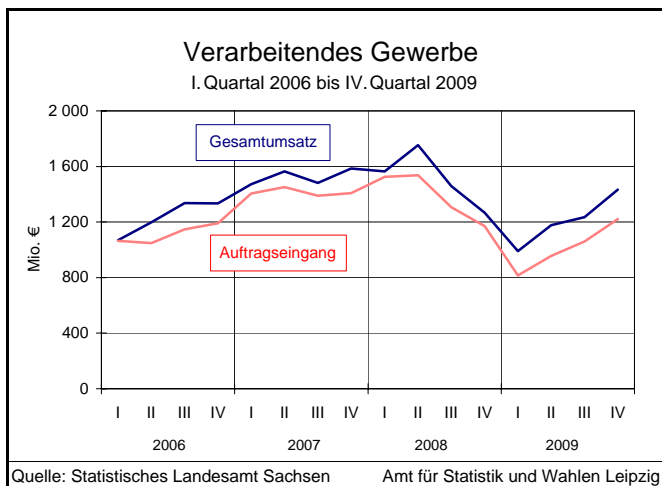
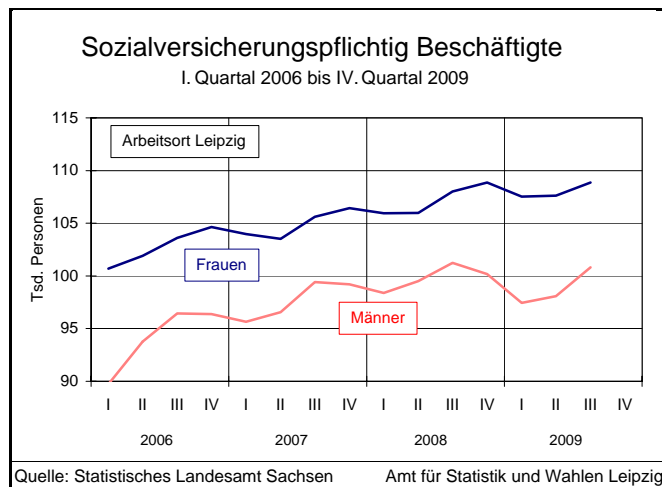
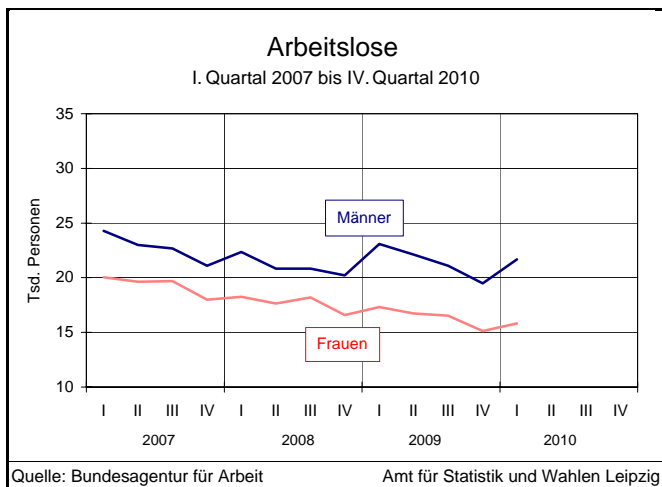
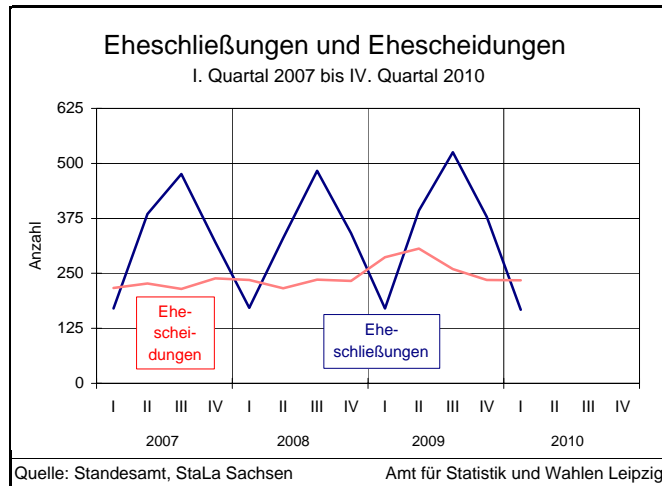
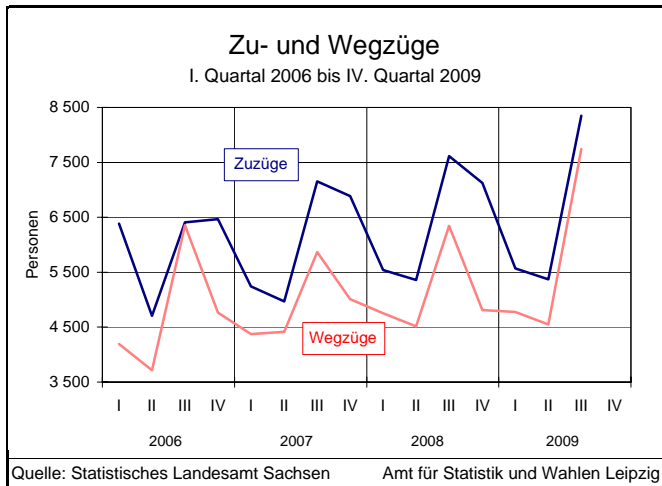
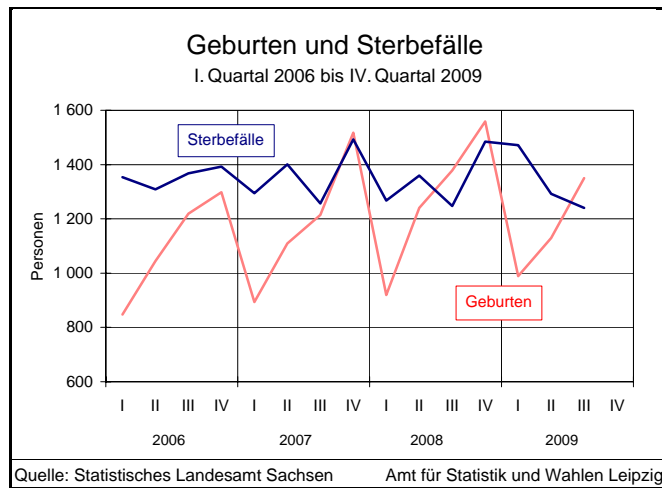
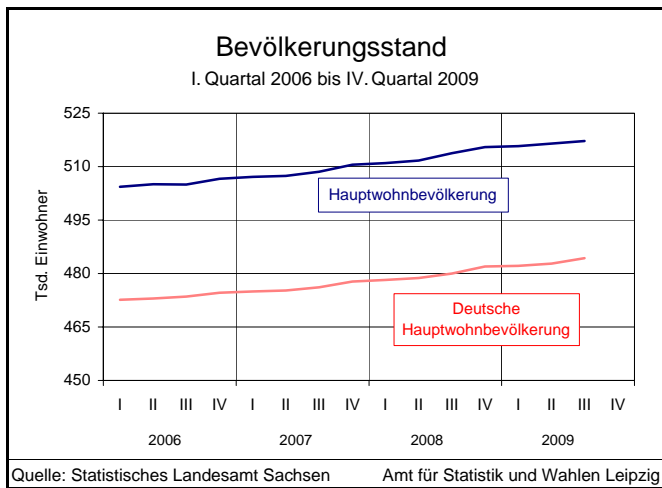
Verbraucherpreisindex:

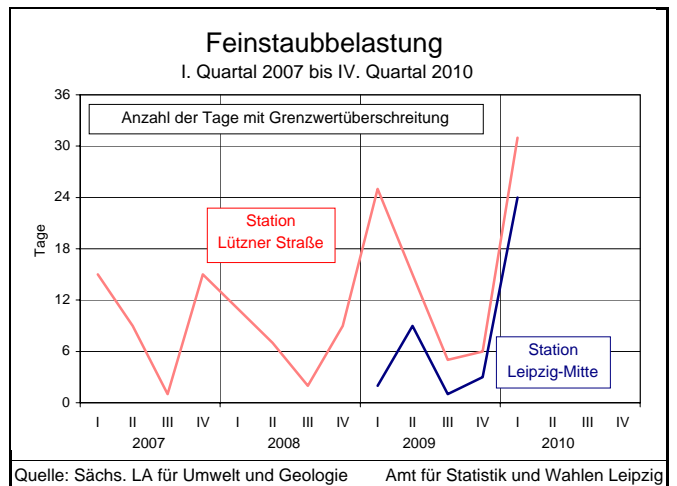
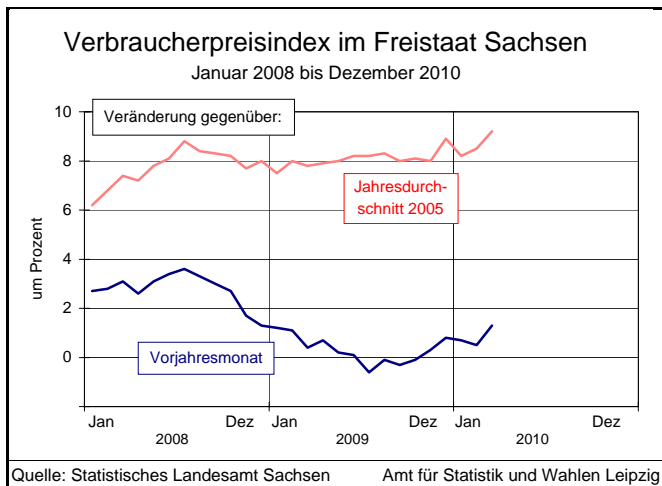
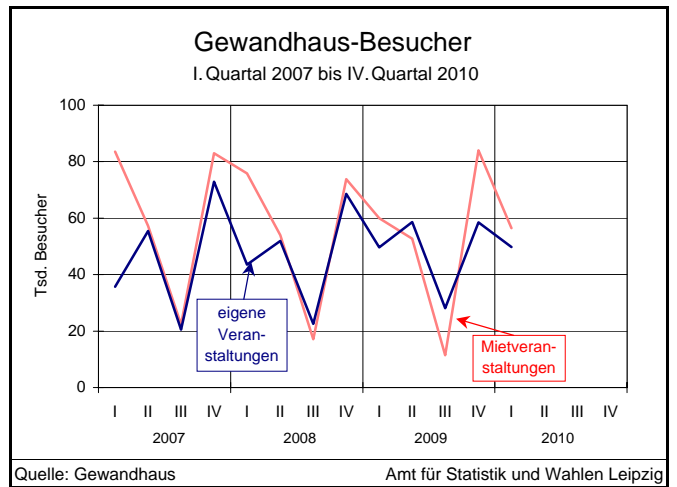
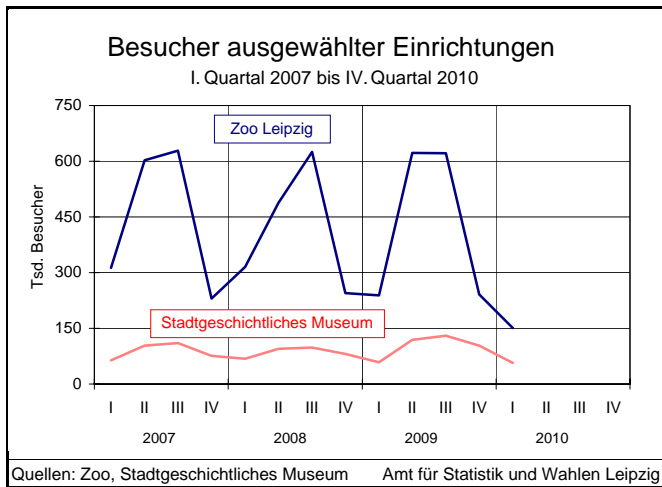
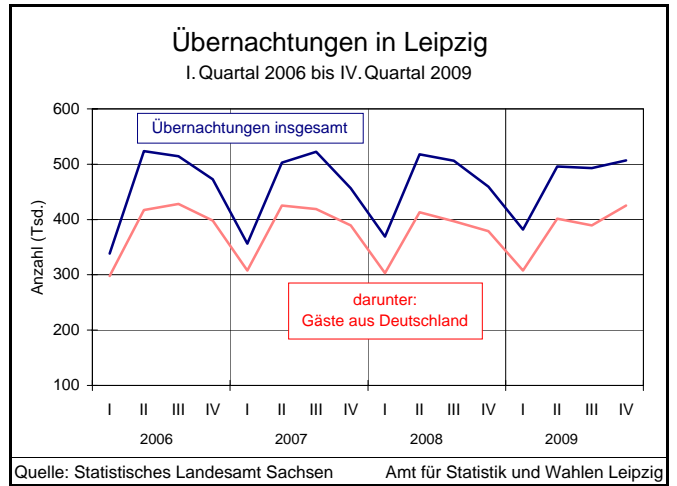
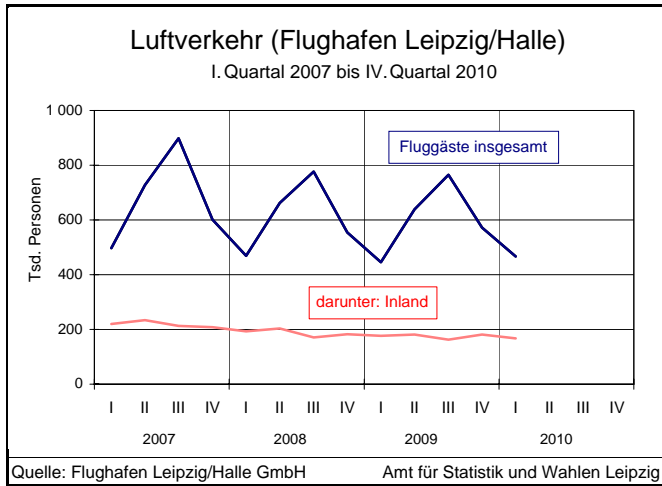
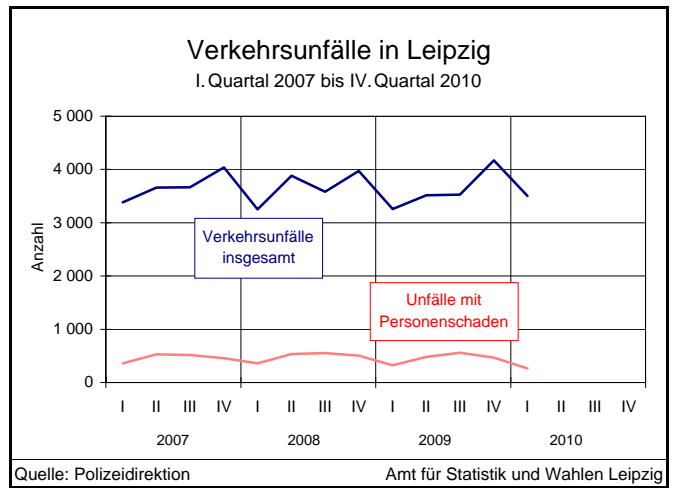
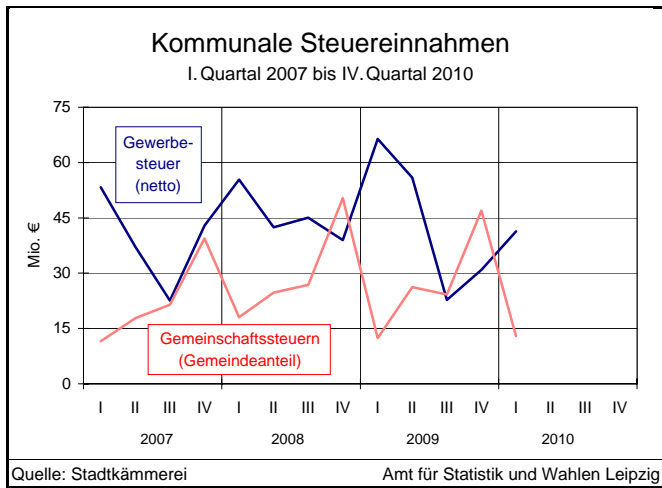
3 % ≤	Veränderungsrate		↗↗↗
2 % ≤	Veränderungsrate	< 3 %	↗↗
1 % ≤	Veränderungsrate	< 2 %	↗
- 1 % ≤	Veränderungsrate	< 1 %	→

Gesamttendenz:

Die Veränderungsraten wurden mit Punkten bewertet (↗↗↗ entspricht +3 Punkten, ↘↘↘ entspricht - 3 Punkten; bei Arbeitslosenzahl und Preisindex entsprechend umgekehrt)

21 ≤	Punkte		↗↗↗
13 ≤	Punkte	≤ 20	↗↗
4 ≤	Punkte	≤ 12	↗
- 3 ≤	Punkte	≤ 3	→
- 12 ≤	Punkte	≤ - 4	↘
- 20 ≤	Punkte	≤ - 13	↘↘
	Punkte	≤ - 21	↘↘↘





Sachgebiet	Jahr	Gesamt- bzw. Endstand	1. Quartal	2. Quartal	3. Quartal	4. Quartal
<u>Bevölkerungsstand</u>						
<i>(Quelle: Statistisches Landesamt Sachsen)</i>						
Einwohner mit Hauptwohnung	2009	...	515 765	516 431	517 142	...
	2008	515 469	510 950	511 676	513 082	515 469
davon: männlich	2009	...	250 331	250 709	250 953	...
	2008	250 018	247 641	248 119	248 908	250 018
weiblich	2009	...	265 434	265 722	266 189	...
	2008	265 451	263 309	263 557	264 174	265 451
davon: Deutsche insgesamt	2009	...	482 112	482 755	484 321	...
	2008	481 941	478 173	478 774	479 963	481 941
davon: männlich	2009	...	231 013	231 410	232 229	...
	2008	230 729	228 704	229 114	229 785	230 729
weiblich	2009	...	251 099	251 345	252 092	...
	2008	251 212	249 469	249 660	250 178	251 212
Ausländer insgesamt	2009	...	33 653	33 676	32 821	...
	2008	33 528	32 777	32 902	33 119	33 528
davon: männlich	2009	...	19 318	19 299	18 724	...
	2008	19 289	18 937	19 005	19 123	19 289
weiblich	2009	...	14 335	14 377	14 097	...
	2008	14 239	13 840	13 897	13 996	14 239
Ausländerquote (in Prozent)	2009	...	6,5	6,5	6,3	...
	2008	6,5	6,4	6,4	6,5	6,5
<u>Eheschließungen</u>	2010	...	167
<i>(Quelle: Standesamt)</i>	2009	1 466	170	393	525	378
<u>Eintragung von Lebenspartnerschaften</u>	2010	...	5
<i>(Quelle: Standesamt)</i>	2009	39	5	9	14	11
<u>Ehescheidungen</u>	2010	...	234
<i>(Quelle: Statistisches Landesamt Sachsen)</i>	2009	1 088	287	306	260	235
<u>Natürliche Bevölkerungsbewegung</u>						
<i>(Quelle: Einwohnerregister)</i>						
Geburten	2010	...	1 331
	2009	4 997	1 213	1 161	1 348	1 275
davon: männlich	2010	...	690
	2009	2 581	626	619	667	669
weiblich	2010	...	641
	2009	2 416	587	542	681	606
Sterbefälle	2010	...	1 631
	2009	5 471	1 591	1 316	1 261	1 303
davon: männlich	2010	...	717
	2009	2 495	699	604	582	610
weiblich	2010	...	914
	2009	2 976	892	712	679	693
Saldo Geburten - Sterbefälle	2010	...	- 300
	2009	- 474	- 378	- 155	+ 87	- 28

Sachgebiet	Jahr	Gesamt- bzw. Endstand	1. Quartal	2. Quartal	3. Quartal	4. Quartal
<u>Räumliche Bevölkerungsbewegung</u> (Quelle: Statistisches Landesamt Sachsen)						
Zuzüge	2009	26 382	5 568	5 369	8 346	7 099
	2008	25 640	5 542	5 357	7 617	7 124
davon: männlich	2009	13 187	2 855	2 772	4 077	3 483
	2008	12 915	2 888	2 819	3 684	3 524
weiblich	2009	13 195	2 713	2 597	4 269	3 616
	2008	12 725	2 654	2 538	3 933	3 600
Wegzüge	2009	22 504	4 775	4 548	7 745	5 436
	2008	20 419	4 755	4 513	6 342	4 809
davon: männlich	2009	11 515	2 402	2 384	3 928	2 801
	2008	10 378	2 454	2 352	3 066	2 506
weiblich	2009	10 989	2 373	2 164	3 817	2 635
	2008	10 041	2 301	2 161	3 276	2 303
Wanderungssaldo	2009	+ 3 878	+ 793	+ 821	+ 601	+ 1 663
	2008	+ 5 221	+ 787	+ 844	+ 1 275	+ 2 315
Innerstädtische Umzüge (Quelle: Einwohnerregister)	2010	...	12 369
	2009	51 400	12 548	13 109	13 260	12 483
<u>Meldepflichtige übertragbare Krankheiten</u> (Quelle: Gesundheitsamt)						
Gemeldete Infektionskrankheiten	2010	...	2 335
	2009	11 657	3 167	1 318	1 077	6 095
darunter: ansteckende Durchfallerkrankungen	2010	...	2 153
	2009	6 274	2 414	1 133	818	1 909
darunter: bakteriell bedingte	2010	...	399
	2009	1 561	368	206	522	465
viral bedingte	2010	...	1 735
	2009	4 699	2 151	793	328	1 427
Virushepatitis - Carrier (Träger)	2010	...	32
	2009	115	9	41	38	27
Hirnhautentzündung (Meningitis/Encephal.) ...	2010	...	5
	2009	30	12	8	3	7
Keuchhusten (Pertussis)	2010	...	5
	2009	189	74	31	52	32
Virusgrippe (Influenza)	2010	...	58
	2009	2 397	340	15	106	1 936
darunter: Neue Grippe A/H1N1	2010	...	58
	2009	2 042	-	3	104	1 935
Borreliose	2010
	2009	42	.	14	22	.
Anzahl der Häufungen obiger Infektionskrankheiten ¹⁾	2010	...	37
	2009	89	31	20	12	26
Untersuchungen bei Kontaktpersonen	2010	...	309
	2009	3 362	1 159	634	1 136	433
Tuberkulose-Neuerkrankungen	2010	...	8
	2009	45	10	14	6	15
darunter: Atmungsorgane	2010	...	6
	2009	34	9	9	5	11
<u>Sexuell übertragbare Krankheiten</u> (Quelle: Gesundheitsamt)						
Gonorrhoe	2010	...	43
	2009	124	23	23	40	38
Syphilis	2010	...	13
	2009	50	12	9	4	25
Urogenitale Chlamydieninfektionen	2010	...	205
	2009	692	160	184	167	181
HIV-Neuinfektionen	2010	...	4
	2009	26	6	9	3	8

¹⁾ zwei oder mehr gleichartige Erkrankungen, bei denen ein epidemischer Zusammenhang wahrscheinlich ist

Sachgebiet	Jahr	Gesamt- bzw. Endstand	1. Quartal	2. Quartal	3. Quartal	4. Quartal
<u>Kommunale Finanzen</u>						
<i>(Quelle: Stadtkämmerei)</i>						
Grundsteuer 1 000 €	2010	...	16 748
	2009	68 562	16 885	15 919	20 472	15 286
Gewerbsteuer (brutto) 1 000 €	2010	...	41 799
	2009	188 297	66 409	60 012	27 226	34 650
Gemeindeanteil an der Einkommensteuer 1 000 €	2010	...	5 194
	2009	80 341	4 594	19 185	16 950	39 612
Gemeindeanteil an der Umsatzsteuer 1 000 €	2010	...	7 736
	2009	29 515	7 834	7 053	7 268	7 360
Vergnügungssteuer 1 000 €	2010	...	326
	2009	630	208	153	61	208
Hundsteuer 1 000 €	2010	...	558
	2009	1 397	556	164	529	148
Zweitwohnungssteuer 1 000 €	2010	...	33
	2009	388	46	153	34	155
Gewerbsteuerumlage 1 000 €	2010	...	516
	2009	12 398	-	4 146	4 464	3 788
Steuereinnahmen (netto) insgesamt 1 000 €	2010	...	71 877
	2009	356 734	96 533	98 493	68 077	93 631
Schuldenstand Mio. €	2010	...	709
	2009	x	746	748	734	723
Schuldenstand je Einwohner €	2010	...	1 374
	2009	x	1 457	1 460	1 433	1 412
<u>Gewerbean- und -abmeldungen</u>						
<i>(Quelle: Ordnungsamt/Gewerbebehörde)</i>						
Anmeldungen	2010	...	1 694
	2009	6 297	1 684	1 586	1 627	1 400
Abmeldungen	2010	...	1 616
	2009	5 490	1 510	1 330	1 292	1 358
<u>Insolvenzen</u>						
<i>(Quelle: Statistisches Landesamt Sachsen)</i>						
Insolvenzen insgesamt	2009	2 185	524	482	630	549
	2008	1 950	539	465	643	.
darunter: private Personen und Nachlässe	2009	1 785	412	402	520	451
	2008	1 581	448	379	365	.
<u>Kriminalität</u>						
<i>(Quelle: Polizeidirektion Leipzig)</i>						
Straftaten insgesamt	2010	...	14 737
	2009	58 104	13 932	14 531	14 812	14 839
Aufklärungsquote%	2010	...	49,2
	2009	51,2	50,6	49,0	51,6	53,3

Sachgebiet	Jahr	Gesamt- bzw. Endstand	1. Quartal	2. Quartal	3. Quartal	4. Quartal
<u>Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte</u> (Quellen: Statistisches Landesamt Sachsen, Statistik der Bundesagentur für Arbeit)						
Beschäftigte am Arbeitsort Leipzig	2009	...	204 960	205 709	209 659	...
	2008	209 049	204 344	205 490	209 262	209 049
davon: Männer	2009	...	97 428	98 093	100 805	...
	2008	100 185	98 391	99 503	101 243	100 185
Frauen	2009	...	107 532	107 616	108 854	...
	2008	108 864	105 953	105 987	108 019	108 864
Beschäftigte am Wohnort Leipzig	2009	...	163 372	164 372	166 909	...
	2008	165 630	160 062	161 918	165 333	165 630
davon: Männer	2009	...	80 120	80 862	82 348	...
	2008	81 883	79 262	80 605	82 479	81 883
Frauen	2009	...	83 252	83 510	84 561	...
	2008	83 747	80 800	81 313	82 854	83 747
außerdem: geringfügig entlohnte Beschäftigte	Insgesamt		ausschließlich		im Nebenjob	
am Arbeitsort Leipzig	30.06.2009	42 427	32 209		10 218	
	30.06.2008	41 663	32 004		9 659	
am Wohnort Leipzig	30.06.2009	33 222	25 149		8 073	
	30.06.2008	32 231	24 841		7 390	
<u>Arbeitslose in der Stadt Leipzig</u>	2010	...	37 506
(Quelle: Statistik der Bundesagentur für Arbeit)	2009	34 609	40 408	38 842	37 600	34 609
darunter: Frauen	2010	...	15 817
	2009	15 131	17 358	16 723	16 514	15 131
unter 25 Jahre	2010	...	4 095
	2009	3 449	4 601	4 304	4 732	3 449
Langzeitarbeitslose	2010	...	13 802
	2009	13 441	15 524	15 168	14 502	13 441
Arbeitslosenquote aller zivilen Erwerbspersonen	2010	...	14,7
	2009	13,6	16,0	15,2	14,8	13,6
Arbeitslosenquote aller abhängigen zivilen	2010	...	16,5
Erwerbspersonen	2009	15,2	18,0	17,1	16,5	15,2
Arbeitslose nach SGB III insgesamt	2010	...	8 025
	2009	6 674	8 757	7 743	7 345	6 674
darunter: Frauen	2010	...	3 305
	2009	2 987	3 588	3 390	3 314	2 987
unter 25 Jahre	2010	...	1 061
	2009	823	1 385	1 025	1 238	823
Arbeitslose nach SGB II insgesamt	2010	...	29 481
	2009	27 935	31 651	31 099	30 255	27 935
darunter: Frauen	2010	...	12 512
	2009	12 144	13 740	13 333	13 200	12 144
unter 25 Jahre	2010	...	3 034
	2009	2 626	3 216	3 279	3 494	2 626

Sachgebiet	Jahr	Gesamt- bzw. Endstand	1. Quartal	2. Quartal	3. Quartal	4. Quartal
<u>Leistungsempfänger in der Stadt Leipzig</u>						
<i>(Quelle: Statistik der Bundesagentur für Arbeit)</i>						
<u>Leistungsempfänger - Rechtskreis SGB III</u>						
Empfänger insgesamt	2009	8 328	9 486	8 722	8 796	8 328
	2008	7 220	8 393	7 189	7 226	7 220
darunter: Empfänger ALG I	2009	7 612	9 082	8 077	8 090	7 612
	2008	6 915	8 058	6 835	6 939	6 915
darunter: Frauen	2009	3 269	3 404	3 244	3 520	3 269
	2008	3 093	3 652	3 339	3 436	3 093
<u>Leistungsempfänger - Rechtskreis SGB II - vorläufige Werte</u>						
Bedarfsgemeinschaften (BG) insgesamt	2010	...	46 438
	2009	45 700	45 735	46 825	46 676	45 700
darunter: BG mit einer Person	2010	...	28 456
	2009	27 815	27 578	28 521	28 433	27 815
monatliche Leistungen pro BG in Euro	2010	...	763,44
(auf Basis aller Bedarfsgemeinschaften)	2009	771,15	771,99	768,58	778,40	771,15
darunter: ALG II	2010	...	323,10
	2009	326,55	325,26	322,82	331,47	326,55
Leistungen für Unterkunft und Heizung	2010	...	264,98
	2009	269,57	267,97	267,50	270,58	269,57
Sozialgeld	2010	...	8,29
	2009	11,31	8,62	7,87	11,57	11,31
Personen in Bedarfsgemeinschaften	2010	...	78 331
	2009	77 330	77 895	79 211	79 023	77 330
davon: Erwerbsfähige Hilfebedürftige	2010	...	60 215
	2009	59 351	60 038	61 257	60 914	59 351
darunter: Frauen	2010	...	29 311
	2009	29 157	29 483	29 930	29 812	29 157
unter 25 Jahre	2010	...	9 976
	2009	9 821	10 635	10 930	10 575	9 821
Ausländer	2010	...	6 225
	2009	6 093	6 127	6 175	6 182	6 093
Nicht erwerbsfähige Hilfebedürftige	2010	...	18 116
	2009	17 979	17 857	17 954	18 109	17 979
darunter: unter 15 Jahre	2010	...	17 710
	2009	17 586	17 457	17 551	17 723	17 586
Ausländer	2010	...	1 178
	2009	1 176	1 191	1 193	1 185	1 176
<u>Leistungsempfänger - Rechtskreis SGB II ¹⁾ - endgültige Werte</u>						
Bedarfsgemeinschaften (BG) insgesamt	2009	47 572	48 053	48 191	48 421	47 572
	2008	46 998	49 116	48 835	48 577	46 998
Personen in Bedarfsgemeinschaften	2009	80 553	81 888	81 717	81 910	80 553
	2008	80 323	85 175	84 640	83 898	80 323

¹⁾ Angaben werden von der Bundesagentur für Arbeit nach einer Wartezeit von 3 Monaten in endgültige Werte umgewandelt

Sachgebiet	Jahr	Gesamt- bzw. Endstand	1. Quartal	2. Quartal	3. Quartal	4. Quartal
<u>Verarbeitendes Gewerbe</u> ¹⁾ (Quelle: Statistisches Landesamt Sachsen)						
Betriebe	2009	³⁾ 65	64	66	66	65
	2008	³⁾ 70	71	70	70	70
Tätige Personen	2009	³⁾ 12 756	12 663	12 829	12 821	12 620
	2008	³⁾ 13 685	13 720	13 663	13 815	13 664
Arbeitsstunden 1 000	2009	19 570	4 997	4 819	4 952	4 818
	2008	21 928	5 654	5 669	5 524	5 092
Bezahlte Entgelte 1 000 €	2009	453 949	105 529	115 522	109 985	121 164
	2008	523 061	119 165	129 856	132 113	142 232
Gesamtumsatz 1 000 €	2009	4 791 044	991 083	1 177 843	1 235 257	1 432 793
	2008	6 030 447	1 564 999	1 754 448	1 459 306	1 266 704
darunter: Ausland 1 000 €	2009	2 499 475	496 616	556 914	706 372	794 877
	2008	3 045 480	843 666	895 866	698 790	607 157
Auftragseingang 1 000 €	2009	4 016 485	815 448	957 024	1 059 892	1 221 805
	2008	5 516 628	1 514 124	1 537 828	1 306 116	1 171 462
<u>Bauhauptgewerbe</u> ²⁾ (Quelle: Statistisches Landesamt Sachsen)						
Betriebe	2009	³⁾ 44	43	44	44	45
	2008	³⁾ 45	47	45	43	43
Tätige Personen	2009	³⁾ 3 377	3 165	3 372	3 468	3 387
	2008	³⁾ 3 307	3 386	3 367	3 352	3 218
Arbeitsstunden 1 000	2009	3 832	678	993	1 130	1 014
	2008	3 952	838	1 048	1 120	946
Bruttolohn- und -gehaltssumme 1 000 €	2009	101 148	20 287	26 269	26 171	26 855
	2008	96 968	22 254	25 226	24 846	24 642
Gesamtumsatz 1 000 €	2009	452 915	75 611	114 240	138 724	114 667
	2008	543 484	101 068	134 255	151 822	156 339
darunter: Baugewerblicher Umsatz 1 000 €	2009	444 770	73 613	112 328	136 739	112 416
	2008	532 154	97 847	131 606	149 279	153 422
Auftragseingang 1 000 €	2009	328 886	75 577	81 335	98 946	69 628
	2008	282 575	77 930	66 748	81 109	56 788
Auftragsbestand 1 000 €	2009	131 224	164 522	175 795	156 239	131 224
	2008	154 572	212 999	209 239	191 391	154 572
<u>Ausbaugewerbe</u> ²⁾ (Quelle: Statistisches Landesamt Sachsen)						
Betriebe	2009	³⁾ 65	65	65	67	64
	2008	³⁾ 61	60	61	61	61
Tätige Personen	2009	³⁾ 2 555	2 552	2 544	2 620	2 503
	2008	³⁾ 2 200	2 061	2 174	2 313	2 251
Arbeitsstunden 1 000	2009	3 259	774	812	858	814
	2008	2 905	664	729	778	734
Bruttolohn- und -gehaltssumme 1 000 €	2009	62 994	15 092	15 820	15 683	16 399
	2008	52 516	11 811	12 729	13 581	14 395
Gesamtumsatz 1 000 €	2009	259 811	56 099	66 672	62 844	74 195
	2008	227 661	44 606	50 083	65 432	67 540
darunter: Ausbaugewerblicher Umsatz 1 000 €	2009	252 295	54 680	64 752	61 048	71 815
	2008	219 163	42 065	48 252	63 330	65 516

¹⁾ Betriebe mit 50 Beschäftigten und mehr ²⁾ Betriebe mit 20 Beschäftigten und mehr ³⁾ Jahresdurchschnitt

Sachgebiet	Jahr	Gesamt- bzw. Endstand	1. Quartal	2. Quartal	3. Quartal	4. Quartal
Bautätigkeit (Quelle: Statistisches Landesamt Sachsen)						
Baugenehmigungen	2009	934	191	208	238	297
	2008	1 065	278	266	220	301
darunter: Neubauten	2009	469	85	104	116	164
	2008	474	99	141	96	138
davon: Wohngebäude	2009	388	67	90	88	143
	2008	378	79	115	81	103
Nichtwohngebäude	2009	81	18	14	28	21
	2008	96	20	26	15	35
Wohnungen	2009	1 285	277	197	314	497
	2008	1 637	370	366	426	475
darunter: Zugang durch Neubau	2009	567	104	121	113	229
	2008	625	128	242	92	163
Wohnfläche 1 000 m ²	2009	128	29	26	27	46
	2008	127	35	66	25	1
Nutzfläche 1 000 m ²	2009	74	2	49	27	- 4
	2008	254	83	35	37	99
Veranschlagte Kosten Mio. €	2009	281	50	71	94	66
	2008	338	107	96	63	72
	2009			2008		
Baufertigstellungen	845			895		
Wohnungsbestand insgesamt	315 500			314 402		
Gebäudebestand (Wohngebäude)	55 600			55 311		
Ärztliche Notdienste, Krankentransporte, Feuerwehr (Quelle: Branddirektion / ASB)						
Einsätze insgesamt	2010	...	35 366
	2009	133 411	35 290	32 181	32 362	33 578
davon: Rettungsdienst/Krankentransport	2010	...	28 202
	2009	107 362	27 784	26 012	26 947	26 619
Einsätze Feuerwehr	2010	...	2 335
	2009	7 534	1 878	2 059	1 866	1 731
Kassenärztlicher Notdienst	2010	...	4 304
	2009	16 421	4 930	3 779	3 266	4 446
Kinderärztlicher Notdienst	2010	...	525
	2009	2 094	698	331	283	782
Feuerwehr (ohne Rettungsdienst; Quelle: Branddirektion)						
Einsätze insgesamt	2010	...	1 952
	2009	5 657	1 624	1 356	1 367	1 310
darunter: Brände	2010	...	226
	2009	1 227	325	350	266	286
davon: Großbrände	2010	...	7
	2009	44	7	3	4	30
Mittelbrände	2010	...	19
	2009	114	22	51	27	14
Kleinbrände	2010	...	200
	2009	1 069	296	296	235	242

Sachgebiet	Jahr	Gesamt- bzw. Endstand	1. Quartal	2. Quartal	3. Quartal	4. Quartal
<u>Zugelassene Kraftfahrzeuge</u> (Quelle: Ordnungsamt/Zulassungsbehörde)						
Insgesamt (ohne Anhänger)	2010	...	220 301
	2009	218 970	215 215	218 219	219 461	218 970
darunter: PKW	2010	...	192 877
	2009	194 167	188 379	190 738	191 674	194 167
LKW	2010	...	14 104
	2009	14 513	14 095	14 257	14 307	14 513
<u>Verkehrsunfälle, -delikte</u> (Quelle: Polizeidirektion Leipzig)						
Unfälle insgesamt	2010	...	3 505
	2009	14 473	3 260	3 516	3 528	4 169
darunter: mit Personenschaden	2010	...	262
	2009	1 833	327	483	556	467
Verletzte Personen	2010	...	307
	2009	2 133	378	571	639	545
Getötete Personen	2010	...	1
	2009	9	2	1	1	5
Unfälle unter Alkoholeinfluss	2010	...	45
	2009	251	60	61	64	66
Unfälle mit Unfallflucht	2010	...	903
	2009	3 465	803	858	866	938
Anzahl der erteilten Verwarnungsgelder	2010	...	6 315
	2009	38 910	9 664	9 861	11 636	7 749
Anzahl der Bußgeldbescheide	2010	...	7 791
	2009	25 292	8 565	6 279	4 811	5 637
<u>Öffentlicher Personennahverkehr</u> (Quelle: Leipziger Verkehrsbetriebe GmbH)						
Beförderte Personen	1 000	2010	...	34 529
		2009	126 735	32 037	29 919	28 287
davon: Straßenbahn	1 000	2010	...	28 287
		2009	103 102	26 038	24 139	22 846
Bus	1 000	2010	...	6 242
		2009	23 633	6 000	5 780	5 441
<u>Luftverkehr</u> (Quelle: Flughafen Leipzig/Halle GmbH)						
Flugzeugbewegungen	2010	...	14 041
	2009	60 150	13 435	15 068	16 401	15 246
Fluggäste insgesamt	2010	...	466 193
	2009	2 421 382	445 352	638 272	765 332	572 426
Fluggäste (gewerblicher Verkehr)	2010	...	464 291
	2009	2 410 812	443 504	636 748	761 629	568 931
darunter: Ankommende	2010	...	156 986
	2009	933 990	154 924	250 237	307 366	221 463
Abreisende	2010	...	163 143
	2009	931 257	158 458	266 533	305 549	200 717
Luftfracht (ohne Trucking)	t	2010	...	150 107
		2009	524 083	113 356	123 461	132 349
darunter: Anflug	t	2010	...	72 062
		2009	254 374	54 464	60 762	64 425
Abflug	t	2010	...	71 723
		2009	252 821	54 601	60 017	63 742
Verkehrseinheiten (VE) ¹⁾	2010	...	1 757 973
	2009	6 937 196	1 404 030	1 724 554	1 894 592	1 914 020

¹⁾ 1 VE entspricht einem gewerblichen Passagier oder 100 kg Fracht/Post, Transitaufkommen werden nicht berücksichtigt

Ausgewählte Messen im Berichtsquartal	Zeitraum der Messe	Aussteller insgesamt	Beteiligte Länder	Besucherszahl	Ausstellungsfläche in m ²
HAUS-GARTEN-FREIZEIT	13.02. - 21.02	865	14	} 174 000	54 000
mitteldeutsche handwerksmesse	13.02. - 21.02	233	5		10 500
Leipziger Buchmesse	18.03. - 21.03.	2 071	39	} 156 000	65 000
16. Leipziger Antiquariatsmesse	18.03. - 21.03.	69	6		1 300
Partner Pferd	21.01. - 24.01.	270	8	60 700	35 000
Beach & Boat	18.02. - 21.02.	142	1	13 500	15 000
CADEAUX Leipzig	06.03. - 08.03.	320	11	9 000	25 600
ImmobilienMesse Leipzig	19.02. - 21.02.	75	1	7 300	4 000

Sachgebiet	Jahr	Gesamt- bzw. Endstand	1. Quartal	2. Quartal	3. Quartal	4. Quartal
<u>Leistungen der Stadtreinigung</u> (Quelle: Stadtreinigung Leipzig)						
Restabfallentsorgung	2010	...	18 934
	2009	76 185	18 502	19 356	18 905	19 422
Sperrmüllentsorgung	2010	...	3 971
	2009	17 933	4 120	4 658	4 503	4 653
Sammlung von Papier	2010	...	6 885
	2009	26 854	6 845	6 396	6 364	7 250
Sammlung von Glas	2010	...	3 127
	2009	11 876	3 034	2 947	2 786	3 109
Sammlung von Leichtverpackung	2010	...	5 110
	2009	19 927	4 926	5 088	4 840	5 073

Sachgebiet	Jahr	Oktober	No- vember	De- zember	Januar	Februar	März
<u>Verbraucherpreisindex im Freistaat Sachsen</u> (Quelle: Statistisches Landesamt Sachsen)							
Gesamindex (Jahr 2005 = 100)	2009/10	108,1	108,0	108,9	108,2	108,5	109,2
	2008/09	108,2	107,7	108,0	107,5	108,0	107,8
Veränderung gegenüber Vorjahresmonat	2009/10	- 0,1	0,3	0,8	0,7	0,5	1,3
	2008/09	2,7	1,7	1,3	1,2	1,1	0,4
<u>darunter nach Hauptgruppen:</u>							
Nahrungsmittel und alkoholfreie Getränke	2009/10	112,1	112,6	113,2	114,4	114,9	116,0
	2008/09	116,0	115,1	115,4	116,2	116,3	116,3
Alkoholische Getränke, Tabakwaren	2009/10	113,3	113,4	113,2	113,4	113,2	113,6
	2008/09	110,6	110,7	110,7	110,6	110,8	111,0
Bekleidung und Schuhe	2009/10	121,9	120,1	120,8	116,0	115,8	120,1
	2008/09	116,5	116,6	116,1	112,7	115,4	117,0
Wohnung, Wasser, Strom, Gas und andere Brennstoffe	2009/10	106,7	106,7	106,6	107,1	107,2	107,6
	2008/09	108,0	107,8	106,9	107,6	107,5	107,4
Einrichtungsgegenstände, u.ä. für den Haushalt, Instandhaltung	2009/10	109,9	109,5	109,8	110,0	110,0	110,0
	2008/09	108,2	108,4	108,6	108,5	108,9	109,0
Gesundheitspflege	2009/10	105,7	105,6	105,6	105,3	105,2	105,2
	2008/09	105,0	105,1	105,1	105,1	105,1	105,2
Verkehr	2009/10	109,8	110,6	110,4	111,4	111,3	112,6
	2008/09	111,0	108,1	106,2	106,9	107,2	107,1
Nachrichtenübermittlung	2009/10	89,5	89,1	89,0	88,8	88,6	88,5
	2008/09	90,8	90,8	90,6	90,5	90,2	90,1
Freizeit, Unterhaltung und Kultur	2009/10	103,3	102,8	107,3	102,2	104,4	104,4
	2008/09	100,8	101,3	106,0	101,5	103,7	103,1
Bildungswesen	2009/10	99,9	99,9	99,9	100,2	101,9	101,9
	2008/09	110,4	110,4	110,4	110,9	111,0	100,3
Beherbergungs- und Gaststättendienst- leistungen	2009/10	108,3	107,0	113,3	108,1	108,7	108,7
	2008/09	106,7	106,0	112,0	107,2	108,4	107,4
Andere Waren und Dienstleistungen	2009/10	109,5	109,4	109,6	109,3	107,0	108,9
	2008/09	107,2	107,4	107,4	107,7	108,0	108,0
<u>Sonderauswertungen:</u>							
Gesamindex ohne saisonabhängige Nahrungsmittel	2009/10	108,2	108,1	108,9	108,1	108,4	108,9
	2008/09	108,1	107,6	107,9	107,3	107,8	107,6
Saisonabhängige Nahrungsmittel	2009/10	101,4	104,1	106,0	113,1	116,6	123,1
	2008/09	111,8	110,6	114,3	119,4	120,8	120,6
Gesamindex ohne administrierte Preise	2009/10	108,0	107,9	109,0	108,1	108,5	109,2
	2008/09	108,3	107,6	108,0	107,1	107,7	107,6
Administrierte Preise	2009/10	108,5	108,4	108,3	108,7	108,7	109,0
	2008/09	107,7	107,9	107,9	108,9	109,0	108,8
Energie	2009/10	116,8	117,9	117,2	119,3	119,1	122,2
	2008/09	125,9	120,7	115,3	117,7	117,0	116,1
Kraftfahrerpreisindex	2009/10	109,4	110,3	109,9	111,0	110,8	112,1
	2008/09	110,6	107,5	105,2	105,9	106,3	106,2

Sachgebiet	Jahr	Gesamt- bzw. Endstand	1. Quartal	2. Quartal	3. Quartal	4. Quartal
Tourismus (Quelle: Statistisches Landesamt Sachsen)						
Ankünfte insgesamt	2009	1 026 858	213 824	260 173	267 584	285 277
	2008	1 003 703	204 373	277 826	265 534	255 970
davon aus: Bundesgebiet	2009	850 105	176 883	216 836	213 459	242 927
	2008	828 734	171 968	226 997	213 632	216 137
Ausland insgesamt	2009	176 753	36 941	43 337	54 125	42 350
	2008	174 969	32 405	50 829	51 902	39 833
darunter: Europa (ohne Deutschland)	2009	114 266	22 202	28 733	36 811	26 520
	2008	118 584	21 569	33 896	37 221	25 898
darunter: Länder der EU	2009	89 981	16 911	22 543	29 431	21 096
	2008	90 420	14 527	25 969	30 319	19 605
Amerika	2009	46 456	12 049	10 727	12 401	11 279
	2008	41 001	8 482	12 075	10 593	9 851
Asien	2009	11 478	1 971	2 644	3 755	3 108
	2008	11 432	1 682	3 734	3 088	2 928
Afrika	2009	940	189	291	299	161
	2008	776	115	231	223	207
Übernachtungen insgesamt	2009	1 876 806	381 560	495 566	492 720	506 960
	2008	1 852 747	369 378	518 006	506 162	459 201
davon aus: Bundesgebiet	2009	1 523 567	307 579	401 498	389 493	424 997
	2008	1 491 766	302 841	413 050	396 751	379 124
Ausland insgesamt	2009	353 239	73 981	94 068	103 227	81 963
	2008	360 981	66 537	104 956	109 411	80 077
darunter: Europa (ohne Deutschland)	2009	226 546	44 501	62 596	67 290	52 159
	2008	244 212	44 262	71 564	75 155	53 231
darunter: Länder der EU	2009	179 162	34 321	48 881	54 050	41 910
	2008	187 692	31 408	54 706	60 968	40 610
Amerika	2009	94 694	23 810	24 169	25 767	10 948
	2008	85 295	18 053	23 893	24 923	18 426
Asien	2009	22 023	4 166	4 968	7 729	5 160
	2008	23 925	2 979	7 197	7 306	6 443
Afrika	2009	2 568	605	624	758	581
	2008	1 911	275	565	545	526
Durchschnittliche Aufenthaltsdauer (in Tagen)	2009	1,8	1,8	1,9	1,8	1,8
	2008	1,8	1,8	1,9	1,9	1,8
davon aus: Bundesgebiet	2009	1,8	1,7	1,9	1,8	1,7
	2008	1,8	1,8	1,8	1,9	1,8
Ausland insgesamt	2009	2,0	2,0	2,2	1,9	1,9
	2008	2,1	2,1	2,1	2,1	2,0
darunter: Europa (ohne Deutschland)	2009	2,0	2,0	2,2	1,8	2,0
	2008	2,1	2,1	2,1	2,0	2,1
darunter: Länder der EU	2009	2,0	2,0	2,2	1,8	2,0
	2008	2,1	2,2	2,1	2,0	2,1
Amerika	2009	2,0	2,0	2,3	2,1	1,9
	2008	2,1	2,1	2,0	2,4	1,9
Asien	2009	1,9	2,1	1,9	2,1	1,7
	2008	2,1	1,8	1,9	2,4	2,2
Afrika	2009	2,7	3,2	2,1	2,5	3,6
	2008	2,5	2,4	2,4	2,4	2,5

Sachgebiet	Jahr	Gesamt- bzw. Endstand	1. Quartal	2. Quartal	3. Quartal	4. Quartal
Besucher in ausgewählten Museen (Quellen: jeweilige Museen)						
Stadtgeschichtliches Museum insgesamt	2010	...	57 031
	2009	411 091	58 566	118 973	129 883	103 669
darunter: Altes Rathaus	2010	...	8 171
	2009	75 984	8 018	15 072	20 922	31 972
Stadtgeschichtliches Museum/Neubau	2010	...	7 777
	2009	31 169	7 497	8 746	7 766	7 160
Völkerschlachtdenkmal	2010	...	19 357
	2009	189 693	23 156	63 333	64 995	38 209
Forum 1813	2010	...	6 389
	2009	48 120	3 644	10 074	21 665	12 737
Alte Börse	2010	...	9 502
	2009	31 099	10 432	9 729	4 464	6 474
Schillerhaus	2010	...	1 137
	2009	11 126	1 045	4 847	3 385	1 849
Coffe Baum	2010	...	4 695
	2009	23 801	4 761	7 164	6 632	5 244
Museum der bildenden Künste	2010	...	25 682
	2009	111 819	22 054	27 958	33 619	28 188
GRASSI Museum für Musikinstrumente	2010	...	6 772
	2009	26 220	5 554	7 693	7 464	5 509
GRASSI Museum für Angewandte Kunst	2010	...	20 535
	2009	53 392	9 747	15 513	9 080	19 052
GRASSI Museum für Völkerkunde	2010	...	13 390
	2009	43 561	9 608	14 636	11 363	7 954
Naturkundemuseum	2010	...	9 986
	2009	38 337	9 215	6 613	6 308	16 201
Bach-Museum auf Zeit (Interim)	2010	...	5 744
	2009	20 361	3 433	6 774	8 544	1 610
Zeitgeschichtliches Forum	2010	...	63 430
	2009	215 973	49 922	54 252	47 794	64 005
Deutsches Buch- und Schriftmuseum	2010	...	338
	2009	1 300	301	160	622	217
Ägyptisches Museum	2010	...	1 757
	2009	10 034	2 645	3 775	1 882	1 732
Museum in der "Runden Ecke"	2010	...	20 560
	2009	125 971	21 698	27 444	31 558	45 271
Museum im Mendelssohn-Haus	2010	...	6 995
	2009	36 667	7 341	9 972	11 003	8 351
Museum für Druckkunst Leipzig	2010	...	2 730
	2009	9 588	2 233	2 594	2 452	2 309
Apothekenmuseum	2010	...	279
	2009	1 852	298	538	510	506
Deutsches Kleingärtnermuseum in Leipzig e.V.	2010	...	83
	2009	1 472	51	542	510	369
Leipziger Galerie für Zeitgenössische Kunst	2010	...	4 701
	2009	22 410	5 165	7 028	5 781	4 436

Durch zeitweilige Sanierungsarbeiten war der Besuch einiger Einrichtungen nicht oder nur eingeschränkt möglich.

Sachgebiet	Jahr	Gesamt- bzw. Endstand	1. Quartal	2. Quartal	3. Quartal	4. Quartal
<u>Ausgewählte Kultureinrichtungen</u> (Quellen: jeweilige Einrichtungen)						
Oper Leipzig insgesamt						
Veranstaltungen	2010	...	97
	2009	370	91	138	13	128
Besucher	2010	...	46 312
	2009	174 319	45 584	55 926	4 212	68 597
darunter: Opernbühne						
Veranstaltungen	2010	...	38
	2009	148	40	48	5	55
Besucher	2010	...	33 037
	2009	113 417	32 448	33 300	2 847	44 822
Platzausnutzung	2010	...	69,4
	2009	61,8	65,1	57,6	48,7	65,2
Musikalische Komödie						
Veranstaltungen	2010	...	31
	2009	128	30	46	2	50
Besucher	2010	...	12 222
	2009	52 253	12 184	16 007	985	23 077
Platzausnutzung	2010	...	76,3
	2009	79,4	78,9	68,9	93,5	88,5
Kellertheater						
Veranstaltungen	2010	...	1
	2009	23	4	15	3	1
Besucher	2010	...	99
	2009	1 874	327	1 254	277	16
Platzausnutzung	2010	...	100,0
	2009	82,3	82,6	79,9	93,3	16,2
Schauspiel Leipzig insgesamt						
Veranstaltungen (Summe der Bühnen mit Vermietungen und Gastspielen am Haus)	2010	...	223
	2009	744	195	238	37	274
Besucher	2010	...	23 742
	2009	86 964	20 860	26 604	2 864	36 636
Centraltheater						
eigene Veranstaltungen	2010	...	57
	2009	177	56	50	1	70
Besucher	2010	...	15 415
	2009	51 762	13 132	13 193	290	25 147
Platzausnutzung	2010	...	49,9
	2009	52,0	39,8	45,3	66,0	57,2
Skala						
eigene Veranstaltungen	2010	...	71
	2009	197	51	68	9	69
Besucher	2010	...	4 366
	2009	10 715	2 322	3 703	644	4 046
Platzausnutzung	2010	...	64,7
	2009	58,3	47,9	56,6	74,2	67,0

Durch zeitweilige Sanierungsarbeiten war der Besuch einiger Einrichtungen nicht oder nur eingeschränkt möglich.

Sachgebiet	Jahr	Gesamt- bzw. Endstand	1. Quartal	2. Quartal	3. Quartal	4. Quartal
Theater der Jungen Welt insgesamt						
Veranstaltungen (einschließlich	2010	...	346
Vermietungen und Sonstiges)	2009	1 224	287	344	186	407
Besucher	2010	...	14 900
	2009	55 873	15 013	12 296	5 846	22 718
darunter: Theatervorstellungen						
Veranstaltungen	2010	...	183
	2009	712	158	204	95	255
Besucher	2010	...	12 652
	2009	45 028	11 322	9 442	4 010	20 254
Kabarett Funzel						
Veranstaltungen	2010	...	67
	2009	283	68	73	59	83
Besucher	2010	...	7 854
	2009	33 512	7 026	6 786	5 499	11 201
Platzausnutzung	2010	...	78,1
	2009	78,0	68,0	61,0	96,0	89,0
Kabarett Academixer						
Veranstaltungen	2010	...	104
	2009	448	102	100	128	118
Besucher	2010	...	16 584
	2009	70 254	18 252	15 171	14 526	22 305
Platzausnutzung	2010	...	62,7
	2009	66,1	70,8	60,3	60,0	73,4
Gewandhaus zu Leipzig						
Gewandhauseigene Veranstaltungen						
	2010	...	62
	2009	287	85	78	57	67
Besucher	2010	...	49 801
	2009	194 908	49 648	58 662	28 131	58 467
Mietveranstaltungen						
	2010	...	68
	2009	288	92	70	23	103
Besucher	2010	...	56 481
	2009	208 127	59 926	52 734	11 505	83 962
Gohliser Schlösschen						
Veranstaltungen						
	2010	...	91
	2009	407	76	104	138	89
Besucher	2010	...	1 967
	2009	15 994	1 782	3 668	6 872	3 672
Zoo Leipzig						
Besucher	2010	...	151 146
	2009	1 723 349	238 515	622 014	621 155	241 665
Leipziger Städtische Bibliotheken						
Besucher	2010	...	221 842
	2009	803 673	228 448	206 776	203 268	165 181
Entleihungen	2010	...	824 208
	2009	3 587 174	942 472	833 453	807 060	1004 189
Bäder (Quelle: Sportbäder Leipzig GmbH)						
Besucher in Hallenbädern						
	2010	...	263 850
(einschließlich Saunanutzer)	2009	905 126	273 930	227 082	169 410	234 704
darunter: Festnutzer						
	2010	...	161 542
	2009	594 616	168 455	157 336	118 720	150 105
öffentliche Besucher	2010	...	91 914
	2009	285 897	95 999	65 796	48 530	75 572
Besucher in Freibädern						
	2010	...	-
	2009	128 312	-	9 634	118 678	-
darunter: Ermäßigt						
	2010	...	-
	2009	36 444	-	3 347	33 097	-

Durch zeitweilige Sanierungsarbeiten war der Besuch einiger Einrichtungen nicht oder nur eingeschränkt möglich.

Sachgebiet	Jahr	Oktober	No- vember	De- zember	Januar	Februar	März
<u>Lufthygiene (Quelle: Sächsisches Landesamt für Umwelt und Geologie)</u>							
<u>Messstation Leipzig-Mitte</u>							
Schwefeldioxidbelastung µg/m ³							
Monatsmittel	2009/10	2,2	2,3	2,8	7,1	4,5	2,4
	2008/09	2,3	2,4	.	. ¹⁾	. ¹⁾	2,1
Maximales Halbstundenmittel	2009/10	23,2	13,4	17,1	51,4	27,8	46,4
(Grenzwert: 1 000)	2008/09	18,6	17,4	.	. ¹⁾	. ¹⁾	14,9
Stickstoffmonoxid µg/m ³							
Monatsmittel	2009/10	54	51	60	53	52	43
	2008/09	52	47	35	36	31	38
Maximales Halbstundenmittel	2009/10	248	268	292	368	313	279
(Grenzwert: 1 000)	2008/09	404	271	287	454	155	486
Stickstoffdioxid µg/m ³							
Monatsmittel	2009/10	43	43	48	52	56	48
	2008/09	44	41	35	47	40	42
Maximales Halbstundenmittel	2009/10	111	128	120	127	154	156
(Grenzwert: 200)	2008/09	157	127	107	170	107	158
Staubmessung (PM10) µg/m ³ (Korngrößenbereich unter 10 µm)							
Monatsmittel	2009/10	23	21	27	49	38	33
	2008/09	29	37	.	.	18	26
Maximales Tagesmittel	2009/10	56	45	52	143	97	75
	2008/09	48	61	.	.	20	66
Tage mit Grenzwertüberschreitung (50 µg/m ³) im Monat	2009/10	2	-	-	10	9	5
	2008/09	.	.	.	-	-	2
seit Jahresbeginn	2009/10	12	12	12	10	19	24
	2008/09	.	.	.	-	-	2
<u>Messstation Leipzig-Schönauer Straße</u>							
Ozon µg/m ³							
Monatsmittel	2009/10	26	28	23	30	47	56
	2008/09	27	22	19	22	30	51
Maximales Halbstundenmittel	2009/10	68	73	63	78	91	98
(Grenzwert: 120)	2008/09	77	66	68	64	76	99
<u>Messstation Leipzig-Lützner Straße</u>							
Staubmessung (PM10) µg/m ³ (Korngrößenbereich unter 10 µm)							
Monatsmittel	2009/10	30	23	33	58	47	...
	2008/09	30	34	38	54	35	30
Maximales Tagesmittel	2009/10	66	46	59	163	114	...
	2008/09	56	66	100	142	68	60
Tage mit Grenzwertüberschreitung (50 µg/m ³) im Monat	2009/10	2	-	2	13	11	7
	2008/09	-	3	6	13	2	2
seit Jahresbeginn	2009/10	30	30	32	13	24	31
	2008/09	14	17	23	13	15	17

¹⁾ Vom 26.11. bis zum 10.12.08 ist die Messstation Leipzig-Mitte in Folge eines Verkehrsunfalls teilweise ausgefallen.

Veröffentlichungsverzeichnis

Statistisches Jahrbuch der Stadt Leipzig (jährlich) (je 25,- €)

Statistischer Quartalsbericht (vierteljährlich) (je 7,- €)

2010

Deutschland-Umfrage zu Leipzig 2010 (7,- €)

Kommunale Bürgerumfrage 2009 - Ergebnisbericht (15,- €)

2009

Strukturatlas Leipzig 2009 - Karten von Leipzig nach Ortsteilen (15,- €)

Leipziger Brücken III: Parthefließgewässer (8,- €)

Bundestagswahl am 27. September in Leipzig – Ergebnisse und Analysen (5,- €)

Kommunalwahlen 2009 in Leipzig – Ergebnisse und Analysen (5,- €)

Landtagswahl am 30. August in Leipzig – Ergebnisse und Analysen (5,- €)

Europawahl am 7. Juni 2009 in Leipzig – Ergebnisse und Analysen (5,- €)

Bevölkerungsvorausschätzung 2009 für die Stadt Leipzig (5,- €)

Kommunale Bürgerumfrage 2008 - Ergebnisbericht (15,- €)

Straßenabschnittsverzeichnis 2009 (7,50 €)

Menschen mit Behinderungen in Leipzig 2007 (10,- €)

Vorbericht für Wahlen 2009 (5,- €)

2008

Besucherbefragung Weihnachtsmarkt 2008 - Ergebnisbericht (10,- €)

Stadt - Umland - Region Leipzig 2008 (10,- €)

Leipziger Brücken II: Elsterfließgewässer (10,- €)

Leipziger Brücken I: Pleißfließgewässer (10,- €)

Ortsteilkatalog 2008 (25,- €)

Zuwanderung nach Leipzig 2007 - Ergebnisbericht (10,- €)

Das Image der Universität Leipzig – Ergebnisse von Erhebungen 2007 (15,- €)

Kommunale Bürgerumfrage 2007 - Ergebnisbericht (15,- €)

Umfrage zur Sicherheit in Leipzig 2007 - Ergebnisbericht (15,- €)

Bürgerentscheid am 27.01.2008 (5,- €)

2007

Strukturatlas Leipzig 2007 - Karten von Leipzig nach Ortsteilen (15,- €)

EU-Umfrage 2006 zur Lebensqualität in Städten (5,- €)

Bevölkerungsvorausschätzung für die Stadt Leipzig 2007 (5,- €)

Kommunale Bürgerumfrage 2006 - Ergebnisbericht (15,- €)

Deutschland-Umfrage zu Leipzig 2007 (7,- €)

Freizeit in Leipzig 2006 (15,- €)

Straßenabschnittsverzeichnis 2007 (7,50 €)

2006

Ausländer in der Stadt Leipzig 2006 (15,- €)

Ortsteilkatalog 2006 (25,- €)

Besucherbefragung Volkshochschule 2006 – Ergebnisübersicht (5,- €)

Kommunale Bürgerumfrage 2005 – Ergebnisübersicht (15,- €)

Oberbürgermeisterwahl 2006 in Leipzig – endgültige Ergebnisse (5,- €)

Oberbürgermeisterneuwahl 26.02.2006 – vorläufige Ergebnisse (5,- €)

Oberbürgermeisterwahl am 05.02.2006 – vorläufige Ergebnisse (5,- €)

Landtagswiederholungswahl 22.01.2006 im Wahlkreis 31 - Leipzig 7 (5,- €)

Die Veröffentlichungen des Amtes für Statistik und Wahlen können wie folgt bezogen werden:

Postbezug (zuzüglich Versandkosten):

Stadt Leipzig, Amt für Statistik und Wahlen

04092 Leipzig

Direktbezug:

Stadt Leipzig, Amt für Statistik und Wahlen

Burgplatz 1, Stadthaus, Raum 228

Alle Veröffentlichungen des Amtes für Statistik und Wahlen liegen in der Bibliothek des Amtes zur Einsicht aus, ebenso die Veröffentlichungen des Statistischen Landesamtes des Freistaates Sachsen, des Statistischen Bundesamtes, weiterer deutscher Städte, des Deutschen Städtetages und andere. Statistische Auskünfte erhalten Sie unter:

Fon 0341 123-2847, Fax 0341 123-2845 bzw. E-Mail statistik-wahlen@leipzig.de